DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 5 Mai 1992 E 8080 E



Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

CODE

Richard von Weizsäcker:
Eine Familie im Schußlicht der Kritik

Bonns Kassensturz: 1,5 Billionen DM Schulden – jährlich 100 Milliarden Zinsen

Bundestag:
Beamte stellen die größte Berufsgruppe

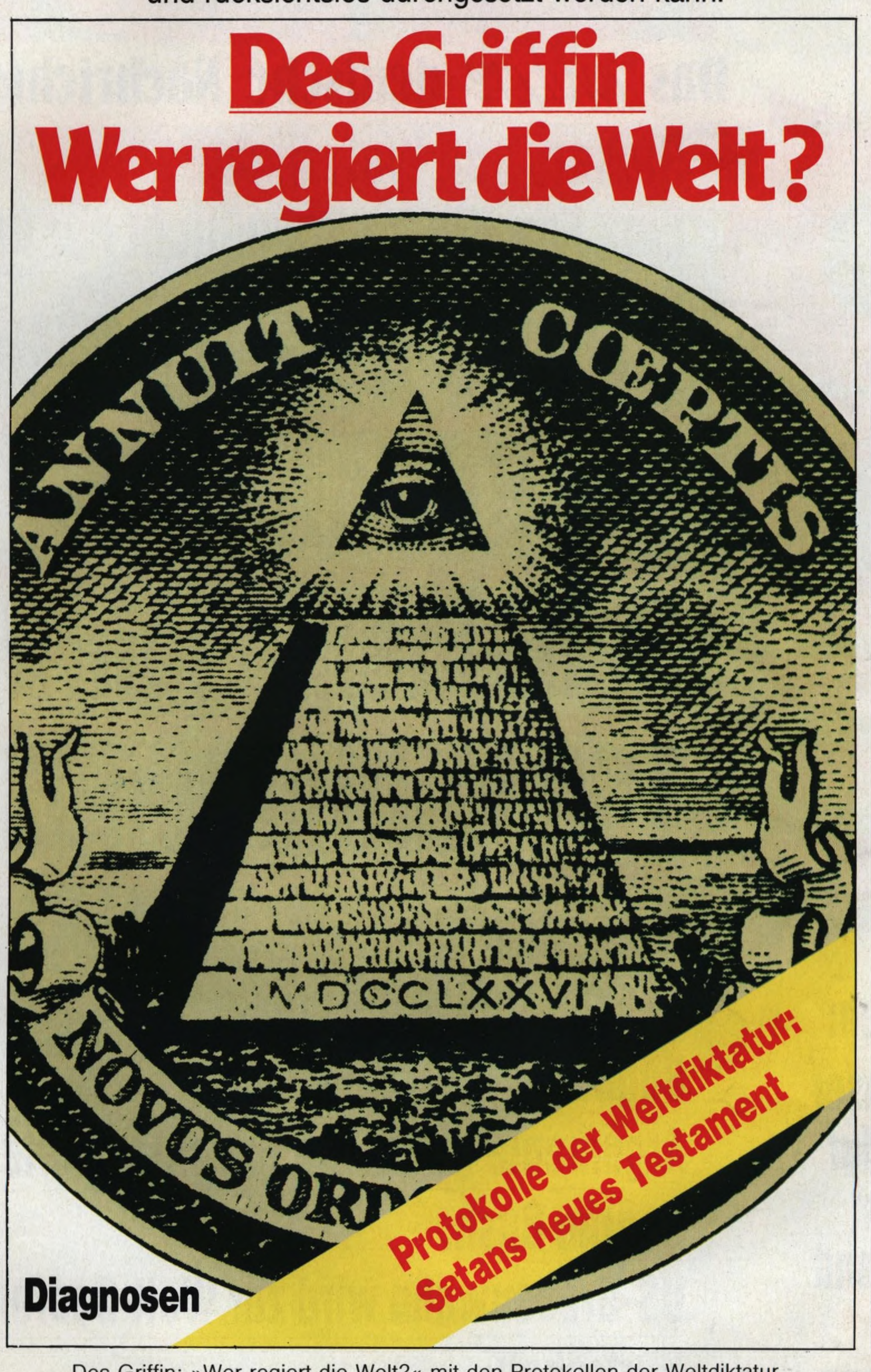
Bonn:
Argumente gegen die Totschlagworte

George Bush:
US-Größenwahn wird zur Welt-Bedrohung

Wirtschaft:
Jeffrey Sachs und seine verfehlte Schock-Therapie

Naher Osten:
Palästinenser plädieren für einen Staat Heiliges Land als Ideal-Lösung

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 25,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel
Verlagsauslieferung: SPS-Verlagsservice GmbH, D-5400 Koblenz
Telefon 02 61/8 07 06-0, Telex 862 662, Telefax 02 61/8 07 06 54



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

CODE bemüht sich, die wichtigsten Informationen zu veröffentlichen, damit Sie wissen, was gespielt wird. Es gibt eine internationale Gruppe, die an die »Neue Weltordnung« glaubt. Sie arbeitet in verschiedenen Gremien und unter vielen Namen: Insider, Internationalisten, Bilderberger, Illuminaten, Trilaterale Kommission, Council on Foreign Relations.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühen möchten wir uns gern bedanken. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als Prämie das Buch **»Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 78.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 78.– DM anbei (Ausland: DM 93.- Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

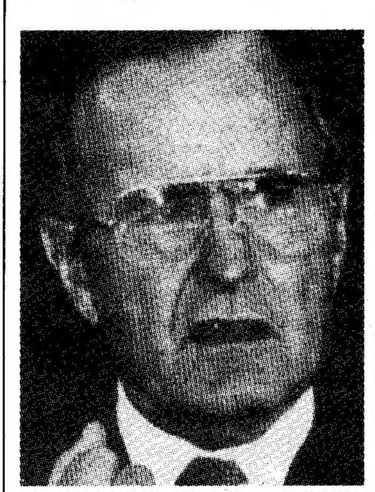
Deutschland



Bundeskanzler Helmut Kohl ist großzügig. Nachdem Polen durch die Abtretung Ostdeutschlands ein Wert von etwa 500 Billionen Mark in die Hände gefallen ist, werden jetzt auch noch die Schulden halbiert.

Finanzen

Internationales



Der Golfkrieg von George Bush hat den Tod von hunderttausenden von Irakern gefordert, er war eines der größten Debakel in der Geschichte der USA.



John Demjanjuk wurde zum »Iwan den Schrecklichen« erklärt und zum Tode verurteilt.

6. Jahrgang Nr. 5 Mai 1992



Was steckt hinter dem Mord an US-Präsident John F. Kennedy? Sollte das Attentat der Auftakt zu einem Staatsstreich sein? Oder war Kennedy seinem eigenen Geheimdienst CIA unbequem geworden?

Ständige Rubriken

Mangelndes Nationalgefühl

Wie es um das Nationalgefühl der Deutschen bestellt ist, zeigt in exemplarischer Form ein Leserbrief einer gewissen Uta Prüffert aus Berlin im »Spiegel« auf, der zeigt, wie erfolgreich die Umerziehung gewesen ist. »Es ist und bleibt für mich die größte Ungerechtigkeit, warum wir Westler unseren Wohlstand mit den Ostlern teilen sollen, obwohl die während ihrer 40 Jahre Sozialismus niemals auch nur einen Pfennig in unsere Steuerkassen gezahlt haben. Man kann Solidarität ebensowenig wie Liebe erzwingen. Und genau das wird uns jetzt gesetzlich verordnet. Diese Menschen sind den meisten von uns fremder als Engländer, Franzosen, Italiener und Türken.«

Das besonders traurige an diesem Brief ist, daß die Schreiberin ausgerechnet aus Berlin kommt. □

Justizskandal I: Kein Platz für mutmaßliche Verbrecher

In Deutschland nimmt die Kriminalität in einem erschreckenden Maße zu, und wir nähern uns langsam, aber sicher amerikanischen Verhältnissen. Umso erschreckender ist, was der »NDR« jetzt bei einer Untersuchung zutage förderte. Danach sind in mehreren deutschen Städten im vergangenen halben Jahr sehr viele mutmaßliche Verbrecher, darunter Spione, Gewalttäter, Drogendealer und Wirtschaftskriminelle aus der Untersuchungshaft entlassen worden, weil sie nicht mehr rechtzeitig vor Gericht gestellt werden konnten.

Geschehen sei dies unter anderem in Hamburg, Berlin, Frankfurt, München und Celle. Grund hierfür sei, daß steigende Kriminalität und veränderte Strafverfolgungsstrategien der Polizei zu einer dramatischen Überlastung der Strafjustiz geführt hat. Am schlimmsten sei die Lage dabei in Hamburg. So hätten dort in den ersten drei Monaten dieses Jahres bereits zehn mutmaßliche Kriminelle auf freien Fuß gesetzt werden müssen. Die Gründe hierfür seinen schleppende Ermittlungen der Staatsanwaltschaft oder die Unfähigkeit der zuständigen Kammer, binnen sechs Monaten einen Termin zur Hauptverhandlung anzuberaumen.

Zu den Entlassenen gehörten laut »NDR« zwei Männer, denen vorgeworfen wurde, mit Messer und Pistole einen Aldi-Markt überfallen zu haben. Auch ein Serienbetrüger, der mit fingierten Wohnungs- und Kfz-Einbrüchen drei Versicherungsgesellschaften um mehr als 250.000 Mark geprellt haben soll, war unter den Freigelassenen. Entlassen werden mußten auch drei türkische Asylbewerber, denen Handel mit 16 Kilogramm Heroin vorgeworfen wurde, und ein Libanese, der unter anderem wegen schweren Raubes und versuchten Totschlags in Untersuchungshaft saß.

Diese Untersuchung des »NDR« erlaubt doch nur den Schluß, daß mit dem Rechtssystem in der Bundesrepublik etwas nicht stimmt. Auf der einen Seite werden dem mutmaßlichen Verbrecher zu viele Rechte eingeräumt, zum anderen aber die Pflichten der Staatsanwaltschaft zur Überführung des Täters ins fast schon Unermeßliche hochgeschraubt.

Auch steigt die Kriminalitätsrate durch die Unzahl der Täter, die wegen mangelnder Flucht- und Verdunklungsgefahr sowie minimaler Strafen wieder auf freien Fuß gesetzt werden, zwangsläufig an.

Zu denken sollte einem doch auch die Tatsache geben, daß die Kriminalitätsrate besonders hoch in den Ländern ist, die auch das liberalste Strafrecht haben.

In verschiedenen arabischen Ländern, wo einem Dieb schon mal die Hand abgehackt wird, ist diese Rate dagegen niedriger. Vielleicht sollte es der Gesetzgeber einmal damit versuchen, die Strafen nicht immer niedriger anzusetzen, sondern sie im Gegenteil drastisch anzuheben.

Um Gewalttäter von den Straßen zu kriegen, böte sich doch etwa folgendes an: Erster Überfall – Raub oder Straßendiebstahl – ein Jahr ohne Bewährung, zweites Mal fünf Jahre, drittes Mal zehn Jahre. Oder um die Raserei in den Städten zu verhindern: Das erste Mal 20 km/h schneller als erlaubt 500 Mark Strafe, das zweite Mal 1.000 Mark plus drei Monate Fahrverbot, beim dritten Mal 5.000 Mark Strafe plus fünf Jahre Führerscheinentzug. Auf Radwegen parken: Das erste Mal 100 Mark, das zweite Mal 500 Mark plus einem Monat Fahrverbot, das dritte Mal 1.000 Mark plus sechs Monate Führerscheinentzug. Man würde staunen, wie stark sich auf einmal die Disziplin erhöhen würde. □

Justizskandal II: Zuhälter, die Rainer Sonntag erschossen, freigesprochen

Der zweite größere Justizskandal der vergangenen Wochen hat sich in Dresden abgespielt. Dort wurden die beiden Zuhälter Nicolas Simeonidis und Ronny Matz, die den als Neonazi-Führer bezeichneten Rainer Sonntag erschossen, wegen angeblicher »Notwehr« von der Anklage des Totschlags freigesprochen!

Man kann dieses nur als politisches Urteil bezeichnen. Nachfolgend soll versucht werden, diesen Fall vollkommen losgelöst von der Person Sonntag und der gegen ihn gerichteten Vorwürfe zu betrachten. Dann kann man nur zu dem Schluß kommen, daß es sich bei dem Urteil des Dresdner Bezirksgerichts um eine Fehlentscheidung par excellence handelt. Wenn die Revision keinen Erfolg hat, ist damit dem Straßenterror Tür und Tor geöffnet. Zur Erläuterung ist es vonnöten, die Entscheidung des Gerichts etwas ausführlicher darzustellen, da in den meisten Medien nur das Urteil selber, aber nicht die skandalöse Begründung veröffentlicht wurde:

Nach Ansicht der Richter hat der Grieche Simeonidis aus Notwehr und einer »existenziellen Angst um Leib und Leben« und somit rechtmäßig gehandelt, als er Sonntag am 31. Mai des vergangenen Jahres mit einer Schrotflinte erschoß. Sonntag und seine Gefolgsleute seien diejenigen gewesen, »die das Gesetz gebrochen haben«. »Primär« gehe der Tod Sonntags nicht auf das Verhalten der Angeklagten zurück, sondern darauf, »daß Sonntag seine Auffassung von Recht durchsetzen wollte«.

Fest stehe nach der Beweisaufnahme, daß Sonntag und rund 40 jugendliche Neonazis an jenem Abend vorgehabt hätten, das Bordell der beiden angeklagten Zuhälter »plattzumachen«. Dies sei eindeutig ein zumindest vorbereiteter Landfriedensbruch gewesen, »der den Rechtsfrieden gebrochen hat«, sagte der Vorsitzende Richter Matthias Wetz. Die Angeklagten hätten dies auf eigene Faust und ohne Zuhilfenahme der Polizei verhindern wollen. Insofern könne man sich dabei zunächst zwar nicht auf eine Notstands-Situation berufen: »Kein Zweifel, die Polizei hätte zu Hilfe kommen können, wenn man sie gerufen hätte.«

Anders sehe es aus bei dem Geschehen unmittelbar vor den Schüssen. Als der Grieche aus dem Wagen gestiegen und mit dem Schrotgewehr auf die Gruppe der Neonazis zugegangen sei, habe er nicht rechtswidrig gehandelt. »Er war berechtigt, die Neonazis mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß er einen Angriff auf das Bordell nicht hinnehmen werde«, sagte der Richter. Denn: »Wäre es zum Sturm auf das Bordell gekommen, hätte sich Simeonidis ja auch mit dem Gewehr wehren dürfen.« Da der Grieche aber eindeutig rechtmäßig gehandelt habe, sei das weitere Vorgehen Sonntags gegen ihn »von Anfang bis Ende« ebenso eindeutig rechtswidrig gewesen.

Der Neonazi-Führer sei aus seinem Auto gestiegen, habe sich Simeonidis drohend genähert und ihn dabei beschimpft. Der Grieche sei zunächst zurückgewichen. Als er halb im Auto gesessen habe, sei Sonntag so nahe gewesen, daß Simeonidis mit Recht habe befürchten müssen, von ihm tätlich angegriffen zu wer-

den. In dieser Situation habe er vom Gewehr Gebrauch machen dürfen. Allerdings an sich nur, indem er Sonntag ins Bein geschossen hätte. Ein tödlicher Schuß sei eine Überschreitung der Notwehr gewesen.

Diese Überschreitung sei allerdings in diesem Fall vom Strafrecht gedeckt gewesen. Simeonidis, dem ein Gutachter ein besonders ängstliches Naturell bescheinigt hatte – und das als Zuhälter –, habe sich in einer »extenziellen Todesangst« befunden und aus einem Affekt heraus mit »eingeschränkter Steuerungsfähigkeit« gehandelt. Das Gericht glaube denn auch nicht an die Version der Angeklagten, der Schuß habe sich bei einem Schlag mit dem Gewehr ungewollt gelöst und ging von einem »bewußt gezielten und geführten Schuß« aus.

Anders als die Anklage es in ihrem ursprünglichen Mordvorwurf behauptet habe, hätten sich die Angeklagten nicht abgesprochen, Sonntag zu töten. Im Gegenteil: Sie hätten mehrfach versucht, ohne den Einsatz der Schußwaffe und allein mit der Drohung damit auszukommen. So sei der Grieche zunächst auch vor Sonntag zurückgewichen und habe erst geschossen, als er keinen Ausweg mehr gesehen habe. Simeonidis' Handeln, zog Richter Wetz sein Fazit, sei »rechtlich zulässig, wenn auch sozialethisch nicht in Ordnung« gewesen.

Eindeutig machte der Richter in der rund zweistündigen Urteilsbegründung klar, daß Sonntag selbst die Ursachen für seinen Tod gesetzt hat: »Ihm stand niemals ein Rechtfertigungsgrund zur Seite.« Sein Vorgehen sei von Anfang an als Straftat zu sehen, gegen die sich die Angeklagten zu Recht hätten wehren können. Nicht einmal mehr wegen unerlaubtem Waffenbesitzes mochte das Gericht den Todesschützen noch belangen. Denn zum Zeitpunkt der Tat sei der Besitz der abgesägten Schrotflinte durch den Notwehrtatbestand abgedeckt, und für die Zeit davor hätte man die verschwundene Waffe schon vor Gericht in Augenschein nehmen müssen, um zu einem Urteil zu kommen, meinten die Richter.

Dieses Urteil ist an Einseitigkeit kaum noch zu übertreffen. Darüber, daß das Gericht sich in seiner Begründung in Widersprüche verstrickt, beziehungsweise Rechtsgrundsätze ins Gegenteil verkehrt, regt sich in den etablierten Medien und bei den etablierten Politikern keiner auf. Schließlich handelt es sich »nur« um einen angeblichen Neonazi-Führer. Daß dieses Urteil aber ganz unabhängig von der Person Sonntag eine neue Rechtsprechung eingeleitet haben könnte, wird geflissentlich übergangen.

Simeonidis »war berechtigt, die Neonazis mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß er einen Angriff auf das Bordell nicht hinnehmen werde«, sagten die Richter. Dem ist zuzustimmen. Nicht haltbar sind aber die darauffolgenden Sätze, daß er sich aber mit dem Gewehr hätte wehren dürfen, wenn es wirklich zum Sturm auf das Bordell gekommen wäre. Unstreitig ist bei allen Beteiligten, daß die beiden Zuhälter von dem beabsichtigten Sturm wußten. Wenn sie dann aber nicht die Polizei informieren, sondern sich bewaffnen und die Stürmung mit nicht zugelassenen Waffen abwehren wollen, dann handelt es sich eben nicht um Notwehr, sondern um einen durch das Gesetz nicht geschützten Bandenkrieg.

Notwehr ist nur dann gegeben, wenn man sich nicht anders zu helfen weiß. Wenn jemand aber Stunden vorher darüber Bescheid weiß, daß gegen ihn etwas geplant ist, dann kann er sich aber nicht mehr auf Notwehr berufen. Von daher hatte der Grieche eben nicht »eindeutig rechtmäßig« gehandelt, sondern er war eindeutig im Unrecht.

Richtig ist, daß er die betreffenden Jugendlichen vor der Stürmung warnen und erklären durfte, er werde dies nicht hinnehmen. Dieses ist grundsätzlich sogar zu begrüßen. Anders sieht es aber aus, wenn er mit einer Waffe, dazu noch mit einer nicht zugelassenen Waffe, einer verbotenen abgesägten Schrotflinte erscheint. Hier verdreht der Richter nun einfach die Schuld.

Tatsache ist, daß Simeonidis mit der Schrotflinte im Anschlag aus dem Auto ausgestiegen und auf die Gruppe zugegangen war. Ebenso unstreitig ist, daß sich Sonntag dem Griechen unbewaffnet näherte. Die Aktion ist also ganz eindeutig von dem Griechen ausgegangen. Da es im Recht keinen Präventivschlag gibt, befand sich also Rainer Sonntag eindeutig in der Notwehrsituation, da schließlich er mit einer Waffe bedroht wurde und nicht umgekehrt. Selbst wenn der Grieche immer weiter zurückwich, als Sonntag auf ihn zukam, ändert dies nichts an dieser Tatsache.

Es wäre für Simeonidis auch keinerlei Problem gewesen, sich, hätte er wirklich soviel Angst gehabt, wie er nach dem Gutachten des Psychiaters hätte haben müssen, sich ins Auto zu setzen und abzufahren, zumal Matz der Fahrer war und der Wagen lief. Daß er vielleicht in Gefahr lief, von Sonntag »tätlich angegriffen« zu werden, war seine eigene Schuld. Man kann doch auch einen Bankräuber nicht freisprechen, weil der Kassierer, statt ihm das Geld auszuhändigen, auf den Verbrecher zuging und dieser den Kassierer dann niederschoß.

Und auch das Pseudoargument, der Grieche habe versucht, ohne den Einsatz der Waffe auszukommen, zieht doch nicht. Um es noch einmal zu sagen: Laut geltendem deutschen Recht erlaubt eine mögliche Straftag keine Straftat zur Abwendung derselben. So war es aber in diesem Fall. Von daher ist auch der Schuß rechtlich nicht als Überschreitung der Notwehr zu werten, sondern als Totschlag, wenn man dem Griechen glaubt, daß er und Matz ursprünglich nicht vorgehabt hätten, Sonntag zu töten – was wahrscheinlich ist –.

Wenn der Richter sagt: »Ihm (Sonntag) stand niemals ein Rechtfertigungsgrund zur Seite.« Sein Vorgehen sei von Anfang an als Straftat zu sehen, gegen die sich die Angeklagten zu Recht hätten wehren können, so spricht dies jeder Rechtsstaatlichkeit Hohn. Selbst wenn der Plan bestanden haben sollte, das Bordell »plattzumachen«, war mit der Ausführung des Plans noch nicht begonnen worden. Die Gruppe »Neonazis« stand vor einem Kino und befand sich nicht auf dem Weg zu dem Bordell der beiden Zuhälter. Es steht noch nicht einmal fest, ob alle, die dort standen, von dem Plan wußten beziehungsweise mitzumachen gedachten. Simeonidis hatte sich aber nicht Sonntag, sondern der Gruppe genähert, diese also in ihrer Gesamtheit bedroht. Alleine dadurch kann der Notwehrparagraph überhaupt nicht greifen.

Ein schlechter Witz ist auch, daß der Grieche noch nicht einmal wegen unerlaubten Waffenbesitzes belangt werden kann. Wie oben beschrieben, hat niemals eine Notwehrsituation vorgeherrscht, in der auch der Einsatz nicht erlaubter Waffen gestattet ist. Wenn der Richter Simeonidis für die Zeit davor nicht bestrafen will, schließlich hätte man die verschwundene Waffe in Augenschein nehmen müssen, ist lächerlich. Tatsache ist, daß es sich um eine funktionierende abgesägte Schrotflinte handelte. Ob es Modell X, Modell Y oder Modell Z war, spielt keine Rolle, es war auf jeden Fall eine verbotene Waffe.

Wie sehr der Notwehrtatbestand an den Haaren herbeigegriffen ist, zeigt sich auch an folgendem: Wenn die beiden Zuhälter in eine Polizeikontrolle gekommen wären, so wären sie wegen unerlaubten Waffenbesitzes festgenommen worden. Sie hätten sich auch nicht damit herausreden können, daß sie ein paar vermeintliche Angreifer auf ihr Bordell vor einem diesbezüglichen Angriff warnen wollten und so das Gewehr zum Schutz des eigenen Lebens brauchten. Wieso kann sich dann plötzlich von einer Minute zur anderen die Situation um 180 Grad ändern?

Sollte dieses Urteil letztinstanzlich bestätigt werden, so könnte sich jetzt jeder – überspitzt ausgedrückt – mit einer Waffe ausstatten, zu demjenigen, der ihm im Streit gedroht hat, »den Hals umzudrehen«, hingehen, mit der Waffe im Anschlag auffordern, dies nicht zu tun und ihn dann, wenn er ein, zwei Schritte auf einen zumacht niederschießen. Dann braucht man bloß noch zu flüchten, die Waffe wegzuwerfen – und schon braucht man nichts zu befürchten. Zumindest in diese Richtung würde das Strafrecht verändert werden. Der Rechtsstaat wäre damit der Lächerlichkeit preisgegeben. □



Bonn

Polenhörigkeit der Bundesregierung

Alfred König

Es wage noch einer zu behaupten, die Bundesregierung habe Finanzprobleme. I wo, kein Wort davon ist wahr. Vielmehr geht es dem deutschen Staatshaushalt so gut, daß den Polen jetzt sogar trotz ihrer wieder zunehmend antideutschen Politik 4,55 Milliarden Mark, genau die Hälfte ihrer Schulden, erlassen werden. Unrichtig sind aber Gerüchte, daß auch für unverschuldet in finanzielle Nöte geratenen deutschen Rentner, Witwen oder Kleinunternehmern der Staat in gleicher Höhe in die Bresche springen will.

Wie das Bundesfinanzministerium jetzt mitteilte, soll Polen dieser Betrag in zwei Schritten geschenkt werden. Das bilaterale Regierungsabkommen »Reduzierung und Restrukturierung der Auslandsschuld der Republik Polen« (Polen VI) soll in Kürze unterzeichnet werden. Die restliche Hälfte der polnischen Schulden würden zu Marktbedingungen verzinst und den Polen werde 18 Jahre Zeit zur Begleichung eingeräumt.

Belohnung für antideutsche Politik

Wie es in der Erklärung weiter heißt, trägt Deutschland mit dem Teilschulderlaß der besonderen Situation Polens Rechnung. So sei Polen der Vorreiter aller mittel- und osteuropäischen Länder auf dem Weg in Richtung Demokratie gewesen. Auch habe Polen als erster der ehemaligen RGW-Staaten ehrgeizige marktwirtschaftliche Reformen eingeleitet. Die hohe Auslandsverschuldung des Landes stamme dabei vor allem aus Fehlinvestitionen der Vergangenheit. Auch verbessere der Schuldenerlaß die Voraussetzung für einen Erfolg der Wirtschaftsreformen. Dies ist das erste Mal, daß ein Umschuldungsabkommen generell für alle Forderungen und nicht nur einzelne Kredite beschlossen wurde.

Dieser Schuldenerlaß kommt zu einer Zeit, wo Polen die Zügel in der Deutschland-Politik und vor allem bei der Behandlung der »deutschen Minderheit« in den von Polen okkupierten deutschen Ostgebieten wieder anzuziehen beginnt. Es soll sicherlich zugestanden werden, daß sich die Lage der Deutschen in Oberschlesien in den vergangenen Monaten gegenüber der kommunistischen Diktatur deutlich gebessert hat. Dies ändert aber nichts daran, daß ihnen noch immer wesentliche Menschenrechte verweigert werden. Ganz abgesehen davon, daß durch die völkerrechtlich nicht gedeckte Abtretung Ostdeutschlands durch den Bundestag Polen ohnehin ein Wert von etwa 500 Billionen Mark in die Hände gefallen ist.

Jetzt haben aber Regierungsvertreter im Minderheitenausschuß des polnischen Parlaments darauf hingewiesen, daß Polens Regierung ein Minderheitengesetz zur Verwirklichung der im deutsch-polnischen Vertrag niedergelegten Minderheitenregelung für nicht erforderlich hält. Und dies obwohl die polnische Regierung bereits vor einem Jahr immer wieder versichert hat, daß die Minderheitenregelung in der neuen polnischen Verfassung und in einem Minderheitengesetz verankert und damit zu einem einklagbaren Recht werden wird.

Nun heißt es aber plötzlich, daß ein Minderheitengesetz gar nicht erforderlich sei, weil alle Minderheitenrechte in internationalen Konventionen niedergelegt seien – was aber wiederum kein einklagbares nationales Recht ist –. Ein Schelm, wer böses dabei denkt, daß vor und nach der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grenzabkommens auf einmal seitens Polens mit zwei Zungen geredet wird.

Diese Ankündigung löste schärfsten Protest bei der deutschen »Minderheit« aus. So wies der Abgeordnete im Warschauer Parlament und Vorsitzende der deutschen sozialkulturellen Gesellschaften in Polen, Georg Brylka, darauf hin, daß für die Deutschen zwar schon vieles besser geworden sei. Doch sie hätten immer noch keine ausreichende Möglichkeit, ihre nationale Identität zu pflegen. So gebe es zum Beispiel in Polen zwar 127 Minderheitenschulen, aber noch keine einzige deutsche.

Keine einzige deutsche Schule

Dabei hat sich Polen im Nachbarschaftsvertrag und dem angeblich völkerrechtlich verbindlichen Briefwechsel dazu verpflichtet, »die Rechte und Verpflichtungen des internationalen Standards für Minderheiten zu verwirklichen« sowie »Maßnahmen zum Schutz vor Verletzungen dieser Rechte« zu ergreifen. Der Bundestag bewertete dies bei der Verabschiedung des Vertrags am 17. Oktober des vergangenen Jahres noch als polnische »Verpflichtung«. Und Bundesaußenminister Genscher versicherte damals wörtlich: »Der Nachbarschaftsvertrag mit seiner Minderheitenregelung wird auch auf polnischer Seite unmittelbar in staatliches Recht umgewandelt«.

Kritik an den Deutschen im Parlament

Brylka wies ebenfalls daraufhin, daß deutsche Finanzhilfen an Polen nie für die deutsche »Minderheit« verwendet würden. »In die Wojewodschaft Oppeln gelangt nie etwas.« Dabei seien zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zum Ausbau der Wasserversorgung in Oberschlesien dringendst Mittel nötig. Er sprach sich dabei für eine regional gezielte Projekthilfe unter Einschaltung der deutschen »Minderheit« aus. Komisch, daß in Bonn noch nie jemand auf diese naheliegende Lösung kam.

Allerdings wird zunehmend auch Kritik an den deutschen Vertretern im polnischen Parlament laut. So würden sie sich politisch zu stark zurückhalten und gäben sich alle Mühe, nicht aus der Reihe zu tanzen. So werde von ihnen etwa im Parlament grundsätzlich auch nur polnisch und nicht deutsch gesprochen.

Dieses alles fällt zusammen mit zunehmend wieder deutschfeindlicher werdenden Aussagen des polnischen Präsidenten und ehemaligen Werftarbeiters Lech Walesa. Hatte er 1990 bereits erklärt: »Wenn die Deutschen erneut Europa in der einen oder anderen Art destabilisieren, sollte man nicht mehr zu einer Aufteilung Zuflucht nehmen, sondern dieses Land einfach von der Landkarte ausradieren« – was er später halbherzig als falsch übersetzt dementierte, komischerweise aber auf keiner Klarstellung bestand –, sagte er jetzt kürzlich in einem Interview des »Spiegel« zu den Folgen des Zusammenbruchs in Osteuropa folgendes:

»Wenn wir uns nicht gut vorbereiten, dann kommen – ob wir wollen oder nicht – von drüben Millionen Flüchtlinge. Wir werden diese Menschen nicht aufhalten, dazu sind wir gar nicht imstande. Wir werden ihnen ein Ehrenspalier aufstellen und sie zu Ihnen schicken ...Die Leute kommen herdenweise, und sie werden uns alles wegnehmen.«

Als »Der Spiegel« dann nachfragte, ob Walesa als Oberbefehlshaber der polnischen Armee denn auf diesen Ansturm vorbereitet sei, bekräftigte er nochmals ausdrücklich: »Ich sage doch, nur um das Spalier zu bilden und die Massen an Sie weiterzuleiten. Woher soll ich denn Zelte nehmen, Nahrung für zehn Millionen Menschen?« Zwar hat Polen mittlerweile seine Armee an der sowjetischen Grenze zum Schutz vor Flüchtlingen merklich ausgebaut. Dennoch ist aber zu befürchten, daß Polen zumindest derzeit noch keinen Konflikt mit Russland sucht, sondern die Leute wirklich in Busse verfrachtet und über die grüne Grenze nach Deutschland strömen läßt. □

Bundestag

Beamte stellen die größte Berufsgruppe

Klaus Bader

Eine interessante Ausarbeitung über die Strukturen des zwölften Deutschen Bundestages hat jetzt das »Institut der deutschen Wirtschaft« in Köln veröffentlicht. Die prozentual größte Gruppe der deutschen Volksvertreter stellen dabei, wie leider nicht anders zu erwarten, »Beamte, Richter, Pfarrer und Angestellte des öffentlichen Dienstes« – im folgenden nur Beamte genannt –, die mit 247 Abgeordneten insgesamt 37,3 Prozent aller Mitglieder des Bundestags stellen. Inder vorangegangenen Legislaturperiode waren es »lediglich« 33,9 Prozent.

Die meisten Beamten gibt es, man höre und staune, mit 62,5 Prozent aller Abgeordneten beim Bündnis '90/Die Grünen, gefolgt von 48,5 Prozent bei der SPD und 41,2 Prozent bei der PDS. Abgeschlagen folgen mit 30,7 Prozent die Union und mit sogar nur 21 Prozent die FDP. Auffällig ist dabei, daß sich die Mehrheit der Beamten bei den Linksparteien organisiert hat, was einen angesichts der Linkslastigkeit der Stadtverwaltungen aber nicht verwundert.

Die linken Beamten im Vorteil

Von den insgesamt 120 Professoren, Wissenschaftlern an Hochschulen und Lehrern sind 53 für Union und FDP im Bundestag, fünf für die PDS und 62 für die SPD. Angesichts der extremen Linkslastigkeit deutscher Schulen ebenfalls nicht erstaunlich. Die neun evangelischen Pfarrer teilen sich auf drei bei der Union, fünf bei der SPD und einer Bündnis '90 auf. Von den sieben Richtern und Staatsanwälten sind fünf bei der SPD und je einer bei Union und FDP tätig.

Bei den »Angestellten der Wirtschaft sowie politischer und gesellschaftlicher Organisationen« sind ebenfalls die Linksparteien eindeutig im Vorteil. So sind alleine 31,4 Prozent aller SPD-Parlamentarier in diese Gruppierung einzustufen. Beim Bündnis '90 sind es 25 Prozent und bei der PDS 23,5 Prozent. Dagegen sind es bei der Union nur 20,7 Prozent und bei der FDP 17,7 Prozent.

Eindeutig im Vorteil sind die sogenannten Bürgerlichen und Liberalen dagegen bei den »Selbständigen und Angehörigen freier Berufe«. Diese stellen bei der Union 29,2 Prozent aller Abgeordneter und bei der FDP sogar 35,4 Prozent. Nicht verwunderlich, daß dieser Anteil nur 12,1 Prozent bei der SPD ausmacht. Beim Bündnis '90 sind es 12,5 Prozent – ausschließlich Ärzte, Ingenieure, Journalisten und sonstige Angehörige freier Berufe – und bei der PDS 17,6 Prozent – was sich gleichmäßig auf Fabrikanten und Unternehmer, Rechtsanwälte und Notare sowie sonstige freie Berufe verteilt –.

Naturgemäß am geringsten ist der Anteil der im Bundestagsjargon genannten »Politischen Randgruppen« im Plenum. Dazu zählen Hausfrauen und Arbeiter ebenso wie Abgeordnete »ohne bisherige Berufsausübung oder ohne verwendbare Angabe«. Bei der Union sind dies lediglich zwölf Abgeordnete (3,8 Prozent aller Unionsabgeordneter), bei der SPD 16 (6,7 Prozent), bei der FDP zwei (2,5 Prozent) und bei der PDS drei (17,6 Prozent; davon alle ohne bisherige Berufsausübung). Das Bündnis '90 als politische Randgruppe hat keine Mitglieder der Bundestagspolitischen Randgruppen in sich.

Über zwei Drittel kommen von der Hochschule

Interessant ist auch die konfessionelle Struktur. So sind 33,4 Prozent aller Parlamentarier katholisch (56,4 Prozent aller Unions-Abgeordneter) und 37,8 Prozent evangelisch (hier führt ebenfalls die Union mit 40,8 Prozent vor der FDP mit 40,5 Prozent). 28,9 Prozent machten keine Angaben (2,8 Prozent bei der Union, 51,9 Prozent bei der SPD, 46,8 Prozent bei der FDP, 50 Prozent beim Bündnis '90 und sogar glatte 100 Prozent bei der PDS).

Sieht man sich die Struktur nach der Schulbildung an, kommt man ebenfalls zu interessanten Ergebnissen. So haben 68,3 Prozent aller Abgeordneten einen Hochschulabschluß (Union 69,9 Prozent, SPD 61,9 Prozent, FDP 77,2 Prozent und PDS 70,6 Prozent). Die gescheitesten Parlamentarier – zumindest vom Schulabschluß – gibt es beim Bündnis '90, bei denen alle einen Hochschulabschluß aufweisen können. Mittlere Reife haben 15,6 Prozent aller Abgeordneten und einen Hauptschulabschluß 9,8 Prozent. Keine Angaben machten 6,3 Prozent oder 42 Bundestagsmitglieder. Hier führt überraschenderweise die Union mit 24 Abgeordneten.

Leicht einen falschen Eindruck kann man bekommen, wenn man sich die Prozentzahl der im Bundestag vertretenen Gewerkschaftsmitglieder anschaut. Danach wären dieser Anteil gegenüber der vergangenen Legislaturperiode von 59,7 Prozent auf 40,0 Prozent zurückgegangen (Höchststand war in der achten Legislaturperiode von 1976 bis 1980 mit 63,1 Prozent). Dieser Rückgang basiert aber fast gänzlich auf den mitteldeutschen Abgeordneten, wo praktisch nur die Karriereleute und Opportunisten sich dem FDGB anschlossen. Insgesamt sind derzeit 265 Parlamentarier gewerkschaftlich organisiert, nach 310 zuvor.

Dabei sind bei der SPD 176 der 239 Abgeordneten (73,6 Prozent) im DGB organisiert, während es dies bei der Union lediglich 3,4 Prozent und der FDP 1,3 Prozent (oder ein Abgeordneter) sind. Immerhin 35,3 Prozent aller PDSler sind ebenfalls im DGB. Der Anteil der anderen Gewerkschaften ist sehr gering. Lediglich der Deutsche Beamtenbund bringt es noch auf 54 Abgeordnete (47 bei der Union, zwei bei der SPD und fünf bei der FDP).

Bundestag ist kein Querschnitt der Bevölkerung

Aufgeteilt auf DGB-Einzelgewerkschaften führt die ÖTV mit 74 Abgeordneten, gefolgt von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mit 40 Parlamentariern. In der IG-Metall sind 21 Abgeordnete organisiert und in der HBV 19. Keine Vertreter schicken die Gewerkschaft Textil, Bekleidung, die Gewerkschaft Holz und Kunststoff sowie die Gewerkschaft Leder, in den Bundestag.

Zum Schluß noch die üblichen Statistiken. Die Frauen stellen mit 137 von 662 Abgeordneten nur ein Fünftel (20,7 Prozent) aller Bundestagsmitglieder. Am höchsten ist dieser Anteil mit 47,1 Prozent bei der PDS, gefolgt von 37,5 Prozent beim Bündnis '90, 27,2 Prozent bei der SPD, 20,3 Prozent bei der FDP und 14,1 Prozent bei der Union.

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten der zwölften Wahlperiode liegt mit 48,7 Jahren im Mittelfeld. Die bislang älteste Volksvertretung gab es zwischen 1961 und 1965 mit einem Durchschnittsalter von 57,3 Jahren. Die jüngste zwischen 1972 und 1976 mit 47,1 Jahren. Der Großteil aller Parteien ist dabei zwischen 1925 und 1955 geboren. Lediglich sechs Personen sind älter (vier von der Union und jeweils einer bei SPD und FPD). Die jüngsten Vertreter (Geburtsjahr ab 1955) haben erwartungsgemäß mit 23,5 Prozent beziehungsweise 12,5 Prozent die PDS und das Bündnis '90. Bei der FDP sind dies 7,6 Prozent, bei der Union 7,5 Prozent und bei der SPD, nur 5,0 Prozent. □

Richard von Weizsäcker

Eine Familie im Schußlicht der Kritik

Alfred König

Die Zeiten, in denen es fast ein Sakrileg war, die Familie Weizsäcker zu kritisieren, gehören anscheinend der Vergangenheit an. Seinerzeit war CODE noch die einzige deutsche Zeitschrift, die die Geschichte speziell von Bundespräsident Richard von Weizsäcker ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt hat: Angefangen von dem Verdacht der Fahnenflucht, den ein Historiker gegen ihn erhob, über des Bundespräsidenten Nationalmasochismus bis hin zu den Vorwürfen des früheren Amtsrichters Deichner, daß von Weizsäcker während seiner Geschäftsführertätigkeit bei Boehringer Ingelheim wußte, daß das Unternehmen Zulieferungen für das Giftgas Agent Orange vornahm, mit dem die Amerikaner während des Vietnamkriegs tausende unschuldiger Menschen vernichteten.

Nun hat auch die Monatszeitschrift »Esquire – Das deutsche Lifestyle-Magazin« in ihrer März-Ausgabe unter dem Titel »Die Ehre der Weizsäckers« die Geschichte einer der berühmtesten deutschen Familien untersucht. Zwar enthält dieser Artikel einige Zugeständnisse an den Zeitgeist, so wird etwa der Vorwurf der Fahnenflucht ebenso wie Erkenntnisse des Revisionismus verschwiegen, dennoch ist dieser Artikel sehr lesenswert.

Die Ausrede klingt lächerlich

Aufgemacht wird der Artikel mit Textauszügen von Kabarettisten, so etwa von Henning Venske von der Münchner Lach- und Schießgesellschaft. Dieser hatte am 11. Januar 1992 in einem Programm erklärt, daß »er (Weizsäcker) ja auch mal berufstätig (war). Meines Wissens war er der einzige Geschäftsführer, der von den Geschäften seiner Firma nichts gewußt hat. Wahrscheinlich glaubt Weizsäcker immer noch, daß Agent Orange an Onkel Dittmeyer geliefert wurde.«

Bekanntlich war Richard von Weizsäcker von 1962 bis 1966 Mitinhaber und Geschäftsführer der Chemiefirma Boehringer in Ingelheim. Das Unternehmen soll über Umwege, so »Esquire« weiter, das Supergift Dioxin, Grundsubstanz für das im Vietnamkrieg eingesezte Killerprodukt Agent Orange, an die Amerikaner verkauft haben.

»Weizsäcker sagt heute, er habe von diesen Vorgängen während seiner Zeit bei Boehringer nichts gewußt. Er sei lediglich für das Personal ›im außertariflichen Bereich‹ und für kulturelle Belange der Firma zuständig gewesen. Die Rechtfertigung in eigener Sache wirken bei weitem nicht so souverän und überzeugend wie seine Reden und Stellungnahmen, wenn er über Schuld und Verantwortung der Deutschen räsoniert. Nur allzu bekannt ist den Deutschen die Tugend des vagen Erinnerns und präzisen Vergessens, wenn es um die persönliche Vergangenheit geht.«

Weizsäckers Ausrede klingt vielmehr sogar besonders lächerlich. Denn jeder Geschäftsführer einer Firma ist über wesentliche Dinge des Unternehmens informiert. Kein Personalvorstand ist ausschließlich für das Personal zuständig. Vielmehr ist es bei praktisch jedem Unternehmen so, daß wichtige Entscheidungen mehrheitlich beschlossen werden. Und daß ein Mitinhaber, der er war, sich so herausredet, läßt tief blicken!

»Esquire« ironisch weiter: »Niemand wird dem Bundespräsidenten etwas nachweisen können. Doch wer wollte das schon? Weizsäcker hat nichts Unrechtes getan. Hat er nicht mitteilen lassen, er habe, als er schließlich von Dioxin und Agent Orange erfuhr, ›mit großer Betroffenheit reagiert‹?«

Anschließend geht das Magazin darauf ein, daß des Bundespräsidenten Vater, Ernst von Weizsäcker, Dokumente unterschrieben habe, in denen es um die Deportation französischer Juden nach Auschwitz ging, und daß Richards Bruder Carl Friedrich im Dritten Reich an dem Bau der Atombombe mitgearbeitet habe.

Mit großer Betroffenheit reagiert

»Auschwitz, die Atombombe und das Giftgas Agent Orange – drei Begriffe für drei Kapitel der deutschen, der europäischen, der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Die Weizsäckers haben diese Kapitel nicht geschrieben. Aber wer auch immer die Autoren dieser Kapitel sind, sie haben auch die Geschichte der Familie Weizsäcker verfaßt. Einer deutschen Familie, die wie keine zweite dazu berufen war, über Generationen maßgebliche Positionen in Politik, Wissenschaft und Kultur einzunehmen. Einer Familie, die wie keine dazu verdammt war, in maßgeblichen Positionen nichts zu bewegen. Einer Familie der großen Männer, der großen Hoffnungen, der Betroffenheit...

Ernst von Weizsäcker, das hat die historische Forschung erst vor kurzem bewiesen, war kein Widerstandskämpfer. Carl Friedrich von Weizsäcker war unter Hitler ein weltfremder Phantast. Als Philosoph war er nie eine große Nummer. Zwar wird er auch weiterhin mit dem Dalai-Lama ratschen, aber mit dem Ende des kalten Krieges haben sich die Untergangsszenarien des Friedensforschers erledigt. Er mag auch weiterhin auf seinem Zivilschutz-Bunker in Söcking am Starnberger See hocken – relevante Themen besetzt er nicht mehr.

Und Richard von Weizsäcker? Ohne ihn, so heißt es, sähe die Bundesrepublik anders aus. Wirklich? Deutschland sieht anders aus. Wegen oder trotz des Präsidenten? Die Rede vom 8. Mai mag in den Schulbüchern stehen. Sie mag auch zitiert werden auf Kalenderblättern, Festschriften, Widmungen und von anderen Rednern, die auf Harmonie bedacht sind. Alle mögen Richie.

Alle mögen Dinosaurier

Im Bonner Museum König, gegenüber der Villa Hammerschmidt, ist zur Zeit eine Dinosaurier-Ausstellung. Die Ausstellung ist bei jung und alt der Hit. Alle mögen Dinosaurier.«

Danach geht das Magazin auf die Tätigkeit Ernst von Weizsäckers als stellvertretender Außenminister ein. »Ist die moralische Schuld Ernst von Weizsäckers strafrechtlich überhaupt zu bemessen? Wer wäre denn befugt, über ihn zu richten? Einen kleinen Hinweis gab Weizsäcker selbst. Von sich sagte er einmal: ›Umgangen und gemildert habe ich das Mögliche. Das Unabänderliche blieb unabgeändert‹. Klingt gut. Weniger gut klingt, daß Ernst von Weizsäcker in seinen ›Erinnerungen‹ (herausgegeben von seinem Sohn Richard) dieses kleine braune ›W‹ (mit dem er den Deportationsbescheid unterschrieb; die Redaktion) nicht erwähnte. Weizsäcker schrieb lediglich, daß die amerikanische Behörde ›es für gut befunden‹ habe, ihn wegen ›todeswürdiger Vergehen‹ vor Gericht zu bringen.«

In den folgenden Abschnitten geht »Esquire« auf die Rolle Carl Friedrich von Weizsäckers bei der Atombombenforschung ein. »In einem Spiegel-Interview antwortete Carl Friedrich auf die Frage, was ihn motiviert habe, bei diesem Projekt mitzuarbeiten: ›Ich hatte die Vorstellung, daß ich politischen Einfluß gewinnen könnte, wenn ich jemand wäre, mit dem Hitler reden müßte.‹

Mit der Bombe unterm Arm

Noch einmal genauer bitte, und diesmal zum Mitschreiben für alle jüngeren Physiker, die für irgendeinen Diktator gerade die Bombe basteln: ›Ich hatte geglaubt – das war mein großer Irr-

tum –, es könnte ja sein, daß man den Hitler zu einer Politik des Friedens bewegen kann.‹

Der junge Carl Friedrich hatte also den Plan, mit der Bombe unterm Arm anzuklopfen und ihm klarzumachen, daß er die Bombe nur dann herausrücke, wenn Adolf nach seiner, Carl Friedrichs, Pfeife tanze. Nett. ›Dazu können sie natürlich sagen, ich sei verrückt gewesen. Und ich bin bereit zuzugeben: Ich war verrückt.‹«

Nachdem »Esquire« ein Gedicht Carl Friedrichs wiedergibt, in dem dieser in englischer Gefangenschaft seine Schuld beteuerte, zitierte das Magazin Carls Onkel Viktor, der 1933 schrieb: »Auch als Ärzte sind wir verantwortlich beteiligt an der Aufopferung des Individuums für die Gesamtheit. Es wäre illusionär, ja es wäre nicht einmal fair, wenn der deutsche Arzt seinen verantwortlichen Anteil an der Vernichtungspolitik glaubte, nicht beitragen zu müssen. An der Vernichtung unwerten Lebens oder unwerter Zeugungsfähigkeit, an der Ausschaltung des Unwerten durch Internierung, an der staatspolitischen Vernichtungspolitik war er auch früher beteiligt.«

Zum Schluß des fünfseitigen Artikels heißt es: »Tatsächlich, Richard von Weizsäcker kann sich an Boehringer erinnern. Ist ja gut, von Dioxin und Agent Orange hat er nichts gewußt. Und was ist mit der Boehringer-Vertriebsfirma Cela, die 1964 mit dem amerikanischen Agent-Orange-Produzenten Dow Chemical kooperierte? Kann Richard sich an Cela erinnern?

›Diese Firma Cela‹, so berichtete 1984 der Pressesprecher der Bundespräsidenten, ›sagt ihm (Weizsäcker) auch nichts Besonderes, da kommen wir wohl nicht weiter.‹ Der Journalist Otto Köhler schrieb damals: ›Daß Weizsäcker die konzerneigene Vertriebsfirma Cela nicht gekannt haben will, muß man ihm bis auf weiteres abnehmen. Dann wird man es auch für möglich halten, daß Helmut Kohl in 18 Jahren erklärt: Außenminister? Ich soll einen Außenminister namens Genscher gehabt haben? Tut mir leid – das sagt mit gar nichts.‹«

Mit diesem Artikel, dem noch viel beizufügen wäre und der an mehreren Stellen durchaus zur Kritik anregt, untermauert aber den Vorwurf, den CODE schon seit Jahren an von Weizsäcker äußert: Daß er wie zuvor auch seine Familie, sein Tun nämlich danach ausrichtet, woher der Wind gerade weht. Es ist keine bedeutende Rede des Bundespräsidenten bekannt, wo er nicht dem Meinungsbild – zumindest dem der etablierten Meinungsindustrie – entsprach, sondern Punkte aufführte, die ihn in diesen Kreisen unpopulär machen würden. Und die Frage, ob Opportunismus die Eigenschaft des Bundespräsidenten sein sollte, die ihn am meisten auszeichnet, sollte doch nun wirklich nicht mit einem »Ja« beantwortet werden! Das einzige Mal, in dem er sich quasi der öffentlichen Meinung gegenüberstellte, war bei der Begnadigung von RAF-Terroristen. Und wohin dies geführt hat, sieht man nun. Es haben sich nämlich neue Verdachtsmomente gegen die vor zwei Jahren begnadigte »RAF-Aussteigerin« ergeben. Informationen zufolge soll Generalbundesanwalt Alexander von Stahl sogar einen neuen Haftbefehl gegen die 39jährige erwägen. Es soll nämlich neue Verdachtsmomente gegen die 39jährige geben, an der Entführung von Arbeitgeber-Präsident Hanns Martin Schleyer beteiligt gewesen zu sein.

Woher der Wind gerade weht

Sollten sich die Indizien für eine Mittäterschaft Speitels verdichten, würden dadurch nur Warnungen konservativer und nationaler Kräfte bestätigt. Diese hatten seinerzeit nämlich immer wieder davor gewarnt, daß das ganze Kapitel RAF noch von vielen Fragezeichen durchsetzt und vieles, besonders die Verantwortung für nahezu alle Anschläge, noch nicht hinreichend geklärt sei, um führende Terroristen vorzeitig entlassen zu können.

Von Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist hierzu natürlich nichts zu hören. Er hüllt sich vielmehr in beredtsames Schweigen. Vielleicht auch aus seiner Sicht ganz verständlich: Denn sollte Speitel wirklich erneut in Untersuchungshaft genommen werden, müßte eigentlich der Rücktritt von Weizsäckers die Folge sein. □

Propaganda

Argumente gegen die Totschlagworte

Siegfried Gärtner

Nach den Ereignissen in Hoyerswerda setzte ein derart massives inderländerfeindliches Trommelfeuer ein, gleichzeitig verbunden mit einer grotesken Ausländervergötzung, mit der jeder gesunde Widerstand des Volkes gegen den Versuch seiner Auflösung gebrochen werden soll.

Dabei sind es immer die gleichen Schlagworte, die gegen das selbstverständliche Naturrecht des deutschen Volkes zur Wahrung seiner Identität und Existenz vorgebracht werden. Allerdings sind jene Schlagworte längst zu Totschlagworten geworden, weil nicht schon vor Jahrzehnten energisch genug gegen ihre offenkundige Hohlheit Front gemacht wurde.

Da es sich aber bei der bewußt gesteuerten Überfremdung Deutschlands und Europas um eine Frage auf Leben und Tod dreht, wäre eine Kapitulation vor den gänzlich falschen »Argumenten« der Gegenseite unverzeihlich.

Es ist daher lebenswichtig, daß jeder einzelne Volkstreue in der Asyl- und Ausländerdiskussion unschlagbar wird, daß er auf jedes Scheinargument sofort das bessere Gegenargument auf Lager hat. Nur so können wir hoffen, daß wir, eine Minderheit, am Ende das Ohr des Volkes gewinnen, um dessen Existenz es geht. Es muß also durchschlagende Qualität der erdrückenden Quantität der Massenmedien und ihrer Mitläufer entgegengestellt werden.

Dazu aber ist es notwendig, daß jeder Einzelne von uns in der Lage ist, die ewigen gegnerischen Klischees zu zerpflücken.

Mit diesem verlogenen Schlagwort werden noch die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Die Deutschen, die sich im eigenen engen Restraum in Notwehr befinden, werden wieder einmal zu blindwütigen Aggressoren gestempelt.

Wo wird denn alles Ausländische so ehrfüchtig bewundert wie in Deutschland? Leider sieht man nie eine Aufstellung über die Milliardensummen, die das deutsche Volk jedes Jahr über Hunderte von privaten und kirchlichen Organisationen zusätzlich an Spenden für das Ausland aufbringt, zusätzlich zu den ungeheuren Entwicklungshilfegeldern des Staates für alle Welt. Bei jeder Wirtschafts- oder Naturkatastrophe irgendwo auf dem Globus kommt doch die schnellste und umfangreichste Unterstützung aus unserem Land.

Sechzig Prozent der Hilfe für die Nachfolgestaaten des bankrotten Bolschewismus stammen aus Deutschland, für ein Staatenkartell, das unser Land 46 Jahre besetzt und geteilt hielt und bei dessen Einmarsch 1945 unbeschreibliche Greueltaten an der ost- und mitteldeutschen Bevölkerung begangen wurden. Der Bundespräsident sagt, das mit den 60 Prozent müsse so bleiben. Man fragt sich, ob es sich bei dieser deutschen Spenditis noch um gesunde Hilfsbereitschaft oder schon um perverse Ehrlosigkeit handelt, zumal man von Dank nur in Ausnahmefällen etwas hört.

Was ist das für eine unverschämte skandalöse Rechtsverdrehung, die es als unsere moralische Pflicht hinstellt, jeden Erdbewohner, dem es gerade paßt, hier in unserem kleinen Land aufzu-

Propaganda

Argumente gegen die Totschlagworte

nehmen? Und dies, nachdem der deutsche Volksboden ohnehin nach zwei Weltkriegen grausam beschnitten wurde.

Man hat noch nie gehört, daß sich Herr Weizsäcker jemals über den Fremdenhaß der Tschechen beschwert hätte, die 1945 3,5 Millionen Sudetendeutsche vertrieben und dabei unzählige ermordet haben, Menschen, die seit Jahrhunderten ebenso zu Böhmen und Mähren gehörten wie die Tschechen. Hier wäre das Wort von der Fremdenfeindschaft angemessen gewesen. Mit der Vokabel Ausländerhaß heute soll nur der tatsächlich bestehende Antigermanismus getarnt werden nach dem bewährten Motto »Haltet den Dieb«!

Totschlagwort »Wohlstand durch Ausländer«

»Wir brauchen die Ausländer als Arbeiter und für unseren Wohlstand«.

Dieses Argument wird häufig vorgebracht, und viele Menschen, die an sich unserer Meinung sind, wissen nichts Rechtes darauf zu antworten. Außerdem wird dann von der Ausländerlobby jeweils hinzugefügt, wir (die Deutschen) hätten die Ausländer ja gerufen. Das stimmt schon nicht. Das deutscht Volk hat niemanden gerufen.

Und vollends grotesk ist die Behauptung, wir verdankten den Ausländern unseren Wohlstand. Dies hat zunächst mit der Asylfrage direkt nichts zu tun, und es sei auch nur nebenbei bemerkt, daß gerade diese Art von heutigem Wohlstand uns kaputtmacht. Das deutsche Volk hat nach 1945 eine unvorstellbare Wiederaufbauleistung vollbracht, die sich jedoch leider nur auf das Materielle erstreckte. Das sogenannte »Wirtschaftswunder« haben die Deutschen und nicht zuletzt die Millionen von Heimatvertriebenen selbst geschaffen. Erst dann kamen um 1969 die ersten Gastarbeiter. Sie kamen, weil sie hier bei uns in einer Woche mehr verdienten als in Sizilien oder Anatolien im ganzen Jahr.

Wir sagen dies ganz neutral und ohne jeden Vorwurf. Sie kamen also wegen der Deutschmark und nicht wegen uns. Dies zunächst zur Klarstellung.

Sodann sind es merkwürdigerweise dieselben Parteien und Geisteseinrichtungen, die den katastrophalen Geburtenrückgang seit 1970 verschuldet und zu verantworten haben, die jetzt für »freies Fluten« über unsere Grenzen eintreten. Glaubt da jemand an Zufälle? Denn selbstverständlich kann auch das Fortpflanzungsverhalten der Völker weitgehend manipuliert werden, gerade in Demokratien, in denen die Massenmedien im Grunde einen größeren Einfluß haben als in offenen Diktaturen.
Jetzt kommen dieselben Leute scheinheilig mit dem Argument, wir bräuchten möglichst viele Fremde, um eine kommende Rentenkatastrophe zu verhindern. Die Folge des Geburtensturzes war, daß zahlreiche Bauernhöfe, Gaststätten und Handwerksbetriebe heute leerstehen. Es fehlt an Nachwuchs für die Pflegeberufe.

Zusätzlich wurde dem Volk pausenlos vorgeschwätzt, daß jeder und jede unbedingt studieren müsse, so daß die Hochschulen gegenwärtig überfüllt sind mit Studenten oft sehr zweifelhafter Eignung. In all dem liegt der Hauptgrund für die Unterwanderung unseres Landes. Und diese Entwicklung geschah nicht zufällig, dies muß hier nochmals schärfstens wiederholt werden, sondern sie wurde so gewollt.

Totschlagwort »Reichtum verpflichtet«

Ein Volk, das nach zwei verlorenen Weltkriegen noch die halbe Welt »entwickeln« muß, braucht grundsätzlich keine Ausländer im eigenen Haus. Die Behauptung des Gegenteils ist an sich schon lächerlich. Nur die Weichen wurden völlig falsch gestellt. Die Bevölkerung wurde trotz aller früheren »Maßhalteappelle« nicht mehr zur Bescheidenheit, sondern zu einem schrankenlosen Materialismus und Egoismus erzogen.

Von Parteien, Kirchen und Gewerkschaften wird immer wieder das Argument ins Feld geführt, Deutschland als reiches Land müsse doch die Armen der Welt schon aus »Christenpflicht« aufnehmen. Dabei klingt das Wort »reich« immer etwas vorwurfsvoll, wie eine Anklage. Unsere Tüchtigkeit, die es fertigbrachte, in kurzer Zeit ein völlig zerstörtes Land wieder aufzubauen und Millionen von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen darin unterzubringen, wird uns jetzt als eine Art moralischer Defekt aufs Brot gestrichen. Dabei hätte jedes Volk der Welt nach 1945 größere Chancen gehabt, »reich« zu werden, als das deutsche.

Aber die Zahl der »Armen« auf dem Globus steigt unaufhörlich, nicht weil die armen Länder zu wenig, sondern weil sie zu viel Hilfe von den Industriestaaten erhalten. Die Bevölkerungsexplosionen in der dritten und vierten Welt sind eine klare Folge unserer falschen »Humanität« und wäre ohne diese undenkbar.

Wollte Europa alle Armen aufnehmen, dann wäre es morgen von einer Milliardenflut überrollt und übermorgen ein einziges Chaos aus Hunger, Not, Elend, Aids, Mord und Totschlag. Ist das eine Lösung? Warum drängen denn diese Scheinasylantenmassen alle nach Mitteleuropa und nicht zum Beispiel nach Rußland, das 60mal so groß ist wie unser winziges Rumpfdeutschland?

Sodann ist zu fragen, wo eigentlich unser Reichtum ist. Junge Paare, die heiraten und eine Familie gründen wollen erhalten kaum eine Wohnung. Wenn das unser Wohlstand ist, sollte es besser Raubbau an der Zukunft genannt werden. Die Zukunft wird geopfert zugunsten einer verantwortungslosen egoistischen und verlogenen Gegenwart. Bereits jetzt leben über vier Millionen Menschen in Deutschland von der Sozialfürsorge.

Wo wird der deutsche Steuerzahler eigentlich nicht zu Tributen herangezogen? Zu der Milliardenhilfe für Polen und Rußland finanziert Bonn auch noch den Wohnungsbau für die Herren Besatzer der Ex-Sowjet-Armee in deren Heimat. Den Bau aber übernehmen dann zum Beispiel die Türken und nicht mitteldeutsche Firmen. Wir finanzieren die EG so gut wie allein. Es gibt kaum ein Projekt in der Welt, wo nicht zuerst Deutschland zu Kasse gebeten, nein, befohlen wird.

Wir Deutschen werden ausgebeutet, nicht die Dritte Welt oder sonst jemand. All dies sollten wir den Dummschwätzern vom deutschen Reichtum entgegenhalten und sie zum Schweigen bringen, denn sie fordern ja die Begehrlichkeit der Welt mit ihren Phrasen geradezu heraus.

Totschlagwort »Multikulturelle Gesellschaft«

Ein Blick in die Geschichte, ein Blick auf die 200 Kriege und Bürgerkriege seit 1945 mit 30 Millionen Toten genügt, um zu bestätigen, daß fast alle gewaltsamen Ausbrüche, daß Not und Elend die steten Folgen »multikultureller Gesellschaften« sind.

Just in dem Augenblick, wo die ehemalige Sowjetunion und Jugoslawien das Fiasko aller solcher multinationaler Utopien erleiden, wird versucht, im Rest Europas gerade solche Konglomerate künstlich zu schaffen.

Man fragt sich, ob das eigentlich Wahnsinn oder diabolisch böser Wille ist. Was Deutschland betrifft, so drängt sich tatsächlich der Verdacht auf, daß die Absicht besteht, hier einen Völkerbrei anzurühren, um nach den dann unvermeidlichen Auseinandersetzungen die moralische Prügel wieder einmal den Deutschen zu verabreichen.

Selbst in Europas kühlem Norden, im nordischen Ulster, schwelt seit 23 Jahren ein Bürgerkrieg zwischen Briten und Iren, zwischen Protestanten und Katholiken.

Multikulturelle Gesellschaft bedeutet im Klartext das Ende aller Kultur. Von deutscher Kultur haben die umerzogenen Hasser ohnedies keine Ahnung. Niemand wird die herausragenden Leistungen etwa des französischen Volkes bestreiten wollen. Aber Deutschland stellt die doppelte Anzahl von Nobelpreisträger, und es wird wohl keiner behaupten, daß die Deutschen nach der unablässigen Hetze dieses Jahrhunderts bei der Nobelpreisvergabe bevorzugt worden wären. □

Gesetzgebung

Karlsruhe löst Bonn ab

Frank Wegener

In Deutschland droht zunehmende Gefahr durch Gerichte, die sich mehr und mehr gesetzgeberische Rechte anmaßen und dadurch massiv Politik machen. Die eigentliche Aufgabe der Gerichte, die Einhaltung der Gesetze zu überwachen beziehungsweise bei Nichtbeachtung Strafen auszusprechen, gerät mehr und mehr zumindest in den in Frage kommenden oberen Instanzen in den Hintergrund. Dies kann aber nicht im Sinne der Väter des Grundgesetzes sein, die mit gutem Grund Gesetzgebung und Rechtsprechung strikt voneinander trennten.

Dieses Prinzip wird aber seit einigen Jahren immer mehr ausgehöhlt. Die Tatrechtsprechung, eigentlich die Aufgabe der Gerichte, wird zunehmend zur Folgenrechtsprechung. Dies wird zwar von einer steigenden Zahl von Rechtswissenschaftlern und Anwälten kritisiert, ändert aber nichts an den Tatsachen.

Das Prinzip der Mithaftung

Besonders auffällig wurde dies beim jüngsten Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) zur Richtgeschwindigkeit. Dabei wurde ein Porschefahrer, der auf einer Strecke ohne Geschwindigkeitsbeschränkung bei Tempo 180 unverschuldet in einen Unfall verwickelt wurde, dazu verurteilt, Teile des Schadens zu übernehmen. Der BGH ging davon aus, daß die Richtgeschwindigkeit das Idealmaß darstellt, der »Idealfahrer« also auch nicht schneller als mit 130 Stundenkilometern fährt. Fährt er dennoch schneller, kann er hierfür zwar strafrechtlich nicht belangt werden, durch die zunehmende Gefährdung, die er angeblich darstellt, dafür aber zivilrechtlich.

In diesem Urteil steckt mehr Brisanz als es auf den ersten Blick erscheint. Hierdurch wird nämlich die Möglichkeit geschaffen, grundlegende Rechte des einzelnen durch das »Prinzip der Mithaftung« auf stillschweigendem Wege außer Kraft zu setzen.

Mit Verweis auf dieses Urteil könnte jetzt zum Beispiel einer Frau, die nach Mitternacht vielleicht noch mit einem Minirock bekleidet durch einen dunklen Park geht und dabei vergewaltigt wird, ein Teil des ihr zustehenden Schmerzensgeldes verwehrt werden. Zwar ist es nicht verboten, könnte das Gericht dann entscheiden, zu dieser Zeit durch einen Park zu gehen, das Risiko hierbei überfallen und/oder vergewaltigt zu werden, ist aber überproportional größer als wenn die Frau über eine wenige hundert Meter entfernte belebte Straße gegangen wäre. Folge: Teilabzug beim Schmerzensgeld!

Wenn ein Jugendlicher die Schule schwänzt und bei der Überquerung der Straße von einem Autofahrer, der das Rotlicht übersah, erfaßt wird, könnte das Gericht auch hier das Schmerzensgeld für den Jugendlichen mildern. Denn schließlich habe er dadurch, daß er nicht in die Schule ging, überhaupt erst ein Risiko heraufbeschworen, daß etwas passieren könnte. In der Schulklasse wäre er dagegen sicher gewesen. Folge: Teilabzug beim Schmerzensgeld beziehungsweise war er mit dem Fahrrad oder Mofa unterwegs, bekommt er zusätzlich nur einen Teil des Schadens erstattet.

Freiheitsrechte außer Kraft gesetzt

Diesen Beispielen könnten viele weitere folgen. Die Konsequenzen sind derzeit noch nicht absehbar. Traurige Tatsache wird aber bald sein, daß clevere Anwälte unter Berufung auf dieses Urteil entsprechend argumentieren werden. Und schon würden durch das Hintertürchen elementarste Freiheitsrechte zwar nicht de jure, so aber doch de facto, nämlich durch auf einen zukommende erhebliche materielle Verluste, außer Kraft gesetzt.

Bei dieser insgesamt skandalösen Entscheidung des BGH handelt es sich jedoch um keinen Einzelfall. Fast noch klassischer als diese Entscheidung war der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts (BVG) zur Zinsbesteuerung. Dabei hatte ein Ehepaar dagegen geklagt, daß viele Leute ihre Zinseinkünfte nicht angeben würden, der Staat keine Überwachungsmöglichkeit zur Erfassung der Zinseinkünfte eingerichtet hätte, dadurch die ehrlichen Steuerzahler ungerecht behandelt würden.

Dem folgte das BVG und setzte dem Gesetzgeber bis Ende 1992 eine Frist, eine Neugestaltung der Erfassung der Zinseinkünfte vorzunehmen, wobei sichergestellt werden müssen, daß auch wirklich alle sogenannten Steuerinländer, die Zinsen erhalten, auch Steuern hierfür bezahlen.

Als Folge dessen schuf die Bundesregierung die sogenannte Abschlagsteuer, mit der gewährleiste ist, daß zumindest für einen großen Teil der steuerpflichtigen Zinseinkünfte von jedermann Steuern bezahlt werden müssen.

Grundsätzlich ist diese Entscheidung zu begrüßen. Folgendes spricht allerdings dagegen: Dieses Ehepaar hat nicht moniert, daß der betreffende Paragraph im Einkommenssteuergesetz gegen die Verfassung verstößt. Es wurde nur beklagt, daß der Gesetzgeber keine umfassende Kontrollmöglichkeit geschaffen hat.

Von daher bestand eigentlich kein Grund, diese Verfassungsbeschwerde überhaupt anzunehmen. Dann könnte man mit gutem Grund eine Verfassungsbeschwerde darüber einreichen, daß in der freien Wirtschaft in den Vorständen der prozentuale Frauenanteil geringer ist als es der Gesamtzahl der Beschäftgten dieses Unternehmens entspricht.

Also Verstoß gegen die Gleichberechtigung.

Ferner hat das Gericht dem Gesetzgeber vorgegeben, bis dann und dann eine entsprechende Regelung zu treffen, wobei diese und jene Mindestanforderung für das Gesetz gelten. Das BVG hat damit also nichts anderes als konkrete Politik gemacht, seine Aufgaben als Rechtsprechungs- oder Gesetzwahrungsinstanz also bei weitem überschritten.

Gerichte machen Politik

Weiter Beispiele: Das BVG entschied kürzlich, bei der Einkommensbesteuerung müsse ein Betrag in Höhe des Existenzminimums, das auch bei der Pfändungsfreigrenze angesetzt wird, steuerfrei sein. Kürzlich entschied ein Lübecker Gericht, das das Verbot von Haschisch nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbaren sei, da andere Drogen, etwa Alkohol oder Nikotin, die von einigen Gutachtern für gefährlicher als Hasch eingestuft werden, für jeden frei zugänglich seien. Nun liegt diese Sache beim BVG. Auch in diesen beiden Fälle wird nichts anderes als Politik gemacht.

Man kann sich bei der Betrachtung der Urteile und Beschlüsse nicht einige herausgreifen und sagen, »Ja, die waren doch wirklich gut und verhelfen zu mehr Gerechtigkeit«. Vielmehr muß man sich der Konsequenzen, die drohen, bewußt sein. Denn nun besteht die Möglichkeit, daß bestimmte Interessensgrüppchen – und die Mitglieder der obersten Gerichte werden mehr oder weniger alle von Interessensgruppen getragen – nun auch außerhalb des Parlaments Politik machen und der Legislative für sie verbindliche Vorgaben machen können. Dieses ist aber letztendlich nichts anderes als ein weiteres Stückchen hin auf dem Weg zum George Orwellschen Einheitsstaat Marke »1984«. □



Deutschland

Dichter als Hoffnungsträger des Volkes

Emil Schlee

Nach fünf Jahren vaterländischen Wirkens durch »In-Bewußtseinbringen« von fünf großen deutschen Dichtern nimmt der »Bund zur Förderung der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit e.V. – Vereinigung zur Verbreitung des Friedensvölkerrechts« nach dem Motto »Frieden schaffen mit des Völkerrechts Waffen« Gelegenheit zur Rückschau auf die in Gedenkfeiern geehrten deutschen Dichter Ludwig Uhland (1987), Joseph Freiherr von Eichendorff (1988), Ernst Moritz Arndt (1989), Matthias Claudius (1990) und Franz Grillparzer (1991).

Die Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands mittels des Geistes, der Kultur, des Rechts, der Geschichte, der Dichtung und der Musik wahrzunehmen und sie in Gestalt der deutschen Dichter verkörpern und in ihren Lebensläufen, Gedichten und Liedern wirken zu lassen, zumal es heute an solchen Personlichkeiten mangelt, hat Niveau, entspricht der eigentlichen Veranlagung der Deutschen und ist Anlaß genug, dem »Bund« mit Vorstand und Mitgliedern Lob und Anerkennung, Dank und weitere Unterstützung auszusprechen und zuzusagen.

Sie schrieben sich in die Herzen der Menschen

In diesem »Bund« bedient man sich des Geistigen, um friedfertig für Freiheit und Einheit zu kämpfen; der Kultur, um das alle Deutschen Verbindende zu beleben; des Rechts, um es als eine der höchsten Kulturleistungen der europäischen Völker einzusetzen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und Schaffung einer europäischen Friedensordnung als Rechtsordnung; der Geschichte, um durch die Vergegenwärtigung des Vergangenen die Gegenwart besser verstehen und meistern und leichter Wege für eine friedvolle Zukunft finden zu können; der Dichtung, um die Stimme des Volkes durch seine Dichter zu hören und über die Zeiten wirken zu lassen; und der Musik, um dieser Stimme des Volkes jenen beschwingten und hoffnungsvollen Klang zu verleihen, der aus der Seele kommt. Alle fünf aufgerufenen Dichter waren ihrem Volke verbunden, schrieben sich in die Herzen der Menschen, hatten alle studiert, außer Ernst Moritz Arndt auch Jura; aber auch dieser bekannte sich zum Recht mit dem Ausspruch »Die erste Majestät im Leben, die höchste, heißt Gesetz und Recht«. Uhland und Arndt waren Professoren und 1848/49 auch Mitglieder der Frankfurter Nationalversammlung, und Eichendorff nahm bei den Lützower Jägern an den Befreiungskriegen teil. Arndt war in der Frankfurter Nationalversammlung zudem Vorsitzender des Völkerrechtsausschusses.

Was ist des Deutschen Vaterland?

Von allen fünf Dichter wurde das »Weihelied des Vaterlandes« gesungen, das Bekenntnis zum Vaterland in vielfältiger Form und Fassung dem Volke vermittelt. Uhland's 1815 bei Cotta erschienenen gesammelten Gedichte erhielten von ihm eine Widmung »An das Vaterland« mit dem Text: »Dir möchte ich diese Lieder weihen. Geliebtes deutsches Vaterland! Denn dir, dem neuerstandenen, freien, ist all mein Sinnen zugewandt!«

Eichendorff und Theodor Körner sangen bei den »Lützowern« vaterländische Lieder, Arndt verfaßte 1813 »Was ist des Deutschen Vaterland« und auch der deutschgesinnte Österreicher Grillparzer, der übrigens 1827 in Wien für Beethoven die Grabrede hielt, konnte sich ein Österreich ohne die mächtige Unterstützung des Deutschen Reiches gar nicht vorstellen.

Als Dichter und Volksvertreter, Kämpfer und Mahner, Rechtsverfechter und Geschichtskenner, als Mensch aus dem Volk, für das Volk und mit dem Volk, mit einer rechtsbewußten und vaterlandstreuen Gesinnung und demokratischen Haltung waren diese fünf aufrechten Deutschen gerade in den Zeiten der Französischen Revolution, der Napoleonischen Kriege, der Befreiungskämpfe und der Zeit nach dem Wiener Kongreß von 1815 bis hin zur Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 Stützen und Hoffnungsträger des Deutschen Volkes.

Da auch die Menschen unserer Zeit nach einem äußerst wechselvoll verlaufenen Jahrhundert, das den Deutschen Kaiserreich, Weimarer Republik, Drittes Reich, Bundesrepublik Deutschland oder Deutsche Demokratische Republik, zwei Weltkriege, große Menschen-, Land- und Wertverluste brachte, äußerst verunsichert sind, sich recht- und führungslos vorkommen, ist es kein Wunder, wenn man aus Mangel an geistigen Führungskräften sich auf die Hoffnungsträger aus früheren Zeiten besinnt, um Mut und Kraft aus deren Worten und Werken zu gewinnen.

»Man kann sich nicht von seiner Nation lossagen«

In diesem Zusammenhang muß man unwillkürlich an den russischen Germanisten und Schriftsteller Lew Kopelew denken, der 1912 in Kiew geboren wurde, im Zweiten Weltkrieg zuletzt Major und Propagandaoffizier der Ro-

Immanuel Kant: »Das Recht des Menschen muß heilig gehalten werden, der herrschenden Gewalt mag es noch so große Aufopferung kosten.«

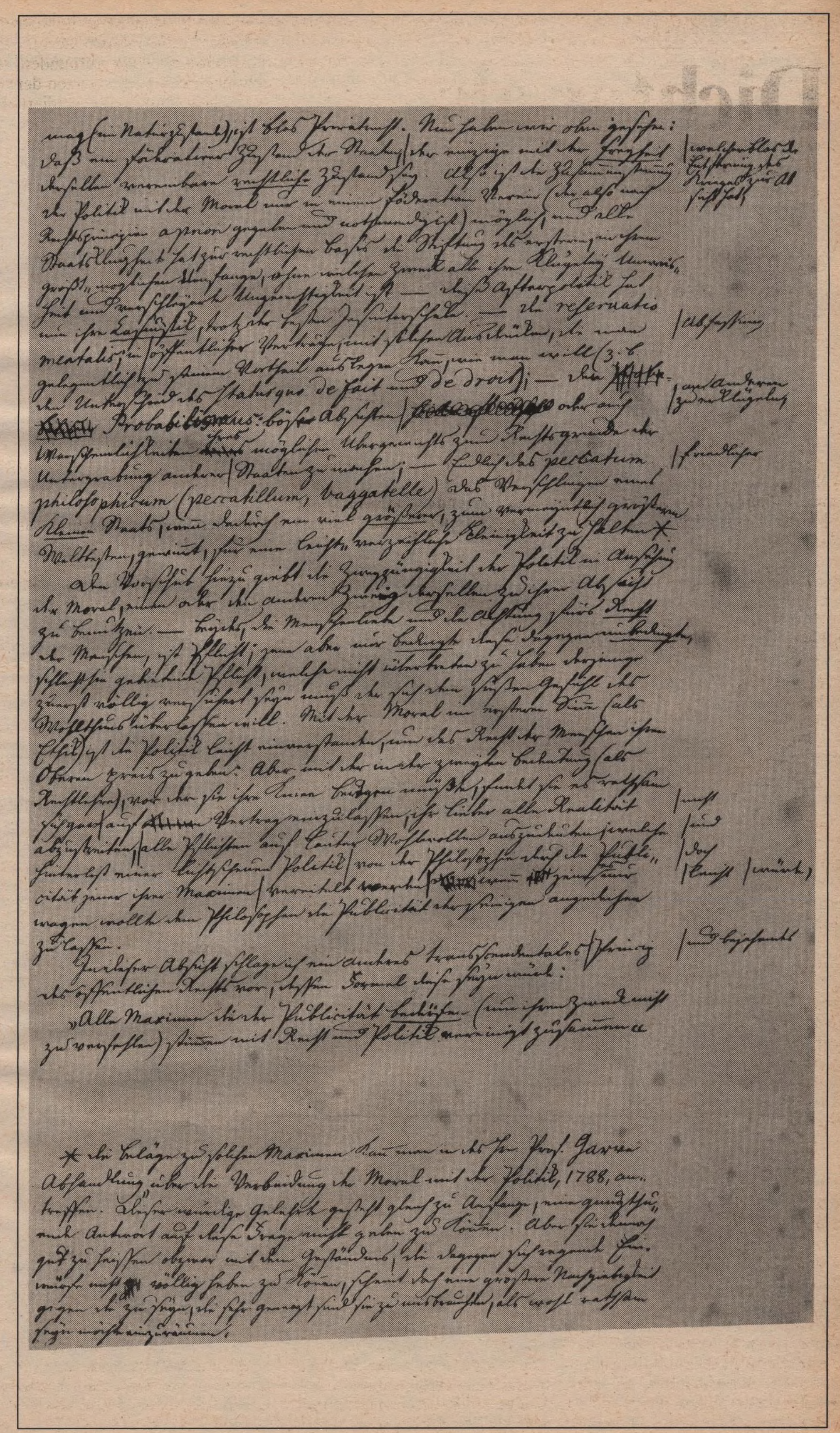
ten Armee war, seit 1981 in der Bundesrepublik Deutschland lebt und 1945 im März vor deutschen Kriegsgefangenen eine Ansprache hielt, aus der folgende Passagen stammen:

»Man kann sich nicht von seiner Nation lossagen, wie man sich auch nicht von sich selbst lossagen kann, nicht aus sich herausspringen kann ... Wahrscheinlich empfinden heute viele Deutsche unerträgliche Scham, Verzweiflung. Von Tag zu Tag werden es mehr. Das kann man verstehen, aber nicht gutheißen ... Sich von seinem Volk in Jahren des Elends, der Not, der Schande lossagen, ist ein Zeichen des Kleinmuts. Ein derartiges Elend hat Ihre Heimat seit dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr durchlitten, eine derartige Erniedrigung nicht seit den Tagen Napoleons. Deutschland braucht jetzt mehr denn je zuvor ehrenhafte und starke Menschen ... Es gibt eine andere, eine wirkliche Größe Deutschland: Das ist die Größe des deutschen Geistes, der deutschen Arbeit, der deutschen Vernunft, des deutschen Fleißes. Darauf können Sie stolz sein.
Der Deutsche Martin Luther zerschlug die Fesseln des mittelalterlichen dogmatischen Denkens, bereicherte die deutsche Sprache, die deutsche Dichtung ... Die Deutschen Leibnitz, Kant, Hegel, Feuerbach haben die ganze Menschheit denken gelehrt. Die Deutschen Lessing, Goethe, Schiller, Hölderlin schufen den Weltruhm der deutschen Literatur.

Die Deutschen Bach, Mozart, Beethoven, Schubert, Schumann, Wagner haben die Welt mit ihrer Musik erobert.

Deutsche Wissenschaftler, deutsche Ingenieure, deutsche Arbeiter und deutsche Bauern haben sich Achtung und Sympathie in aller Welt errungen.

Wieder und wieder betonte ich, daß man sich von seinem Volk nicht lossagen darf; ich sagte, wenn ich Deutscher wäre, würde ich gerade jetzt ganz beharrlich meine Zugehörigkeit zum tragischen Schicksal meiner Heimat bekräftigen.«



»Zum ewigen Frieden«. Eine der Schlußseiten in der Handschrift Kants.

Deutschland

Dichter als Hoffnungsträger des Volkes

Sprach so nicht auch Martin Luther vor über 400 Jahren schon in seinem Bekenntnis: »Für meine Deutschen bin ich geboren, meinen Deutschen will ich dienen. Ich kann es ja nicht lassen, und ich muß mich sorgen um das elende, verlassene und verachtete und verkaufte Deutschland, dem ich kein Arges, sondern alles Gute gönne, als ich schuldig bin meinem lieben Vaterland?«

»Ich muß mich sorgen um mein Deutschland«

Aufrüttelnd und appellierend in schwerer Zeit auch Ernst Moritz Arndt in seiner »Friedensrede« vom 13. Juli 1807: »Unser Zeitalter ist schwer, ... aber für den, der nicht an sich verzweifelt, ist nichts verloren! Die Welt wird sich halten! Sie wird sich aufrichten, wenn wir fest und aufrecht bleiben. Wir wollen nicht verzagt sein ... Alle unsere Hoffnung, alle unsere Kraft wollen wir in diese Zeit legen und glauben, sie sei zu retten! Fremde Fäuste können nicht helfen. Die Entscheidung des Zeitalters ruht mehr auf dem Wort und der Meinung, als auf dem Befehl und dem Schwerte.

Seht auf das Künftige! Herrschaft, die von Schlechten verloren war, wird durch Tüchtige wiedergewonnen. Die zerschlagenen Städte, die verödeten Fluren bauen deutscher Fleiß und Sparsamkeit schöner wieder auf. Darum klaget nicht, noch trauert um das Kleine, sondern sorget, daß das Große entstehe und das Schlechte untergehe! Wahrheit und Recht, Mäßigkeit und Freiheit seien die Halter, die Festpunkte unseres künftigen Lebens!«

»Recht tut, wer sich des Unrechts wehrt!«

Ernst Moritz Arndt griff aber ebenso mit der Kraft seines Herzens und der Macht seiner Worte den im eigenen Lande anwesenden »Unterdrücker« an. So zum Beispiel:

»Wer die Freiheit zu unterdrükken auszieht, damit unschuldige Völker als Knechte dienen, der erhebt das Schwert gegen Gott den Herrn, und treffen wird ihn, der die Blitze vom Himmel wirft. Denn früher oder später findet Gott den Übermut und mißt jeglichem seinen gebührenden Lohn.« »Ich vertraue Gott, dem deutschen Geist und rufe: Am Himmel und am Vaterland darf man nicht verzweifeln.« »Recht tut, wer sich des Unrechts wehrt!«

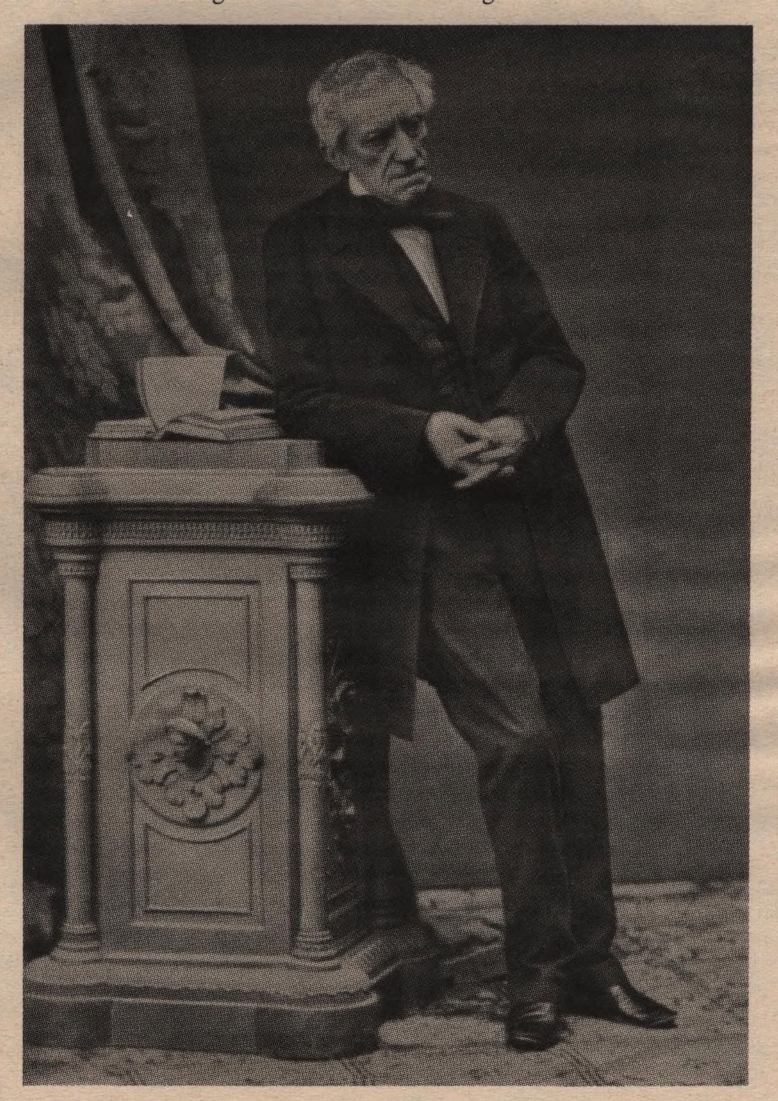
In anderer Art und Sprache versucht auch Matthias Claudius in schwerer Zeit aufzurütteln und Hoffnung zu geben mit einem seiner Gedichte:

»Licht muß wieder werden nach diesen dunklen Tagen.
Laßt uns nicht fragen, ob wir es sehen.
Es wird geschehen: auferstehen wird ein neues Licht.

Waren unsere Besten nicht ein wanderndes Sehnen,
unerfüllt nach Licht, das da quillt, von ihnen noch ungesehen?
Es wir geschehen, laßt uns nicht zagen.
Licht muß wieder werden nach diesen dunklen Tagen.«

Selbst der königliche Philosoph von Sanssouci, Friedrich der Große, der nach über 200 Jahren nun endlich seine Ruhe fand, schrieb ein Gedicht, das die Überschrift »Ein freies Volk« trägt, um allen Zweiflern Mut zu geben.

»Kein Volk versinkt, das an sich selber glaubt;
auch ich sah Sterne hell aus Nächten steigen.
Einst kommt der Tag, da steht der Baum belaubt,
und freies Volk wohnt unter seinen Zweigen.«



Franz Grillparzer: »Kehrt euch ans Volk mit Taten, nicht mit Witz. Gebt ihnen erst, was sie verteidigen sollen.«

Doch kommen wir noch einmal zurück auf die 1945 von Lew Kopelew vor deutschen Kriegsgefangenen gehaltene Ansprache. Bemerkenswert hierin der geschichtliche Hinweis:

»Sich von seinem Volk in Jahren des Elends, der Not, der Schande lossagen, ist Zeichen des Kleinmuts.

Ein derartiges Elend – wie heute 1945 – hat Ihre Heimat seit dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr durchlitten, eine derartige Erniedrigung nicht seit den Tagen Napoleons.

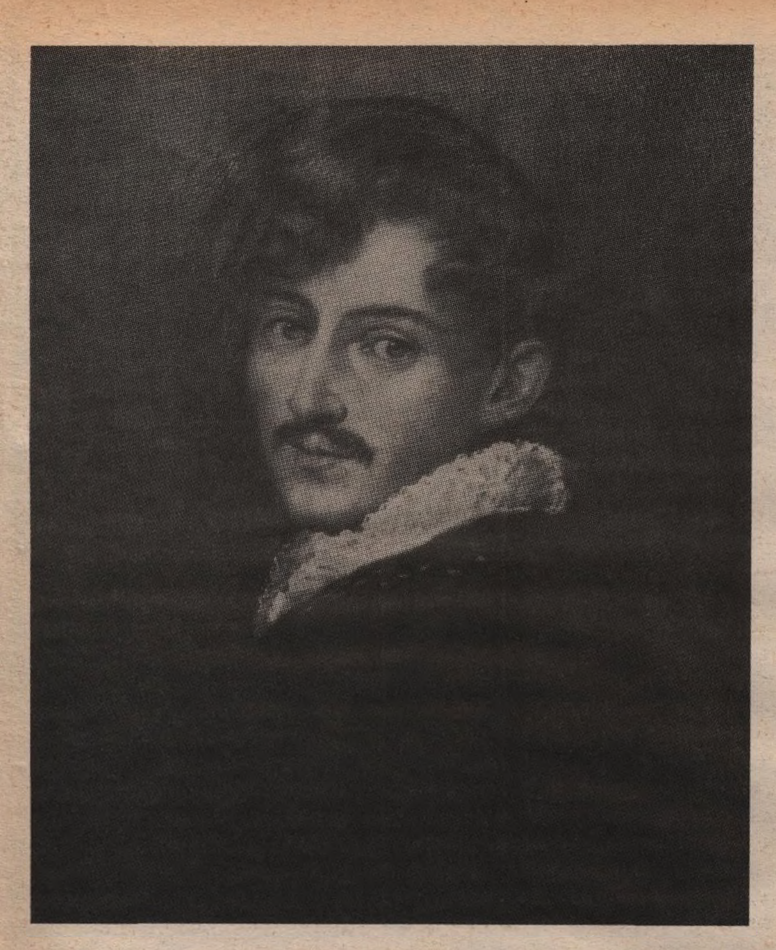
Deutschland braucht jetzt mehr denn je zuvor ehrenhafte und starke Menschen!«

Hier handelt es sich um den Hinweis auf die in den letzten 400 Jahren um die Herrschaft in der Mitte Europas geführten drei Dreißigjährigen Kriege, von denen Deutschland und die Deutschen als Land und Volk der Mitte in Europa am meisten betroffen wurden. Es geht um den bekannten Dreißigjährigen Krieg von 1618 bis 1648, der seinen Abschluß im Westfälischen Frieden von Münster und Osnabrück fand.

Es ist der zweite »Dreißigjährige Krieg« in Gestalt der Französischen Revolution, übergehend in die napoleonische Zeit, in der fast ganz Europa besetzt, unterworfen und auf die Familie Napoleons verteilt worden war (1785 bis 1815), abgeschlossen durch den Wiener Kongreß von 1815.

Und es handelt sich um den von Churchill als »dritten Dreißigjährigen Krieg« bezeichneten Zeitabschnitt von 1914 bis 1945, der bewußt immer noch keinen friedensvertraglichen Abschluß gefunden hat, daher auch noch andauert, wenn auch kaum wahrgenommen.

Deutschland hat diese drei »Dreißigjährigen Kriege« weder gewollt noch verursacht, war aber wegen seiner geographischen Mittellage in Europa stets Schlachtfeld der Kriege und Objekt der Politik. Ausländische Wissenschaftler wie Sorokin,



Joseph von Eichendorff: »Solange Recht regiert und schöne Sitte, Du schlicht und gläubig gehst in sichrer Mitte.«

Wright, Grenfell und andere haben längst erforscht, daß von allen europäischen Ländern seit dem 12. Jahrhundert Preußen/Deutschland mit Abstand am wenigsten Kriege geführt hat oder in solche verwickelt war!

Ein ganzes Volk und seine Geschichte kriminalisieren

Das sind feststellbare Tatsachen, die man der Wahrheit und der Selbstfindung unseres Volkes wegen den leichtfertigen Kollektiv- und Kriegsschuldthesen, mit denen man ein ganzes Volk und seine Geschichte kriminalisieren und verunglimpfen will, entgegenhalten muß.

Deutschland liegt in der Mitte Europas, hat die meisten Nachbarn, ist Brücke und Mittler zwischen Ost und West, Nord und Süd, war seit 400 Jahren einer vom Testament Richelieus bestimmten französischen Politik gegenüber der Mitte Europas ausgesetzt, die diese Mitte möglichst zersplittert und gut kontrolliert sehen wollte, ähnlich der englichen Politik des Gleichgewichts der Mächte, die keinen Staat auf dem Festland hervorragen ließ sowie dem Drang zum Meer der russischen Politik seit Peter dem Großen. Diese Mittellage als Schicksalslage mit Druck und Drang von allen Seiten hat den historischen Werdegang der Deutschen stark beeinflußt, räumliche Abtrennungen nach allen Seiten zur Folge gehabt und sicherlich auch Handlungen aufgenötigt und abgezwungen, die gar nicht in Absicht, Anlage, Charakter oder Wesen der Deutschen lagen oder hätten angelegt sein können. Man war mehr Amboß als Hammer, mehr Objekt als Subjekt der Politik.

Es muß nachdenklich stimmen, was der Philosoph, Sprachforscher und preußische Staatsmann Wilhelm Freiherr von Humboldt in einem Brief vom 8. November 1813 seiner Frau im Zusammenhang mit den Befreiungskriegen schrieb. Darin heißt es:

»Die wahre Freiheit Deutschlands muß jetzt errungen werden, und wem es um etwas in der Welt ernst ist, muß lieber alles aufopfern als darin nachlassen.

Es gibt vielleicht kein Land, das so selbständig und frei zu sein verdient hat als Deutschland, weil keins seine Freiheit so rein und einzig zu innerer, jedem wohltätiger Anstrengung zu benutzen geneigt ist. Der Deutsche hat unter allen Nationen am wenigsten eine zerstörende und am meisten eine immer in sich zurückwirkende Kraft, und wenn der Besitz der Freiheit gerettet ist, wird Deutschland sicher sehr bald in jeder Art und Bildung und der Gesinnung hervorragen. Darum ist es so dankbar, gerade für dies Vaterland zu arbeiten!

Mit den wenigsten Menschen kann man selbst nur das Gespräch bis zu diesem Zentrum hinführen. Aber wenn man äußerlich stückweise zu wirken scheint, muß man in sich immer das Ganze vor Augen haben ...

Was in den Weltbegebenheiten den Ausschlag gibt, ist die Kraft des Guten, die unsichtbar und unbegreiflich sich Achtung erzwingt und das Böse niederschlägt, das nie durch sich selbst siegt, sondern nur dadurch, daß sie fehle. Darum wird auch alles Große durch die Opfer errungen, weil in ihnen die Kraft des Guten am meisten lebendig wird.«

Welch ein anderes Bild über den Deutschen wird uns hier von Wilhelm von Humboldt vor Augen gestellt. Schon die Aussage, daß kein Land »so selbständig und frei zu sein verdient als Deutschland, weil keins seine Freiheit so rein und einzig zu innerer, jedem wohltätiger Anstrengung zu benutzen geneigt ist«, ruft uns doch spontan in Erinnerung, wie unser Volk heute von Spendenaufruf zu Spendenaufruf für weltweite Hilfs- und Rettungsaktionen mitwirkt, hohe Entwicklungshilfemittel bereitstellt, Kranke, Kinder, Flüchtlinge, Verletzte aufnimmt, versorgt, Unterkunft bietet, Wohltätigkeitsorganisationen unterstützt und als Ärzte, Priester, Lehrer und Entwicklungshelfer in aller Welt in »jedem wohltätiger Anstrengung« tätig sind. Wir müssen »den deutschen Himmel« und die Tatsache, daß die deutsche Seele auch mehr Licht und Liebe über die Welt ergossen hat, als man sonst für menschenmöglich anzunehmen geneigt ist, wieder in das Bewußtsein des eigenen Volkes und der Weltöffentlichkeit bringen, um der gezielten Verteufelung, übrigens auch auf den Bildschirmen unserer »besten Partner und Freunde«, endlich tatkräftig und überzeugend entgegenzutreten.

Kein Interesse an der Erhaltung Deutschlands

Was hier für den einzelnen Deutschen und für das deutsche Volk gilt und von Wilhelm von Humboldt in so trefflicher Weise dargestellt wird, findet bezüglich dem Land und Staat Deutschland inmitten Europas eine ebenso weitsichtige Ergänzung durch eine Feststellung von Prinz Eugen, die dieser am 22. Mai 1719 in einem Brief an den Herzog von Marlborough, einen Vorfahren von Winston Churchill, zu Papier brachte. Es heißt dort:

»Die Allianzen, so nur der Zufall oder ein augenblickliches Interesse sie herbeiführt, bewirken noch kein Vertrauen. Wenn aber die Mächte gemeinsam einsehen und einmal überzeugt sind, daß von der Erhaltung Deutschlands die Ruhe Europas ganz allein abhänge, alsdann kann man sagen, daß ein gemeinsames Interesse einem Staatenbunde zugrunde liege!»

Leider war man seit über 400 Jahren nicht an der Erhaltung Deutschlands interessiert, sondern führte nach Herausbildung einer staatlich organisierten Mitte in Europa durch die Deutschen drei dreißigjährige Kriege zur Auflösung dieser Mitte, so daß bis auf den heutigen Tag kein dauerhafter Frieden in Europa eintrat und keine europäische Friedensordnung als Rechtsordnung entstehen konnte. Da man auch heute noch nicht in Europa diesen genialen Gedanken des Prinzen Eugen nachvollziehen kann, werden auch die gegenwärtigen europäischen Bemühungen um die Einigung Europas aus Mangel an Vertrauen scheitern.

Wie führt doch unser Königsberger Weltphilosoph Kant in seiner Schrift »Zum ewigen Frieden« zutreffend aus: »Ewiger Friede ist nur möglich, wenn dem einzelnen Menschen wie den Volksgruppen Freiheit und Selbstbestimmung garantiert wird!« Diese werden dem deutschen Volk noch vorenthalten!

Dichter als Hoffnungsträger des Volkes

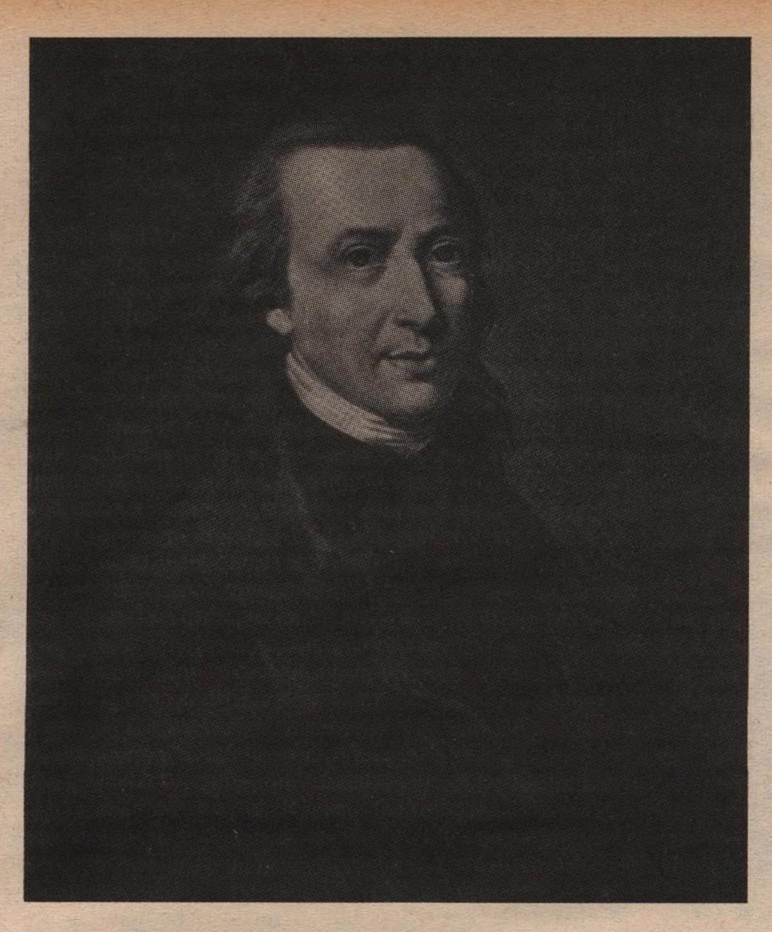
Und an anderer Stelle führt Kant weiter aus: »Das Recht des Menschen muß heilig gehalten werden, der herrschenden Gewalt mag es noch so große Aufopferung kosten. Man kann hier nicht halbieren, sondern alle Politik muß ihre Knie vor der Moral beugen. Das Recht muß nie der Politik, wohl aber die Politik dem Recht angepaßt werden!« Wir alle wissen, wie weit wir heute von den gültigen Vorstellungen und Forderungen Kants entfernt sind.

Die vorgenannten Feststellungen geben Anlaß, nochmals auf den »Bund zur Förderung der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit e.V.« zurückzukommen, denn er führt bekanntlich den Zusatz »Vereinigung zur Verbreitung des Friedensvölkerrechts« mit dem erläuternden Motto »Frieden schaffen mit des Völkerrechts Waffen!«

Das Recht ist kein Formelkram

Nach unserem Verständnis ist Demokratie die höchste Form politischer Kultur und stellt entsprechend höchste Anforderungen an den Menschen, insbesondere an den Politiker. Im Rahmen der politischen Kultur stellt die Entwicklung des Rechts und darin der Menschenrechte eine ganz außerordentliche Kulturleistung der europäischen Völker dar, die den Charakter des europäischen Geistes und die Einstellung der Europäer zum Leben und zum Frieden in besonderer Weise zum Ausdruck bringt. Friedensordnung war und ist auf diesem Niveau auch immer Rechtsordnung.

Die Entwicklung des Rechts half, Gewalt abzubauen und den Frieden zu sichern, wollte den Schwächeren und Schutzlosen vor Willkür und Machtmißbrauch schützen und einen Freiheitsspielraum für jeden Menschen sichern. Menschenrechte sind Freiheitsrechte! Insbesondere die Durchsetzung von Menschen- und Freiheitsrechten und die Sicherung des Friedens zeigt die große kulturelle Anstrengung und Leistung der europäischen Völker und die Bedeutung des Rechts als Element europäischer Kultur.



Matthias Claudius: »Licht muß wieder werden nach diesen dunklen Tagen.«

Daher ist Recht kein »Formelkram«! Es ist nicht zu bestreiten, daß in unserer Zeit auch in unserem Volke ein bedauerlicher Mangel an Rechtsbewußtsein entstanden, möglicherweise sogar herbeigeführt worden ist. Das ist für unser Volk deswegen so gefährlich, weil es zur Durchsetzung seiner berechtigten politischen Forderungen und Ziele auf jegliche Gewaltanwendung verzichtet hat, das Recht daher als fast einziges Mittel zur Durchsetzung von Politik gelten muß.

Dieser Mangel an Rechtsbewußtsein wird in der deutschland- und europapolitischen Diskussion auf allen Ebenen sichtbar. Wenn man zum Beispiel die Rechtsgrundlagen in der Deutschland- und Europapolitik darlegt, bekommt man sehr schnell gesagt, daß diese Rechtsgrundlagen sicherlich sehr interessant und wohl auch rechtens sind, daß man aber heute in der Deutschland- und Europapolitik doch von der politischen Wirklichkeit ausgehen müsse.

Mit dieser »politischen Wirklichkeit« meint man dann die widerrechtlich von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs in Anspruch genommene Befugnis über Deutschland als Ganzem, die abweichend vom allgemeinen Völkerrecht »nur« aus dem »Siegerrecht«, das kein geltendes Recht ist, abgeleitet und begründet wird, meint die rechts- und sachwidrig als endgültig angesehene Abtrennung der unter polnischer und sowjetischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete, vergißt, daß die gegen Deutschland gerichteten »Feindstaatenklauseln« der Charta der Vereinigten Nationen immer noch gültig sind, daß die ehemaligen Siegermächte, unsere heutigen »Partner und Freunde« nicht daran denken, uns die für unsere Geschichtsschreibung so wichtigen Akten und Archive des Deutschen Reiches zurückzugeben, und daß auch die Bundesregierung nicht befugt ist, die Wiedervereinigung Deutschlands einer »höheren Instanz«, also der Europäischen Gemeinschaft, zu übertragen, sondern sie selbst national leisten muß.

Der freiheitsliebende Demokrat und Gesprächspartner, der in einem Rechtsstaat zu leben glaubt, merkt überhaupt nicht mehr, daß er bereit ist, Unrecht, Menschenrechtsverletzungen und Völkerrechtsvergehen wie selbstverständlich hinzunehmen, daß ihn die Lage seiner ostdeutschen Landsleute gar nicht mehr berührt, und daß er in seinem politischen Denken auch unzuständigerweise über das Schicksal der bisher ungefragt gebliebenen Deutschen verfügt.

Der Kleinmut der Politiker

Wie blind, wie herzlos und wie arrogant müssen diese Wohlstandsbürger und Stimmungspolitiker schon geworden sein, wenn sie über diese traurige »politische Wirklichkeit« zur Tagesordnung übergehen und den rechtbewußten Mitbürger noch ermahnen, doch etwas »realistischer« zu denken. Diese »Realisten« sind dann noch so phantasielos, daß sie sich eine politische Veränderung in Gestalt einer Wiedervereinigung nur als neuen Gewaltakt vorstellen können. Die politischen Veränderungen in den letzten drei Jahren widerlegten allen Kleinmut und jegliche Besserwisserei. Aufgestelltes, in Kraft gesetztes Recht, das möglicherweise nicht gleich durchgesetzt werden kann, wie es im Völkerrecht des öfteren der Fall ist, hat gegenüber einem rechtlosen, mit keinem Recht geregelten Zustand, noch den Vorzug, daß es geltend gemacht werden kann, daß es einklagbar ist, daß man ein Anrecht behält. Gerade die Polen werden uns diese Erfahrung bestätigen können. Sie kennen die Rechtslage Ostdeutschlands, wissen, daß sie dort kein Erstgeburtsrecht haben, daß 47 Jahre Zwangsumsiedlung keine 700 Jahre deutscher Kulturgeschichte verdrängen können und werden daher die jüngsten Vertragspapiere, zumal sie über die Köpfe der Betroffenen hinweg widerrechtlich verfaßt und beschlossen wurden, nicht überbewerten.

Im abendländischen Kulturraum wissen Deutsche und Polen als

Nachbarn nur zu gut und besser als unsere »Realisten« und deren »Kommunisten«, daß Menschenrecht und Menschlichkeit, Völkerrecht, Recht und Gerechtigkeit friedlich und spannungsfreie Möglichkeiten des Zusammenlebens bieten werden, wenn es erst einmal um eine wirkliche europäische Friedensordnung geht. Zwar kann Recht die Politik nicht ersetzen, aber ohne klare und gültige Rechtsgrundlagen kann keine erfolgreiche Friedenspolitik betrieben werden.

So dachte auch Ludwig Uhland in einer Reihe vaterländischer und politischer Lieder, die auf Flugblättern das Land durchflogen, in denen er stets für »Das alte gute Recht« eintrat, so wie in dem Liedertext:

»Und wo bei altem guten Wein,
Der Württemberger zecht, soll stehts der erste Trinkspruch sein:
Das alte gute Recht!
Das Recht, das unseres Fürsten Haus als starker Pfeiler stützt,
und das im Lande ein und aus der Armut Hütten schützt;
das Recht, das uns Gesetze gibt, die keine Willkür bricht, das offene Gericht liebt und gültig Urteil spricht;
das Recht, daß mäßig Steuern schreibt und wohl zu rechnen weiß, das an der Kasse sitzen bleibt und kargt mit unserem Schweiß;
das Recht, das jedem freien Mann die Waffen gibt zur Hand,
damit er stets verfechten kann den Fürsten und das Land;
das Recht, das jedem offen läßt den Zug in alle Welt,
das uns allein durch Liebe fest am Mutterboden hält;
das Recht, das eine schlimme Zeit lebendig uns begrub,
das jetzt mit neuer Regsamkeit sich aus dem Grab erhub.
Ja, wenn auch wir von hinnen sind, besteh es fort und fort
und sei für Kind und Kindeskind des schönsten Glückes Hort!«

Solange Recht regiert

Der Bund zur Förderung der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit handelt im Sinne dieser Deutschen von Format, dieses Dichters von Rang und dieses Politikers von Charakter und will bewußt machen, wie aktuell Uhlands Wirken noch heute für uns ist und sein kann!

Und so auch Eichendorff in seinem »Memento«:
»Solange Recht regiert und schöne Sitte,
Du schlicht und gläubig gehst in sichrer Mitte,
Da trittst du siegreich zwischen Molch und Drachen,
Und wo du ruhst, da wird ein Engel wachen.
Doch wenn die Kräft, die wir ›Uns selber‹ nennen,
Die wir mit Schaudern raten und nicht kennen,
Gebundene Bestien, wie geklemmt in Mauern,
Die nach der alten Freiheit dunkeln lauern,
Wenn die rebellisch sich von dir lossagen,
Gewohnheit, Glauben, Sitt' und Recht zerschlagen,
Und stürmend sich zum Elemente wenden:
Mußt Gott du werden oder teuflisch enden.«

Ernst Moritz Arndt, den wir zuvor als Kämpfer für das Recht schon erwähnten, eben auch unvergessen in seinen Liedern.
»Preis und Dank dem Weltenmeister, der die Herzen, die die Geister, für ein ewig Wirken schuf!
Licht und Recht und Tugend schaffen durch der Wahrheit heilge Waffen, sei uns heiliger Beruf.
Ihr, auf diesem Stern die Besten, ob in Hütten, in Palästen, bleibt der höchsten Güter Hort: Wahrheit suchen, Tugend üben, alle Menschen herzlich lieben, das sei unser Losungswort.«

Deutlich werdend auch in der vierten Strophe von »Freiheit, die ich meine«:
»Wo sich Gottes Flamme in ein Herz gesenkt,
das am alten Stamme treu und liebend hängt;
wo sich Männer finden, die für Ehr' und Recht
mutig sich verbinden, weilt ein frei Geschlecht!«

Es klingt, wie heute zu uns gesprochen, sein »Deutscher Trost« von 1813: »Deutsches Herz, verzage nicht. Tu, was Dein Gewissen spricht, Redlich folge seiner Spur,
redlich hält es seinen Schwur!«

Und ebenfalls Matthias Claudius singt in seinen frohen Liedern:
»Recht tun und edel sein und gut,
Ist mehr als Geld und Ehr';
Da hat man immer guten Mut
und Freunde um sich her,

Deutschland

Dichter als Hoffnungsträger des Volkes

Und man ist stolz und mit sich eins,
Scheut kein Geschöpf und fürchtet keins«!

In einer Zeit der Selbstentfremdung

Und aus der Fülle von Beiträgen auch von Grillparzer aus dem »Kölner Dombau« der Appell:
»Kehrt euch ans Volk mit Taten, nicht mit Witz,
Gebt ihnen erst, was sie verteidigen sollen,
Den Namen Deutscher, mach ihn zum Besitz,
Dann müssen sie nicht können, ob auch wollen.
Macht, daß Verlust des Rechts, das Thronen baut,
Zugleich Verlust sei jedes einzeln eignen,
Denn wie an Franken ihr's und Briten schaut,
Wird vaterländischer Sinn sich nie verleugnen.«

Diesen »vaterländischen Sinn« und ein gesundes Rechtsbewußtsein haben alle im Rahmen der Veranstaltungen in das gegenwärtige Bewußtsein gerückten fünf deutschen Dichter im Laufe ihres Lebens und Wirkens vorbildlich bewahrt.

In einer Zeit wie der unsrigen, in der Deutschsein, gerade im lautersten Sinne, in diesem unseren Lande schon fast verpönt ist, man mit Erschütterung die alltägliche Selbstverdrängung, Selbstverstümmelung, Selbstentfremdung und Selbstvergessenheit wahrnehmen muß, ist es naheliegend und natürlich, wenn schon in der Gegenwart kaum vergleichbare Denker und Dichter in Erscheinung treten oder vielleicht auch nicht in Erscheinung treten dürfen, daß man sich auf Uhland, Eichendorff, Arndt, Claudius, Grillparzer und in Zukunft auf weitere Hoffnungsträger zurückbesinnt und neuen Mut schöpft.

Dieser »Bund zur Förderung der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit« weiß sehr genau, in welch schwieriger Lage sich Deutschland und das deutsche Volk immer noch befinden. Er leistet mit seinen Veranstaltungen einen wichtigen Beitrag für die heutigen Menschen und gibt Denkanstöße, wie es viele andere Bünde und Vereinigungen, die bundesweit ständig zunehmen, unermüdlich tun. Als »Vereinigung zur Verbreitung des Friedensvölkerrechts« will man auf die kardinale Bedeutung des Rechts auf Frieden und Freiheit hinweisen und darüber hinaus mit dem Motto »Frieden schaffen mit des Völkerrechts Waffen« zur geistigen Auseinandersetzung mit der Friedenswaffe Recht und Völkerrecht gegenüber denjenigen aufrufen, die dem deutschen Volk, innerhalb und außerhalb unserer gegenwärtigen Grenzen, noch immer die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit verweigern und gar glauben, sie könnten das über die Köpfe der Deutschen hinweg auch weiterhin tun.

Wie hat es Ernst Moritz Arndt doch ganz richtig formuliert:

»Denn früher oder später findet Gott den Übermut und mißt jeglichem seinen gebührenden Lohn«. »Ich vertraue Gott, dem deutschen Geist und rufe: Am Himmel und am Vaterland darf man nicht verzweifeln.« »Recht tut, wer sich des Unrechts wehrt.«

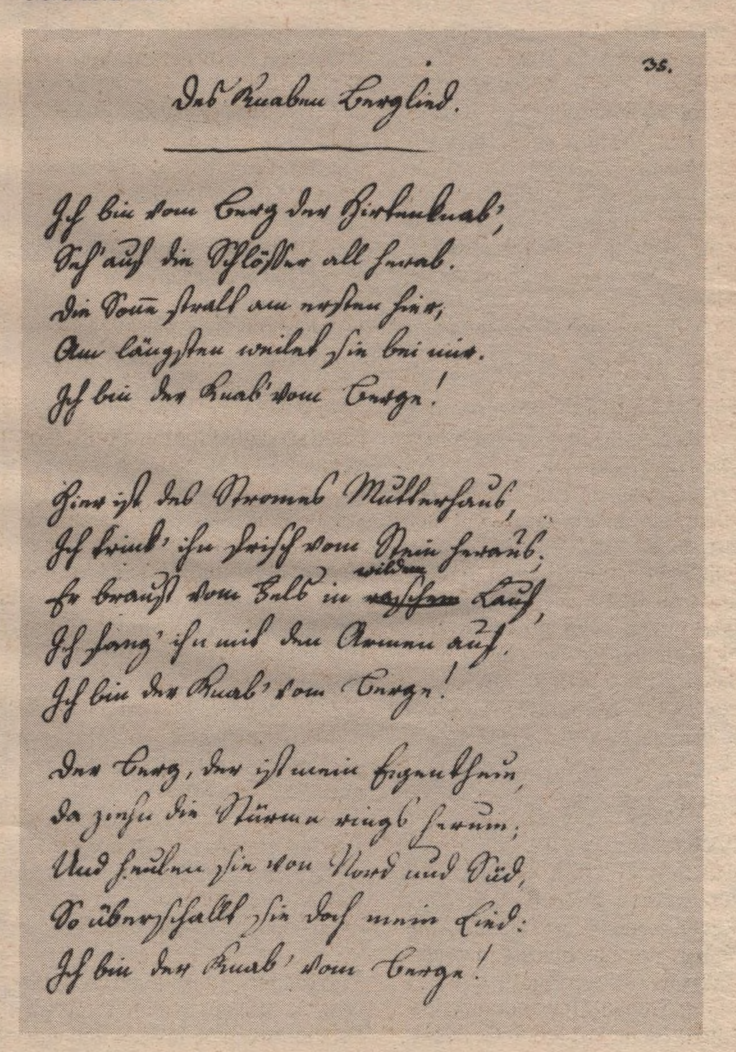
Junge Menschen suchen Vorbilder

Das Verunglimpfen von Heimat, Volk, Nation, Vaterland, Recht, Sitte, Staat, Einheit und Wiedervereinigung in der Öffentlichkeit, in den Medien, von Politikern und Lehrern sollte sich zukünftig von allein verbieten. Dafür müssen wieder Geschichts-, Rechts-, National- und Selbstbewußtsein mehr Platz greifen und der jungen Generation begründet als auch vorgelebt werden.

Junge Menschen suchen Vorbilder, menschliche Größe, Wahrhaftigkeit, Liebe und Verständnis. Sie wollen richtig behandelt und vertrauensvoll gefordert werden. Ihnen die volle Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als Friedensziel, als einen Teil freiheitlicher Europapolitik der Bundesrepublik Deutsch-



Ludwig Uhland: »Recht tun und edel sein und gut, ist mehr als Geld und Ehr.«



36.

Des Knaben Berglied.

Ich bin vom Berg der Hirtenknab',
Seh' auf die Schlösser all herab.
Die Sonne strahlt am ersten hier,
Am längsten weilet sie bei mir.
Ich bin der Knab' vom Berge!

Hier ist des Stromes Mutterhaus,
Ich trink' ihn frisch vom Stein heraus,
Er braust vom Fels in ~~[illegible]~~ wildem Lauf,
Ich fang' ihn mit den Armen auf.
Ich bin der Knab' vom Berge!

Der Berg, der ist mein Eigenthum,
Da ziehn die Stürme rings herum;
Und heulen sie von Nord und Süd,
So überschallt sie doch mein Lied:
Ich bin der Knab' vom Berge!

Ludwig Uhland: Das Gedicht »Des Knaben Berglied« in der Handschrift des Dichters.

land, als Verwirklichung der Menschenrechte und des Völkerrechts und als gemeinsame Aufgabe der Generationen verständlich zu machen, ist eine große Aufgabe und zugleich eine politische Forderung, für die junge Menschen heute wieder zugänglicher sind. Das vergessene Deutschland muß wieder entdeckt werden, dann Deutschland braucht seine Jugend.

Noch ist Deutschland nicht verloren! Die Entscheidung über Deutschland steht noch aus! Wir müssen im Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit auf Recht und Völkerrecht beharren und wissen mit Otto von Bismarck, der am 1. April 1815 geboren wurde, daß nur eine tapfere Politik eine gute Politik ist, und er fügte den Satz hinzu: »Wem es zu bequem ist, sein geschichtliches Recht zu verteidigen, wird es bald verlieren!«

Darum sollen die hier vorgetragenen Gedanken abgeschlossen werden mit einem kämpferischen Plädoyer des früheren Rechtsprofessors Rudolf von Ihering, der von 1818 bis 1892 lebte, in Berlin, Basel, Rostock, Kiel, Gießen, Wien und zuletzt in Göttingen lehrte und 1872 den Beitrag »Der Kampf ums Recht« verfaßte, dem die nachfolgenden Auszüge entnommen sind:

»Das deutsche Volk hat eine Zukunft«

»Das Ziel des Rechts ist der Friede, das Mittel dazu der Kampf. Solange das Recht sich auf den Angriff von seiten des Unrechts gefaßt halten muß – und dies wird dauern, solange die Welt steht –, wird ihm der Kampf nicht erspart bleiben. Das Leben des Rechts ist Kampf, ein Kampf der Völker, der Staatsgewalt, der Stände, der Individuen.

Alles Recht in der Welt ist erstritten worden, jeder wichtige Rechtssatz hat erst denen, die sich ihm widersetzten, abgerungen werden müssen, und jedes Recht, sowohl das Recht eines Volkes wie das eines Einzelnen, setzt die stetige Bereitschaft zu seiner Behauptung voraus. Das Recht ist nicht bloßer Gedanke, sondern lebendige Kraft. Darum führt die Gerechtigkeit, die in der einen Hand die Waagschale hält, mit welcher sie das Recht abwägt, in der anderen das Schwert, mit dem sie es behauptet. Das Schwert ohne die Waage ist die nackte Gewalt, die Waage ohne das Schwert die Ohnmacht des Rechts.

Recht ist unausgesetzte Arbeit, und zwar nicht etwa bloß der Staatsgewalt, sondern des ganzen Volkes ... Die Energie der Liebe, mit der ein Volk seinem Recht anhängt und es behauptet, bestimmt sich nach dem Einsatz an Mühe und Anstrengung, die es gekostet hat. Nicht die bloße Gewohnheit, sondern das Opfer ist es, welches das festeste der Bande zwischen dem Volke und seinem Rechte schmiedet, und welchem Volke Gott wohlwill, dem schenkt er nicht, was es nötig hat, noch erleichtert er ihm die Arbeit, es zu gewinnen, sondern dem erschwert er dieselbe.«

Gott will dem deutschen Volk wohl

Und betrachten wir die Lage der Deutschen inmitten Europas 47 Jahre nach Kriegsende, eine Zeit, in der uns Deutschen wirklich nichts geschenkt oder erleichtert, sondern vieles eher erschwert wurde, so müßte man meinen, Gott will dem deutschen Volke wohl. Ist es nicht so in heutiger Zeit, daß wir die Hoffnungsträger der europäischen Völker, vor allem der mittel- und osteuropäischen Völker sind?

»Ja«, so sagte Goethe am 13. November 1813 zum Historiker Heinrich Luden, damals Professor in Jena, »das deutsche Volk verspricht eine Zukunft und hat eine Zukunft. Das Schicksal der Deutschen ist, mit Napoleon zu reden, noch nicht erfüllt. Hätten sie keine andere Aufgabe als das Römische Reich zu zerbrechen und eine neue Welt zu schaffen und zu ordnen, sie würden längst zugrunde gegangen sein. Da sie aber fortbestanden sind und in solcher Kraft und Tüchtigkeit, so müssen sie nach meinem Glauben noch eine große Bestimmung haben, eine Bestimmung, welche um soviel größer sein wird!«

Was die Dichter zu jener Zeit uns sagten, müssen wir heute Wirklichkeit werden lassen. Ich persönlich glaube daran und arbeite dafür. Wenn wir alle wollen, wird es uns auch gelingen. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE Redaktion: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

Alle Informationen und Berichte stammen aus zuverlässigen Informationsquellen, sind mit Sorgfalt recherchiert und werden veröffentlicht nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr. Verantwortlich für den Inhalt sind die jeweilig zuständigen Redaktionen in Washington und Leonberg.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

CODE kostet als Einzelheft DM 7.50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 78.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: SPS-Verlagsservice GmbH, Karl-Mand-Straße 2, D-5400 Koblenz, Telefon (02 61), 80 70 60, Fax (02 61) 8 07 06 54.
Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 29. April 1992 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Banker-Journal

Amerika braucht eine neue Wirtschaftspolitik

Alexander Hamiltons Politik wird heute benötigt, heißt es in einem Leitartikel in der Zeitschrift »Aviation Week«. Der für die Geschäftswelt zuständige Redakteur, Anthony Velocci, beginnt seinen Artikel über Erneuerung und Technologie wie folgt: »1791 schrieb der amerikanische Finanzminister Alexander Hamilton in seinem ›Report on Manufactures‹, daß die Ausarbeitung einer Politik, um die einheimische Industrie zu fördern, die ›nächste große Aufgabe des Landes, die vollbracht werden muß‹, sei. Nicht nur steht die gleiche wirtschaftliche und industrielle Imperative auf der heutigen Tagesordnung des Landes, sondern es gibt gute Gründe dafür, zu glauben, daß eine solche Politik heute noch wichtiger als vor 200 Jahren sein könnte.«

Nachdem er die wohlbekannte Unfähigkeit, in Wissenschaft und Technologie Durchbrüche zu erzielen, die dann auf neue amerikanische Industrien übertragen werden können noch einmal ins Gedächtnis zurückgerufen hatte, wetzte Velocci die Klinge über den Tax Reform Act (Gesetz zur Steuerreform) von 1986 und nannte es das Schlüsselelement, das es für Industriebetriebe unrentabel, wenn nicht gar unmöglich mache, in die Produktion zu investieren. Das Gesetz beseitige die verbleibenden, wenn auch verwässerten Investitionssteuer-Kredite, was zu erhöhten Kapitalkosten, veränderten Absetzungsmodalitäten führte, die jetzt gegen eine eventuelle Kapitalerweiterung ins Gewicht fallen, sowie zu einer erhöhten Kapitalgewinnsteuer, und das alles habe dazu beigetragen, den Ausgabe-Sektor der ›Reagan Revolution‹ von allem, was noch produktiv war, abzudrängen.«

Velocci fährt fort: »Die Korrektur von Schwächen, wie diese im amerikanischen Steuergesetzbuch, würde helfen, die Kapitalkosten zu senken, langfristig Forschung und Entwicklung anzuregen und amerikanische Firmen dazu anzuspornen, ihren Horizont zu erweitern,. Der lebenswichtigste Vorteil besteht jedoch darin, daß dies die Bildung von kleinen Jungfirmen, Fontänen von Arbeitsplätzen sowie marktfähige innovative Technologie stimulieren würde.«

»Die wahre Bedeutung, in der Erneuerung der Technologie führend zu sein«, sagt Velocci, »liegt in der Erkenntnis, daß dies nicht der Zweck an sich, sondern das Mittel zu einer Erhöhung der langfristigen Wachstumsraten sei, so daß Arbeitsplätze geschaffen und der Lebensstandard verbessert werden kann.« □

Kasakstan lehnt russisch-amerikanisches Abkommen ab

Der Staatspräsident von Kasakstan, Nursultan Nasarbajew, bezeichnete in einem Interview mit der Wiener Tageszeitung »Die Presse«, die von den Präsidenten George Busch und Boris Jelzin ausgearbeiteten Vorschläge zur Kooperation auf dem Gebiet der Atomwaffen, als »unannehmbar«.

Nasarbajew äußerte, das Busch-Jelzin-Abkommen müsse bekämpft werden, da es eine geheime Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland sei, deren Einzelheiten der Regierung oder militärischen Führung von Kasakstan und der anderen Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) nicht mitgeteilt worden seien.

Nasarbajew erklärte: »So wie diese Vorschläge jetzt aussehen, ziehen die Vereinigten Staaten einen großen Nutzen daraus – drei gegen einen – zum Nachteil der anderen Seite. Dies ist nicht annehmbar. Meiner Meinung nach sollte die GUS mit den USA bei der Anzahl von Atomsprengköpfen gleichgestellt werden.« □

Lob für den amerikanischen Arbeiter

In einem Artikel auf seiner ersten Seite hob das »Wall Street Journal« lobend Zahlen hervor, aus denen hervorging, daß die Lohnkosten pro Produktionseinheit in den Vereinigten Staaten in der Zeit von 1985 bis 1990 um 0,1 Prozent pro Jahr zurückgegangen seien. Im Gegensatz dazu seien die Lohnkosten pro Produktionseinheit in Kanada im Jahresdurchschnitt um 7,9 Prozent, in Japan um 10,3 Prozent, in Britannien um 10,8 Prozent, in Frankreich um 11,0 Prozent, in Südkorea um 11,3 Prozent, in Italien um 14,3 Prozent und in Deutschland um 15,6 Prozent gestiegen.

Dies habe zur Folge gehabt, meint das »Journal«, daß, während die Vereinigten Staaten Anfang der achtziger Jahre die teuersten Arbeitskräfte der Welt gehabt hatten, 1990 die Lohnkosten pro Produktionseinheit in den USA 14,77 Dollar betrugen; im Vergleich zu 15,23 Dollar in Frankreich, 16,02 Dollar in Kanada, 21,53 Dollar in Deutschland und 21,86 Dollar in Norwegen. Japans Lohnkosten für die Produktion hätten 12,64 Dollar betragen.

Das »Journal« verkündete dann in Fettdruck: »Weitere Verbesserungen der Wettbewerbsfähigkeit Amerikas würde dem sich bereits festigenden Exportsektor der Wirtschaft neue Kräfte verleihen«. □

Widerstand in Kanada gegen Handelspakt mit den USA

Der kanadische Botschafter für Mexiko hat zugegeben, daß der Freihandel »mit den Vereinigten Staaten die kanadische Wirtschaft zerstört habe«. Der Botschafter, David Winfield, sagte zu der mexikanischen Tageszeitung »Excélsior«, daß der Widerstand gegen das North American Free Trade Agreement (NAFIA) in Kanada immer stärker werde, da das Bild der Wirtschaft sich ständig verschlechtere.

Winfield äußerte, in Kanada liege die Arbeitslosenquote bei zehn Prozent, der Kauf heimischer Produkte und Investitionen seien rückläufig. Der amerikanische Kongreß sei darüber besorgt, daß der Freihandel eine »Verringerung der Souveränität« darstelle und diese Befürchtung habe die Polularität von George Bush herabgesetzt. □

Oberstes polnisches Gericht lehnt IWF-Programm ab

Das Oberste Gericht Polens beschloß, daß die Einfrierung der Gehälter für die Lebensunterhaltskosten für die 2,5 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durch die Regierung, ein Verstoß gegen deren grundlegenden Verfassungsrechten sei. Die Einfrierung, die zu Beginn des dritten Quartals von 1991 in Kraft trat, hat zu einer Verringerung der Einkünfte für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes um 30 Prozent geführt.

Als Reaktion darauf sagte Elzbiete Suchoka, Leiterin des Haushalt-Dezernats im polnischen Finanzministerium, der Gerichtsbeschluß werde »katastrophale Folgen« haben und den Steuersparkurs der derzeitigen Regierung unterminieren.

Eine Entschädigung des öffentlichen Sektors für die Einkommensverluste seit Juli würde weitere drei Milliarden Sloty erfordern, das Budget der Regierung um genau diesen Betrag erhöhen und das gesamte mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgehandelte Sparprogramm-Paket über den Haufen werfen.

Indessen wird der fortlaufende Rückgang des Industrieausstoßes in Polen unter dem IWF-Programm die Arbeitslosenquote in diesem Jahr bis fast auf 20 Prozent nach oben drücken, kommentierte die »Neue Zürcher

Zeitung«. 1991 fiel die Industrieproduktion um 14,2 Prozent im Vergleich zu 1990; die am stärksten betroffenen Wirtschaftszweige sind Elektromaschinenbau, 26,1 Prozent nach unten, und das Transportwesen, 24,7 Prozent nach unten. Ausfuhren fielen um 6,5 Prozent und Einfuhren stiegen um 34,4 Prozent, während die Inflationsrate sich auf 60,4 Prozent belief.

Die Arbeitslosenquote erreichte 11,4 Prozent (2,6 Millionen Arbeiter), wobei die Arbeitslosigkeit in sechs von 45 Bezirken höher als 17 Prozent ist. Offizielle Voraussagen rechnen bis Ende des Jahres mit einer Arbeitslosenquote von fast 20 Prozent, was bedeuten würde, daß drei bis 3,5 Millionen Menschen arbeitslos wären. □

Zentralasien will eine Eisenbahn zum Arabischen Meer

Der pakistanische Wirtschaftsminister Sardar Aseff Ahamad Ali äußerte auf einer Konferenz in Islamabad, Pakistan sei bereit, sich den fünf Staaten beim Bau einer Eisenbahnlinie quer durch das Gebirge Afghanistans zur Küste im westlichen Pakistan anzuschließen. Die Bahnlinie würde Zentralasien und einem Nachkriegs-Afghanistan direkten Zugang zum Meer für Einfuhren und Ausfuhren verschaffen und Pakistan einen neuen Hafen an der baluchistanischen Küste bescheren.

»Dies ist ein sehr aufregendes Projekt, und ich glaube, daß die Regierung von Pakistan sehr darauf drängen wird, sich daran zu beteiligen«, sagte Ali.

Der Minister hatte im Dezember 1991 die zentralasiatischen Republiken und Aserbaidschan bereist. Aus einem vorläufigen Zweckmäßigkeitsbericht über die Bahnverbindung geht hervor, daß es vier bis fünf Milliarden Dollar kosten und acht bis zehn Jahre in Anspruch nehmen würde, das Projekt durchzuführen.

Das alte sowjetische Bahnnetz reicht bis zur afghanischen Grenze bei Termez. Die Salang-Landstraße verbindet die Grenze mit der afghanischen Hauptstadt Kabul über das hohe Hindu-Kush-Gebirge hinweg, und viele der höher gelegenen Streckenabschnitte führen durch Tunnels. □

Mexikanische Kritik an Bushs »Neuer Weltordnung«

Die mexikanische Zeitschrift »Jueves« vergleicht die Probleme von George Bush und seiner »Neuen Weltordnung« mit den Schwierigkeiten von Boris Jelzin und kommentiert, daß das Schicksal beider Präsidenten sich bis Ende dieses Jahres entscheiden werde.

Buschs jüngste Reise nach Japan, erklärt das Magazin, war ein Versuch, die Japaner dazu zu bewegen, die »zusammengebrochene amerikanische Wirtschaft durch Sicherheitsleistung vor der Katastrophe zu bewahren«. Als er in Australien war, habe Bush »die Gelegenheit wahr genommen, vor« einem neuen Krieg, dem Handelskrieg, zu warnen, der von seinen Konkurrenten so gefürchtet wird«.

Nachdem das »üble Imperium« besiegt worden ist, schreibt »Jueves«, braucht die US-Regierung neue Feinde. Zweifelt irgendjemand daran, daß diese dann die Sündenböcke sein werden, die Bush in seinem Wahlkampf verwendet, wenn er die Verantwortung für das Debakel seines Landes von sich abzuwälzen versucht? Die Wahrheit ist, daß »die zerstörte US-Wirtschaft, die am stärksten verschuldete und von Defiziten geplagte Wirtschaft in der Welt, nicht auf reine Einspritzungen mit Speichel reagieren wird«. Wenn alle Stränge reißen, kann Bush immer noch auf die »Resourcen des Krieges – Wirtschaftskrieg, wie bereits in Canberra umrissen – oder, warum sollte es nicht gesagt werden, auf einen heißen Krieg – noch einmal gegen den Irak, oder vielleicht Libyen oder vielleicht Kuba zurückgreifen. □

Nur 20 Prozent der Briten zahlten die Kopfsteuer

Britische Gerichte haben an mehr als sieben Millionen Bürger Zahlungsbefehle geschickt, weil diese die verhaßte Kopfsteuer, die kürzlich wieder rückgängig gemacht wurde, nicht bezahlt hatten, berichtete die »Washington Times«. Die Steuer ist nicht rückwirkend aufgehoben worden, und es wird damit gerechnet, daß die Jagd nach Steuerhinterziehern noch bis ins 21. Jahrhundert andauern wird. Die Verjährungsfrist wurde von zwei auf sechs Jahre verlängert. Die Steuer war so unpopulär, daß sie dazu beitrug, Mrs. Thatcher vom Sockel der Macht zu stürzen.

In dem Artikel werden einige Beispiele von Steuersündern aufgeführt: Eine 77jährige behinderte Frau kam ins Gefängnis, weil sie 750 DM nicht bezahlt hatte. Die Beamten der Haftanstalt waren über diesen Vorfall so erbost, daß sie das Geld aufbrachten, um die Frau nach nur einer Nacht wieder auf freien Fuß setzen zu können. Ein Mann sei zu zwei Wochen Freiheitsstrafe verurteilt worden, weil er 100 DM nicht bezahlt hatte, und er sei die erste Person seit dem 14. Jahrhundert, die wegen Nichtzahlung einer Kopfsteuer in den »Schuldturm« mußte.

In dem Artikel heißt es weiter, Thatcher habe wohl in ihrem Geschichtsunterricht nichts gelernt – der letzte Versuch einer Kopfsteuer sei 1381 erfolgt, und er habe den Bauernaufstand, den ersten Volksaufstand in der englichen Geschichte entfacht. □

Entwicklungsbank vergibt mehr Darlehen

Darlehensgewährungen und Investitonen durch die Asian Development Bank (ADB) in den Entwicklungsländern Asiens stiegen im vergangen Jahr um 25 Prozent auf mehr als fünf Milliarden Dollar an, gab die Bank in ihrem neuesten Vierteljahresbericht bekannt.

Trotz der Befürchtungen über eine weltweite Kreditknappheit wegen der gegeneinander im Wettbewerb stehenden Bedürfnisse des ehemaligen Sowjetblocks und der Staaten am Persischen Golf, vermeldete die in Manila ansässige Bank einen steilen Anstieg bei der Kreditvergabe, die 1990 vier Milliarden Dollar betrug.

Energie-Projekte machten 35 Prozent aller Finanzierungen durch die ADB aus, für Landwirtschaft 20 Prozent und für Transport und Fernverbindungen 15,5 Prozent.

Indonesien erhielt das größte Einzeldarlehen für ein Kraftwerkprojekt in der Größenordnung von 300 Millionen Dollar. Aufgenommene Schulden durch die aus 52 Mitgliedern bestehenden Bank beliefen sich 1991 auf insgesamt 1,3 Milliarden Dollar, im Vergleich zu 848,6 Millionen 1990.

Die Kreditaufnahmen erfolgten über die Ausgaben von acht Schuldverschreibungen auf den internationalen Kapitalmärkten. Zum ersten Mal zapfte die Bank den US-Dollar-Markt in Asien an und gab im November 1991 in Hongkong, Singapur und Taipei »Dragon bonds« in Höhe von 300 Millionen Dollar aus.
Andere Ausgaben erfolgten in österreichischen Schillingen, japanischen Yen, Schweizer Franken, Eurosterling und auf US-Dollar-Kapitalmärkten der USA. □



Bonn

Die Schulden-Lawine

Im ersten gesamtdeutschen Bundeshaushalt ist die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben kleiner als erwartet – doch die gesamte Staatsverschuldung ist so hoch wie nie zuvor: fast 1,3 Billionen DM. Allein für die Zinszahlungen müssen die öffentlichen Haushalte 1992 über 100 Milliarden DM aufbringen. Die im Zuge der Vereinigung aufgestellten Nebenhaushalte befinden sich in einem besonders prekären Zustand.

Das Jahr 1 nach der deutschen Einheit hat im Kassenbuch des Bundesfinanzministers deutliche Spuren hinterlassen. Rund jede vierte Ausgaben-Mark wurde 1991 dem Konto der neuen Bundesländer gutgeschrieben.

Bund, Länder und Gemeinden

Nach der ersten Runde der mittelfristigen Finanzplanung 1991 bis 1995 sieht die Bilanz gar nicht einmal so schlecht aus wie angenommen.

Die Verschuldung des Bundes stieg 1991 um 52 auf rund 594 Milliarden DM – damit blieb die Nettokreditaufnahme immerhin um 9,6 Milliarden DM unter der Prognose im Haushaltsplan.

Die Soll-Ist-Differenz beruht im wesentlichen auf zwei Faktoren:

Erstens Steuermehreinnahmen: Die übers Jahr gesehen noch gute Konjunktur spülte 317,9 Milliarden DM in die Kassen des Fiskus – das waren 1,4 Milliarden DM mehr, als die amtlichen Steuerschätzer bei Aufstellung des Bundeshaushaltes prognostiziert hatten.

Zweitens Minderausgaben: Die Gesamtausgaben blieben im Haushaltsjahr 1991 per saldo um 8,5 Milliarden DM hinter den Berechnungen der Kassenwarte zurück.

Dieses Ergebnis resultiert aus rund 1,9 Milliarden DM Mehrausgaben und fast 10,4 Milliarden DM Minderausgaben durch Einsparungen oder nicht abgeflossene Gelder.

Die Höhe der Schulden dürfte auch Bundeskanzler Kohl Kopfzerbrechen bereiten: 1,3 Billionen DM, das heißt jährlich 100 Milliarden DM Zinsen zahlen.

Für das Vorruhestandsgeld mußte der Finanzminister 1991 tiefer in die Tasche greifen als geplant. Fast 1,3 der 1,9 Milliarden DM Mehrausgaben entfielen auf diesen Posten.

Die Zinsausgaben des Bundes waren 1991 dagegen um fast drei Milliarden DM niedriger als vorgesehen.

Die Schulden der DDR

Grund: Im Haushaltsentwurf für 1991 waren die Kassenwarte noch von einer Nettokreditaufnahme des Bundes von über 66 Milliarden DM ausgegangen. Letztlich konnte der Haushaltsfehlbetrag auf 52 Milliarden beschränkt werden, so daß auch die Zinszahlungen entsprechend niedriger ausfielen.

In den Kreditabwicklungsfonds flossen im vergangenen Jahr rund 1,1 Milliarden DM – gut zwei Milliarden DM weniger als im Haushaltsentwurf.
Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben: Laut Einigungsvertrag soll der Kreditabwicklungsfonds Ende 1993 aufgelöst werden. Das aber heißt:

Bis zum Jahresende 1993 müssen rund 100 Milliarden DM Schulden der ehemaligen DDR aus dem Fonds bezahlt oder in die Bücher des Bundes umgebucht werden.
Etwa 30 Milliarden DM entfallen auf Auslandsschulden und andere Verbindlichkeiten der Ex-DDR. Stolze 70 Milliarden DM müssen vom Kreditabwicklungsfonds für den Ausgleichsfonds Währungsumstellung bereitgestellt werden. Dabei handelt es sich vorwiegend um Gelder zur Deckung der Bilanzlücken, die durch die Währungsumstellung entstanden sind.

Die Chancen, daß diese 100-Milliarden-Rechnung doch noch geringer ausfällt, sind gering. Denn auf der Haben-Seite werden lediglich die Privatisierungserlöse der Treuhand verbucht – und die reichen mit Sicherheit nicht aus. Die Differenz aber müssen der Bund und die neuen Länder je zur Hälfte übernehmen.

Die Bundesanstalt für Arbeit schloß 1991 mit einem Defizit ab, aber die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben war kleiner als im Haushaltsplan veranschlagt. Deshalb reduzierten sich die Zuschüsse des Bundes von geplanten 2,3 auf rund eine Milliarde DM.

Dahinter stecken jedoch völlig unterschiedliche Entwicklungen in West- und Ostdeutschland: Die Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung führte im Westen zu einem Überschuß von fast 24 Milliarden DM. In Ostdeutschland aber klaffte eine Deckungslücke von über 25 Milliarden DM.

Der Schuldenberg der Nebenhaushalte

Im Haushaltsjahr 1992 wird es schlimmer kommen: Auffgrund des angespannten Arbeitsmarktes schätzt die Deutsche Bundesbank das Defizit der Nürnberger Anstalt in Ostdeutschland auf 35 Milliarden DM. In Westdeutschland dagegen dürfte sich der Überschuß weiter vergrößern. Grund: Obwohl der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung Anfang 1992 um 0,5 Prozentpunkte gesenkt wurde, liegt er höher als im Jahresdurchschnitt 1991. Unterm Strich dürfte das Minus der Bundesanstalt für Arbeit 1992 bei knapp fünf Milliarden DM liegen.

Angesichts dieser Belastungen ist es kein Wunder, daß im Haushaltsentwurf des Bundes für das Jahr 1992 die Zinszahlungen mit rund 55 Milliarden schon den zweitgrößten Einzelposten hinter dem Ressort Arbeit und Sozialordnung (91 Milliarden) ausmachen.

Ein kleiner und relativ unbekannter Posten brachte dem Bund mit 1,2 Milliarden DM ganze 200000 DM mehr als geplant in die Haushaltskasse des Jahres 1991 – das Münzregal.

Insgesamt wird die Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden 1992 um rund 91 Milliarden DM steigen – das sind 8,4 Prozent mehr als im Haushaltsjahr '91. Noch größer wird der Schuldenberg, wenn die Nebenhaushalte einbezogen werden:

Einschließlich des Fonds »Deutsche Einheit«, des Kreditabwicklungsfonds und des ERP-Sondervermögens wächst die Staatsverschuldung von 1991 auf 1992 um fast 170 Milliarden DM oder 14,5 Prozent auf über 1,3 Billionen DM.

Damit ist die Verschuldung seit der Einheit um fast 30 Prozent gestiegen. An die Tilgung alter Schulden ist deshalb kaum zu denken:

Im Jahr 1992 muß der Staat allein über 100 Milliarden DM oder fast ein Zehntel seiner Gesamtausgaben für den Zinsendienst aufbringen.

Die Verbindlichkeiten der Treuhand

Das ist aber noch nicht alles: Noch gar nicht im öffentlichen Schulden-Buch enthalten sind bisher die Verbindlichkeiten der Treuhandanstalt. Die Behörde wird nämlich wie eine private Gesellschaft behandelt. Ab Januar 1994 aber übernehmen der Bund und die neuen Länder die Geschäfte der Treuhand – und deren Schulden.

Das Bundesfinanzministerium rechnet damit, daß sich bis dahin rund 250 Milliarden DM Treuhand-Verbindlichkeiten angesammelt haben – denen ein Vermögen von nur 40 bis 50 Milliarden gegenübersteht. Die Schulden im einzelnen:

70 Milliarden DM Altkredite;

20 Milliarden DM Ausgleichsforderungen der Unternehmen:

115 Milliarden DM Neuverschuldung und rund 25 Milliarden DM noch ungewisser Verbindlichkeiten, zum Beispiel für ökologische Altlasten, Bürgschaften und Entschädigungsansprüche.

Auch der öffentliche Wohnungsbau in den neuen Bundesländern ist aus der Schulden-Rechnung ausgeklammert. Am 1. Juli 1991 waren bereits 36 Milliarden DM Schulden aufgelaufen; bis Ende 1993 wird mit insgesamt 50 Milliarden DM gerechnet.

Die öffentlichen Hände wollen davon so wenig wie möglich übernehmen. Vielmehr planen sie, den Schuldenberg im Wohnungsbau durch konsequente Privatisierung und marktgerechte Mieten abzubauen.

Die Neuregelung der Finanzverteilung

Ein zusätzliches Finanzierungsproblem hat die Staatskasse durch das Steueränderungsgesetz 1992 und die Neuregelung der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern. Knapp 20 Milliarden DM müssen durch Einsparungen finanziert werden, wenn die Nettokreditaufnahme des Bundes 1992 die vorgesehenen rund 45 Milliarden DM nicht überschreiten soll. Dazu sind vor allem weitere Subventions-Kürzungen geplant. Im Jahr 1992 sollen insgesamt 9,3 Milliarden DM Finanzhilfen und Steuervergünstigungen gestrichen werden.

Der Sparwille zeigt sich auch im Entwurf des Bundeshaushalts 1992. Insgesamt steigt der Etat gegenüber 1991 zwar um knapp 12 Milliarden DM oder 2,9 Prozent. Aber immerhin neun von 29 Einzelplänen sollen bei der Geldzuweisung ein Minus hinnehmen. Zu den Verlierern zählen die Ressorts Verteidigung (−0,8 Prozent), Bundespräsidialamt (−1,4 Prozent), Arbeit und Sozialordnung (−1,8 Prozent), Allgemeine Finanzverwaltung (−2,4 Prozent), Bundeskanzleramt (−5,2 Prozent), Gesundheit (−9,2 Prozent), Verteidigungslasten (−12,7 Prozent) sowie Frauen und Jugend (−31,3 Prozent).

Immerhin 600000 DM (− ein Prozent) verliert eine Behörde, deren Aufgabe es ist, die öffentlichen Finanzen zu überprüfen – der Bundesrechnungshof. □



Japan

Hierarchie und Harmonie als Wirtschaftssystem

In Japan sind Mensch, Umwelt und Unternehmen enger miteinander vernetzt als in der abendländischen Kultur. Gleichzeitig ist die Gesellschaft streng hierarchisch geordnet. Paradebespiel für die Verkopplung von Harmonie und Hierarchie sind die japanischen Unternehmensgruppen, die Keiretsu. Sie zeigen, daß sich die Dynamik der japanischen Wirtschaft zwar auch durch Vokabeln wie Marktwirtschaft und Wettbewerb erklärt – allerdings dürfen diese Begriffe nicht im westlichen Kontext gebraucht werden.

Marktwirtschaft im westlichen, individualistischen Sinne basiert auf der Unabhängigkeit der Konsumenten – letztlich entscheiden die Verbraucher, was und wieviel produziert wird. Auch in Japan ist der Kunde König. Auf der ordnungspolitischen Ebene allerdings verfolgen Wirtschaft und Politik ein übergeordnetes Ziel: die Expansion Japans – die Japan AG.

Die Harmonie der Gruppe

Der Leitgedanke dieser Philosophie ist die Harmonie der Gruppe – ein Ergebnis konfuzianischen Denkens. Individualisten haben in diesem System keinen Platz – der Wert des einzelnen mißt sich immer am Wert der Gruppe. Es regiert die Philosophie der kleinen, aber gemeinsamen Schritte – der Erfolg basiert allein darauf, sich an die exakt festgelegte Ordnung zu halten.

Genau nach diesem Prinzip funktioniert das japanische Unternehmen – und das Unternehmen Japan. Die industrielle Hierarchie:

Von rund 750000 Betrieben in der Industrie haben nur 2000 (0,3 Prozent) mehr als 500 Beschäftige.

Von den 100 umsatzstärksten dieser Unternehmen gehören immerhin 69 zu einer Wirtschafts-Verbundgruppe, einer Kigyo Keiretsu.

Über 50 dieser 69 Unternehmen sind Mitglieder in einer der sechs großen Keiretsu: Mitsubishi, Mitsui, Sumitomo, Fuyo (Fuji), Sanwa und Dai-Ichi-Kangyo.

Diese sechs Konglomerate erwirtschafteten Ende der achtziger Jahre rund 18 Prozent aller japanischen Unternehmensgewinne und über die Hälfte der japanischen Exporte – sie beschäftigten aber nur fünf Prozent aller Arbeitnehmer. Beispiel Mitsubishi: Die Mitsubishi-Gruppe umfaßt 160 große Unternehmen aus fast allen Wirtschaftsbereichen. Sie beschäftigt insgesamt über eine halbe Million Menschen und hält rund 1400 weitere Beteiligungen an japanischen Firmen.

Allein die 38 wichtigsten Mitsubishi-Gesellschaften erzielten 1987 einen Umsatz von insgesamt 330 Milliarden DM – das waren über sieben Prozent des japanischen Bruttosozialproduktes.

Das Kernstück der Gruppe bilden ein Generalhandelshaus (Mitsubishi Corporation), eine Bank (Mitsubishi Bank) und eine Gesellschaft für Schwerindustrie (Mitsubishi Heavy Industries, Ltd.). Dieses Führungstrio bestimmt die grundlegende Unter-

Japan

Hierarchie und Harmonie als Wirtschafts-system

nehmenspolitik und pflegt die Beziehungen zu den anderen Gesellschaften.

Der Zusammenhalt der Keiretsu ist um so erstaunlicher, als die einzelnen Gesellschaften nicht unter einem Dach einer Holding organisiert sind – Holdings sind in Japan verboten. Bei Mitsubishi ist keine einzige Beteiligung an einem Unternehmen höher als 6,5 Prozent.

Die Erklärung ist wiederum im Gruppengefühl der Japaner zu finden: Alle 14 Tage treffen sich rund 30 der wichtigsten Unternehmenspräsidenten von Mitsubishi zum Kinyo-Kai, der Freitags-Konferenz. Ohne formale Tagesordnung, ohne Protokoll und ohne Sanktionen gegenüber Abweichlern diskutieren sie die Grundstrategie.

Im Gegensatz zu westlichen Konzernen sind die japanischen Keiretsu nicht dem scharfen Gegenwind einer kritischen Öffentlichkeit ausgesetzt. Stärke und Größe werden in Japan bewundert. Macht zu haben, sie aber nicht auszuüben, gilt dagegen als schwach und wird verachtet. Macht wiederum muß erarbeitet werden: Schritt für Schritt, von unten nach oben, Jahr für Jahr – das Senioritäts-Prinzip.

Ein Nebeneinander von Groß- und Kleinbetrieben

Der Stärkere überlebt – dieses darwinistisch anmutende Motto Japans steht keinesfalls im Gegensatz zum Streben nach Harmonie. Ein Blick zurück in die Meiji-Zeit (1868-1912) hilft, die Entwicklung der hierarchischen Gesellschaftsordnung zu verstehen.

Erste Phase: Mitte des 19. Jahrhunderts steckte die japanische Regierung alles Kapital in den Aufbau moderner Industriebetriebe, um die nationale Unabhängigkeit zu bewahren. Kleine Gewerbebetriebe waren dagegen von jeder Kreditnahme ausgeschlossen, mußten jedoch die Industrialisierung über hohe Steuern mittragen.

Später wurden die Staatsbetriebe an reiche Familien (Zaibatsu) verkauft, damit deren Kapital ebenfalls zur Industrialisierung genutzt werden konnte. Die Privatisierung war deshalb zugleich die Blütezeit der Zaibatsu, den Vorläufern der heutigen Keiretsu.

Zweite Phase: Die zunächst rein industriellen Zaibatsu verschmolzen mit Handel und Banken. Die Betriebe wurden immer größer – und erkauften sich ihre Stabilität durch die Labilität unzähliger Zwergbetriebe, die als Zulieferer zum Puffer gegen Auftragsschwankungen wurden.

Dieses Prinzip gilt auch heute noch. Beispiel Ota-ku, ein Stadtteil von Tokio: Ganze Straßenzüge beheimaten metallverarbeitende Kleinbetriebe, deren Chefs fast ausnahmslos ehemalige Mitarbeiter von Großbetrieben sind: Sie werden in aller Regel mit 50 Jahren entlassen und bekommen eine Abfindung, die ihren Lebensunterhalt höchstens für zwei bis drei Jahre sichert. Also fräsen, löten und bohren sie weiter – und liefern ihre Produkte an den ehemaligen Arbeitgeber.

So entsteht ein Nebeneinander von allergrößten und allerkleinsten Betrieben, die oft nicht mehr als einen Steinwurf voneinander entfernt sind. Der Unterschied zu ähnlichen Konstellationen in der westlichen Welt: Die japanischen Kleinbetriebe haben keinen eigenen Markt, sondern sind nahezu völlig von Aufträgen der großen Firmen abhängig. Diese wiederum vergeben ihre Orders nur an den billigsten Anbieter. Das hat Folgen:
Japanische Kleinbetriebe leben im sozialen Souterrain – die Einkommen erreichen im Schnitt nur die Hälfte dessen, was in Großbetrieben verdient wird.

Kein Wunder also, daß die Japaner eine Anstellung in einem großen Betrieb als eine Art zweite Geburt feiern. Die Unternehmen der Keiretsu garantieren ein relativ hohes Einkommen und einen umfangreichen Katalog an Sozialleistungen wie Wohnung, Urlaub, Bonusgelder und Beihilfen für Kinder.

Das ist alles abhängig von der Dauer der Betriebszugehörigkeit und erklärt deshalb auch, warum viele Japaner praktisch mit ihrer Firma verheiratet sind: Wer den Arbeitsplatz wechselt, muß im neuen Betrieb oft wieder ganz von vorn anfangen – getreu dem Prinzip der kleinen Schritte.
Zwischen den einzelnen Keiretsu herrscht ein ebenso harter Wettbewerb wie unter den Zulieferbetrieben. Kurzfristige Gewinne spielen kaum eine Rolle, die Hauptsache ist Wachstum und damit Stärke.

Für ausländische Unternehmen in Japan ist der oft erbitterte Kampf um Marktanteile schwer verständlich. Denn trotz der regelrechten Verdrängungsschlachten arbeiten die konkurierenden Keiretsu in Verbänden und bei übergeordneten Interessen Hand in Hand – so etwa in der Forschung.

Auch gegenüber dem Ausland ist die heimische Konkurrenz schnell vergessen. Die japanischen Betriebe treten als Einheit auf und können so den Wettbewerb auf dem Weltmark mit langem Atem führen. Ein Beispiel dafür ist die Dumping-Politik im Elektronik-Sektor zu Beginn der siebziger Jahre.
Das Wirtschaftsministerium MITI unterstützt die Expansions-Strategie nach Kräften – die Zusammenarbeit reicht bis hin zum Personaltausch. Den Erfolg zeigt das Beispiel Umsatz bei Halbleitern:
Im Jahre 1979 stammten erst zwei der zehn führenden Hersteller von Halbleitern aus Japan. Die USA waren mit sieben Firmen vertreten und hielten auch die ersten drei Plätze.

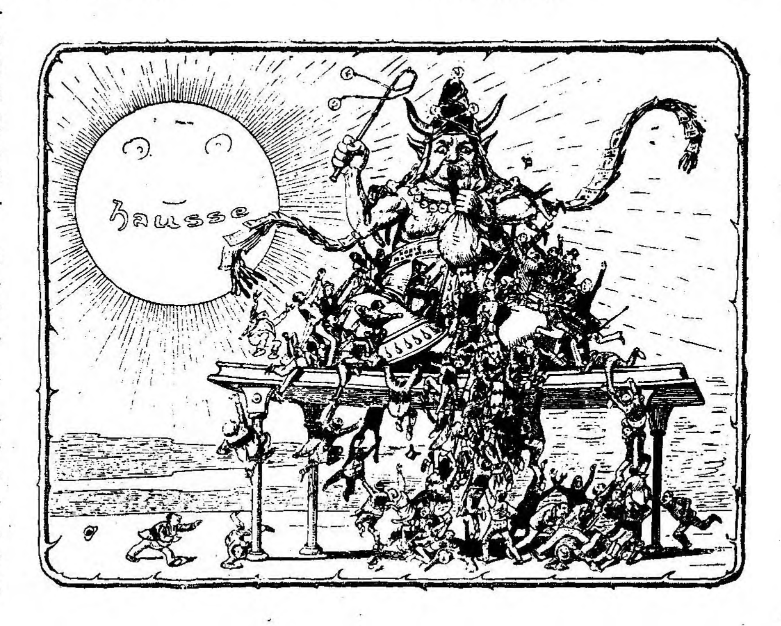
Harmonie achten – Opposition vermeiden

Im Jahre 1990 belegten japanische Betriebe die Ränge eins bis drei; sechs der ersten zehn Firmen waren aus Japan.

Ähnlich dynamisch vergrößerten sich auch die japanischen Marktanteile bei Kameras, Büromaschinen und Pkw. Dieser Erfolg spiegelt sich auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene wider.

In den vergangenen 20 Jahren hat sich Japan zu einer führenden Industrienation entwickelt: Das nominale Bruttosozialprodukt ist in US-Dollar gerechnet fast auf das 15fache gestiegen – die USA erreichten im gleichen Zeitraum den Wachstums-Faktor 5, die Bundesrepublik kam auf Faktor 8. Japans Vorsprung erklärt sich nur zu einem kleinen Teil aus den wechselkursbedingten Aufwertungen seines Sozialprodukts.

Immerhin: Seit einigen Jahren ist vor allem bei der jüngeren Generation ein Wertewandel in Richtung mehr Freizeit und Individualismus zu beobachten. Trotzdem gilt für die meisten Japaner offenbar nach wie vor: Man soll vor allem Harmonie achten und mutwillige Opposition vermeiden. Dieser Satz steht in Artikel 1 der japanischen Verfassung – aus dem Jahr 604. □



Weltwirtschaft

Sachs und seine verfehlte Schock-Therapie

Peter Blackwood

Der Mann, der die umstrittene Geldpolitik der »Schocktherapie« für die Regierung Polens und in jüngster Zeit für Rußland entworfen hat, der 36 Jahre alte Wirtschaftswissenschaftler an der Harvard University Jeffrey Sachs, geht angesichts des offensichtlichen Fehlschlags seines Programms stark in die Defensive. Während eines Seminars für eine Gruppe führender Persönlichkeiten aus dem internationalen Geschäfts- und politischem Leben in Davos verteidigte Sachs mühsam seinen »Erfolg« in Polen und in Bolivien, dem Land, auf dem sein ganzer Ruf beruht, unter lauter werdenden Anklagen, daß seine Politik den Ländern Osteuropas nichts als Chaos gebracht habe.

Bei weitem der umstrittendste Punkt der Gespräche in Davos war die Annahme von Sachs jetzigem Standard-Rezepts für »Schocktherapie« durch den russischen Wirtschaftminister Jegor Gaidar: Ein »freies Floating« der Preise für unbedingt notwendige Lebensmittel und vielen anderen Verbrauchsgütern. Dies sollte der Weg sein, Rußlands rasender Inflation, die derzeit vorsichtig auf weit über 200 Prozent pro Jahr geschätzt wird, durch Aufsaugung der von vergangenen Regierungen gedruckten Rubel, um die Bevölkerung zur Ruhe zu bringen und um gewaltige Staatshaushaltsdefizite zu übertünchen, in den Griff zu bekommen. Der Sachs-Plan verlangt auch nach drastischen Verringerungen des Staatshaushaltdefizits und belegt den Verkauf vieler Waren mit einer drakonischen Mehrwertsteuer.

Das gleiche Vorgehen wie unter Stalin

Nikolau Schmeljow, ein Professor für Wirtschaft aus Moskau und Mitglied des Beratungsausschusses des russischen Präsidenten Boris Jelzin, war über die Sachs-Politik kaum begeistert. Er sagte vor der Versammlung in Davos: »Was in Rußland seit dem 2. Januar 1992 vor sich geht, ist vergleichbar mit der Amputation des Beines eines Patienten ohne Betäubung. 1947 liquidierte Stalin die Staatsschulden ganz einfach, indem er das russische Volk seiner Ersparnisse beraubte, als 90 Prozent der privaten Ersparnisse konfisziert wurden. Jelzin kann jetzt politisch nicht mit den gleichen Methoden davonkommen, daher betreibt er die gleiche Politik in getarnter Form. In zwei oder drei Monaten werden alle privaten Ersparnisse der Bevölkerung konfisziert sein.«

Der Moskauer Wirtschaftswissenschaftler setzte hinzu: »Wenn sich die Regierung jetzt außerdem dazu entschließt, zur Konvertierbarkeit des Rubels überzugehen, über das Preis-Floating hinaus, dann ist dies so, als würde mit der Volkswirtschaft russisches Roulette getrieben. Die Regierung muß etwas tun, um die Bevölkerung zu beruhigen.«

Ein Mitarbeiter von Sachs, Marshall Goldman vom Russian Research Center an der Harvard University, ging ebenfalls mit dem Modell der »Schock-Therapie« scharf ins Gericht: »Ich teile die Ansicht meines Freundes Jeffrey Sachs nicht. Er beharrt mir gegenüber darauf, daß das Schock-Programm jetzt Erfolge zu zeitigen beginne, aber selbst wenn wir akzeptieren, daß dies der Fall ist, unterscheidet sich Rußland von Polen. In Rußland legt man uns einen monetären Schock auf, während das Land gleichzeitig zusammenbricht. Dies führt eine ›Depression auf der Angebotsseite‹ herbei, mit Inflation, völkischen Spannungen, und der Staat hält immer noch das Monopol über die Produktion in der Hand.«

Goldman widersprach der offiziellen Behauptung der Jelzin-Regierung, es habe seit Januar bei Grundwaren Preiserhöhungen von »nur« 300 bis 400 Prozent gegeben. »In Wirklichkeit sind die Preise um das Zehnfache und darüber hinaus gestiegen«, sagte er. »Dies hat zu einer gewaltigen Verringerung in der Nachfrage geführt, so daß Waren natürlich wieder in den Läden auftauchen.«

Das polnische Modell ist ein Fehlschlag

Sachs selbst war außerstande, auch nur die ungeschickteste Anstrengung zu unternehmen, um seine umstrittene Geldpolitik zu rechtfertigen. Ein Journalist fragte ihn direkt: »Sagen sie mir, Mr. Sachs, ich habe kein einziges Land finden können, wo es durch ›Schock-Therapie‹ gelungen ist, den allgemeinen Lebensstandard der Bevölkerung anzuheben – nicht in Polen, und ganz gewiß nicht in Bolivien.«

Ein deutlich erregter Sachs erwiderte schnippisch: »Was meinen Sie? Polen hat seine Exporte verdoppelt und seine Importe, auf Dollar-Basis, seit 1988 verdoppelt.«

Sachs Auswahl dieses Zeitrahmens ist grotesk, zumal der ehemalige polnische Finanzminister Sachs' Schockmedizin erst zwei Jahre später, Anfang 1990, einführte. Die Lebensbedingungen für Polens Bevölkerung haben sich in dieser Zeitspanne, nach allem was man hört, gewaltig verschlechtert. Während des ersten Jahres, als Polen sich an Sachs' strenges Rezept hielt, sank die gesamte Industrieproduktion im Jahre 1990 um 23 Prozent, und 1991 um weitere 19 Prozent, und 1992 um weitere 15 Prozent, so daß das Produktionsniveau nach Schätzungen der Wirtschaftskommission für Europa seit Beginn der »Schock-Therapie« um mehr als ein Drittel gesunken ist.

Staatseigene Firmen wurden durch emporschießende Zinssätze in den Bankrott getrieben, und eine von Sachs und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) auferlegte Lohn-Sparpolitik machte sich nicht die Mühe, die Realität einzugestehen, daß die polnischen Haushaltseinkünfte, nicht in Dollar, sondern in Slotys gemessen, in dem Zeitraum von neun Monaten bis August 1991 um 20 Prozent gefallen waren.

In einem soeben freigegebenen statistischen Überblick der polnischen Regierung für 1991 wird jedoch eingeräumt, daß Polens Arbeitslosigkeit, 1988 fast nicht vorhanden, sich 1991 gegenüber dem Vorjahr auf mehr als zwei Millionen, etwa 11,5 Prozent der Arbeitskräfte, verdoppelt hat, und daß bis Ende dieses Jahres mit der noch nie dagewesenen Zahl von drei Millionen Arbeitslosen gerechnet wird. Dieser Überblick weist auch eine jährliche Inflation von 60 Prozent auf, trotz zwei voller Jahre der sachschen Politik zur Inflationsbekämpfung. Weiterhin, die Importe stiegen 1991 offiziell an, aber dies war weitgehend so, weil sowjetische Öleinführkosten um 72 Prozent stiegen, kaum ein Anzeichen des wirtschaftlichen Erfolgs, wie Sachs' Kommentar suggerierte. Und der Warenexport für 1991 kam praktisch zum Erliegen. Es ist daher kaum verwunderlich, daß die neue polnische Regierung des Ministerpräsidenten Olszewski am 4. Februar 1992 in einem Kommuniqué Pläne bekanntgab, von der Politik der »Schock-Therapie« abrücken zu wollen.

Polen fühlt sich vom Westen verraten

Der polnische Staatspräsident Lech Walesa beklagte sich am 3. Februar 1992 in einer Rede vor dem Europarat in Straßburg bitter darüber, daß Polen vom Westen verraten worden sei. Die Polen seien der Meinung, daß sie nur solange Unterstützung bekommen hätten, wie sie ge-

Weltwirtschaft

Sachs und seine verfehlte Schock-Therapie

braucht wurden, um die »alte Ordnung« in die Luft zu sprengen, sagte er. Jetzt, wo diese Arbeit getan sei, mache der Westen seine Grenze für polnische Exportgüter dicht, investiere nicht in die polnische Wirtschaft und sei nur daran interessiert, polnischen Verbrauchern Geld aus der Tasche zu ziehen. »Sie haben von der polnischen Revolution profitiert«, sagte Walesa.

Die bolivianische »Erfolgs-Story«: Kokain

Sachs erntete auf der Versammlung in Davos Widerspruch in bezug auf seinen sogenannten Erfolg in Bolivien, wo, wie der junge Harvard-Professor zunächst behauptet hatte, er das »Wunder« der Heilung der Hyperinflation vollbracht habe. Sachs sagte zu seinen Kontrahenten in Davos: »Ich habe einen Freund, der soeben aus Bolivien zurückgekehrt ist, und er erzählte mir, daß auf dem Lande die Wirtschaft blüht!« Sein Kritiker erwiderte: »Ja, aber das ist so, weil dies genau die Gebiete sind, wo der ›blühende‹ Coca-Anbau für den Welt-Kokainmarkt stattfindet! Aber was hat Ihre Politik zum Beispiel für die bolivianische Zinnbergbau-Industrie getan?«

An dieser Stelle stieß ein offensichtlich nervös gewordener Sachs aus: »Jesus! Genau darum geht es bei meiner Politik – die Zinnindustrie loszuwerden!« Er lief dann eilig aus dem Raum, und ließ weitere Anschuldigungen, er habe die Coca-Wirtschaft durch seine monetären Maßnahmen gefördert, unbeantwortet.

Ist Rußland ein Faß ohne Boden geworden?

Bei anderen Gesprächen in Davos versuchte der radikale Monetarist Anders Aslund, von der Stockholmer Business School, Sachs und die »thatcheristische« staatsfeindliche Wirtschaftspolitik zu verteidigen, wurde aber mit den Kommentaren des ehemaligen Beraters von Gorbatschow, Abel Aganbegjan, konfrontiert, der berichtete: »In Rußland hatten wir seit 1989 einen Zusammenbruch des Bruttosozialproduktes um fast 30 Prozent, ohne daß ein Ende abzusehen ist. Der Lebensstandard bricht zusammen. Wir haben kein stabiles Bankwesen, keine wirkliche Einigung unter den neuen Mitgliedern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Die Liberalisierung der Preise ist sehr gefährlich, und sie ruft Hyperinflation und Hyperarbeitslosigkeit hervor.«



Boris Jelzin, Präsident der Russischen Republik, wird von US-Außenminister James Baker (rechts) hoch gelobt.

Er fügte hinzu, daß gegenwärtig keine wirksamen staatlichen Strukturen zur Organisation der Ölproduktion oder des Transportwesens vorhanden sei, und er beschuldigte die Jelzin-Regierung, keinen Überblick über die explosive soziale Lage zu haben.

»Selbst die Preisreform ist schlecht organisiert worden«, sagte er. »Einige in Moskau sagen, wir müssen dies alles tun, damit wir im April oder so einen Rubel-Stabilisierungsfonds in Höhe von fünf bis sechs Milliarden Dollar vom IWF bekommen. Aber fünf Milliarden oder sogar zehn Milliarden für ein Land mit 300 Millionen Einwohnern ist nichts. Die gesamten Exporteinkünfte gehen jetzt bei der Bedienung der Auslandsschulden drauf, und die Hälfte davon sind kurzfristig.«

Die Dringlichkeit der derzeitigen Situation unterstreichend, berichtete der Ausschuß für Statistik des russischen Staates, Goskomstat, am 4. Feburar 1992, daß in Rußland der Bestand an Rindfleisch und Hühnerfleisch in 19 Tagen, der von Salatöl in 20 Tagen, Butter in 30 Tagen und Zukker in 41 Tagen zuendegehen werde.

Die Moskauer Zeitung »Sowetskaja Rossija« beschuldigte Anfang Februar die Kreml-Führer«, mit der am 2. Januar angenommenen sachsschen Empfehlung zu einer Preiserhöhung, während Löhne und Gehälter, Renten und Pensionen, Zuschüsse für Studenten auf einem viel niedrigeren Stand gehalten werden, einen »geplanten Völkermord zu begehen«.

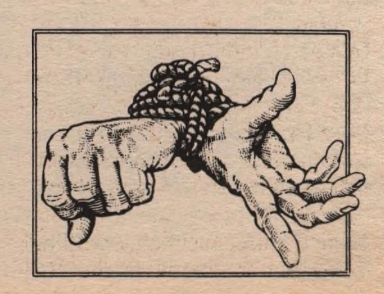
»Die Marktpreise sind für 85 Prozent der Bevölkerung völlig außer Reichweite«, klagte die Zeitung an. »Daher hat der Übergang ... zu einer ›marktgeführten‹ Wirtschaft zu einem Proteinmangel in der täglichen Kost der Menschen geführt, der bald die Gesundheit durcheinanderbringen wird.« Als Folge davon, so sagte die Zeitung voraus, wird die russische Bevölkerung innerhalb von zehn Jahren um zehn Millionen abnehmen.«

Hoffnungslosigkeit und Ratlosigkeit

Bei dem Podiumsgespräch in Davos unterstrichen einige andere prominente russische Reformpolitiker die katastrophalen Folgen der Politik von Sachs, darunter Gawril Popow, der Bürgermeister von Moskau, und Anatoly Sobschak, der Bürgermeister von St. Petersburg. Sobschak sagte zu den Seminarteilnehmern: »Hätte es die Lebensmittelhilfe der europäischen Gemeinschaft nicht gegeben, dann hätten wir am Rande einer sozialen Explosion gestanden; so wie die Dinge liegen, stehen wir immer noch nahe am Abgrund.«

»Moskau«, klagte Sobschak an, »beobachtet die Erfolge seiner Reform nicht genau. Gaidar ist viel zu optimistisch. Er sagt, die Preise seien seit Beginn seines Programms nur um drei bis vier Prozent gestiegen. In Wirklichkeit kann ich Ihnen sagen, daß sie um das Zwölffache und mehr gestiegen sind, wobei die meisten Nahrungsmittelprodukte um das 10 bis 15fache teurer sind! Das ist sehr gefährlich.«

Sachs versuchte einen müden Scherz zu machen, indem er die Zuhörerschaft fragte, ob jemand irgendwelche »gute Nachrichten« über Rußland habe, und brachte das Seminar schnell zuende, als dies nicht der Fall war, und behauptete, es sei »keine Zeit mehr« für Fragen. □



Indien

Geschäfte mit Israel

Victor Marchetti

Nach den dramatischen Ereignissen, die den Staat Israel tagtäglich überrollen, dürfte es kaum überraschen, daß seine Beziehungen zu Indien in der Presse kaum Beachtung finden. Am 27. Januar 1992 wurde gleichzeitig von dem israelischen Außenminister David Levy und dem indischen Außenminister Jyotindra Dixit in Neu Dehli bekanntgegeben, daß beide Länder sich darauf geeinigt hätten, die diplomatischen Beziehungen auf den vollen Botschafterstatus anzuheben. Wie berichtet wird, schließt die Vereinbarung ein sehr günstiges Handelsabkommen – Indien hat einen potentiellen Markt von 850 Millionen Menschen –, Vereinbarungen über den Austausch von Technologie und zur Verbesserung der Landwirtschaft ein.

Indiens Wunsch, an den Friedensgesprächen im Nahen Osten teilzunehmen, ist kürzlich wiederholt wegen der Kehrtwendung in seiner Politik erwähnt worden, da die Teilnahme von der Anerkennung Israel abhängig war. Außerdem wird Indien von Bürgerkrieg, Grenzgefechten und mutwilligem Terrorismus zerrissen und benötigt dringend internationale Hilfe. Mit dem Weggang seines alten Schutzpatrons, der Sowjetunion, ist Indien entschlossen, alles zu tun, um diplomatische Isolierung zu vermeiden und sich bei den USA einzuschmeicheln.

Gemeinsame Merkmale und Interessen

Die Kluft zwischen Indien und Israel verläuft tief. Obwohl beide im gleichen Jahr von Britannien befreit wurden, betrachtet Indien, ein Dritte-Welt-Opfer der Besetzung und des Imperialismus, Israel als europäische Kolonie, die eine Dritte-Welt-Bevölkerung verdrängt hat.

Wegen ihres kolonialen Legats hat Indien die Non-Aligned Movement (Bewegung der Blockfreien) angeführt, die für einen Großteil der Feindseligkeit in den Vereinten Nationen gegenüber Israel und den USA in den letzten drei Jahren verantwortlich war.

Indien hatte auch eine Million Gastarbeiter überall in der Region am Persischen Golf beschäftigt, was zu starken wirtschaftlichen und politischen Bindungen an die arabischen Staaten führte. Indien brachte seit langem seine Solidarität mit den Palästinensern zum Ausdruck. Darüber hinaus steht Indiens moslemische Bevölkerung – 110 Millionen stark – auf Seiten der Araber, auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Religion und der Bedrohung, die Israel für moslemische heilige Stätten darstellt.

Ungeachtet dessen umschwärmt Israel seit langem die bevölkerungsreichste Demokratie der Welt und weist dabei auf gemeinsame Merkmale und gegenseitige Interessen hin, die für eine engere Beziehung sprechen. Beide Länder besitzen Atomwaffen, tüchtige bewaffnete Streitkräfte und bekennen sich als zerbrechliche Demokratien, die von feindlichen, autokratischen moslemischen Staaten umgeben seien. Beide betrachten sich als Hauptziel der entstehenden islamischen Atombombe, wobei Indiens Hauptgegner, Pakistan, am nächsten dabei ist, diese Waffe zu entwickeln.

Eine Inkarnation des antiken Persien

Bei ihren Bemühungen, engere Bindungen herbeizuführen, haben die Israelis jedoch wiederholt auf eine »historische völkisch-religiöse« Bindung hingewiesen, die Indien und Israel zu natürlichen Verbündeten mache. Die Hindu-Religion, sagen sie, sei dem Judentum ähnlich, in der Hinsicht, daß es eine universale Theologie sei und sich dennoch aus einer Volksgruppe zusammensetzt und nicht nach Konvertierten suche. Nach zionistischer Ansicht ist die Zukunft der beiden Gesellschaften miteinander verbunden, da sie die einzigen verbleibenden nichtmoslemischen Länder seien, nachdem die Region im siebten Jahrhundert vom Islam überrannt wurde.

Die Israelis argumentieren dahingehend, daß Indien die moderne Inkarnation des antiken Persischen Reiches – ein indo-europäischer Staat – sei, das mit Judäa gegen das römische Reich kämpfte, das die Israelis als das antike Äquivalent des modernen Pan-Arabismus bezeichnen.

Indien folgt diesem zionistischen Gedanken nicht und hätte sich auch ohne starken Druck seitens der USA nicht für Israel erwärmt. Wie berichtet wird, hält sich die indische Regierung Israel vom Leibe, bleibt in der Defensive, nachdem es vom israelischen Geheimdienst einmal zuviel reingelegt wurde, wie zum Beispiel als sie feststellte, daß der Mossad im tamilisch-sinhalesischen Krieg auf der benachbarten Insel Sri Lanka auf beiden Seiten operierte.

Israel hat der jüdischen Lobby in den USA für den diplomatischen Coup zu danken. Obwohl die drohende Gefahr, von der Teilnahme an den Friedensgesprächen im Nahen Osten zweifellos die Entscheidung beeinflußt hat, wurde Indien doch von der Pro-Israel-Lobby ein Angebot gemacht, das es nicht ablehnen konnte.

Nach dem Krieg von 1971 zwischen Indien und Pakistan über Kaschmir – ein vorwiegend moslemischer indischer Staat – beschlossen die Vereinten Nationen, daß der Status von Kaschmir Gegenstand von Verhandlungen zwischen Indien und Pakistan sein sollte. Da Indien der Sieger war, entschloß sich Pakistan dazu, auf eine stärkere Verhandlungsposition zu warten. Die Gespräche fanden jedoch niemals statt, und Indien besitzt die Region immer noch.

Kürzliche Aufrufe zu einer Überprüfung der Lage in der Region durch die Amerikaner wurden auf Kongreßebene zerschlagen. Die einstige pro-pakistanische Neigung in den Vereinigten Staaten gehört nämlich der Vergangenheit an. Diese erstaunliche Metamorphose in der Politik fand nicht im amerikanischen Außenministerium, sondern im House Foreign Affairs Committee (Ausschuß des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten) statt. Der Abgeordnete Stephen Solarz war ein eifriger Befürworter für Indien und ein doppelfäustiger Dreinschläger auf Pakistan schon seit er seine Marschbefehle erhielt. Dies erklärt die sonst eigenartige Situation, wodurch der indische Premierminister Narasimba Rao Pläne zum Besuch Israels annullierte und stattdessen einer Sitzung des Council of Presidents of Major Jewish Organizations in den USA beiwohnte. □



Europa-Journal

Geheimes Jalta-Dokument taucht auf

Das Dokument über die Teilung der Welt in britische und sowjetische Einflußsphären in Jalta, das formlos von Winston Churchill für Stalin entworfen wurde, wurde am 11. Januar 1992 erstmals in der britischen Tageszeitung »The Independent« veröffentlicht. Wie die Zeitung schreibt, tauchte das Dokument bei der Vorbereitung einer vierteiligen Serie der BBC über Churchill auf.

In »Road to Victory: Winston S. Churchill 1941 – 1945« beschrieb der britische Historiker Martin Gilbert, wie Churchill, damals Premierminister, bei einer Zusammenkunft mit Stalin am 9. Oktober 1944 in Stalins Studio im Kreml das Papier, das er selbst ein »ungezogenes Dokument« (naughty document) genannt haben soll, auf den Tisch legte. Churchill fertigte eine Liste von Ländern an und notierte die jeweiligen Anteile sowjetischer und anderer alliierter Interessen. Das Dokument wurde so ausgelegt, daß 90 Prozent von Rumänien an Rußland und zehn Prozent an »die anderen« fallen sollte; Griechenland sollte – »nach Abstimmung mit den USA« – zu 90 Prozent an Großbritannien und zu zehn Prozent an Rußland fallen; Jugoslawien und Ungarn sollten je zur Hälfte geteilt werden, und Bulgarien sollte zu 75 Prozent an Rußland und 25 Prozent an die anderen fallen.

Churchill soll die Namen der Länder und die Zahlen niedergeschrieben und dann das Stück Papier zu Stalin hinübergeschoben haben, der es dann quer über den oberen Teil hinweg unter Benutzung eines Farbstiftes mit einem blauen Kontrollvermerk versehen habe. Der »Independent« schrieb, daß Churchill in seinen Memoiren vermerkt hat, er habe seinerzeit den Vorschlag gemacht, das Papier zu verbrennen. »Könnte man es nicht für ziemlich zynisch halten, wenn der Anschein erweckt würde, wir hätten uns dieser Punkte, die für Millionen von Menschen so schicksalhaft sind, in einer derart leichtfertigen Art und Weise entledigt?«, berichtet Churchill selbst, damals gesagt zu haben. »Nein«, antwortete Stalin, »behalten Sie es.«

Das ursprüngliche Dokument ist verschwunden, aber zwei Fotokopien wurden kürzlich in Churchills Papieren gefunden. □

Russische Atomexperten weisen westliche Berichte zurück

Hochstehende russische Atomwissenschaftler haben mehrere Interviews gegeben, in denen sie den westlichen Medienrummel über ihre angebliche Bereitschaft, ihre Expertisen an Länder der Dritten Welt, die Atombomben bauen wollen, zu verkaufen, in Bausch und Bogen verdammen.

Die »Jerusalem Post« zitiert in einem Bericht aus Moskau die Ansicht des Physikers Gennadi Smirnow vom I. V. Kurtschatow-Institut für Atomenergie dahingehend, daß »er und seine Kollegen alle Spekulationen in den westlichen Medien über sowjetische Wissenschaftler, die ihr Fachwissen an Länder der Dritten Welt verhökern, als weit hergeholt und von ziemlich schlechtem Geschmack erachten«. Smirnow, ein Experte für Gammastrahlen-Optik, wird von der »Post« wie folgt zitiert: »Dies alles ist sehr weit von unserer tagtäglichen Realität entfernt, und niemand spricht darüber im Institut. Wie fast jeder andere in der Gesellschaft sind wir hauptsächlich mit der Frage befaßt, wie wir Fleisch und Milch heranschaffen.«
Professor Andrej Gagarinskij, stellvertretender Leiter des Kurtschatow-Instituts und leitender Sekretär der sowjetischen Atom-Gesellschaft, hob hervor, daß weitverbreitete Stellungnahmen von Wiatschislaw Rosanow, stellvertretender Leiter der thermonuklearen Abteilung am Kurtschatow-Institut, Libyen habe zwei Physikern am Institut Arbeitsplätze für 2000 Dollar pro Monat angeboten, falsch wiedergegeben worden seien. Associated Press hatte Rosanow dahingehend zitiert, daß die beiden Physiker das libysche Angebot zurückgewiesen hätten, aber das nächste Mal zu mehr Geld »ja« sagen könnten – und dies sei überproportional aufgebauscht worden.

Der Leiter des russischen Atomwaffenprogramms, Professor Waleri Michailow, bestritt die Auslegung der westlichen Medien in einem Interview mit der Tageszeitung »Komsomolskaja Prawda« und hob die Bedeutung seiner Kernwissenschaftler für Rußland hervor: »Das Land darf deren Wissen, ihre Gehirnkraft, auf keinen Fall verlieren. Dies sind die Kronjuwelen unserer Wissenschaft«, sagte Michailow. Es sind »Patrioten, verantwortungsbewußte Leute«, und obwohl es »einige Abenteurer« gibt, die ins Ausland gehen könnten, ist dies doch nicht sehr wahrscheinlich. □

Wird Mitterrand die Force de Frappe aufgeben?

Der französische Ministerpräsident François Mitterrand deutete in einer Rede an, daß er eventuell die Kontrolle über Frankreichs nukleare Abschreckung, die Force de Frappe, an ein überstaatliches Europa abgeben werde. »Nur zwei der 12 Länder der Europäischen Gemeinschaft haben eine Atommacht«, sagte Mitterrand. »Für ihre jeweilige Innenpolitik ist ihre Doktrin klar. Ist es möglich, sich eine europäische Doktrin vorzustellen? Diese Frage wird zu einer der Hauptfragen beim Aufbau einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik werden.«

Der Präsident der Europäischen Gemeinschaft, Jacques Delors, unterstützte diesen Gedanken. »Wenn eines Tages die Europäische Gemeinschaft eine sehr starke politische Union aufbaut, warum sollten dann die Atomwaffen nicht dieser politischen Behörde übertragen werden?« fragte er. Der ehemalige französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing gab diesem Gedanken ebenfalls Rückendekkung. □

Rußland soll Schulden gegen Sprengköpfe eintauschen

Jacques Attali, der französische Leiter der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hat vorgeschlagen, daß die ehemalige UdSSR atomare Sprengköpfe im Austausch gegen eine Verringerung ihrer Schuldenlasten demontieren sollte, heißt es in Artikeln der »Iswestia« und »Krasnaja Swedsda«. Obwohl der »Iswestia«-Bericht näher ausführte, daß Attali seinen Vorschlag »nicht in seiner Eigenschaft als Leiter der Bank, sondern als Einzelperson unterbreitet« hätte, machte »Krasnaja Swedsda«, die Zeitung der bewaffneten Streitkräfte, diesen Unterschied nicht. Laut »Krasnaja Swedsda« wurde Attalis Vorschlag in einem Interview mit der von der EBRD herausgegebenen Zeitschrift gemacht. Die russische Zeitung stand diesem Vorschlag sehr kritisch gegenüber: »Wir wollen nicht vergessen, daß unter Bedingungen, wo die Zukunft unserer bewaffneten Streitkräfte sehr verschwommen ist, Atomwaffen die Grundlage der Verteidigung aller Mitgliedstaaten der Gemeinschaft bilden. Würden wir nicht durch Austausch von Sprengköpfen gegen Schulden dabei ins Hintertreffen geraten?« □

Polen will seine Verteidigungspolitik neu ordnen

Der polnische Verteidigungsminister Jan Parys will sich enger an der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik Frankreichs und Deutschlands orientieren, schreibt die Pariser Tageszeitung »Le Figaro«.

Parys sagt: »Polen verfolgt mit größtem Interesse alle europäi-

schen Initiativen zur Verteidigung und Sicherheit. Wenn zum Beispiel die Westeuropäische Union (WEU) mit einem wirksamen Sicherheitssystem in Erscheinung tritt, wird Polen sofort um seine Eingliederung darin ersuchen. Im Augenblick entwikkeln wir unsere bilateralen Kontakte mit allen Mitgliedsstaaten der WEU. Die polnische Regierung hat ein besonderes Interesse an den Initiativen zur militärischen Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris.«
Er hoffe, daß die Linie der Zusammenarbeit, die bislang bis Potsdam reichte, bis nach Warschau erweitert werden kann. Polen sehe in diesem Zusammenhang die Möglichkeit voraus, Elemente der polnischen Armee zu einer zukünftigen europäischen »Schnelleinsatz-Streitmacht« beizutragen, die bei örtlichen konventionellen Konflikten eingreifen könnte. □

Walesa beschuldigt den Westen Polen verraten zu haben

Der polnische Staatspräsident Lech Walesa äußerte vor dem Europa-Rat in Straßburg, der Westen habe die demokratische Revolution in Polen verraten. Polen haben »das bittere Gefühl«, daß sie nur so lange vom Westen unterstützt wurden, wie sie gebraucht wurden, um die »alte Ordnung« in Europa zu zerstören.

Jetzt, wo die Arbeit getan ist, habe Polen jegliche Unterstützung durch westliche Länder verloren, und inzwischen stehe Polen vor einer schweren Wirtschaftskrise, die alles zu zerstören drohe, was bislang erreicht worden ist.

Der Westen verschließe seine Grenzen gegen polnische Exportgüter und sei nur daran interessiert, polnischen Verbrauchern das Geld aus der Tasche zu ziehen, sagte er. »Sie haben mit der Polnischen Revolution Profite gemacht«, aber keine Gegenleistung erbracht.
Walesa rief noch einmal den Westen auf, in die polnische Industrie zu investieren, sagte aber voraus, nur wenig werde geschehen, weil die Länder des Westens einem »Krämergeist« huldigen. Es gebe keine Investitionen in die polnische Wirtschaft, sondern nur ein Interesse daran, den Polen als Verbraucher Waren zu verkaufen. Die Politiker und Wirtschaftsexperten des Westens verschließen ihre Augen, klagte Walesa, gegenüber der sehr realen Gefahr, daß in Polen ebenso wie in anderen osteuropäischen Ländern demokratische Bemühungen fehlschlagen und dann diktatorische Regime zurückkehren könnten. □

Rußlands Vizepräsident ruft zum Notstand auf

Der russische Vizepräsident Aleksandr Rutskoij warnte in einer Rede vor 3.000 Delegierten auf einem Kongreß russischer nationalistischer Parteien, daß das von Boris Jelzin verwirklichte Programm der »Schocktherapie« das Land zerstöre. »Wir haben einen Punkt erreicht, wo wir die Verantwortung für die Zukunft unseres Staates und dessen physischen Überlebens ausrufen.«
Rutskoij klagte, die Folge der Schockpolitik »kann nur eines bedeuten: den wirtschaftlichen Völkermord am russischen Volk. Die meisten Fehlschläge bei der Wirtschaftsreform hängen mit der allgemeinen Machtkrise ... und Anarchie zusammen ... Ein Mann mit Eigentum wird sich für sich und sein Land verantwortlich fühlen ... Ein Arbeiter, ein Bauer, ein Ingenieur, ein Arzt muß Eigentum haben, kein Millionär, der Geld verdient hat und keiner weiß wobei.«

Der russische Nationalist Nikolai Pawlow sagte vor dem Kongreß: »Heute werden die Reformen nicht von der russischen Regierung durchgeführt. Sie werden vom Internationalen Währungsfonds diktiert.«

Der ehemalige russische Ministerpräsident Nikolai Ryschkow äußerte im russischen Fernsehprogramm »Itogi«, als seine Regierung an der Macht war, sei eine Studie über Jegor Gaidars Schocktherapie-Programm in dessen Wiederauferstehung als Jawlinskij-Scatalin-»500-Tage-Programm« erstellt worden. Ryschkow stellte fest, die Studie »zeigt genau« die Folgen, die bei Gaidars Programm eingetreten sind. »Deswegen konnten wir diesen Maßnahmen seinerzeit nicht zustimmen.« □

Russen schlagen Atomfahrzeug für Mars-Reise vor

Dr. Nikolai Ponomarew-Stepnoi vom Kurtschatow-Institut für Atomenergie in Moskau hat vorgeschlagen, ein atombetriebenes Fahrzeug für eine gemeinsame Reise zum Mars zu entwickeln. Der Vorschlag wurde auf der neunten Jahressitzung über Atomkraft im Raum, die in Albuquerque, New Mexico, stattfand, unterbreitet. Die »New York Times« druckte Teile eines Interviews mit Dr. Ponomarew-Stepnoi, dem Leiter der russischen Delegation auf der Konferenz, ab. Dieser schlug ein gemeinsames Programm vor, um sich die in seinem Land entwickelte fortschrittliche Atomtechnologie, kombiniert mit der selbsterklärten Verpflichtung der USA, eine bemannte Mondreise auf den Mars zu unternehmen, zunutze zu machen.
Laut Dr. Ponomarew-Stepnoi haben die Russen fortschrittliche Werkstoffe entwickelt, die es ihnen ermöglichen, Atomenergie zu verwenden, um Wasserstoff-Treibstoff schneller auf höhere Temperaturen aufzuheizen, als die alten US-Konstruktionen dies tun können. Die Vereinigten Staaten haben 1972, als das ursprüngliche Mars-Programm annulliert wurde, die Arbeit an Atomkraft zu Antriebszwecken eingestellt.

Dr. Ponomarew-Stepnoi erklärte, die russische Forschung werde durch den Zusammenbruch der russischen Wirtschaft gefährdet. »Wenn der Zerfall unserers Landes in Betracht gezogen wird, fällt diese Technologie ebenfalls auseinander.« Er sagte, daß amerikanische Wissenschaftler im September zu einer Sitzung in Semipalatinsk – wo die Forschung und Entwicklung sowie die Erprobung von Laser und der »Sternenkriege« stattfand – eingeladen werden, wo es um die Entwicklung von Atomraketen gehen werde, um sich mit den Amerikanern die sowjetischen Daten und Versuchsforschung zu teilen. □

Italien kritisiert NATO-Operation »Gladio«

Eine italienische parlamentarische Kommission hat die in der Nachkriegszeit von der NATO aufgestellte »Operation Gladio« als geheime und illegale »bewaffnete Bande«, die an subversiven Bemühungen zur Herbeiführung einer »Strategie der Spannungen« in Italien beteiligt sei, verurteilt, und die erste öffentliche Beschuldigung erhoben, daß Gladio über ihren offiziellen NATO-Auftrag hinausgegangen sei, der darin bestand, sich auf einen Guerilla-Krieg gegen einfallende Armeen des Warschauer Pakts vorzubereiten.

Der Vorsitzende der Kommission, Libero Gualtieri von der Republikanischen Partei schrieb: »Es gab keine Rechtfertigung für Gladio, weder am Anfang noch am Ende. Ihre Illegalität hat in der Tat im Laufe der Jahre zugenommen. Zwar kann nicht alles, was sich in den verkorksten Jahren unserer jüngsten Geschichte zugetragen hat, auf Gladio zurückgeführt werden, aber Gladio war ein Bestandteil in der Strategie, die Gelegenheiten für ›stabilisierende Eingriffe‹ dadurch gerechtfertigt erscheinen ließ, daß sie selbst innerhalb des Systems Elemente der Spannung pflanzte.«

Gleichzeitig werden in einer vor zwei Richtern aus Padua, die sich mit der Legalität von Gladio befassen, erstellten Denkschrift von »Notizen zur Anklage«, sechs Geheimdienst-Generale beschuldigt, das Netzwerk des »Hochverrats und der Sabotage an der Verfassung« organisiert zu haben. Die Richter zitieren ein Gladio-Dokument, das dringend nach »möglichen Handlungen des Terrorismus, die Aufständischen zu Last gelegt werden können«, sucht. Die Richter setzen in ihrer Denkschrift hinzu, daß Gladio für die Gruppe der Mussolini-Kriegsveteranen »Marine-Stern« zum Brennpunkt geworden sei. □

PRÉSENT

EXCLUSIF

NUMÉRO 2508 — Samedi 8, dimanche 9 février 1992 — 7 F

ANTILLES-RÉUNION 11 F. TAHITI 330 CFP. BELGIQUE 36 FB. CAMEROUN 560 CFA. CÔTE D'IVOIRE 440 CFA. GABON 560 CFA. LUXEMBOURG 35 FL.

Une « fable » le serment aux B'naï B'rith ?

De la propagande d'« extrême droite » ? Parlons-en !

TOUTE cette semaine, *le Monde* a publié chaque jour une page d'« enquête » sur « le Front national vingt ans après ». Signée par l'ineffable duo Biffaud-Jarreau. Les lecteurs sérieux du *Monde* en sont pour leurs frais, s'ils ont perdu leur temps à lire cette « enquête en forme de radiographie », d'une radiographie en forme d'égout collecteur des calomnies, des insinuations, des faux procès et des ragots colportés ces dernières années contre le Front national et son président, le tout broyé et malaxé comme dans une benne à ordures et dilué dans un vieux fiel qui a déjà trop servi.

Dans la présentation de cette « enquête », *le Monde* s'affichait pour la première fois comme un journal de « combat », ainsi que le relevait Rémi Fontaine dans notre numéro daté de mercredi. *Le Monde* se faisait ouvertement machine de combat contre le Front national. Ce qui explique la « qualité » de l'« enquête ». Lorsqu'il s'agit de combattre un ennemi aussi effroyable, tous les moyens sont bons, et l'on ne s'embarrasse pas de subtilités ni même de vraisemblance.



quelques adolescents boutonneux, d'un groupuscule gauchiste en mal d'activisme.

Mais cette bouillie infâme et indigeste charrie quelques perles, dont

contre le Front national ». Et d'ajouter : « Ces fables ne font pas peur à M. Poniatowski. "Si c'est vrai, a dit l'ancien ministre de l'intérieur, il faut passer outre. Et nous verrons, alors,

Un entretien avec Jean-Marie Le Pen

« Oui, c'est une guerre qui est engagée contre nous. Mais ils vont la perdre »

— Jean-Marie Le Pen, vous avez été attaqué de façon très basse par Rocard qui, lors d'un récent « Sept sur Sept », vous a accusé de tout et du reste. Une réponse à lui faire ?

— Oui. Pour dire simplement que Michel Rocard est un menteur, un diffamateur, un Tartuffe. Il sait très bien que les accusations qu'il a lancées dans une émission où je ne suis jamais invité auront un écho sans commune mesure avec la condamnation en correctionnelle que j'obtiendrai contre lui : les accusations de M. Rocard sur une soi-disant « fraude électorale » quand j'étais président de la Corpo de Droit, sont dénuées de tout fondement. Il s'agit là d'un mensonge et d'un mensonge délibéré. J'ai fait déjà une instance contre M. Rocard quand il était ministre et je n'ai pu la mener à bout puisqu'il avait une immunité ministérielle. Et j'ai expliqué que le procès qu'il avait fait à la Corpo de Droit — et qui n'avait pas abouti à je ne sais quelle condamnation pour fraude mais à une annulation de l'assemblée générale — avait été fait à un de mes successeurs et non à moi-même. Signalons d'ailleurs que ledit successeur a été élu contre Rocard ce qui a prouvé que la première assemblée générale correspondait bien aux vœux des étudiants.

— Quant aux autres accusations...

— Quant aux autres accusations, « torture » en Algérie, « origine douteuse » de mon patrimoine, tout ceci a été jugé à plusieurs reprises

— Le journal* Le Monde *consacre plusieurs de ses numéros, comme vous le savez, à dénoncer le... vide du Front national. C'est une véritable guerre qui est déclarée au Front national et à vous-même ?

— Je pense que la déclaration de guerre a été faite par Edith Cresson, Premier ministre. Par le parti socialiste de ce bel esprit, de ce grand Français qu'est M. Fabius dont vous savez qu'il est un des principaux responsables de la transfusion de produits sanguins contaminés à des milliers de gens qu'il a ainsi contribué à condamner à mort. Et, bien sûr, par le Grand Orient de France de M. Ragache — dont pourtant le président de la République dit qu'il n'est pas étranger aux affaires qui sont en train de se dévoiler en France. Il y a aussi, évidemment, la presse aux ordres. C'est ainsi que je n'ai pas vu une seule ligne ni une seule image consacrée à notre superbe réunion de Nice où nous avons fait une Convention avec 800 personnes toute la journée et, le soir, un meeting avec 3 500 personnes dans toutes les salles de l'Acropolis. Il s'agissait pourtant d'un événement exceptionnel auquel s'ajoutait d'ailleurs le fait que Jacques Médecin appelait ses électeurs à voter pour la liste de Jean-Marie Le Pen et que l'une des filles de M. Médecin acceptait d'être sur notre liste et de participer à notre bataille dans les Alpes-Maritimes et dans la région PACA.

Alors oui, c'est une guerre. Mais

Frankreich

Zehn Jahre »Présent«

Beat Christoph Baeschlin

Zum Ärger der »öffentlichen Meinung feiert die französische Tageszeitung »Présent« in ausgezeichneter Gesundheit ihren zehnten Geburtstag. Ihre Devise »Gott, Familie, Vaterland« steht in schroffem Gegensatz zum herrschenden marxistisch-liberalen Gedankengut des Mitterrand-Zeitalters.

»Présent« ist aber nicht nur eine Meinungs-Oase, sondern es ist auch eine Schöpfung aus dem Nichts. Keine Finanzkräfte, keine politische Partei, keine Institution stand ihr Pate. Finanziell hat sich das Unternehmen allein auf die angesprochene Leserschaft verlassen müssen. Aber ohne eine beherzte und einsatzfreudige Redaktionsmannschaft wäre der Erfolg doch ausgeblieben.

Es war Ende 1981, als die zukünftige Redaktion sich in der befreundeten Wochenzeitung »Minute« vorstellte und ihre Absicht bekanntgab. In der Aufforderung zur Abonnements-Zeichnung hieß es: Um ein so riskantes Unternehmen zu wagen, brauchen wir 8000 Abonnenten. Aber bei Jahreswende waren es nur etwas mehr als 5000 Beherzte, die sich bereit erklärten, das verhältnismäßig teure Abonnement zu zahlen. Anfang 1982 wagten es die mutigen Redaktionsleute aber trotzdem, mit der Herausgabe der Tageszeitung zu beginnen. Die ganze Redaktionsmannschaft hatte sich verpflichtet, vorerst drei Monate lang ohne Lohn zu arbeiten. Das setzte natürlich voraus, daß die Mitarbeiter über die nötigen Finanzreserven verfügten, um eine so lange Durststrecke durchhalten zu können. Und für den Fall des Mißerfolges bedeutete das, drei Monate lang für eine verlorene Sache gearbeitet zu haben.

Eisiges Schweigen der Medien

Üblicherweise wird das Erscheinen von neuen Zeitungen in der ganzen Pressewelt angekündigt. Aber für »Présent« wollte sich die »öffentliche Meinung« nicht rühren. Die vom marxistischen und linksbürgerlichen Meinungswesen beherrschte französische Pressewelt wollte im »wahrhaft pluralistischen Staat« keinen Platz sehen für die Gedanken der nationalen und christlichen Rechten. Da und dort erschienen zwar einige sauersüße Notizen, an wenig auffälliger Stelle plaziert. Und wo schon mit verdriesslicher Miene von der neuen Tageszeitung Kenntnis gegeben wurde, war die Nachricht stets mit der Bemerkung versehen, daß da eine Radaktionsequipe ganz eindeutig dem unvermeidlichen Mißerfolg entgegeneile.

Seit zehn Jahren wartet die »öffentliche Meinung« Frankreichs vergeblich auf die Mitteilung, »Présent« müsse liquidieren. Die Meinungsmacher betrachten es sozusagen als eine Frechheit, daß eine Zeitung, die sowohl den Sozialismus als auch den Liberalismus ablehnt oder nur mit Vorbehalt annimmt, weiterhin erscheinen kann. Deshalb wird »Présent« auch heute, nach zehn Jahren seiner Existenz, nie in den Massenmedien oder in den großen Zeitungen erwähnt.

Die Zeitung existiert nur dann, wenn sie kritisiert und verteufelt werden kann. Dieses widerliche

Verhalten wird ganz besonders von den staatseigenen Regiebetrieben, Radio und Fernsehen, gehandhabt. Aber auch der Oberbürgermeister von Paris, Jacques Chirac, erlaubt sich solche Mätzchen: keine Presse-Mitteilung oder Presse-Einladung ergeht jemals an »Présent«. Derartige Methoden der Diskriminierung werden von politischen Ideologen praktiziert, die sich als Vorbilder »demokratischer Toleranz« anzupreisen belieben.

Der Verruf als »rechtsextrem«

Wie in allen westlichen Ländern üblich, ist auch in Frankreich die Meinungsmache fest in freimaurerisch-marxistischer Hand. Diese unheimliche Überwölbung des Meinungswesens hat sich durch ihr Zusammenwirken mit den Linksextremen in den letzten Jahrzehnten bedenklich kompromittiert. Der Schulterschluß der Mitterrand-Clique mit den Kommunisten ist nie verheimlicht worden. Und die sogenannte »Rechtsopposition« unter Chirac und Giscard d'Estain hat diese Freundschaft stets als gut demokratische Sitte anerkannt und deshalb nie ernsthaft bekämpft. Umso sonderbarer ist es, daß die katholisch-konservative Zeitung »Présent« stur als rechtsextrem bezeichnet wird. Bei dieser Verunglimpfung macht auch die sogenannte gutbürgerliche Opposition eifrig mit. Für sie ist es »reiner Extremismus«, daß »Présent« heute noch die überlieferten Werte der »Rechten« vertritt, nämlich die christliche Religion und Ethik sowie das Vaterland und die Familie als das Fundament von Volk und Staat.

Die Liberalen, die Gaullisten und die »Zentrums-Demokraten« samt den sogenannten Christlichen Demokraten haben diese Werte der Rechten längst preisgegeben. Nur vor den jeweiligen Wahlen tun sie, als ob auch die christliche Moral und christliche Religion unter ihren Fittichen Schutz fänden. Aber das ist pure Augenwischerei – wie dies auch bei den deutschen »Christdemokraten« nicht anders ist.

Aber weil »Présent« ernst macht mit dem Kampf für die großen Gedanken des christlichen Abendlandes und täglich diesen Kampf unerschrocken führt, gilt diese Zeitung als »rechtsextrem«! Diese wichtige – ja entscheidende – Tatsache gilt es klar zu erkennen. Christliche Religion als bloßes unverbindliches Geschwätz, das wird von der Meinungsmache geduldet. Wer aber damit ernst macht, der ist ein Feind des »Establishments«.

Kennzeichnend für die geistige Situation Westeuropas

Die »öffentliche Meinung« in ganz Westeuropa ist heute durch ein ungewöhnliches Maß von Heuchelei gekennzeichnet. Das ist eine hochwichtige Feststellung, die zu einer ernsthaften Überprüfung der moralischen und politischen Gesamtsituation des »freien, demokratischen Westens« mahnt. Wer heute entschlossen für die christliche Religion und Moral eintritt sowie für Familie und Vaterland, der wird von der westeuropäischen Meinungsmache als »Rechtsextremer« verschrien. Und seien wir uns wohlbewußt: »rechtsextrem« ist als Schimpfwort – ja als Totschlagwort – gemeint. Solche Ausdrücke bezwecken die Einschüchterung und den Anschluß vom »demokratischen Dialog«.

Es ist nötig, diese Einschüchterungsmethoden als solche zu erkennen und gelassen hinzunehmen. Aber es ist ebenso nötig, die Linken und Pseudo-Christdemokraten als solche zu erkennen und als solche zu bezeichnen. Ist doch die westliche Meinungsmache seit 1945 eindeutig darauf ausgerichtet, alle christlichen Werte und alle hergebrachten abendländischen Einrichtungen und Auffassungen zu zerstören und zu beseitigen und durch das blanke Nichts zu ersetzen.

Die französische Tageszeitung »Présent« soll uns als Beispiel dienen, wie den Mächten der Zersetzung und Zerstörung unserer abendländisch-christlichen Werte entschlossen und unerschrocken Widerstand geleistet werden kann. □



Jugoslawien

Eine Region gerät in Aufruhr

Fred Blahut und Alec de Montmorency

Nach dem Beispiel Sloweniens und Kroatiens schlagen andere Republiken innerhalb der seltsamen »Nation« Jugoslawien den Weg der Unabhängigkeit ein. Aber nicht jeder Politiker ist darüber glücklich. Rätsel: Wann ist Makedonien nicht mehr Makedonien? Antwort: Wenn man einen Griechen fragt.

Slowenien und Kroatien sind nicht die einzigen beiden Republiken, die ihre Unabhängigkeit von der auseinanderfallenden seltsamen »Nation« Jugoslawien erklären. Auch Bosnien-Herzogowina und Makedonien gehen eigene Wege.

Die Eroberer zogen die Grenzen

Aber es gibt da ein Problem. Nach griechischer Ansicht ist das, was auf modernen Karten als Makedonien identifiziert wird, überhaupt nicht Makedonien, sondern etwas, was sie Slawomakedonien – oder Slawo-Makedonien oder sogar West-Makedonien – nennen.

Das Gebiet, das Josip Broz Tito Makedonien nannte, als er seine seltsame Nation nach dem Zweiten Weltkrieg mit Hilfe der Alliierten zusammenschusterte, grenzt im Süden an Griechenland, im Westen an Albanien, im Nordwesten an Kosovo, im Norden an Serbien und im Osten an Bulgarien. Das war jedoch nicht immer der Fall.
Wie bei vielen Ländern, sind Grenzen durch Eroberer verändert worden, wobei wenig oder gar keine Rücksicht auf Volksgruppen oder historische Gebiete genommen wurde. Im Norden Griechenlands zum Beispiel befindet sich ein Gebiet, das als Makedonien bekannt ist, das viele Griechen als das ursprüngliche Königreich Philips von Makedonien, Vater Alexanders des Großen, ansehen.

Es gibt eine beachtliche slawische Minderheit in Griechisch-Makedonien, die ethnisch mit der Bevölkerung der neuen Republik Makedonien verwandt ist. Und inoffiziell ist die griechische Regierung sehr besorgt darüber, daß das neue Land versuchen könnte, einen Teil Griechenlands an sich zu reißen. Viele der Volksgriechen in Griechisch-Makedonien stammen von griechischen Flüchtlingen aus Kleinasien ab, die sich während des Bevölkerungsaustausches zwischen Griechenland, Türkei und Bulgarien nach 1923 in Makedonien niederließen.

Es gibt eine gewisse Parallele zu Kosovo und Albanien. Aber in diesem Falle ist das Verhältnis neuzeitlicher. Kosovo, derzeit eine »autonome Provinz« Serbiens, wurde Albanien von den Alliierten entrissen und an Tito übergeben, Kosovo – auch als Kossovo oder Kossovo-Metohija bekannt – wird von Albanern – derzeit etwa 90 Prozent der Bevölkerung, während es vor dem Kommunismus annähernd 98 Prozent waren –, Serben und Montenegriern bewohnt.

Obwohl Kosovo nicht seine Unabhängigkeit ausgerufen hat, wird darüber gesprochen, dies zu tun. Es wird auch davon gesprochen, sich Albanien anzuschließen.

Die Schlacht am Kosovo-Feld im Jahre 1389 brach die Macht Serbiens und Bulgariens, die bald unter ottomanische Herrschaft gerieten. Die Schlacht wird in der

Jugoslawien

Eine Region gerät in Aufruhr

serbischen Dichtkunst hochstillisiert. Vor der Schlacht wurde Milosh Obilich, ein Serbe, der sich als Deserteur ausgab, zum Zelt des türkischen Sultans Murad I. gebracht, den er erdolchte. Obilich wurde sofort erschlagen, ebenso wie Prinz Lazar von Serbien, nachdem er in Gefangenschaft geraten war. Eine weitere Schlacht fand 1448 an gleicher Stelle statt. Sultan Murad II. besiegte eine von John Hunyadi geführte Armee.

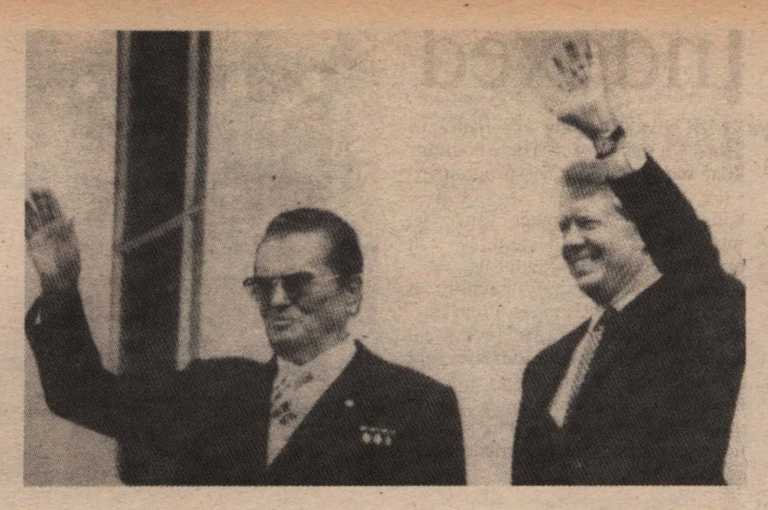
Griechen in Hysterie verfallen

Aber zurück nach Makedonien, das wegen des griechischen Faktors Probleme damit hat, anerkannt zu werden. »Das Land (Griechenland) ist über die makedonische Frage in Hysterie verfallen«, meint Professor Nikiforos Diamandourous, ein Polit-Wissenschaftler an der Athener Universität und Mitglied einer Athener Menschenrechtsgruppe. »Das ist zu bedauern, weil der griechische Standpunkt nur zur Isolation führen kann.«

Nach dem griechischen Außenminister Antonis Samaras zu urteilen, wird sein Land die Republik nicht anerkennen, es sei denn, sie ändere ihren Namen und gebe Garantien ab, daß sie keine territorialen Ambitionen hat und von Propaganda-Angriffen gegen griechische Interessen Abstand nimmt.
Eine Illustration der griechischen Einstellung zu diesem Thema erschien als Schlagzeile im »Greek American«, einer in der griechisch-amerikanischen Gemeinde einflußreichen englischsprachigen Publikation: »The U.S. Ready to Recognize the Republic of Skopje« (»USA bereit, die Republik Skopje anzuerkennen«).

Skopje ist die Hauptstadt von Titos Makedonien – oder Slawo-Makedonien –. Der »Greek American« schreibt: »Das US-Außenministerium drängte darauf, daß ›die makedonische Regierung weiterhin alles tut, um die Nachbarstaaten zu beruhigen, daß Makedonien über seine derzeitigen Grenzen hinaus keine territorialen Ansprüche erhebt und die Grenzen der Nachbarstaaten als unverletzbar erachtet und sich zu diesen Grundsätzen verpflichtet‹.«
Aber die amerikanische Regierung hat Griechenland mitgeteilt, daß es in einem quid pro quo auch die Grenzen der neuen Republik anerkennen sollte. Diese Warnungsnote erfolgte nach einem Fernsehauftritt des abgedankten griechischen Königs Konstantin, der in England lebt. Der ehemalige Monarch deutete an, daß Griechenland die Möglichkeit, einen Teil des jugoslawischen Makedoniens zu erwerben, jetzt wo Jugoslawien auseinanderfällt, nicht von vornherein ausschließen sollte.

Es gibt jedoch wenige Volksgriechen in Slawo-Makedonien.
An dieser Stelle ist etwas mehr über die Geschichte der Region angebracht. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg war »Makedonien« der Name, der generell dem Teil der europäischen Türkei gegeben wurde, der im Norden an die Kara-Dagh-Gebirgskette und an Bulgarien, im Osten an den Mesta-Fluß, im Süden an das Ägäische Meer und Griechenland und im Westen an eine ungenau festgelegte Linie grenzt, die mit den Gebirgsketten Shar (Scardus), Grammus und Pindus übereinstimmt.



Josip Broz Tito (links) war ein Favorit vieler US-Regierungen unter anderem auch von Jimmy Carter.



Winston Churchill unterstützte im Zweiten Weltkrieg Tito bei der Gründung Jugoslawiens.

Das Makedonien (Makedon) der Antike war ursprünglich auf das Inlandgebiet westlich des Axius, zwischen diesem Fluß und dem Scardus-Gebirge beschränkt und schloß nicht den nördlichen Teil, als Pakonien bekannt, oder das Küstenland ein, das mit seinen östlichen Gebieten, von thrakischen Stämmen bewohnt war. Die Bevölkerung des Landes war nicht hellenisch.

Zu dem türkischen (ottomanischen) Makedonien gehörte das Vilayet Salonica (Selanik), der östliche und größere Teil des Vilayet Monastir (die Sanjaks Monastir, Serbien und ein Teil des Vilyet Kos(s)ovo – Sanjak Uskub –).

Die Bevölkerung war meistens slawisch, mit griechischen, türkischen, slawischen und albanischen Siedlungen.

Natürlich waren Bulgarisch-Makedonien, Slawo-Makedonien und Griechisch-Makedonien einstmals alle ottomanisches Territorium.

Heute bildet der Fluß, den die Griechen Evros und die Türken Meric nennen, die östliche Grenze von Griechisch-Makedonien.

Indessen sind griechische Banker und Geschäftsleute mehr und mehr über die Furore der neuen Republik verärgert. Etwa 100 griechische Firmen sind dort an Gemeinschaftsunternehmen beteiligt, die meistens Bekleidung für den Export herstellen. Die griechische Regierung hat gelobt, Makedonien nicht anzuerkennen, was griechische Industrielle darüber in Sorge versetzt, daß ihre Investitionen über die Grenze hinweg zusammenbrechen werden, wenn nicht bald ein Kompromiß gefunden wird.

Bulgarien und die Türkei haben die Republik Makedonien bereits anerkannt. □

George Bush

Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren

Peter Blackwood

Vor über einem Jahr waren amerikanische Streitkräfte längs der irakisch-kuwaitischen Grenze aufmarschiert und warteten auf den Befehl, den Bodenkrieg gegen Saddam Husseins Legionen zu beginnen. Nachdem der Irak einen Monat lang fast bis zur Unkenntlichkeit bombardiert worden war, kam der Befehl von dem Oberkommandierenden George Bush: In den Irak einzumarschieren.

Jetzt ist ein Jahr vergangen, und Bush befindet sich schon wieder auf dem Kriegspfad. Nur diesmal nicht in der sengenden Sandwüste des Nahen Ostens. Stattdessen führt Bush den Krieg auf der kühlen Wahlkampfspur in den amerikanischen Bundesstaaten noch einmal.

Ablenkung von der groben Mißwirtschaft

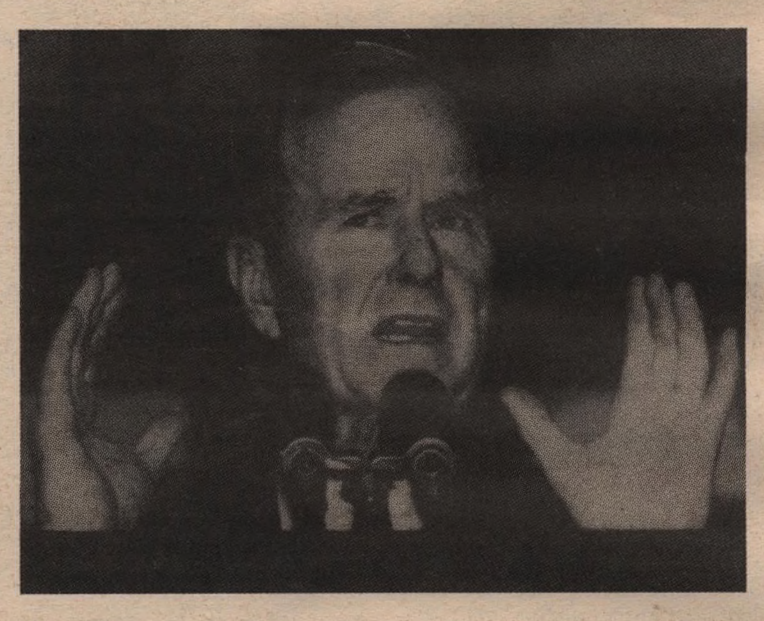
Diese Kulisse mag sich geändert haben, Bushs kriegerische Rhetorik jedoch nicht. Als in die Ecke getriebenes politisches Tier drischt Bush, dem der steile Sturz seiner Popularität schwer zugesetzt hat, auf seine demokratischen Gegner ein – Bush gibt vor, die ernsthafte Herausforderung von Pat Buchanan und David Duke innerhalb seiner eigenen Partei zu ignorieren –. Mit einem Versuch die Aufmerksamkeit von seiner groben Mißwirtschaft abzulenken, verbreitet Bush weiterhin Lügen über die Operation Wüstensturm.

In einer Wahlkampfpause vor wenigen Wochen behauptete Bush wider besseren Wissens, daß Saddam Hussein ohne den Wüstensturm-»Sieg« jetzt in Riad, Saudi-Arabien, sitzen und jeder Amerikaner 20 Dollar pro Gallon Benzin bezahlen würde. Aber anstatt Bush wegen solcher lächerlichen Behauptungen auszupfeifen, applaudierte die kleine, unwissende Menge dem amerikanischen Präsidenten für das, was in Wirklichkeit die größte amerikanische außenpolitische Katastrophe seit Jahrzehnten ist – ein Völkermord, der den Vereinigten Staaten nichts als Furcht, Abscheu und/oder Verachtung unter den Völkern der Welt eingebracht hat.

Saddam Hussein hatte niemals die Absicht, in Saudi-Arabien einzufallen. Amerikas eigene Geheimdienste haben dies während des Krieges nachgewiesen. Und selbst wenn es Saddam Hussein gelungen wäre, saudische Ölfelder zu erobern, dann wäre er immer noch an die gleichen Marktkräfte unter den derzeitigen Bedingungen gebunden gewesen, unter denen sich die Ölpreise ständig verringern, obwohl irakisches Öl durch amerikanischen Boykott vom Markt ferngehalten wird.

Als der Durchschnittsamerikaner die Berichte über den Golfkrieg vor dem Bildschirm verfolgte, gewann er den Eindruck, die Operation Wüstensturm sei ein durchschlagender Erfolg gewesen. Weil es ihm diesmal von den Politikern gestattet wurde, schüttelte sich das Militär den No-Win-Affen mit einem schnellen und entscheidenden Sieg von den Schultern.

Aber die Wirklichkeit war nichts, worauf man stolz sein konnte: Die bestausgerüstetste und mächtigste Armee der Welt metzelte einen weitaus schwächeren und demoralisierten Feind nieder, der beim ersten Zusammenstoß zusammenbrach. Hunderttausende Iraker wurden getötet, die Infrastruktur des Landes zerstört, die Zivilbevölkerung erleidet ungeheures Elend und Tod wegen Nahrungsmittel- und Arzneimittelknappheit, und ein Großteil einer der ältesten Kulturen in der Welt wurde ausgelöscht, zusammen mit kostbaren Kunstwerken und Schätzen, die eigentlich der ganzen Welt gehören. In jeder anderen Hinsicht war die Operation Wüstensturm eine Niederlage, ein Fehlschlag und eine historische Peinlichkeit.



George Bush und sein Golfkrieg war eines der größten außenpolitischen Debakel in der Geschichte der USA.

Ein Fehlschlag und eine historische Peinlichkeit

»The Spotlight« und CODE waren die einzigen Zeitschriften in Amerika und Deutschland, die warnend darauf hinwiesen, schon bevor der Bodenkrieg begann, daß die Vereinigten Staaten, selbst wenn sie die irakische Armee besiegen sollten, hinterher den kürzeren ziehen würden.

Im Leitartikel der Ausgabe vom 4. Februar 1991 von »The Spotlight« hieß es: »Und was am wichtigsten ist, dies ist ein No-Win-Krieg, weil es kein legitimes Kriegsziel gibt – ein Kriegsziel, das man sich im Interesse der Vereinigten Staaten als erreichbar vorstellen könnte, das den Einsatz wert ist. Weil es kein rechtmäßiges Kriegsziel gibt, haben wir den Krieg schon in dem Augenblick verloren, als er begann.«
In dem gleichen Leitartikel hieß es weiter: »Der eigentliche Zweck des Krieges besteht darin, einen Feind Israels zu vernichten, das Monopol der Trilateralen in Richtung auf eine Weltregierung – Bushs Neue Weltordnung – voranzutreiben, und die Aufmerksamkeit von der Korruption der Verbrecher in der US-Bundesregierung abzulenken. Diese werden die eigentlichen Gewinner des Krieges; alle anderen, außer den arabischen und kuwaitischen Oligarchen, werden die Verlierer sein.«

Der Leitartikel kam zu dem Schluß: »Daher wird nicht jeder den Krieg verlieren. Nur die Menschen die kämpfen und dafür zahlen müssen.«

Bush belügt das amerikanische Volk weiter, wie das bei ihm so üblich ist, und behauptet, Sinn der Operation Wüstensturm sei es gewesen, den Despoten Saddam Hussein auszuschalten und die »rechtmäßige« Regierung von Kuwait wiederherzustellen.

CODE-Leser wußten schon bevor der Krieg begann, daß Bush (»Achten sie auf meine Lippen«) das amerikanische Volk und die Welt belogen hat. □

Golfkrieg

Die grausame Operation Wüstensturm

Neeim Giladi

Neeim Giladi, Vorsitzender der Weltorganisation der Juden aus islamischen Ländern, ist ein altgedienter israelischer Journalist, der im Irak geboren und groß geworden ist. Er ist eine angesehene Persönlichkeit sowohl im Nahen Osten als auch in den Vereinigten Staaten, wo er jetzt lebt. Dieser Artikel ist das Ergebnis einer ins Einzelne gehenden Forschung des Verfassers und seiner Interviews mit amerikanischen und irakischen Informanten, als Vorbereitung zu einem Buch über den Golfkrieg.

In den Massenmedien haben gewöhnliche Amerikaner die Operation Wüstensturm als »sauberen, schnellen, hochtechnischen und äußerst erfolgreichen« Feldzug erlebt. Die meisten von ihnen können kaum verstehen, warum wir, die wir diesen Konflikt genau untersucht haben, ihn den grausamsten Krieg nennen, den die Menschheit je erlebt hat. Aber das ist die tragische Wahrheit.

Das Sterben geht weiter

In den letzten Monaten habe ich Dutzende von Informationsquellen aus erster Hand für diesen Bericht befragt. Ich sprach mit Irakis, Amerikanern, Israelis und anderen, in die Krise Verwickelten. Ich habe amtliche dokumente sowohl amerikanischen als auch irakischen Ursprungs untersucht. Ich habe die Berichte zurückkehrender Kriegsteilnehmer beider Seiten überprüft.

Schlüsselfragen zu diesem katastrophalen Zusammenstoß bedürfen immer noch einer endgültigen Antwort, stellte ich fest. Es gibt noch keine genauen Zahlen. Wie Dr. Louise Cainker, Leiterin einer angesehenen Forschungsorganisation, es nach einer Rundreise durch den Nachkriegs-Irak im vergangenen Mai formulierte: »In den kommenden Monaten und Jahren werden die durch den Krieg verursachten Todesfälle von Zivilpersonen die Zahl der Toten während der Kämpfe weit überschreiten.«

Auf der Grundlage von derzeit verfügbaren Daten geht meine eigene Schätzung dahin, daß die Zahl der Kriegstoten unter den Irakis bis Ende des kommenden Jahres 600.000 erreichen oder gar überschreiten wird. Da die gesamte sanitäre Infrastuktur des Landes durch Bomben zerstört wurde, müssen Millionen mit verseuchtem Wasser überstehen, und es fehlt ihnen an Medikamenten oder Krankenhausbetten, wenn sie krank werden.

In der Computer-Vorausschau von Greenpeace werden mehr als 300.000 dieser Kriegsopfer Kinder sein, die von den düsteren Nachkriegszuständen akut betroffen sind. Dies sind zwar bislang noch nicht bestätigte Berechnungen; aber es hat sich erwiesen, daß Cholera und Typhus, einst so gut wie unbekannt im Irak, sich jetzt dort epidemieartig ausgebreitet haben. Kleinkinder, denen es an Nahrungsmittel und ärztlicher Versorgung mangelt, sterben in einer »noch nie dagewesenen, herzzerreißenden Anzahl«, heißt es in einem UNICEF-Bericht.

Barbarisch wahllose Bombenangriffe

Die Bestrahlung aus niedriger Höhe, ausgehend von Lkw, Bussen, Pkw und Militärfahrzeugen, die durch subatomare Munition, die von amerikanischen Flugzeugen und Panzern abgefeuert wurde, zerstört wurden, werden Zehntausende von Kindern töten, die zwischen den Wracks spielen, warnte eine von der Internationalen Atomenergiebehörde herausgegebenen Studie. Nach der offiziellen amerikanischen Lesart über den Luftkrieg wird weiterhin hartnäckig behauptet, es habe keine »wahllosen« Angriffe auf zivile Gebiete gegeben; alle Lufteinsätze seien auf militärische Ziele gerichtet gewesen. Aber alle unabhängigen Studien, die sich mit dem Nachkriegs-Irak befassen, stimmen dahin überein, daß nur barbarisch wahllose Bombenangriffe das erklären können, was selbst die Experten der Vereinten Nationen die »apokalyptische Verwüstung dieses uralten Landes« genannt haben.

Wie konnte dies geschehen? Meine Forschungen lassen nur eine überzeugende untermauerte Antwort auf diese Frage zu: Entgegen den amtlichen Dementis haben israelische Kriegsflugzeuge heimlich an dem Luftkrieg gegen den Irak teilgenommen.

Zahlreiche Quellen haben bestätigt, daß Düsenkampfflugzeuge der israelischen Verteidigungsstreitkräfte, entweder ohne Kennzeichen oder mit amerikanischen Hoheitsabzeichen, während der Operation Wüstensturm hunderte von Bombeneinsätzen geflogen sind. Sie ließen der Zivilbevölkerung dieses arabischen Landes eine grausame Bestrafung angedeihen.

Israelische Bewegungen wurden bemerkt

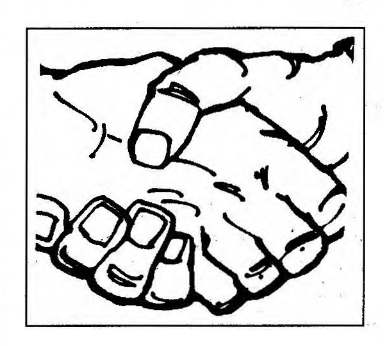
Trotz der tiefsten Geheimhaltung und aggressiven »Bestreitungstaktik« sind diese israelischen Bewegungen nicht unbemerkt geblieben. Aus Dokumenten des irakischen Geheimdienstes, die in den letzten Monaten aufgetaucht sind, geht hervor, daß die Radarnetze des Iraks sowie die anderer Länder Langstreckenflüge nicht gezeichneter Flugzeuge zwischen Israel und den amerikanischen Luftstützpunkten in Saudi-Arabien verfolgt haben. Es liegen ähnliche Radar-Intercepts von Kampfflugzeugen über dem Irak vor, die mittels Computer als israelische Maschinen erkannt wurden.

Meine Kontaktpersonen in Israel, wo ich länger als ein Jahrzehnt als Untersuchungsjournalist gearbeitet habe, haben mir erzählt, daß israelische Offiziere in Privatgesprächen selbst mit ihren geheimen »Einschlägen« auf den Irak zu prahlen beginnen. In gleicher Weise sagen Experten für Einsätze der US-Air Force, die ängstlich bestrebt sind, ihre Anonymität zu bewahren, daß es einen greifbaren Unterschied zwischen bestimmten amerikanischen und israelischen Bombenmustern, die auf dem Boden zurückbleiben, gebe.

»Jeder, der etwas von der Luftfahrt versteht, kann aus den Einschlägen am Boden erkennen, daß zwei Langstrecken-Luftflotten mit sehr unterschiedlichen strategischen Zielen im vergangenen Jahr zur gleichen Zeit auf den Irak einhämmerten«, sagte ein Offizier des Luchtnachrichtendienstes.

Es gibt einen Silberstreifen auf diesen dunklen Kriegswolken. Der Mythos, daß Israel ein »wertvoller Verbündeter« der Vereinigten Staaten sei, ist für immer zerstört worden. Diese faustdicke Lüge hat die amerikanischen Steuerzahler seit 1950 hunderte von Milliarden Dollar gekostet. Aber im Golfkrieg zahlte die Bush-Regierung Israel aus – die Gesamtrechnung steht noch aus –, nur damit es aus dem Krieg herausbleiben sollte. Die Vereinigten Staaten brauchten schließlich arabische Verbündete, um am Golf die Oberhand zu gewinnen.

Über das ungeheure Leid, das unschuldigen irakischen Zivilisten durch diesen Krieg zugefügt wurde, hinausblickend, können wir nur hoffen, daß Washington auf Grund dieser Tatsache eine dauerhafte Lehre aus diesem grausamen Konflikt gezogen hat. □



USA

Amerikas Größenwahn wird zur Bedrohung der Welt

Alfred König

Der amerikanische Größenwahn nimmt immer krassere Formen an. In einer jetzt bekanntgewordenen geheimen Studie des US-Verteidigungsministeriums planen die USA ein weltweites Sicherheitssystem unter amerikanischer Führung. Dieses soll vor allem Deutschland und Japan davon abhalten, künftig stärker aufzurüsten und möglicherweise atomare Waffen anzustreben. Die Weiterverbreitung von Atomwaffen soll dieser Studie zufolge scharf kontrolliert werden, weil sonst Deutschland, Japan und andere Industrieländer versucht sein könnten, nukleare Waffen zu erwerben, um die Angriffe regionaler Gegner abzuschrecken.

Wörtlich heißt es darin: Die USA müssen »eine neue Ordnung schaffen und schützen«, in der sie »die Interessen der fortgeschrittenen Industrienationen so weit berücksichtigen, daß diese es nicht wagen, unseren Führungsanspruch anzuzweifeln«. Falls auch dieses nicht ausreichen sollte, müsse die militärische Übermacht der USA »mögliche Konkurrenten davor abschrekken, eine größere regionale oder gar globale Rolle auch nur anzustreben«. Des weiteren äußerten die USA gegenüber Deutschland und Japan die »präventive Verdächtigung, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zu brechen«.

Die Angst vor Europa

Zur Rolle Amerikas in Europa heißt es, eine erhebliche amerikanische Präsenz und ein enger Zusammenhalt im westlichen Bündnis blieben lebenswichtig. Auch müsse die amerikanische Politik verhindern, daß rein europäische Sicherheitsarrangements entwickelt würden, da dies die NATO nur unterhöhlen würde. Hauptziel der politischen und militärischen Strategie müsse es sein, das Heranwachsen einer rivalisierenden Supermacht in Europa, Asien oder der früheren Sowjetunion zu verhindern. Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß es einen nationalistischen Rückfall in Rußland geben könnte. Deshalb sollen auch weiterhin strategische Atomwaffen auf militärische Ziele in der früheren Sowjetunion gerichtet bleiben. Rußland sei mit seinem Waffenarsenal die einzige Macht der Welt, die die Vereinigten Staaten zerstören könne.

US-Präsident George Bush beschwichtigte dann auch gleich auf erste inoffizielle deutsche und japanische Proteste hin, man solle diesen Plänen keine allzu große Bedeutung beimessen. Dann erklärte er jedoch: »Aber wir sind die Führer. Leute, die unseren weltweiten Führungsanspruch anzweifeln, verstehen einfach nicht, wie sehr die Welt auf unsere Führung wartet.«

Aus dieser Studie und den Worten von Bush kann man nur schließen, daß Amerika der Weltpolizist Nummer 1 sein will. Zwar heißt es offiziell, daß die Rolle der USA für die in der Studie genannten Staaten nur positiv sei, da zum Beispiel Deutschland, Japan, aber auch andere Staaten auch weiterhin von einem amerikanischen Sicherheitsschirm behütet werden sollen.

Die Abhängigkeit von den USA soll bleiben

Die Wirklichkeit sieht dagegen ganz anders aus: Die betreffenden Staaten sollen praktisch eines der wichtigsten Souveränitätsrechte, nämlich dem Recht der Verteidigung, beraubt werden. So lange sich ein Staat nämlich nicht auf jeden Angriff adäquat verteidigen kann, so lange bleibt dieser Staat verwundbar und abhängig.

Und gerade dieses, die Abhängigkeit, wird von den Vereinigten Staaten angestrebt. Man hat es doch in der Vergangenheit, speziell während der Zeit des sogenannten Kalten Krieges gesehen. Die USA haben damals zwar (offiziell) ihren Sicherheitsschirm über Deutschland gehalten, was aber bezahlt werden mußte.

Diese »Gegenleistungen« sahen unter anderem wie folgt aus: Die totale Westbindung – wie sie etwa Adenauer als erster Bundeskanzler eingeführt hat –, die eine (Teil-)Widervereinigung West- und Mitteldeutschlands bereits in den sechziger Jahren verhindert hat. Denn Stalin war dazu bereit, wie eindeutig aus einigen jetzt veröffentlichten Briefwechseln Stalins mit den damaligen amerikanischen Präsidenten eindeutig hervorgeht. Weitere Zugeständnisse an die USA waren eine Veramerikanisierung angefangen von der deutschen Kultur bis hin zum Essen und zum Lebensstil.

Auf der finanziellen Sollseite standen Milliarden, die die Stationierung der amerikanischen Streitkräfte dem deutschen Steuerzahler gekostet hat und die fast schon vorbehaltlose Israel-Politik – einschließlich der Wiedergutmachung –, was ohne den amerikanischen Druck und der damit verbundenen Amerika-Hörigkeit der Vasallen-Politiker der jeweiligen Bundesregierungen und Parlamente wohl nicht so geschehen wäre. Am schlimmsten wiegt jedoch die Beschneidung der Souveränitätsrechte.

Pearl Harbor liegt heute in Europa

Und dabei bestand dieser Sicherheitsschirm in Wirklichkeit doch gar nicht! Selbst Regierungsmitglieder sagten mehr oder weniger offen sinngemäß: »Wer wird bloß wegen der Deutschen einen dritten Weltkrieg riskieren?«. Wie jetzt bekannt wurde, sollen die amerikanischen Direktiven bei einem Angriff der Sowjetunion auf Deutschland dahingehend gelautet haben, daß erst nach 24 Stunden hierauf massiv militärisch reagiert werden soll. Nach 24 Stunden wäre Deutschland aber von der Roten Armee überlaufen worden und hätte diese am Rhein gestanden.

Diese Direktive besagte aber doch auch nichts anderes, als daß die eigenen amerikanischen Truppen mehr oder weniger geopfert werden sollten. Damit hätte sich Roosevelts Pearl Harbor in Deutschland wiederholt.

Auch aus einem anderen Grund sind die Amerikaner gar nicht an einer zu starken eigenen europäischen Verteidigungsfähigkeit interessiert. Lothar Rühl nannte diesen Grund auch kürzlich in einem Kommentar in der »Welt«: »Der Golfkrieg hat gezeigt, daß die US-Streitkräfte auf ihren europäischen Stützpunkten mit den hier angelegten Kriegsvorräten den Eingriff im Mittleren Osten militärisch erst möglich und wirksam machten. Von Amerika aus wäre der Kräfteaufbau, der immerhin in einer akuten Krise fünf Monate dauerte, auch in dieser Zeit nicht möglich gewesen.«

Die seltsame Rolle als Welt-Polizist

Sollten die europäischen Staaten aber in der Lage sein, ihre Sicherheit alleine zu gewährleisten, würde automatisch auch der Einfluß der USA schwinden. Mit der (Teil-)Wiedervereinigung Deutschlands und dem Zerfall der Sowjetunion konnte dies zumindest für die nahe Zukunft nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Und schon reagieren die Amerikaner!

USA

Amerikas Größenwahn wird zur Bedrohung der Welt

Erst einmal wird, zusammen mit den amerikahörigen Briten, Saddam Hussein wieder als größte Bedrohung für den Weltfrieden dargestellt, werden Forderungen gegen ihn aufgestellt, die kein Land der Erde akzeptieren könnte. Schließlich wird sogar offen mit einem neuen Schlag gegen ihn gedroht – ehe die UNO überhaupt ein derartiges Mandat auch nur konkret in Aussicht stellt – und Flugzeug-Einheiten nach Großbritannien verlegt.
Das gleiche spielt sich mit Libyen ab, wobei hier neben Großbritannien die USA auch noch von den Franzosen unterstützt werden. Selbst wenn es stimmen würde, daß durch Finanzhilfe Gaddafis die internationale Terrorszene maßgeblich finanziert wird, wofür die Amerikaner aber nur, sofern überhaupt sehr fragwürdige »Beweise« vorlegen, wären die Auswirkungen, die dieser Terror hätte, noch immer wesentlich kleiner als der Staatsterror, den Israel Tag für Tag gegen die Araber ausübt.

Man muß es sich doch einmal vor Augen halten. Welche Bedeutung hat der internationale Terrorismus denn in den vergangenen Wochen und Monaten gehabt? So gut wie keinen! Die Entführungen im Libanon gingen darüber eindeutig von der iranischen Hisbollah aus.

Eines der Argumente der USA gegen Libyen lautet: Sie liefern die beiden Männer, die verdächtigt werden, das Lockerbie-Attentat begangen zu haben, nicht aus. Dies wird von keinem Staat praktiziert! So heißt es etwa im Artikel 16 Absatz 2 Satz 1 des deutschen Grundgesetzes: »Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden.« Muß Deutschland dann also gegebenenfalls, so wie derzeit Libyen, mit Flugzeugangriffen rechnen, wenn deutsche Terroristen ein amerikanisches Flugzeug in die Luft jagen, die Bundesregierung dann aber, so wie unumstößlich vorgeschrieben, ihre Ausweisung verweigert?

US-Außenpolitik von Willkür bestimmt

Tatsache ist, daß der Angriff der USA gegen den Irak zu einem Zeitpunkt erfolgte, als die amerikanische Konjunktur auf ihrem Tiefstpunkt war und US-Präsident George Bush einen Erfolg brauchte. Die erneuten Drohungen gegen den Irak und zusätzlich gegen Libyen erfolgten, als die US-Sympathiekurve für Bush weit unter 40 Prozent gerutscht war. Auch den gerade an der Macht befindlichen englischen und französischen Regierungen wehte der politische Wind mächtig ins Gesicht. Was liegt dann also näher, als durch Strafexpeditionen gegen zwei Männer, die quasi als die Wiedergeburten Hitlers gelten, wieder Pluspunkte zu sammeln.

Wenn schon ein Staat, warum wird dann nicht der Iran von den Amerikanern und ihren engsten Verbündeten bedroht? Dies gilt umso mehr, als der Iran nach angeblich »sicheren Informationen« des CIA und des Bundesnachrichtendienstes aus Kasachstan drei taktische Atombomben mit einer Reichweite zwischen 1.000 und 2.000 Kilometern erhalten haben soll. Doch die Antwort hierauf ist einfach: Hussein und Ghaddafi gelten derzeit in der amerikanischen Bevölkerung als die beiden Nachfolger Hitlers. Sie verkörpern das Böse. Der iranische Präsident Rafsandshani wird dagegen wegen seiner Mithilfe bei der Entlassung der im Libanon gefangenen US-Geiseln als Freund angesehen. Mit einer Drohung gegen ihn könnte man also keine weiteren Stimmen bekommen. Also warum gegen ihn dann Drohungen ausstoßen?

Nur, wie kann ein Land in eine Rolle des »Weltpolizisten« schlüpfen, wenn seine Politik auf Willkür aufgebaut ist und selbst tausende, ja sogar zehn- und hunderttausende Todesopfer unter Zivilisten hingenommen werden, nur um seine eigene politische Haut zu retten? Dabei gilt ein Regierungswechsel doch als ein besonders markantes Merkmal einer Demokratie.

So offen wie noch niemals zuvor hat Henry Kissinger die Rolle der USA dargestellt. In einem Beitrag für die »Welt am Sonntag« schrieb er wörtlich: »Zweimal im Zeitraum von nur einer Generation führte Amerika Kriege, weil amerikanische Staatsführer davon überzeugt waren, daß die Vorherrschaft einer einzelnen feindseligen Macht in Europa eine Bedrohung der amerikanischen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen darstellte.

Wirtschaftsinteressen als Kriegsgrund

An dieser Realität hat sich nichts geändert. Auch wenn es heute scheinbar keine für Amerika feindlichen Mächte in Europa mehr gibt, könnte die Entstehung einer neuen hegemonialen Mächtekonstellation schnell als feindlich angesehen werden.«
Interessant sind an diesen Sätzen zwei Punkte: Erstmals hat ein amerikanischer Politiker damit unverhüllt zugegeben, daß der Zweite Weltkrieg ein reiner Wirtschaftskrieg gegen Deutschland war. Denn die Sicherheit der Amerikaner war zu keinem Zeitpunkt bedroht, auch war dies von Hitler niemals beabsichtigt. Jedenfalls gibt es hierfür nicht den geringsten Anhaltspunkt.

Zum anderen stellen die Worte Kissingers nichts anderes als eine Kriegsdrohung an jeden Staat dar, der sich, salopp ausgedrückt, mit den Amerikanern anlegt. Ein Staat, der zu stark wird, muß damit rechnen, von den USA mit einem Krieg überzogen zu werden. Nichts anderes bedeuten die Worte Kissingers im Klartext, die gleichzeitig auch eine erneute Drohung an Deutschland darstellen, nach dem Motto »Erinnert Euch, was 1942 geschah.«

Dem Deutschen Reich hatte man seinerzeit vorgeworfen – heutzutage noch untermauert durch willfährige Historiker –, daß damals die Absicht bestanden habe, die Welt beherrschen zu wollen. In schon fast unzähligen »Standardwerken« der Jahre zwischen 1933 und 1945 steht, daß Hitler nach der Unterjochung Europas den Überfall auf die USA geplant habe und auch seine Rüstung hierauf ausgerüstet war, etwa mit den Plänen zum Bau von Atombomben oder Interkontinentalraketen.

Tatsache aber ist, daß es keine irgendwie in diese Richtung gearteten Statements der damaligen deutschen Regierung für eine Richtigkeit dieser Annahme gibt. Aber wie sieht es denn heute mit den USA aus?

Noch nie zuvor hat ein Staat so unverfroren wie heute die Vereinigten Staaten von Amerika ihren Anspruch auf die Weltherrschaft geltend gemacht. Man stelle sich einmal vor, Deutschland und Japan würden heute sagen: »Wir sind die derzeit stärksten Wirtschaftsmächte der Welt. Wir werden unsere Kraft, unser Know-how und unsere Recourcen poolen. Wir wollen mit unserer wirtschaftlichen Übermacht und den vielen sich abzeichnenden revolutionären wirtschaftlichen Erfindungen und Entdekkungen, auch auf Ebene der Nahrungswirtschaft, aber nur das Wohl unserer politischen Verbündeten sichern. Die vielen wirtschaftlichen Mißstände in den USA verbieten es, dieses Land mit in unsere Führungsebene einzubinden.«

Folge dessen wäre mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine massive Drohung Amerikas, Großbritanniens und Frankreichs an die beiden »Achsenmächte«. Sollte dann seitens Deutschlands und Japans wirklich versucht werden, diesen Weg zu begehen, wäre die Kriegserklärung beziehungsweise das Provozieren irgendwelcher Vorfälle, die dann von den oder zumindest einem der drei Staaten als Kriegserklärung aufgefaßt werden mit dementsprechender Reaktion.

Man darf gespannt sein, wie die Bundesregierung auf diesen Vormachtanspruch der USA reagieren werden. Es gibt erfreulicherweise einige Anzeichen, daß zumindest inoffiziell die deutsche Kritik an den USA lauter wird und einige Politiker sich zumindest in einem stillen Kämmerlein besinnen, daß es für Deutschland vor allem aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke überhaupt keinen Grund gibt, vor den USA in die Knie zu gehen. Es kann nur gehofft werden, daß dieses auch mal offizielle Regierungspolitik wird. Angesichts der Abhängigkeit vieler Politiker von den USA muß diese Chance aber leider als sehr kümmerlich angesehen werden. □

Wunderland Washington

Pat Buchanans Brain Trust

Joseph Sobran

Unser Mitarbeiter Joseph Sobran besuchte eine Versammlung der John Randolph Society am Rande Washingtons und sprach dort auch. Die Randolph Society ist eine Gruppe, die alles von traditionalistischen Konservativen bis zu philosophisch-anarchistischen Liberalen in ihren Reihen hat. Der Schwerpunkt der Mitglieder liegt in dem Bereich der alten, Roosevelt feindlichen, begrenzt regierungsfreundlichen Konservativen der USA.

Einige führende Mitglieder der Gruppe stehen Pat Buchanan nahe und beraten ihn bei seinem Wahlkampf, speziell Murray Rothbard (der Präsident) und Llewellyn Rockwell jun. – scherzhaft als »Buchanan's Brain Trust« bezeichnet. Buchanan selbst sollte auch auf der Versammlung sprechen, aber Wahlkampfverpflichtungen hinderten ihn schließlich daran.

Aufbruch auf dem rechten Flügel

Das Treffen brachte eine Reihe von ausgezeichneten Seminiar-Vorträgen und fand mit Rothbards Aufsehen erregender, explosiven Rede seinen Höhepunkt. Er sagte so viele Dinge, daß es schwierig ist, sie zusammenzufassen. Der Kernpunkt war, daß Pat Buchanan »das Gesicht des rechten Flügels verändert« habe. Die »ursprüngliche Rechte«, sagte Rothbard, ist wieder da, und plötzlich finden sich die »offiziellen Konservativen und Neokonservativen an der Peripherie wieder«.

Hauptstoßrichtung seines Angriffs war Bill Buckley, der »die konservative Bewegung von den echten Rechten gesäubert« – systematisch »Isolationisten, Antizionisten, Liberalen, Ayn Randianer, die John Birch Society« und andere verbannt und sie durch »ehemalige Trotzkij-Anhänger, Sozialdemokraten des rechten Flügels, demokratische Kapitalisten, Liberale à la Truman-Humphrey Scoop Jakson ersetzt habe, die durch die verrückte Linke aus ihrer politischen Heimat in der Demokratischen Partei verdrängt wurden«.

Es war eine erstaunliche Rede, und der Redner hatte stehenden Applaus. Rothbard gestand, das Gefühl zu haben, mit der Wiederbelebung des rechten Flügels 35 Jahre in der Wildnis beendet zu haben. Er empfahl dringend eine populistische Strategie, um die meinungsmachenden Eltiten zu umgehen und unmittelbar die Massen anzusprechen.

David Frum vom »Wall Street Journal« redete um den heißen Brei der Vorgänge auf der Versammlung herum. Jeder fühlte daß er nichts Gutes im Schilde führte, eine Schlußfolgerung, die sich von etwa 50 subtilen Hinweisen ableitet, beginnend mit der Tatsache, daß er für das »Wall Street Journal« arbeitet. Und im vergangenen Herbst zerriß er Buchanan für den »American Spectator« geradezu in der Luft und bezichtigte ihn – unter anderen Dingen – der »Judenhetze« und der »Schwulenhetze«.

Ich erfuhr, wo Frum vor einem Jahrzehnt hergekommen war, als er als Yale-Student Konservative warnte, daß sie potentielle Konvertierte verprellen, indem sie Ronald Reagans Waffenverkäufe an Saudi-Arabien unterstützten – fürwahr eine echte Kernfrage.

Amerikas schlechte Gewohnheit

Wie vorauszusehen war, erschien Frums Bericht über die Sitzung ein paar Tage später im »Wall Street Journal« Formtreu deutete er an, daß die Randolph Society rassistisch sei. Und er zitierte mich, gesagt zu haben, daß »die amerikanische Regierung möglicherweise mehr Menschen außerhalb ihrer eigenen Grenzen getötet habe als andere. Oder habe ich etwas ausgelassen?«. Er sagte aber nicht, was ich anschließend gesagt hatte: »Einen gewissen Teil davon kann man verteidigen, aber nach einer Weile beginnt dies wie eine schlechte Gewohnheit auszusehen.« Es war in etwa so, als erzähle man einen Witz ohne dessen Pointe.

Dies ist die Art von Journalismus, gegen die Pat Buchanan vorgehen wird.

Es war übrigens nicht Bill Buckleys Wochenende. Obwohl Rothbards Ausbrüchen in den Fußstapfen folgend, wurde Bills vieldiskutierter Aufsatz »In Search of Anti-Semitism« (»Auf der Suche nach Antisemitismus«), erschienen im »National Review«, von seinem Freund Abe Rosenthal angegriffen, weil Buchanan darin nicht direkt als Antisemit bezeichnet wird. Man hat das Verlangen, Mrs. Rosenthal zu fragen, ob Abe nachts über Pat im Schlaf spricht. Er scheint nicht sehr viel von etwas anderem zu reden, wenn er wach ist.

Diese Massen aus dem Schlummer wecken

Zu den einigenden Faktoren der Randolph Society gehören deren Unterstützung für Pat Buchanans Kandidatur um die amerikanische Präsidentschaft und eine lange schwelende, gelegentlich aufflammende Fehde gegen die Neokonservativen, die die Bewegung dominieren, schreibt die »Washington Times«.

Sich auf die Fehde einschießend, verdammte Rothbard, das, was er »den buckleyschen Monolith« des Konservatismus nannte, der »die einst bewundernswerte Vielfalt und Freiheit der Diskussion bei der alten Rechten« erstickt habe, in Bausch und Bogen. Dann griff er die herrschenden Eliten der Regierung heftig an, die »Intellektuellen und die Medien-Elite um sich versammelt zu haben«.

Eine radikale Rechte oder harte Rechte mit einer neuen Botschaft – »aufregend, dynamisch, zäh und bereit zur Konfrontation« – ist in Erscheinung getreten, die darauf abzielt, »die Massen aus ihrem Schlummer zu erwecken und die hochansässigen Eliten, die sie regieren, beherrschen, besteuern und ausplünder« an den Pranger zu stellen, sagte Rothbard.

»Die Reaktion auf diese historische Erscheinung, durch das gesamte Spektrum der etablierten und korrekten Gedankenwelt, durch alle Eliten von übriggebliebenen bis offiziellen Konservativen und Neokonservativen, kommt einem fast so vor wie Reaktionen auf die Rückkehr Godzillas in den alten Filmen.«

Absetzung des selbstgesalbten Papstes der Rechten

Rothbard nannte Buckley den »selbstgesalbten Papst der konservativen Bewegung« und äußerte sich besonders abschätzig über dessen »Weihnachts-Enzyklika von 40000 Worten«, mit der er Buchanan heruntermachte.

Buchanans Wahlkampf um die Präsidentschaft »hat das Gesicht des rechten Flügels verändert«, sagte Rothbard. »Jetzt sind die offiziellen Konservativen und Neokonservativen eine Randerscheinung. Der rechte Flügel wird von nun an nur im Verhältnis zur Buchanan-Bewegung definiert. Diese Bewegung, die weder freundlicher noch sanfter ist, legt jetzt die Tagesordnung und die Bedingungen der Diskussion fest.«

Und wie lautet diese Tagesordnung?

»Wir werden das 20. Jahrhundert außer Kraft setzen«, schloß Rothbard seine Rede. □



Botschaft an den US-Präsidenten George Bush

Issah Nakleh

Wir veröffentlichen nachstehend einen offenen Brief an den amerikanischen Präsidenten George Bush von Issah Nakleh, Dekan der Nahost-Beobachter bei den Vereinten Nationen in New York, langjähriger Diplomat, Berater einiger Regierungen und international ein angesehener Jurist. Nakleh ist Verfasser der »Encyclopedia of the Palestine Problem«.

Präsident George Bush
The White House
1600 Pennsylvania Avenue
Washington, D. C. 20500

Sehr geehrter Herr Präsident!
Die Bemühungen, die Sie und Außenminister Baker unternehmen, um die Probleme des Nahen Ostens zu lösen, haben Ihnen die Dankbarkeit der Völker des Nahen Ostens und aller friedliebenden Völker der Welt eingebracht.

Wir werden ermutigt durch Ihre Erklärung über eine Neue Weltordnung, »einer Ordnung, in der kein Land auch nur ein Jota seiner eigenen Souveränität aufzugeben hat; eine Ordnung, die durch die Herrschaft des Gesetzes, anstatt durch den Rückgriff auf Gewalt; die kooperative Regelung von Streitfällen, anstatt durch Anarchie und Blutvergießen, und durch einen großzügigen Glauben an die Menschenrechte charakterisiert wird«.



Issah Nakleh hat sich mit einem offenen Brief an den US-Präsidenten George Bush mit Vorschlägen zur Lösung der Nahost-Probleme gewandt.

Verhandlungen führen nirgendwo hin

Wenn wir diese Grundgesetze, die Charter der Vereinten Nationen und die Grundsätze des Völkerrechts auf die Probleme im Nahen Osten anwenden, dann wird es Ihnen und Minister Baker gelingen, sie zu lösen.

Verhandlungen allein mit Yitzhak Shamir und Führern des Likud und anderer extremistischer Parteien, aus denen sich seine Regierung zusammensetzt, werden nirgendwo hinführen. In der zweiten Novemberhälfte besuchte Shamir die Vereinigten Staaten, um die Israel-Lobby gegen Ihre Bemühungen und die des Außenministers Baker aufzuwiegeln. In einem Interview mit der »Washington Times« vom 24. November 1991, sagte Herr Shamir:

»Wir erkennen den Begriff ›besetzte‹ Gebiete nicht an und akzeptieren ihn nicht. Wir haben niemals ›besetzte‹ Gebiete. Wir haben niemals Gebiete eines fremden Landes besetzt. Es gab im Nahen Osten niemals ein palästinensisches Land. Daher haben wir niemals Gebiete besetzt, die uns nicht gehören. Es geht darum, wem dieses oder jenes Land gehört. Sobald man sich darüber verständigt, gibt es keine Gespräche über Vereinbarungen.«

Den zionistischen Kolonialisten kann man nicht trauen

Diesen zionistischen Kolonialisten des 20. Jahrhunderts kann man nicht trauen. Sie strebten am Anfang nach einer »jüdischen Heimstätte« als Kulturzentrum. Dann im Jahre 1947 kämpften sie um die Aufteilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Sie akzeptierten die Grenzen der Teilungslösung. Sie forderten die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und andere Mitgliedsländer der Vereinten Nationen auf, Israel innerhalb dieser Grenzen anzuerkennen.

1948 revoltierten sie gegen die palästinensische Mehrheit und besetzten 80 Prozent Palästinas mit Gewalt und der Begehung von Massenmorden. Sie vertrieben 800000 Palästinenser aus dem Gebiet und nahmen alle ihre Ländereien, Häuser, Handelsgebäude und Orangenplantagen in 625 Dörfern und alle Wohnungen, Handelsgebäude und das Eigentum von Palästinensern in 12 größeren palästinensischen Städten, nämlich Tiberias, Safad, Acre, Beisan, Haifa, Jaffa, Lydda, Ramee, Ain Karem, Jerusalem, Mahdal und Beersheba widerrechtlich in Besitz.

Sie unterzeichneten das Protokoll von Lausanne, in dem die Versöhnungs-Kommission der Vereinten Nationen die Teilungsgrenzen anerkannte. Sie wurde 1949 als Mitglied der Vereinten Nationen willkommen geheißen, nachdem sie sich verpflichtet hatten, alle Bedingungen der Resolution 181 (II) der Generalversammlung vom 29. November 1947 zu erfüllen. Und dennoch fielen sie in viele Gebiete von Palästina ein, die zu dem arabischen Staat gehörten.

Besetzung des Westufers und des Gazastreifens 1967 durch Angriffskrieg

1967 besetzten sie durch einen Angriffskrieg das Westufer, den Gazastreifen, die Sinai-Halbinsel und die Golan-Höhen. Von 1967 bis heute verübten sie Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord an den Palästinensern am Westufer und im Gazastreifen, an den Syrern auf den Golan-Höhen und im Libanon. Sie gaben die Sinai-Halbinsel an Ägypten zurück und behaupteten, damit ihren Verpflichtungen unter der Resolution 242 des Sicherheitsrats nachgekommen zu sein.

Shamir wird viele Tricks anwenden, um den Friedensprozess zu sabotieren

Wie können die Palästinenser mit Terroristen und Kriegsverbrechern mit einer derartigen Geisteshaltung verhandeln? Daher sagen wir voraus, Herr Präsident, israelische Führer werden den Friedensprozeß auf vielfache Weise sabotieren. Shamir wird die Verhandlungen verschleppen. Er wird alle ernsthaften Verhandlungen bis Ende 1992 hinauszögern. Die Israelis hoffen darauf, daß nach 1992 weder Sie noch Mr. Baker am Steuer sitzen, um diese Verhandlungen zu fördern.

Ein Staat des Heiligen Landes ist die ideale Lösung

Wenn es Ihnen und Minister Baker gelingen soll, die Probleme des Nahen Ostens zu lösen, dann müssen Sie die von Ihnen verkündeten Grundsätze für die Neue Weltordnung und die Grundsätze des Völkerrechts und der Gerechtigkeit honorieren.

Wir glauben, die beste Lösung, die Frieden und Gerechtigkeit für Palästina und das ganze Ge-

biet des Nahen Ostens herbeiführen wird, wäre die Etablierung Palästinas: nämlich Israel, das Westufer und der Gazastreifen als Staat des Heiligen Landes.

Erstens: Die Vereinten Nationen sollten Israel auffordern, alle seine bewaffneten Streitkräfte vom Westufer, dem Gazastreifen und den Golan-Höhen abzuziehen. Sie sollten durch Kräfte der Vereinten Nationen, die sich aus bewaffneten Streitkräften der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats zusammensetzen, abgelöst werden.

Schritte die unternommen werden sollten

Zweitens: Ganz Palästina, das sich unter dem britischen Mandat befand, nämlich das Gebiet, das Israel heißt und das Westufer und der Gazastreifen, sollte Holy Land State (Staat des Heiligen Landes) genannt werden. Es sollte aus jüdischen und arabischen Kantonen nach dem Modell der Schweiz bestehen.

Drittens: Alle palästinensischen Flüchtlinge sollten in ihre Städte und Dörfer zurückkehren und ihre Häuser und Ländereien, die von den jüdischen Invasoren von 1948 bis 1991 geraubt wurden, wieder in Besitz nehmen dürfen.

Viertens: Der Staat des Heiligen Landes dürfte keine Armee, Kriegsmarine oder Luftwaffe haben und daher sollten alle Waffen, die Israel besitzt, von den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates verkauft, und der Erlös sollte in einen Fonds zum Wiederaufbau des Heiligen Landes fließen.

Fünftens: Die sieben Industrieländer und die Mitglieder der OPEC sollten mindestens 20 Milliarden Dollar zu diesem Fonds zum Aufbau Palästinas als religiöses und touristisches Zentrum für die ganze Welt beisteuern. Diese Lösung wird dauerhaften Frieden und Gerechtigkeit für das Heilige Land bringen, wo Christen, Juden und Moslems als Mitbürger ohne jede Diskriminierung aus rassischen oder religiösen Gründen leben könnten.

Diese Lösung ist im Einklang mit Völkerrecht und Gerechtigkeit und entspricht der Vision von 300 der bedeutendsten Führer der amerikanischen Judenheit aus ganz Amerika, die am 4. März 1919 Präsident Wilson eine Erklärung zur Übermittlung an die Pariser Friedenskonferenz überreichten. Darin stellten sie fest:

»Was die Zukunft Palästinas betrifft, so hoffen wir instänig, daß das, was einst das ›verheißene Land‹ für die Juden war, zum ›Land der Verheißung‹ für alle Rassen und Glaubensbekenntnisse werde, gewährleistet durch den Völkerbund. Wir erwarten, daß dies eine der Früchte der Friedenskonferenz sein wird, deren Beratungen die Welt so besorgt und so voller Hoffnung verfolgt.
Wir verlangen, daß Palästina als freies und unabhängiges Land errichtet wird, regiert von einer demokratischen Regierungsform, die keinen Unterschied zwischen Glauben und Rasse oder völkischer Abstammung anerkennt und mit ausreichender Macht versehen ist, um das Land vor Unterdrückung durch ein anderes Land zu schützen. Wir wollen nicht, daß Palästina entweder jetzt oder irgendwann in der Zukunft als Judenstaat organisiert wird.«

Dieser Beschluß entspricht nicht nur den Gedanken großer palästinensischer Führungspersönlichkeiten sondern auch von jüdischen Persönlichkeiten wie Martin Buber, Judah L. Magnes und Führern der Neturei Karta (Wachen der Heiligen Stadt).

Das Heilige Land nicht mit Gewalt erobern

In jüngerer Zeit veröffentlichte der Central Rabbinical Congress in den USA und Kanada aus Brooklyn, New York, der 300 jüdisch-orthodoxe Gemeinden der Vereinigten Staaten und weltweit, mit mehr als 200000 Anhängern, vertritt, ein »Manifesto of Torah True Jewry« (»Manifest des torah-treuen Judentums«) in der »New York Times« vom 27. April 1990, in dem es heißt:
»Es ist eine grundsätzliche Halachic (Jüdisches Gesetz)-Regel, daß Juden das Heilige Land nicht mit Gewalt an sich reißen sollen und vor dem Eintreffen des Messias kein Land und keine Regierung in Eretz Yisrael errichten dürfen. Nur König Messias wird die Juden von der Zerstreuung und dem Exil erlösen, und das Königreich für Juden in Eretz Yisrael wieder errichten. Wir, die Kinder Abrahams, Isaaks und Jakobs haben einen Eid geleistet, nicht gegen die Länder der Welt zu revoltieren und nicht von uns aus vor dem Kommen des Moschiaeh Souveränität zu übernehmen. Juden dürfen für Eigenstaatlichkeit oder Landbesitz keine jüdischen Menschenleben opfern. Juden glauben an die endgültige und ewige Erlösung und warten eifrig auf das Kommen des Messias, der uns von unserer Zerstreuung erlösen und nach Eretz Yisrael zurückführen wird.«



Ein Haus in Nablus, West Bank, wurde von israelischen Soldaten als Vergeltung angezündet.

Diese Lösung wird die Vereinigten Staaten davon befreien, mehr als 15 Milliarden Dollar an Israel und andere Länder des Nahen Ostens zu zahlen, und wird es den europäischen Ländern ersparen, mehr als zwei Milliarden Dollar, die direkt oder indirekt an Israel geleistet werden, zu zahlen.

Eine Alternativ-Lösung wäre die Umsetzung der UN-Resolutionen

Wenn die obenerwähnte Lösung nicht annehmbar ist, wäre die andere Alternative die Umsetzung aller Resolutionen der Vereinten Nationen über Palästina von 1947 bis 1991 in die Tat.

Diese Lösung scheint für die Palästinenser am Westufer und im Gazastreifen und für die PLO annehmbar zu sein. Dies ist das größte Opfer der Palästinenser: Sie sind bereit, die Kriegsverbrecher, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den von israelischen politischen und militärischen Führern an ihnen begangenen Völkermord zu vergeben und zu vergessen und mit den Israelis als Nachbarn friedlich nebeneinander zu leben. Das Opfer der Palästinenser ist vergleichbar mit den größten Opfern der Juden, wenn diese bereit wären, die von den Nazis an ihnen begangenen Verbrechen zu vergeben und zu vergessen.

Folgende Schritte sollten unternommen werden, um diese Lösung in die Tat umzusetzen

Erstens: Rückzug der israelischen Streitkräfte. Israel sollte sich unverzüglich auf die von der Resolution 181 (II) der Generalversammlung der Vereinten Nationen festgelegten Grenzen zurückziehen. Diese Grenzen wurden von der Jewish Agency akzeptiert. Die israelische Unabhängigkeitserklärung erfolgte im

Naher Osten

Botschaft an den US-Präsidenten George Bush

Einklang mit der Resolution der Generalversammlung 181 (II) vom 29. November 1947. Israel forderte damals die Vereinten Nationen, die Vereinigten Staaten und andere Länder auf, es in diesen Grenzen anzuerkennen. Die Vereinigten Staaten bestanden seit 1947 darauf, daß diese Grenzen nicht geändert werden dürfen. Die Akten der Vereinten Nationen und die Staatsarchive der USA sind voller Dokumente dieses Inhalts.

Anerkennung des Staates Palästina

Zweitens: Die Vereinten Nationen sollten die Unabhängigkeit der Palästinenser innerhalb der Grenzen der Teilungsresolution, nämlich 181 (II) anerkennen.

Drittens: Einigung über Jerusalem. Eine Vereinbarung sollte zwischen dem Staat Palästina und Israel über Jerusalem getroffen werden, um den internationalen und religiösen Charakter dieser heiligen Stadt zu bewahren.

Viertens: Rückführung der palästinensischen Flüchtlinge in die Heimat. Die palästinensischen Flüchtlinge, die von 1948 bis 1967 von den Zionisten und Israelis vertrieben wurden, sollten gemäß der Resolution der Generalversammlung 194 (III), die von den Vereinigten Staaten unterstützt wurde, in ihre Städte und Dörfer zurückkehren dürfen.

Rückerstattung palästinensischen Eigentums an die rechtmäßigen Besitzer oder deren Erben

Fünftens: Jegliches Eigentum der Palästinenser in dem Gebiet, das heute Israel genannt wird, sollte nach internationalem Rückerstattungsgesetz an die rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werden. Privateigentum ist heilig. Niemand darf seines Eigentums beraubt werden. Dieses Gesetz wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von allen europäischen Ländern durchgesetzt. Derzeit erstatten die Staaten der Sowjetunion und Mittel- und Osteuropa jegliches Privateigentum, das 1945 von den kommunistischen Ländern beschlagnahmt wurde, an die rechtmäßigen Eigentümer oder deren Erben zurück.

Daher haben die Palästinenser ein Anrecht auf Rückerstattung ihres Eigentums, das in der Zeit von 1948 bis 1991 widerrechtlich von Juden beschlagnahmt wurde.

Gleichzeitig haben die Juden aus arabischen Ländern, die entweder gezwungen wurden, die arabischen Länder zu verlassen oder aus freien Stücken auswanderten, das Anrecht auf Rückerstattung ihres Eigentums, vor allem durch Ägypten, Irak, Jemen und die nordafrikanischen Länder.

Zerstörung aller Chemie- und Atomwaffen

Sechstens: Die arabischen Länder und Israel sollten alle Chemie- und Atomwaffen zerstören und ihre konventionellen Waffen so weit verringern, daß niemals mehr ein Krieg zwischen arabischen Staaten und Israel vom Zaun gebrochen werden kann. Gleichzeitig sollten zwischen allen Ländern des Nahen Ostens Abkommen zur Reduzierung ihrer konventionellen Waffen getroffen werden. Nichtangriffs-Pakte sollten zwischen ihnen geschlossen werden, um jede Möglichkeit eines Krieges im Nahen Osten von vornherein auszuschalten.

Siebtens: Garantie durch die Völkergemeinschaft. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die ständigen Mitglieder des Rates sollten solche Abkommen garantieren.

Hochachtungsvoll,
Issah Nakleh,
Representative of Arab Higher Committee for Palestine. □



USA

Die Kandidatur von Pat Buchanan

Victor Marchetti

Pat Buchanans Kandidatur versetzt die Lobby der Vereinigten Staaten in Angst und Schrecken. »Weil er qualitativ aus anderem Holz geschnitzt ist als andere Präsidentschaftskandidaten, erweckt Pat Buchanan starke Leidenschaften. Selbst Konservative des amerikanischen Establishments sind ihm gegenüber mißtrauisch. Aber die meisten Konservativen an der Basis sind verrückt auf ihn, ebenso wie viele Menschen, die politisch und ideologisch nicht gebunden sind, denen es aber gefällt, was er sagt, gleichgültig mit welchem Etikett dies behängt wird. Er ist ein Frank-Capra-Typ, der auf der Hauptstraße der USA läuft.« Dies schreibt Joseph Sobran, der von der Pro-Israel-Lobby wegen seiner angeblichen antisemitischen Ansichten mit Buchanan in Zusammenhang gebracht wird – eine Verleumdung aus Rache für die Amerika-Zuerst-Ansichten beider Männer und ihrer offenen Kritik an der Unterminierung des politischen Prozesses in Amerika durch zionistische Interessen.

Sobrans Beobachtungen werden von allen Kommentatoren, die den amerikanischen Wahlkampf moderieren, geteilt. Obwohl viele Buchanans Einstellung leidenschaftlich ablehnen, neigen sie dazu, zuzustimmen, daß sein persönlicher Stil offenherzig und engagiert ist, und daß er seine Ansichten so vertritt, daß er überzeugend wirkt. Außerdem, ob es ihnen paßt oder nicht, diese Kommentatoren haben die faszinierende Wirkung der unverblümten Kritik Buchanans am Establishment auf die Bevölkerung durchaus bemerkt. Aber nirgendwo hat Buchanans Kandidatur um die Präsidentschaft mehr Panik ausgelöst als in den Reihen der zionistischen Lobby. Sowohl jüdische Demokraten, die die blinde Unterstützung Israels durch ihre Partei anstreben, als auch republikanische Neokonservative, die darauf hoffen, die Regierung zu kooptieren oder einzuschüchtern, sind voller Angst vor der Aussicht auf einen Sieg Buchanans.

Murray Rothbard, ein libertarianischer Konservativer, der kürzlich auf einer Konferenz der John Randolph Society sprach, sagte: »Pat Buchanans Eingreifen in das Rennen um die Präsidentschaft wurde mit einer noch nie dagewesenen Breitseite von Verleumdungen und Verunglimpfungen, sowohl von rechts als auch von links, begrüßt. Weder die Rechte noch die Linke kann Pat Buchanans Gedanken ertragen, die stark von dem üblichen träge dahinfließenden dummen Geschwätz »auf der Mitte der Straße« abweichen.

Weder rechts noch links kann seine Gedanken ertragen

Pat sei einer der wenigen Führungspersönlichkeiten in Amerika, die in der Lage ist, sich den Herausforderungen dieser neuen Welt, die die Schrecken des totalitären Kommunismus überwunden hat, zu stellen. Jetzt, wo die sowjetische Bedrohung nicht mehr besteht, führt er aus, sei es Zeit für Amerika, damit aufzuhören, zu versuchen, die ganze Welt zu beherrschen – eine ebenso zwecklose wie kostspielige Aufgabe – und sich der Lösung Amerikas wachsenden Inlandsprobleme zuzuwenden.

»Was noch bedeutsamer ist, Mr. Buchanan will das als ›Auslandshilfe‹ bekannte subventionierte

Schwindelgeschäft abschaffen, bei dem der amerikanische Steuerzahler wie eine Zitrone ausgepreßt wird, nur um anderen Regierungen dabei zu helfen, ihre Völker zu beherrschen.«

Die Einstellung der Auslandhilfe

Es gibt zwei Hauptgründe dafür, warum Buchanan von der Pro-Israel-Lobby so verunglimpft wird. Er bringt sie, um es einfach auszudrücken, geradezu um den Verstand mit seinem Gerede von der Einstellung der Auslandshilfe, seinem Bestreben, Amerikas eigenen Interessen den Vorrang zu geben und dazu aufzufordern, daß die USA sich aus Konflikten überall in der Welt heraushalten sollten, bei denen keine amerikanischen Interessen – außer denen der Banker und der diesen verpflichteten Politiker – auf dem Spiele stehen. Dies bezieht sich speziell auf den Nahen Osten, so wie der Widerstand des Alleingängers Buchanan dagegen, die amerikanischen Steuerzahler dazu zu zwingen, die Rechnung für die israelische Kolonisierung des palästinensischen Westufers und des Gasastreifen zu begleichen.

Daß Buchanan beim amerikanischen Volk Wiederhall findet, ist keine Überraschung für die Lobbyisten. Sie wußten schon lange von der Opposition der Steuerzahler gegen die US-Auslandshilfe und haben somit ihre Bemühungen darauf konzentriert, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß eine solche Hilfe für die amerikanische Wirtschaft von Nutzen sei.

Christopher Hitchens von der liberalen Zeitschrift »Nation«, der in »Harpers« schreibt, zitiert aus einem Interview, das er mit einem nicht namentlich genannten des AIPAC geführt hat. Indem er die Haltung seiner Gruppe in bezug auf die Niederlage in der Schlacht um den Verkauf von AWACS-Flugzeugen an Saudi-Arabien während der Reagan-Regierung beschrieb, sagte der Lobbyist: »Wir analysierten unsere schwachen Bereiche und stellten fest, daß wir in der Sache der Auslandshilfe, die im allgemeinen sehr unpopulär war, politisch schwach waren. Und wir waren geographisch schwach im Süden und Westen. Zwei Lösungen boten sich an. Erstens, eine konzentrierte Bemühung, um darzulegen, daß Auslandhilfe keine Schenkung ist, sondern der Verteidigungsindustrie zugute kommt. Zweitens, eine Allianz mit den fundamentalistischen Christen, die, nun gut, die Juden zwar nicht recht leiden mochten, die aber ein Gefühl für das biblische Israel und für Anitsemitismus hatten.«

Israel bildet eine Ausnahme

Die erste von diesen Lösungen wurde, keineswegs zufällig, zur Standard-Einstellung der Konservativen bei der Verteidigung des Auslandhilfeprogramms, das ironischerweise eine Schöpfung der liberalen Internationalisten in moderner Form war. Es war angeblich ein Gesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen, da die gesamte finanzielle Auslandshilfe per Gesetz in den USA ausgegeben werden mußte. Israel ist hier jedoch eine Ausnahme, da es das Geld verwenden kann, wie es ihm paßt, wobei es wenig oder gar nicht auf seinen amerikanischen Wohltäter Rücksicht zu nehmen braucht. Aber dieser Punkt wird von der Lobby und ihren Gesinnungsfreunden im Kongreß oder in den Medien kaum erwähnt.
Der zweite Lösungsvorschlag wurde zum allgemeinen Thema der israelfreundlichen Allianzen in den USA, die von den herkömmlichen jüdischen Koalitionen mit der Demokratischen Partei wegdrifteten und damit begannen, Freundschaften mit konservativen Gruppen, wie zum Beispiel mit Jerry Falwells Moral Majority und mit der neokonservativen Bande, die während der Reagan-Regierung bekannt wurde, zu zementieren. In dieser Zeit festigte die Lobby die Bindungen zwischen den USA und Israel, mit begeisterter Unterstützung Ronald Reagans und des damaligen Außenministers George Shultz, in einem derartigen Ausmaß, daß es fast unmöglich war, oder so war es wenigstens beabsichtigt, sie wieder zu lösen.

Aber nun kommt Buchanan daher und legt dar, daß ein großer Betrug am amerikanischen Volk begangen wurde, und er beschreibt dies in einer Sprache, die jeder verstehen kann. Dies verursacht bei der Lobby Heulen und Zähneklappern. Es läuft darauf hinaus, daß das amerikanische Volk hinters Licht geführt, seine Wünsche völlig mißachtet, und daß seine Werte sowohl vom liberalen als auch vom konservativen Flügel des Establishments verachtet wurden. Buchanan bringt dies alles zur Sprache, und dies führt bei seinen Feinden zu Wutanfällen und bösartigen Ausfällen.

Das Establishment stellt Kritik an Bush ein

Die »New York Times«, der Standartenträger des internationalen Establishments und der zionistischen Interessengruppen, stellt in einem kürzlich erschienenen Leitartikel fest, daß Buchanan in der Tat ein Rassist sein könnte. »Aber der Beweis für seine Gefühllosigkeit gegenüber Juden ist stichhaltiger. Mr. Buchanan machte geradezu Israel und dessen ›Amen-Ecke‹ in den Vereinigten Staaten für den Golfkrieg verantwortlich und nahm vor allem den ehemaligen Herausgeber der ›Washington Times‹, A. M. Rosenthal, Charles Krauthammer, Henry Kissinger und Richard Perle, alles Juden, aufs Korn. Er schrieb später, daß die Kämpfe von Jünglingen mit Namen wie McAllister, Murphy, Gonzales und Leroy Brown ausgetragen werden müssen.« Was auch der Fall war!

Der Kolumnenschreiber der »Washington Post«, Jim Hoagland, und der von »Newsweek«, Jonahan Alter, haben beide dahingehend argumentiert, daß Buchanan zu viel Aufmerksamkeit in der Presse zuteil werde. Er sei, so behaupten sie, kein rechtmäßiger Kandidat, da er niemals ein gewähltes Amt innegehabt habe, und von den gewöhnlichen Parteimitgliedern keine Rückendekkung erhalte.

Das Etikett Rassist und Antisemit

Das »Wall Street Journal« scheint sich ihre Botschaft zu Herzen genommen zu haben, indem es Buchanan ignoriert, ungeachtet der Tatsache, daß er in diesen Tagen bei den republikanischen Vorwahlen in New Hampshire mehr als 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Es hat inzwischen seine Kritik an George Bush eingestellt.

Was bei all diesem Dreinschlagen auf Buchanan nicht aus dem Auge gelassen werden darf, ist die Tatsache, daß er Feinde in allen Lagern des Establishments hat. Wenn sie auch untereinander verschiedener Meinung sein mögen, so sind sie sich doch alle miteinander darüber einig, daß Buchanan zum Schweigen gebracht werden muß, um ihre eigenen Interessen zu wahren.

Die Verleumdungen des Rassismus und des Antisemitismus sind die mächtigsten Waffen, die man heute gegen den Ruf eines anderen schwingen kann. Alle Devianzen, die einst als sündig und politisch disqualifizierend erachtet wurden, werden jetzt als reine Privatsache des jeweiligen Kandidaten und in Wahlkämpfen als unzulässig eingestuft. Nur die Etiketten Rassist und Antisemit dienen jetzt dazu, den so Titulierten zu einem aus der Gesellschaft Ausgestoßenen zu machen.
Sobran hat es am besten ausgedrückt. Buchanan ist nach seinen jüdischen Kritikern zu unteilen ein Antisemit, denn: »Er stellt Israels Wert für die USA als ›strategische Stütze‹ in Frage, bläst sich auf, wenn Rabbis in Massen auf Versammlungen erscheinen, und so fort. Ich kann nur den Erfolg bewundern, mit dem es dem Establishment gelungen ist, Kritik an seinen Interessen mit der Art von Bigotterie gleichzusetzen, die in Ungerechtigkeit und direkter Gewalttätigkeit ihren Ausdruck findet ... Jeder weiß, daß wenn Pat dabei erwischt würde, eine Synagoge anzuzünden, seine Verleumder ebenso erstaunt wären wie seine Anhänger.

Immerhin kann mit Sicherheit gesagt werden, daß Buchanans Wahlfeldzug nicht mit Schekel bezahlt wird.« □



Antisemitismus

Tribalismus und Zionismus

Joseph Sobran

Die Zeitschrift »National Review« veröffentlicht einen langen Essay von Bill Buckley mit der Überschrift »In Search of Anti-Semitism« (»Aufder Suche nach dem Antisemitismus«), in dem Joseph Sobran groß herausgestellt wird. Da es Sobran um die Sache geht, hat er sich mit dem Thema Antisemitismus beschäftigt.

Es ist nicht etwa so, daß Bill Buckley mich des Antisemitismus bezichtigt. Er nimmt lediglich die Kontroversen unter die Lupe, die um mich und ein paar anderen Beschuldigten und angeblichen Antisemiten herumwirbeln, und er tut dies in einer Art und Weise, die ich sowohl unvoreingenommen als auch starrköpfig finde. Das andere Hauptthema dieser Untersuchung, die sich darum dreht, ist er oder ist er kein Antisemit, ist Pat Buchanan. Buckley schrieb den Artikel schon vor Monaten, lange bevor Pat daran dachte, um die Präsidentschaft zu kandidieren; das Timing der Veröffentlichung ist lausig aber zufällig.

Es gab eine Zeit, in der man nicht zu fragen brauchte, ob jemand »Antisemit« sei. Man fühlte sich frei, einem zu sagen, wie man über Juden dachte. Es ist alles nur zum Guten, daß die Ressentiments in Verruf geraten sind, aber jetzt sind wir zum anderen Extrem übergegangen. Fast jeder fühlt sich dazu verpflichtet, den Juden gegenüber seinen guten Willen zu bekennen.
Aber aus diesem Grunde ist die Aufrichtigkeit solcher Bekenntnisse nur mit Argwohn zu betrachten. Und einige Juden machen Karriere damit, daß sie andere des heimlichen Antisemitismus bezichtigen. Es ist eine neue Art des Fanatismus aufgekommen: der hysterische Anti-Antisemitismus.

Aber die Fanatiker haben ihr Pulver verschossen. über einen langen Zeitraum hinweg ließ sich die Beschuldigung des Anitsemitismus, mit der man immer schnell bei der Hand war, jeden im öffentlichen Leben Stehenden davor zurückschrecken, Israel zu kritisieren, selbst wenn dieses mit offenkundiger Brutalität handelte. Aber seit dem vergangenen Jahr, als Buchanan Israel und dessen amerikanische »Amen-Ecke« – eine Anpielung auf die Sitzplätze in einigen protestantischen Kirchen zu Rechten des Pfarrers, die einst von denjenigen besetzt waren, die das anwortende Amen einleiteten – kühn herausgeforderte, haben sich die Dinge geändert. Eine Verleumdungsklage vermochte ihn nicht aus den Zeitungen und aus dem Äther zu verdrängen. Wenn überhaupt etwas damit erreicht wurde, dann höchstens, daß der Mut dieses Mannes seine Beliebtheit in der Öffentlichkeit noch erhöht hat. Und aus anderen Gründen hat Israel die Achtung, die es einst in der amerikanischen Öffentlichkeit genoß, verloren.

Man kann über Buchanans berühmte Bemerkung geteilter Meinung sein. Aber sie war nicht »antisemitisch«. In der Amen-Ecke sitzen viele Nichtjuden, sogar gläubige Christen, und viele Juden sind Israel gegenüber kritischer als Pat Buchanan.

Der Irrtum des Zionismus

Natürlich sollten wir den Juden gegenüber gutwillig sein, ebenso wie anderen Menschen gegenüber. Aber es liegen im Falle der Juden besondere Gründe vor. Mir gefällt der sentimentale Philosemitismus nicht; er klingt falsch, und er beruht gewöhnlich nicht auf den wirklichen Gründen, warum wir die Juden nicht nur dulden, sondern ihnen auch Verständnis entgegenbringen sollten.

Diese Gründe sind zu zahlreich, um hier alle aufgeführt zu werden, aber einer der wichtigsten ist das bloße Alter der Juden als Volk. Die Juden haben in der modernen Welt ihren uralten Tribalismus und dessen Traditionen bewahrt. Das heißt nicht, daß man alle diese Traditionen in jeder Einzelheit gutheißen, sondern sie im allgemeinen respektieren sollte.

Fast alle modernen Nationalismen standen den Juden argwöhnisch gegenüber, eben weil sie sich vom Nationalismus des jeweiligen Landes abgesondert hatten. Ein Mann, der zu einem mehrere tausend Jahre alten Stamm gehört, läßt sich nicht so leicht durch eine emporgekommene Institution wie den Nationalstaat umwerfen. Er wird einen Teil seiner Loyalität für sein eigenes Volk reservieren; in aller Wahrscheinlichkeit seine erstrangige Loyalität. Und dies ist nur gesund und natürlich, wie aufrührerisch oder staatsgefährdend dies dem Vaterlandstreuen auch immer erscheinen mag.

Der Irrtum des Zionismus besteht darin, daß einige Juden den Nationalstaat selbst übernommen haben. Der Zionismus ist für den Tribalismus was der Nepotismus – Vetternwirtschaft – für die Familienloyalität ist. Er wendet einen guten Grundsatz falsch an. Man hat das Recht, sich freiwillig von der Gesellschaft zu lösen; die Gesellschaft hat nicht das Recht, jemanden zwangsweise auszugrenzen.

Und in Israel verletzt der Staat die Rechte von Nichtjuden auf eine Weise, über die Juden sich zu Recht beschweren, wenn man es ihnen antut. Den Zionismus könnte man als Ausübung des Antisemitismus gegen Nichtjuden bezeichnen.
Es besteht ein großer Unterschied zwischen Israeliten und Israelis. Der Name »Israel« vermittelt einen falschen Eindruck der Kontinuität und schließt stillschweigend ein, daß eine Umstellung des modernen Nationalismus, sogar der Utopianismus eine Herkunft aus etwas Archaischem und Verherenswürdigem für sich beanspruchen kann.

Der Boden wird für etwas Schreckliches bereitet

In Zukunft, habe ich den Verdacht, werden Juden mit dem gleichen Gefühl der Schmach auf den Zionismus zurückblicken mit dem Katholiken heute auf die Spanische Inquisition zurückblikken. Einige sehen ihn bereits in diesem Licht. Israel Shahak, ein Überlebender von Buchenwald, zieht detaillierte Vergleiche zwischen dem Naziregime, unter dem er aufwuchs, und dem heutigen Israel. Er sagt nicht, daß Israel so weit gegangen ist wie Nazi-Deutschland; sagt aber, daß bislang Israels Verhalten in skandalöser Weise dem Nazismus ähnelt, und das der Boden für etwas Schreckliches bereitet wird.
Der zionistische Staat verderbe alles, was im Juden gut ist, zu einem häßlichen Chauvinismus. Seine amerikanischen Anhänger können keine Kritik vertragen; sie verteidigen Israel und nehmen es mit der ganzen Inbrunst und Behendigkeit der alten Weggefährten Stains in Schutz, mit dem sie auch die Neigung zum Niederbrüllen von Kritikern unter Anwendung von Schimpfnamen gemeinsam haben. Man könnte leicht den Eindruck gewinnen, daß Shamir und seine Apologeten nicht so furchtbar viel mit Jesaja und Jeremia, Bewohner eines anderen Israel, gemein haben.

Ich habe sehr viel über dieses Thema geschrieben, und ich wäre nicht überrascht, wenn meinen Lesern dies ebenso zum Halse heraushängen würde wie mir. Wie Abtreibung ist es kein Thema, das sehr viel Frivolität und Leichtfertigkeit verträgt. Es weckt bittere Leidenschaften, die eine ruhige und sachliche Diskussion erschweren.

Ich war vor allem darüber schokkiert, daß so viele Konservative zu schüchtern sind, ihre eigenen Grundsätze auf Israel anzuwenden. Mich macht die Absurdität bestürzt, daß sie nichts über Auslandshilfe an ein sozialistisches Land sagen, das den USA nichts Gutes tut – aber viel Schaden zufügt –. □

John Demjanjuk

Die Wahrheit zu vertreten erfordert Mut

James P. Tucker

Nur ein Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses hatte den Mut, sich für John Demjanjuk, einen unschuldigen Amerikaner, dem die Hinrichtung durch eine ausländische Regierung bevorsteht, einzusetzen. Der Abgeordnete James Traficant ruft jetzt zu einem Ermittlungsverfahren des Repräsentantenhauses gegen das Office of Special Investigation (OSI) des amerikanischen Justizministeriums auf, die Hexenjagd-Einheit, die für Demjanjuks Notlage verantwortlich ist.

Der Abgeordnete James Traficant hat zu einer »gründlichen und vollständigen Untersuchung« der Rolle des Office of Special Investigations (OSI) bei dem abgekarteten Spiel gegen John Demjanjuk, den in Israel wegen angeblicher »Kriegsverbrechen« der Tod erwartet, aufgerufen. Der Kongreßabgeordnete wird bald eine Resolution in das Repräsentantenhaus einbringen, mit der seine Forderung formell bekräftigt werden soll.

Ein Berg von Beweisen

Demjanjuk wurde von den Israelis beschuldigt, vor Gericht gestellt und für schuldig befunden, »Iwan der Schreckliche«, ein brutaler Lagerwachmann in Treblinka gewesen zu sein. Als Folge einer Untersuchung des OSI wurde ihm die amerikanische Staatsbürgerschaft entzogen, und er wurde nach Israel deportiert, um sich dort vor Gericht zu verantworten.

Gleichzeitig mit seiner Forderung, ein Ermittlungsverfahren gegen die »Nazi-Jäger-Dienststelle« des amerikanischen Justizministeriums einzuleiten, legte Traficant Beweise für Demjanjuks Unschuld vor. CODE berichtete mehrfach darüber.

Dazu gehören Fotografien des wirklichen Lagermanns von Treblinka, der als »Iwan der Schreckliche« bekannt ist, Iwan Martschenko, die während und vor dem Zweiten Weltkrieg aufgenommen wurden sowie eine Personalakte, die Martschenko näher identifiziert und Demjanjuk entlastet.

In den letzten Jahren ist ein Berg von weiteren Beweisen aufgetaucht, darunter Aussagen von Augenzeugen und viele Dokumente, die belegen, daß Demjanjuk niemals in Treblinka war. Daß das Office of Special Investigations (OSI) von diesem Beweismaterial wußte und es unterdrückt hat, trat zutage, als herauskam, daß es heimlich die gleichen Zeugen verhört hatte, die Demjanjuks Unschuld hätten beweisen können, deren Aussage aber unterdrückt hatte.

Jim Traficant ist das einzige Mitglied im US-Kongreß, der sich für John Demjanjuk einsetzt.

Kongreßabgeordneter zeigt Mut

Bislang ist Traficant der einzige Kongreßabgeordnete, der den Mut hat, wenigstens zu versuchen, einen unschuldigen Mann vor dem Galgen zu retten; die anderen zucken bei dem Ruf »Antisemitismus« zusammen und haben Angst vor einer Herausforderung Israels und dessen mächtigen Interessengruppen. Weil Traficant diese Grundsätze mannhaft vertritt, wurde er landesweit als Verteidiger von »Nazis«, als Spinner und Schlimmeres verunglimpft.

CODE hat von Beginn dieser Verhöhnung der Justiz an gegen die Behandlung Demjanjuks protestiert und über das verfügbare, oder das vom OSI unterdrückte, Entlastungsmaterial berichtet.

Der Kolumnenschreiber und derzeitige Präsidentschaftskandidat Patrick Buchanan ist ebenfalls energisch für Demjanjuk eingetreten und hat mehrfach die Hexenjagd-Taktik des OSI angegriffen. Unsere Schwesterzeitung »The Spotlight« und Buchanan wurden in den Medien des Establishments in bösartiger Weise angegriffen und von der Israel-Lobby und deren Freunden in den USA als »Antisemiten« verunglimpft.

»Die Ermittler des Kongreßabgeordneten Traficant konnten Martschenkos Familie ausfindig machen«, heißt es in einem Statement seines Büros, das zusammen mit den jüngsten Beweisen abgegeben wurde.

Es geht um eine Untersuchung des OSI

»Wenn man das Soldatenfoto, auf dem ›Iwan der Schreckliche‹ identifiziert wurde, mit dem neuen Foto aus Martschenkos Familienalbum vergleicht, wird klar, daß alle drei separaten Beweisstücke sich auf den gleichen Mann beziehen – Iwan Martschenko – der ›Iwan der Schreckliche‹ war«, heißt es in dem Statement.

»Dieses Beweisdreieck ruht auf einem soliden Fundament, das nicht erschüttert werden kann«, heißt es weiter. »Martschenko, nicht Demjanjuk, war ›Iwan der Schreckliche‹ von Treblinka.«

Traficant hat mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen, um die Untersuchung gegen das OSI genehmigt zu bekommen, und aus Kreisen des Kongresses verlautet, daß dies einer Flut von Post und Telefonanrufen aus der Öffentlichkeit bedarf, damit Traficants Bemühungen eine Chance haben. □

John Demjanjuk

Iwan der Falsche

Arnulf Neumaier

Vor fünf Jahren begann in Jerusalem vor dem Bezirksgericht ein Prozeß, in dessen Verlauf der ehemalige US-Bürger ukrainischer Herkunft, Iwan Demjanjuk, zum Tode durch den Strang verurteilt wurde. Gegen das Urteil legte die Verteidigung Revision ein und dann war bei uns im Lande – außer in CODE – darüber lange nichts mehr zu hören und zu lesen, bis die Illustrierte »Stern« im März 1992 den Fall wieder aufgriff.

Das Urteil gegen den ehemaligen Ukrainer Demjanjuk geht davon aus, daß im sogenannten Vernichtungslager Treblinka 875000 Juden vergast worden sind, wobei Demjanjuk in seiner ihm zugeschriebenen Rolle als »Iwan der Schreckliche« eine besonders grausame Erscheinung gewesen sein soll. Die Ernennung Demjanjuks zum »Iwan dem Schrecklichen« sollte dem »Vernichtungslager« Treblinka im Rahmen des Holocaust eine rührende und plakative Pointe geben. So heißt es unter anderem im Jerusalemer Urteil, daß es im Hinblick auf Treblinka Absicht des Verfahrens war, »Kapitel für Kapitel dem Nebel der jüngsten Vergangenheit und Vergessenheit zu entreißen«, weil man der Ansicht ist, diese Vorgänge seien »absichtlich oder aus Vergeßlichkeit der Vergessenheit anheim gefallen«.

Grösse: 175 cm
Gesichtsform: oval
Haarfarbe: dklblond
Augenfarbe: grau
Besondere Merkmale: Narbe auf dem Rücken
Familienname: Demjanjuk
Vor- und Vatersname: Iwan/Nikolai
geboren am: 3.4.20
geboren in: Duboimachariwzi/Saporosche
Nationalität: Ukrainer
Abkommandiert am 22.9.42 zu
Abkommandiert am 27.3.43 zu Sobibor
Abkommandiert am zu
Abkommandiert am zu
Abkommandiert am zu

Empfangene Ausrüstungsgegenstände:

Mütze:	1	Koppel:	
Mantel:	1	Seitengewehrtasche:	
Bluse:	1	Handschuhe:	
Hose:	1	Unterhemd:	2
Stiefel:		Unterhosen:	2
Schnürschuhe:	1	Wollweste:	
Socken:	1	Badehose	
Fusslappen:			1
Essgeschirr:			
Brotbeutel:			
Trinkbecher:			
Feldflasche:			

Wolldecken: 1
Gewehr Nr.:
Seitengewehr Nr.:
Ausgegeben: Richtig empfangen:

Diese offenkundige KGB-Fälschung des Dienstausweises, die von Armand Hammer nach Israel geliefert wurde, dient als Beweis zur Verurteilung.

Symbolfigur für Treblinka

Schon aus diesem Grunde mußte die Existenz eines Iwan des Schrecklichen als Symbolfigur für Treblinka unter allen Umständen aufrecht erhalten werden, wollte man nicht den Glauben an den Holocaust – gleich wichtig für Israelis und normale Menschen – in unzweckmäßiger Weise in Frage stellen. Wo käme man hin, wenn alle Welt den Holocaust als »profitablen Industriezweig für Schriftsteller, Forscher, Filmemacher, Museumsbauer und sogar Politiker« anprangern würde, wie es der ehrenwerte britische Oberrabbiner Lord Jakobovits tat?

Immerhin ließ ein Zeuge der Anklage namens Eliahu Rosenberg den Iwan Demjanjuk als Iwan den Schrecklichen im Gerichtssaal wieder Auferstehung feiern, nachdem er bereits 1946 und 1947 seinen Tod, einmal mittels Spatenhieb und dann durch einen Messerstich, bekundet hatte. Vom Verteidiger Demjanjuks auf den Widerspruch hingewiesen, sagte Rosenberg vor Gericht: »Da habe ich mich damals wohl leider geirrt, weil ich wünschte, daß er tot sei. Aber er lebt ja, ich sehe ihn heute vor mir.« Selbst diese Aussage war für das Gericht hilfreich.

Wenn man annimmt, daß dem Gericht das zwölfseitige Protokoll einer Aussage von Eliahu Rosenberg vom 24. Dezember 1947 (Jüdisch Historische Dokumentation Wien) mit all den Widersprüchen, Ungereimtheiten vorlag, dann wird die Zulassung eines solchen Zeugen völlig unverständlich. Folgt man dem Kronzeugen Rosenberg, dann wurden in Treblinka etwa zweieinhalb Millionen Juden »vergast«, wie er »von SS-Wachen in Treblinka« erfahren konnte. Immerhin spricht die Anklageschrift gegen Demjanjuk nur von 875000 Opfern in Treblinka, was leicht verständlich ist, da sonst mit den 4,5 Millionen Opfern von Auschwitz und den weiteren Millionen an anderen Orten die Opferbilanz von sechs Millionen ins Wanken gekommen wäre. Der Fall Treblinka als eines der großen Massenvernichtungsgeschehen konnte auf diese Weise sehr anschaulich am Fall Demjanjuk aufgehängt werden, bevor dieser selbst aufgehängt werden sollte.



Richter Lov Levin (rechts hinten) verkündet das Urteil gegen John Demjanjuk in einem israelischen Kino.

Das Problem mit dem Ausweis

Und nun zurück zum eigentlichen Fall Demjanjuk, dessen politisch-krimineller Hintergrund

von zunehmender Brisanz werden dürfte. Das Drehbuch für die Treblinka-Aufführung im Rahmen der Holocaust-Geschichten muß schon älteren Datums sein, denn für die Hauptrolle Iwan des Schrecklichen wurde bereits Mitte der siebziger Jahre der passende Darsteller gesucht.

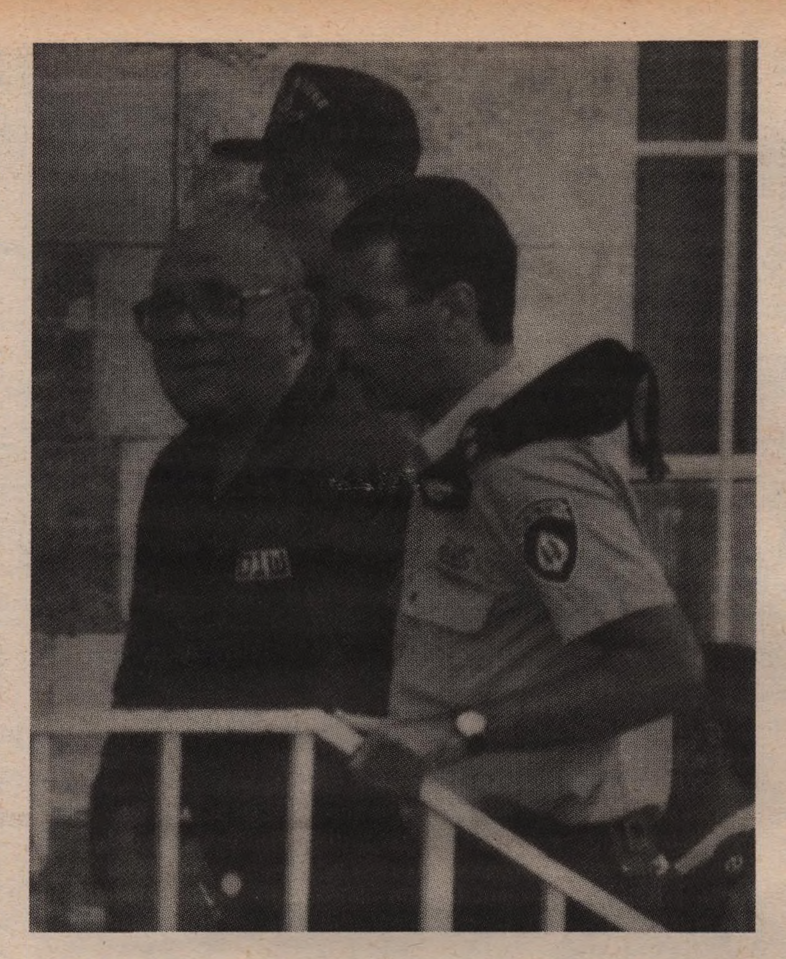
In einem Rechtshilfememorandum des »US-Department of Justice« für Israel aus dem Jahre 1986 wird dargelegt, daß der stellvertretende Direktor des »Immigration und Naturalisation Service«, Wagner, seine ersten Hinweise gegen einen gewissen Demjanjuk bereits 1976 von Michael Hanusiak, dem Herausgeber der sowjetfreundlichen »Ukrainian News«, New York, bezog. Demnach wäre Demjanjuk 1942 im Ausbildungslager Travniki zum SS-Wachmann ausgebildet worden, was Demjanjuk von Anfang an bestritt. Im Zusammenhang mit einem weiteren Artikel, der 1977 in »Ukrainian News« unter dem Motto »Die Bestrafung wird kommen« erschien, wurde der Travniki-Ausweis Nr. 1393 auf den Namen Demjanjuk abgebildet. Dieser Ausweis, der als zentrales Belastungsindiz gegen Demjanjuk diente, war angeblich in der Sowjetunion gefunden worden, eine Fotokopie davon erhielten die US-Behörden.

Anzumerken wäre noch der Umstand, daß zahlreichen Pressemeldungen zufolge, ein Beamter der US-Einwanderungsbehörde, natürlich rein zufällig, wegen Widersprüchlichkeiten im Lebenslauf auf Demjanjuk gestoßen sei.

Es vergingen noch vier Jahre, bis dem US-Bürger und Autoworker Demjanjuk 1981 die US-Staatsbürgerschaft von einem Gericht in Cleveland aberkannt wurde, um nach weiteren fünf Jahren 1986 an Israel ausgeliefert zu werden.

Eine schlechte Fälschung des KGB

Der Dienstausweis Demjanjuks als wichtigstes Indiz für seine Auslieferung an Israel und die dortige Anklage in der ihm aufgezwungenen Rolle als Iwan des Schrecklichen war eine Totalfälschung und eine schlechte obendrein. Offensichtlich hatte das KGB die Ausweisfälschung besorgt, wobei die Motive für die erfundenen Anschuldigungen des Ukrainers im Haß von Juden und Russen auf das Volk der Ukrainer zu suchen sein dürfte.



John Demjanjuk wird in Begleitung von zwei israelischen Polizisten zu einem Termin des obersten Gerichts Israels geführt.

Von besonderem Interesse ist dabei das Zusammenspiel von KGB, der US-Behörde OSI (Organisation zur Aufspürung von »Nazis«) und israelischer Behörden sowie der israelischen Justiz. Daß gewisse Kreise oder Einzelpersonen aus Bundeskanzleramt und Bundeskriminalamt im Rahmen einer falsch verstandenen Wiedergutmachung bei dem Unternehmen Schmiere standen, versteht sich von selbst. Alle bis dahin erfolgten Maßnahmen gegen Demjanjuk gründeten lediglich auf Fotokopien des gefälschten Dienstauswieses. Das Original des Ausweises wurde Ende 1986 den israelischen Behörden inoffiziell von den Sowjets durch den seit Lenins Zeiten bekannten Amerikaner und Ikonenhändler Armand Hammer zugespielt.
Der Leiter des jerusalemer Urkundenlabors, Bezaleli, begab sich mit dem ominösen Ausweis zum Bundeskriminalamt (BKA) in Frankfurt, wo er eine Enttäuschung erlebte, weil die Experten darin sofort eine Fälschung erkannten. Abteilungsleiter Dr. Werner vom BKA hielt die Auffälligkeiten des Ausweises in einem Schriftvermerk fest, Bezaleli telefonierte mit Jerusalem und erklärte sodann, daß eine weitere Untersuchung nicht mehr erwünscht sei. Diese Entscheidung wird jedermann einleuchten, denn ohne den Travniki-Dienstausweis Nr. 1393 kein Iwan der Schreckliche und somit kein Prozeß, für den das Drehbuch schon lange vorlag.

Ein weiteres Ereignis ist charakteristisch für das Verhalten bundesdeutscher Behörden. Der BKA-Experte Dr. Altermann hatte schon früh die Abbildung Demjanjuks im sogenannten Dienstausweis mit echten Fotos von Demjanjuk verglichen und sagte darauf fußend vor dem jerusalemer Gericht als Gutachter: »Die abgebildete Person ist mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit Iwan Demjanjuk.«

Dazu muß man wissen, daß dem retuschierten und manipulierten Bild im Dienstausweis ein Foto Demjanjuks aus den Einwanderungspapieren in die USA zugrunde lag. Wie wohl das Foto aus den US-Akten Demjanjuks in die Hände des KGB geriet?

Die Bejahung einer Scheinfrage, die die Echtheit des Ausweises vortäuschen sollte, und letztlich zum Todesurteil beitrug, setzt ein sehr strapazierfähiges Gewissen voraus. Als dann ein Freund Demjanjuks, Mr. Brentar, wegen weiterer Erkenntnisse des BKA an das Bundeskanzlerant schrieb, erhielt er von Dr. Hartmann die schriftliche Antwort, daß der BKA-Experte in Jerusalem nicht wegen der Echtheit des Ausweises, sondern nur wegen des Fotos vom Gericht vernommen worden war. Wie soll man auch erfragen, was man nicht hören will, weil man es bereits weiß: Der Dienstausweis Demjanjuks ist eine Totalfälschung.

Erschreckende Kaltblütigkeit und grausamer Zynismus

Welch eine verhängnisvolle Rolle der gefälschte Ausweis noch gespielt haben könnte, geht aus dem tragischen Tod des Verteidigers Demjanjuks, Dov Eitan, hervor. Nachdem Eitan wichtige Erkenntnisse hinsichtlich des Ausweises in Händen hatte, kündete er acht Tage vor Beginn des Revisionsprozesses eine sich anbahnende Sensation an. Zu diesem Zeitpunkt konnte er nicht wissen, daß er kurz darauf aus der 15. Etage eines Bürohauses fallen würde. Der Tod, oder wer auch sonst immer, kam den Enthüllungen zuvor.

Bevor die nächste Seite im Fall Demjanjuk aufgeschlagen werden wird, wollen wir dem unfaßbaren menschlichen Leid eines unschuldigen alten Mannes gedenken, der mit erschreckender Kaltblütigkeit und grausamem Zynismus in einem lang geplanten Schauprozeß als Opfer dargebracht werden sollte. Nicht vergessen sei seine Familie, die viele Jahre Schmerz und Leid mit ihm teilte und für sein Leben kämpfte.

Wird das Weltgewissen erwachen, wachgerüttelt von Menschen, die dem grausamen Spiel um Demjanjuk ein Ende setzen wollen? □

John F. Kennedy

Der Mord als Auftakt zu einem CIA-Staatsstreich

Michael Collins Piper

Ein hoher Beamter der Kennedy-Regierung warnte nur sieben Wochen bevor John F. Kennedy ermordet wurde vor einem möglichen CIA-Staatsstreich. Der Schriftsteller und Rechtsanwalt und langjähriger Mitarbeiter von CODE hat Angaben über den Mord an US-Präsident John F. Kennedy gemacht, die niemals zuvor bekanntgegeben wurden. Er bezog sich dabei auf sein Buch »Plausible Denial«, das jetzt an fünfter Stelle der Bestsellerliste der »New York Times« steht.

Mark Lane, den die »New York Times« als »den Dekan der Kritiker der Warren-Kommission« anerkannte, umriß seine neuen Forschungsarbeiten: »Eine der wirklich interessanten Kolumnen in der ›New York Times‹ am 3. Oktober 1963 – nur etwa einen Monat vor dem Mord an John Kennedy – wurde von Arthur Krock geschrieben. Krock war viele Jahre lang ein enger persönlicher Freund der Familie Kennedy. Er war eigentlich sehr konservativ und zu der Zeit wahrscheinlich der angesehendste Kolumnenschreiber in Amerika. Seine Kolumne, die am 3. Oktober 1963 erschien, trug die Überschrift: ›The Intra-Administration War in Vietnam‹ (›Der Krieg innerhalb der Regierung in Vietnam‹).«

Kennedy und der CIA-Krieg

Krock führte aus, daß John F. Kennedy gegen den CIA in den Krieg gezogen war. Er kam zu der Schlußfolgerung, daß Kennedy den CIA nicht mehr im Griff hatte.

Der Kolumenschreiber erklärte, daß US-Präsident Kennedy Henry Cabot Lodge, seinen Botschafter für Vietnam, zweimal mit Anweisungen zum CIA entsandt hatte, und in beiden Fällen ignorierte der CIA diese Anweisungen und ließ verlauten, dies sei etwas anderes als das, was der Geheimdienst für richtig halte.

Mit anderen Worten, der CIA hatte beschlossen, daß er – nicht der Präsident – die Entscheidungen zu treffen habe, wie die amerikanische Außenpolitik betrieben wird.

US-Präsident Kennedy, seine Frau und der Gouverneur von Texas, John Connally (rechts vorne), auf der Fahrt durch Dallas am 22. November 1963.

Und jetzt kommt das schier Unglaubliche. Hier haben wir das, was Krock über das schrieb, was ein hoher Regierungsbeamter über die ganze Sache zu sagen hatte. Es war wahrscheinlich entweder sein Freund Präsident Kennedy selbst oder vielleicht der Attorney General (Generalstaatsanwalt), Robert Kennedy, auf den er sich bezog.

Hier steht es schwarz auf weiß, was dieser nicht namentlich genannte hohe Regierungsbeamte einen Monat bevor der Präsident ermordet wurde, über den CIA zu sagen hatte:

»Das Wachstum des CIA wurde mit einer ›Malignität‹ (bösartige Krankheit) verglichen, von der selbst dieser ›sehr hochstehende Beamte nicht wußte, ob das Weiße Haus sie noch länger ... kontrollieren konnte.
Wenn die Vereinigten Staaten jemals einen Staatsstreichversuch, um die Regierung zu stürzen, erleben sollten, dann wird er vom CIA und nicht vom Verteidigungsministerium ausgehen, sagte der Informant. Der Dienst ›stellt eine gewaltige Macht dar und ist niemandem gegenüber irgendwelche Rechenschaft schuldig‹.«

Dies war John F. Kennedy, der über seinen vertrauten Kanal Arthur Krock eine Botschaft an das amerikanische Volk schickte. Soweit Lane. Weiter heißt es in der Krock-Kolumne:

Eine gewaltige Macht ohne Rechenschaft

»Was immer sonst noch diese Passagen enthüllen, sie besagen mit großer Sicherheit, daß Repräsentanten anderer Zweige der Exekutive ihren Krieg gegen den CIA von den inneren Regierungsräten über die Presse zum amerikanischen Volk ausdehnten.

Zur gleichen Zeit werden Einzelheiten über die Operationen des CIA in Vietnam veröffentlicht, die nur aus den gleichen kritischen amtlichen Kreisen kommen können. Dies ist eine unordentliche Regierung. Und je länger der Präsident das duldet – und das dauert schon sehr lange –, umso größer der wirkliche Krieg gegen den Vietcong und der Eindruck von einer sehr unentschlossenen Regierung in Washington.
Der CIA mag im Sinne der gegen ihn erhobenen Anklagen schuldig sein. Da der CIA seine Taten in Vietnam nicht offen verteidigen kann oder will, oder sie mit den gleichen vertraulichen Presse-›Briefings‹ verteidigt, die von ihren Kritiken benutzt werden, ist die Öffentlichkeit nicht in der Lage, ein Urteil abzugeben. Aber Mr. Kennedy muß sich ein Urteil bilden, wenn das Kriegsschauspiel innerhalb der Exekutive beendet und die wirksame Funktion des CIA beibehalten werden soll.

Und wenn er dieses Urteil abgibt, dann tut er das hoffentlich auch in der Öffentlichkeit, ebenso wie die Bewertung der Fehler, auf denen es beruht.«
Laut Lane sind dies keine »neuen« Informationen, sondern vielmehr sind diese Dinge bislang unbeachtet geblieben oder absichtlich verschwiegen worden.

Die Aussagen von Marita Lorenz

Lane meint, als erstes hatte die Warren Commission, die den Mord an Kennedy untersuchte, diese Behauptungen gründlicher untersuchen sollen. Das sei aber niemals geschehen.
Mark Lane gab der Öffentlichkeit weitere Informationen über

die in den Mord an Kennedy verwickelten verdächtigten Personen bekannt.

Als er »The Spotlight« gegen Verleumdungsklagen des ehemaligen CIA-Agenten E. Howard Hunt verteidigte, sei die ehemalige CIA-Agentin Marita Lorenz die Hauptzeugin der Verteidigung gewesen, sagte Lane.

Miss Lorenz habe ausgesagt, sie sei einen Tag vor dem Mord an dem Präsidenten – aus dem »sicheren Hause« des CIA in Miami – in einer aus zwei Wagen bestehenden Fahrzeugkolonne in Dallas angekommen. In Begleitung von Miss Lorenz auf dieser, wie sie sagte, geheimen Reise befanden sich mehrere CIA-Agenten, die mit ausziehbaren Gewehren bewaffnet waren.

Nach der Ankunft in Dallas trafen sie nicht nur mit E. Howard Hunt, der als Zahlmeister der CIA-Agenten diente, sondern auch mit dem Nachtklubbetreiber Jack Ruby zusammen, der später den angeblichen Mörder Kennedys, Lee Harvey Oswald, hinrichtete.

Es war Miss Lorenz' Aussage, die das Geschworenengericht in dem Prozeß Hunt gegen Liberty Lobby, das Verlagshaus von »The Spotlight«, davon überzeugte, daß der CIA in den Mord an Kennedy verwickelt war.

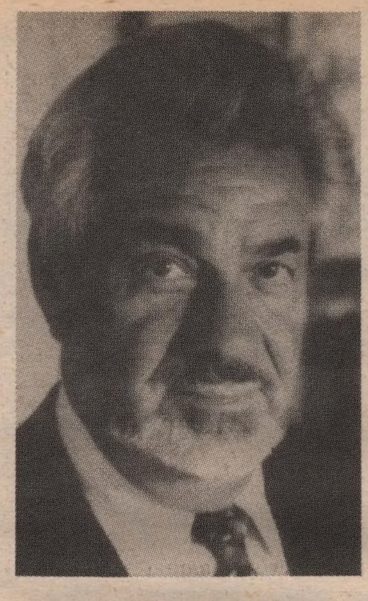
Es wurden Namen genannt

Lane sagte: »Bevor Miss Lorenz aussagte, fragte ich sie: ›Wollen Sie mir die Namen der Leute nennen, mit denen sie in den beiden Wagen nach Dallas fuhren?‹

Sie sagte, sie wolle keine Namen nennen. ›Das könnte mein sicherer Tod sein‹, sagte sie. ›Stellen Sie mir nicht diese Frage. Versprechen Sie mir, daß sie mir diese Frage vor Gericht nicht stellen werden‹.«

»Ich tat das nicht«, sagte Lane. »Mr. Hunts Anwalt stellte ihr jedoch diese Frage, und zu meiner Überraschung wurde sie von Miss Lorenz beantwortet. Sie sagte, es seien die Gebrüder Novo gewesen.«

Lane: »Die Gebrüder Novo sind sehr interessante Charaktere. Ich



Rechtsanwalt Mark Lane ist Spezialist für die Verwicklung von CIA-Mitarbeitern in den Kennedy-Mord.

habe einige Nachforschungen über sie angestellt.

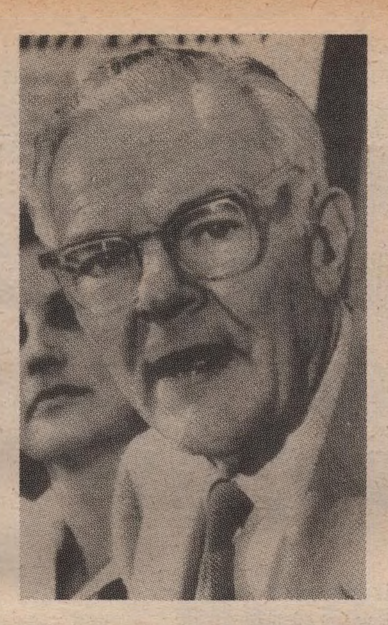
Ich kann Ihnen am Rande versichern, das erste Mal, daß ich deren Namen im Zusammenhang mit dem Mord an Kennedy hörte war, als Miss Lorenz sie Hunts Anwalt nannte. Sie hatte mir vorher nichts gesagt.

Nach ihrer Aussage gegenüber Hunts Anwalt fragte ich Miss Lorenz: ›Warum haben Sie denen das gesagt?‹

Sie sagte – in bezug auf Hunt, den CIA und seine Anwälte –: ›Wenn sie so dumm sind, mir diese Frage zu stellen, dann ist das nicht meine Schuld, wenn ich ihnen die Antwort erteile. Jetzt haben sie den schwarzen Peter in der Hand!

Wenn Sie mich gefragt hätten, dann wäre das etwas anderes gewesen. Da jedoch der CIA – über Hunt und seine Anwälte – diese Frage an mich richteten, ist sie jetzt im Protokoll, und es ist ihre Schuld, nicht meine‹.«

»Die Gebrüder Novo, deren Namen Miss Lorenz nannte, sind in eine Reihe von geheimdienstbezogenen Verbrechen verwickelt. Sie waren 1976 in den Mord in Washington, D. C., an dem ehemaligen chilenischen Regierungsbeamten Orlando Letelier und an Ronnie Moffit, eine Frau, die bei ihm war, verwickelt.



Henry Cabot Lodge, US-Botschafter in Vietnam, erhielt Anweisungen für den CIA, die der Geheimdienst ablehnte.

Ein Engländer namens Michael Townley, der mit der chilenischen Geheimpolizei in Verbindung stand, war zusammen mit den Gebrüdern Novo an der Planung des Mordes an Letelier beteiligt. Als Townley angeklagt wurde, sagte er gegen die Gebrüder Novo aus.

Townley wurde von einem FBI-Agenten namens Whack befragt, der Townley bat, ihm zu zeigen, wo in New York City er seine erste Zusammenkunft mit den Gebrüdern Novo hatte. Townley wies auf ein Gebäude an der Fifth Avenue Nr. 500 und zeigte Whack das Büro in der 41. Etage, wo die erste Zusammenkunft stattfand.«

Lane sagte, Nachforschungen hätten ergeben, daß die Zusammenkunft im Büro des ehemaligen US-Senators James Buckley stattfand.

Buckley, jetzt Bundesrichter am US-District Court of Appeals (Berufungsgericht) im Distrikt Columbia, ist der Bruder des ehemaligen CIA-Agenten und Herausgeber der »National Review« William F. Buckley jun.

E. Howard Hunt war William F. Buckleys unmittelbarer Vorgesetzter im CIA zu der Zeit, als beide im CIA in Mexico dienten. Townleys Aussage bezog sich auf einen William Sampol, der in James Buckleys Büro arbeitete. Sampol war ein Vetter der Gebrüder Novo.

Lane weist darauf hin, daß der Mord an Letelier in der Zeit geschah, als George Bush Leiter des CIA war.

Desinformation von CIA-Chef Bush

»Bush ließ jedoch über ausgesuchte Freunde in den Nachrichtenmedien die Story verbreiten, Letelier sei von seinen eigenen Anhängern ermordet worden, die ihn, Letelier, zu einem Märtyrer machen wollten. Raten Sie einmal, wer diese Story – alles falsche Desinformation – von George Bush entgegennahm und mit ihr davonrannte und sie Amerika zum Besten gab? Es war niemand anders als William F. Buckley jun. Die Medien ließen sich von Buckley leiten, aber die Geschichte stellte sich als unwahr heraus.

Die Gebrüder Novo wurden beide schuldig gesprochen und zu Gefängnis verurteilt. Es sind die gleichen Männer, die wie Marita Lorenz aussagte, in der aus zwei Wagen bestehenden Fahrzeugkolonne von Killern von Miami nach Dallas fuhren, um US-Präsident Kennedy zu ermorden.«
Lane ist skeptisch hinsichtlich der wachsenden Bewegung innerhalb des Establishments, den Forderungen der Basis nachzugeben, die geheimen Akten der Warren-Kommission, des House Committee (Ausschuß des Repräsentantenhauses) und des CIA für die Öffentlichkeit freizugeben.

»Die Regierung sagt jetzt: ›O.K., schauen wir uns die Akten an.‹ Man will, daß wir uns mit der Offenlegung der Akten zufriedengeben. Das reicht jedoch nicht.
Denken wir einmal so: Wenn es einen Banküberfall gab und die Polizei herausgefunden hat, wer es getan hat, dann wären wir nicht damit zufrieden, daß sie lediglich die Akten öffnet, so daß sie sich jedermann anschauen kann, um festzustellen, was geschehen ist.

Die einzige Möglichkeit, die Wahrheit über den Mord zu erfahren, besteht darin, einen Sonderstaatsanwalt zu ernennen, der die Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht.« □

John F. Kennedy

Der US-Präsident wurde von einer Mord-AG umgebracht

Ein Interview mit Oberst Fletcher Prouty

US-Oberst Fletcher Prouty ist ein im Ruhestand lebender Berufsoffizier, der zur Zeit der Ermordung von US-Präsident John F. Kennedy in der Dienststelle der Joint Chiefs of Staff tätig war, und der Oliver Stone bei seinem Film »JFK« beraten hat. Prouty schrieb 1971 ein prophetisches Buch mit dem Titel »The Secret Team«, in dem er vor der Macht dessen, was heute als die »geheime Neben-Regierung« bekannt ist, warnte. Die Fragen an Oberst Prouty sind halbfett gedruckt.

Was sind Ihrer Meinung nach die hervorstechendsten Beweisstücke für die Ansicht, daß Präsident Kennedy einer Mordverschwörung zum Opfer fiel?

Prouty: Was mich am meisten interessiert, sind grundlegende Aspekte: Wenn ein Präsident von einer Einzelperson ermordet wird, dann ist es ziemlich leicht, damit fertigzuwerden, weil man sagen kann, das war ein Verrückter, er hatte keine Motive, er hat lediglich den Präsidenten umgebracht. Und das hat man uns eingeredet.

Aber angenommen, man geht einen Schritt weiter. Sagen wir einmal, daß eine Gruppe von Leuten, mit einem starken Interesse an etwas, in das Kennedy – oder irgendein anderer Präsident – sich einmischte, plante, die Lage mit gesetzlichen Mitteln zu verändern, durch eine Wahl oder so etwas. Sie planen, den Präsidenten innerhalb der Verfassung loszuwerden. Aber setzen sie dem Plan das Wort »übel« hinzu, und schon haben Sie eine Verschwörung.

Nun rief Lyndon Johnson 1973, kurz bevor er starb, unten in Texas einen alten Freund, einen Mann namens Leo Janus an, der Schriftsteller war, und er diktierte Leo Janus einige seiner Gedanken über Präsidentschaft und über den Mord an Kennedy. Jeder, der dies lesen will, kann in der Juli-Ausgabe der Zeitschrift »Atlantik Monthly« nach diesen Worten, die Lyndon Janus diktierte, suchen.
Zunächst teilte Lyndon Johnson Janus mit, er glaube, Kennedy sei das Opfer einer Verschwörung gewesen, daß Lee Harvey den Präsidenten niemals von sich aus getötet habe. Mit anderen Worten, Oswald sei Teil der Verschörung gewesen. Drittens, und sehr viel wichtiger, sagte er, wir betreiben eine Mord-AG. Nun, wieviele Leute könnten uns sagen, was »wir« bedeutet? Meinte Lyndon sich selbst und Lady Bird Johnson? Meinte er sich selbst und das Kabinett? Meinte er sich und die US-Regierung? Wer waren »wir«?

Sehen Sie, wie interessant das Wort in diesem Zusammenhang ist? Dies ist Lyndon Johnson, der Ex-Präsident, einer der klügsten und aktivsten Politiker, den unser Land jemals kannte, sagt »wir« betreiben eine Mord-AG.

Was bedeutet Mord-AG? Er spricht nicht über die Mafia. Er spricht über eine Organisation, die Menschen töten kann und eingetragen ist – daß heißt auf Dauer. Wie in Oliver Stones Film zum Ausdruck kommt, obwohl er über den Tod von JFK schreibt, erwähnt er auch den Tod von Martin Luther King und Bobby Kennedy. Diese Mord-AG wird immer wieder erwähnt. Ich könnte jetzt andere Namen nennen, weil dies mein Geschäft ist; Ich weiß, daß Leute in fremden Ländern von dieser Mord-AG getötet wurden.

Nennen Sie einige der Motive, die hinter dem Mord an John F. Kennedy standen.

Prouty: Kennedy war ein seltener Präsident. Sein Vater war Botschafter am Court of St. James zu der Zeit, als der Zweite Weltkrieg ausbrach. Er war sehr europa-orientiert, was seine eigene amerikanische Lebensgeschichte betrifft.

Die Frage des Motives

Ich war drei oder vier Monate älter als Kennedy, daher kann ich mich leicht zu diesem Alter in Beziehung setzen. Die meisten Amerikaner waren vor dem Zweiten Weltkrieg ziemlich krähwinklige Leute. Wir wußten nicht viel über Japan, oder Afrika, oder Indonesien, oder Deutschland, oder Frankreich. Aber nicht Kennedy. Er wurde in London großgezogen, besuchte die Londoner School of Economics. Sein Vater war der Botschafter. Er kannte Dinge um die Weltpolitik herum, von denen viele andere Leute in Washington nicht die geringste Ahnung hatten. Das ist der Schlüsselpunkt in bezug auf die Frage des Motives.

Nun vollzog sich gegen Ende des Zweiten Weltkriegs in unserem Lande ein sorgfältig orchestrierter Regierungswechsel. Truman war Präsident, aber unverzüglich forderte eine starke Mannschaft hinter Thomas Dewey – eine starke, geschäfts-orientierte, republikanische Mannschaft – seine Präsidentschaft heraus. Sie verlor die Wahlen von 1948 sehr knapp. Dewey Redensschreiber zu dieser Zeit war Allen Dulles. Es ist sehr wichtig, denn Allen war zu der Zeit nicht im CIA, versuchte aber der Königmacher zu sein.

Truman diente während des Zeitraums des Beginns des Korea-Krieges, durch den des McCarthyismus, durch den des Roten Schreckens hindurch. Das war die Zeit, als der Kalte Krieg Formen anzunehmen begann. Das Verteidigungsministerium wurde 1947 geschaffen, so wie es heute etabliert ist, und der CIA wurde 1947 nach dem gleichen Gesetz ins Leben gerufen.

Als Eisenhower Präsident wurde, war für diese starke, geschäfts-orientierte Gruppe mit internationalem Ausblick alles in Ordnung, um damit zu beginnen, die US-Regierung für die Weltmacht zu organisieren. Nach acht Jahren im Amt, bestand der Plan darin, Richard Nixon als Thronfolger heranzuführen.

Aber 1960 kandidierte Kennedy gegen Vizepräsident Nixon und gewann die Wahl mit der knappsten Mehrheit, die jemals in einer Präsidentschaftswahl verzeichnet wurde.

Fast von Anfang an stieß Kennedy auf Widerstände, die, zumindest dem Anschein nach, dem CIA und seinen Verbündeten zur Last gelegt werden konnten. Nehmen wir einemal das Schweinebucht-Programm, das eigentlich eine verhältnismäßig einfache kleine Operation hätte sein sollen. Der eigentliche Grund für den Fehlschlag war, daß an Präsident Kennedys eigenen Anweisungen gewisse Veränderungen vorgenommen wurden. Kennedy hatte angeordnet, daß die Männer erst dann in die Schweinebucht eindringen sollten, wenn alle kubanischen Kampfflugzeuge zerstört waren.

Angriffe aus dem Lager des CIA

Nun, Castro hatte zu dieser Zeit nur zehn Flugzeuge. Sieben wurden zerstört. Daher erteilte Kennedy am nächsten Tag den Befehl, die letzten drei Flugzeuge zu zerstören, bevor die Brigade an der Schweinebucht eintreffen würde. Diese Befehle wurden widerrufen, die verbleibenden Flugzeuge wurden nicht zerstört, und als folge davon ging die Operation an der Schweinebucht in die Hose.

Einige Leute führen diesen Fehlschlag auf die Tatsache zurück, daß Kennedy keine Luftdeckung bereitgestellt habe. Nun, da gibt es eine National Security Council Directive, No. 5412, die unserer Regierung und dem Präsidenten den Einsatz von militärischen Streitkräften für heimliche Operationenen verbietet, und diese Direktive mußte Kennedy befolgen. Zu der Zeit suchte man nach allen möglichen Vorwänden, um Kennedy anzugreifen. Speziell schienen diese Angriffe aus dem Lager des CIA und des Militärs zu kommen.
Ein weiterer, wenig bekannter Faktor, den ich als bedeutsam erachte, hat mit der Politik des Verteidigungs-Haushalts zu tun. Als Kennedy Präsident wurde, war die größte Beschaffung, die das Verteidigungsministerium jemals in Angriff genommen hatte, bereits in der Mache, weil gewisse Leute glaubten, Nixon würde Präsident sein, und er würde 6,5 Milliarden Dollar für die Beschaffung des Kampfflugzeuges TFX zum Vorteil der Republican Party verwenden. Das Geld war mehr oder weniger für Nixon, sozusagen als Startgeld, eingespart worden, um ihm für seine Wiederwahl im Jahre 1964 eine gute Ausgangsbasis zu bereiten.

Als Kennedy gewählt wurde, drehte er hinsichtlich des TFX-Planes den Spieß um und erteilte den Auftrag 1962 einer anderen Firma, General Dynamics Co., statt Boeing. Er tat dies auf die Empfehlung eines sehr klugen Mannes, Arthur Goldberg, hin, der damals Arbeitsminister war. Anstatt der Grand Old Party (Partei der Republikaner) zugute zu kommen, wurden die TFX-Verträge in Bezirken konzentriert, wo die Demokraten der Hilfe bedurften, um ihre Wahlstärke aufzubauen.

Der Kalte Krieg ein abgekartetes Spiel

Nun das ist Politik vergangener Zeiten, und das ist die Art von Politik, die gerade die Situation zum Kochen gebracht hatte. Das ist es auch, warum Nixon und die anderen Republikaner eine solche Wut auf Kennedy hatten, denn sie erkannten, daß sie mit dieser Art Politik das Weiße Haus 1964 nicht zurückgewinnen würden.

Gleichzeitig unternahm Kennedy Schritte, das Federal Reserve System (Zentralbank) stärker in den Griff zu bekommen. Er wollte das dadurch erreichen, daß er die Bundesregierung dazu veranlaßte wieder Banknoten herauszugeben, was sie heute nicht tut. Heute gibt das Federal Reserve System Banknoten heraus, nicht die Regierung. Und er wollte die Abschreibung für Substanzverringerung bei Öl entweder abschaffen oder verringern. Alle diese Programme, die Kennedy unter Beschuß nahm, waren im breiteren Sinne Steckenpferde der republikanischen Führung, die versuchte, auf der Welle des Kalten Krieges und des Antikommunismus, was, wie wir jetzt wissen, von Anfang an ein abgekartetes Spiel war, an die Macht zurückzureiten.

Dann gab es noch das Vietnam-Problem. Südostasien ist ein an Hilfsgütern reiches Gebiet. Wir wissen, daß einige der größten unentwickelten Ölfelder der Welt vor der Küste Vietnams liegen.

Als es Zeit wurde, sich mit der Zukunft Vietnams zu befassen, das während der Eisenhower-Jahre als Kolonie Frankreichs unter einem Staatschef namens Bao Dai verwaltet wurde, schleuste der CIA Ngo Dinh Diem in Vietnam ein und machte ihn zum Chef des Südlichen Sektors von Vietnam. Sie teilten Vietnam nach der Niederlage der Franzosen bei Dien Bien Phu in zwei Hälften auf. Das war 1954.

Zu der Zeit als Kennedy Präsident wurde, war vielen Leuten ziemlich klar geworden, daß das Land Südvietnam auf tönernen Füßen stand. Kennedy sagte: Unsere Aufgabe besteht darin, diese Leute stark genug zu machen, um für ihre eigenen Interessen zu kämpfen. Und er war sich darüber im klaren, daß Nho Dinh Diem nicht dieser Mann sein werde, daß es aber einen starken General, einen Buddhisten namens Minh, gab, der die Führung des Landes übernehmen konnte – vorausgesetzt, daß die Leute im Land Diem absetzen würden.

Kennedy arbeitete einen Plan aus, der, wenn er funktioniert hätte, Diem aus dem Amt vertrieben hätte, als dieser sich auf einer Reise nach Jugoslawien befand, um vor der Parlamentarischen Union in Belgrad eine Rede zu halten. Er wollte dessen Bruder an seine Stelle setzen. Die Gattin seines Bruders war bereits nach Europa gereist, Diems anderer Bruder, ein Erzbischof, war bereits durch Vermittlung Kennedys vom Papst zum Vatikan gerufen worden.

Mit anderen Worten, der Plan bestand darin, die Diems aus der Stadt zu schaffen, ohne irgendwelche Kanonen abzufeuern, und dann Minh an die Macht zu bringen. Leider hatte es einige Tage zuvor einige heftige Angriffe der Diem-Regierung auf buddhistische Kirchen gegeben. Mönche wurden ins Gefängnis geworfen und ein furchtbarer Aufstand begann. Einige Mönche opferten sich auf den Straßen, und das Land befand sich in Aufruhr; und in diesem Tumult, der gewöhnlich nicht mit einem Staatsstreich verbunden ist, wurden Diem und sein Bruder getötet.

Entmachtung des CIA war Kennedys Plan

Nun wurde gesagt, Kennedy habe Diem töten lassen. In Wirklichkeit ließ zur Zeit der Watergate-Affäre, wenn Sie sich erinnern, Colson diesen Mann Hunt, der im Weißen Haus tätig war, Akten zu fälschen, aus denen hervorgehen würde, daß es Kennedys Plan war Diem töten. Ich meine, sie fälschten Akten, um diesen Eindruck zu erwecken – was beweist, das dieser vor den Fälschungen nicht so war. Ich weiß von meinen eigenen Verbindungen in jener Zeit her ganz genau wie die Pläne liefen.

Zu dem Zeitpunkt war Kennedy für wichtige Gruppen in unserem Lande bereits zum Anathema geworden. Die waren sich darüber im klaren, daß seine Wiederwahl beinahe zur Gewißheit geworden war. Kennedy pflegte offen darüber zu sprechen. Er sagte: »Sobald ich wiedergewählt worden bin, werde ich diesem Umstand, daß der CIA geheime Operationen durchführt, ein Ende bereiten. Ich werde die Joint Chiefs of Staff dabei zu Rate ziehen. Und wenn wir eine heimliche Operation durchführen müssen, dann tun wir das mit ihrem Rat und Unterstützung, nicht mit der des CIA«. Dies war ein schriftliches Dokument aus dem Weißen Haus.

Er beauftragte Robert McNamara und Maxwell Taylor, nach Vietnam zu reisen, um einen vollständigen Bericht über die dortige Lage zu erstellen. Von August bis Ende November 1963 fanden über 50 Sitzungen im Weißen Haus, US-Außenministerium, bei den Joint Chiefs of Staff und in der Dienststelle des Verteidigungsministers statt, bei denen es um die Zukunft Vietnams ging. Mein eigener unmittelbarer Vorgesetzter, Generalmajor Victor Krulack, wohnte selbst über 50 dieser Sitzungen bei. Und wenn er aus diesen Sitzungen zurückkehrte, sprach er im allgemeinen mit mir, weil ich einer seiner Hauptschreiber war. Ich bin über das, was er tat, sehr genau im Bilde, und dies steht alles in einem Dokument, das man beim Government Printing Office (Staatliche Druckerei) käuflich erwerben kann. Ich verlange von niemandem, sich irgendwelche obskuren Papiere anzusehen. Dies wurde alles in einem Dokument niedergelegt, das wir lesen können.

Kennedy wollte aus Vietnam abziehen

Schließlich, am 11. Oktober 1963, veröffentlichte das Weiße Haus unter Kennedy ein sehr bedeutsames Dokument, das National Security Action Memorandum 263 (Aktions-Denkschrift zur Nationalen Sicherheit) genannt wird. Die populären Dinge, die es enthielt, waren, daß er zunächst 1000 Männer aus Vietnam nach Hause schicken werde. Zu der Zeit waren 1000 Mann noch eine nennenswerte Anzahl. Es befanden sich nur rund 15000 Mann dort drüben, und die meisten von ihnen dienten als Berater oder führten Wartungsarbeiten oder ähnliche Dienstleistungen aus. Es waren keine Kampftruppen.

Das Nächste war, daß er kategorisch feststellte, gegen Ende 1965 werde das gesamte US-Personal aus Vietnam abgezogen – nicht nur die Armee, sondern das gesamte US-Personal sollte bis 1965 aus Vietnam heraus sein.

Als das Dokument veröffentlicht wurde, gingen Schlagzeilen um die ganze Welt herum. Ich habe ein Exemplar der »Stars and Stripes«, der Soldaten-Zeitung, das einen Tag später in Tokio er-

Der US-Präsident wurde von einer Mord-AG umgebracht



schien, in meinen Akten. Die Schlagzeile lautet: »All Troops Out of Vietnam in '65«. Dies war eine wichtige Information, und sie war öffentlich.
Von diesem Augenblick, dem 11. Oktober 1963 an, war das für diejenigen, die nahe bei der Szene im US-Verteidigungsministerium arbeiteten, und für diejenigen, die die Aussicht hatten, Hubschrauber und Jagdflugzeuge und Kanonen und Panzer und alles übrige zu bauen, eine furchtbare Angelegenheit. Es war Anathema. Sie hatten während des ganzen Zweiten Weltkriegs viele Aufträge hereingeholt. Es gab einen großen Truppenaufbau für den Korea-Krieg, und jetzt hatten sie schon zehn Jahre lang auf die Aussicht hin aufgebaut, daß es für sie einen noch größeren Krieg, einen Krieg der Verbraucher in Vietnam geben werde.

Kennedy mußte aus dem Amt verschwinden

Unter all diesen Pressionen ist es nicht unrealistisch, zu erkennen, daß einige von ihnen irgendwo saßen und sagten: »Sehen Sie, wir müssen etwas aushecken. Wir müssen diesen Kerl Kennedy unbedingt aus dem Amt entfernen.« Und je mehr sie darüber nachdachten, je mehr sie darüber redeten, desto eher wurde ihnen klar, daß eine legitime, Gott gegenüber ehrliche Planung, ihn nicht daraus vertreiben würde. Kennedy stand vor einem Wahlsieg.

Zu diesem Zeitpunkt sagte irgendwo eine leise Stimme: »Wir werden diesen Bastard jetzt sofort hinausbefördern«, und es gibt Möglichkeiten, wie man das tun kann. Wie Lyndon Johnson sagte: »Wir haben eine Mord-AG«, eine professionelle Gruppe – kein Lee Harvey Oswald oder andere Blödmänner wie diesen – eine professionelle Gruppe, ausgebildet, besoldet, und alles weitere, um Attentate durchzuführen. Sie bekam einen Auftrag. Sie taten ihre Arbeit; sie ermordeten den Präsidenten. Es war ein Staatsstreich in unserem Lande, und anschließend bestand die gröbste Restarbeit, die die Leute innerhalb dieser Gruppe noch zu erledigen hatten, darin, die bekannte Vertuschungs-Story zu erfinden.
Wer auf Erden hat die Macht dazu, den Chief Justice des amerikanischen Supreme Court (Gerichtspräsidenten des Obersten Gerichts), hochstehende Mitglieder des Kongresses, Geschäftsleute und andere führende Persönlichkeiten des Landes dazu zu bringen, sich hinzusetzen, sich Warren Commission zu nennen, und ihre Namen unter Dinge zu setzen, die offenkundig unrichtig und falsch sind? Es gehört Macht dazu, dies dem Big Business anzutun. Und Lyndon Johnson mußte das tun. Er stand unter dem gleichen Druck.

Warum sind soviele Dinge geschehen?

Nun, wenn Leute das nach 28 Jahren noch nicht erkennen können dann lesen sie nicht die gleiche Geschichte wie Sie und ich. Das ist die Geschichte über Kennedys Tod.

Welche Auswirkungen erwarten Sie von dem Film »JFK«?

Prouty: Aufklärung. Die Tatsache, daß die Medien keine großen Ereignisse und Tätigkeiten, die für das amerikanische Volk bedeutsam sind, mehr verfolgen werden, hinterläßt uns eine ungebildete Bevölkerung. Die Leute können sich selbst aus diesen Dingen keinen Vers machen, vor allem wenn der ganze Druck von der anderen Seite, sagen wir einmal in diesem Fall, von der Warren-Kommission kommt. Was der Film erreicht hat, ist, die Warren Commission zu vernichten.
Achten Sie auf meine Worte, im kommenden Jahr wird der Bericht der Warren-Kommission ein Fetzen Papier sein, das der Wind durch die Straßen bläst. Und dann werden die Leute zu fragen beginnen: »Wenn es dieser junge Bursche Oswald da oben mit einer Pistole und drei daraus abgefeuerten Kugeln nicht war, wer war es dann, und warum? Warum haben sich diese Leute verschworen, um Kennedy zu ermorden?« Und das wird der Film bei den Leuten bewirken, die ihn sich ansehen.

Und da Stone Leute aus den sechziger Jahren anspricht, der Film Leute der siebziger Jahre und ältere Menschen anspricht, werden wir ziemlich viel Aktivität auf Grund des Gedankens erleben, warum es geschah, und dann werden wir Fragen stellen: »Warum sind noch viele andere Dinge geschehen? Warum sind wir überhaupt mit 550000 Soldaten in Vietnam einmarschiert? Warum wurden zehn Millionen Amerikaner für den Vietnam-Krieg von den Vereinigten Staaten nach Saigon geflogen? Warum haben wir jemals soetwas getan, was zahlenmäßig dem Zweiten Weltkrieg entspricht?

Warum haben wir während dieses Krieges mehr Bomben auf Indochina abgeworfen, als unsere Feinde in Schlafanzügen herumliefen und keine Flugzeuge hatten – Sie wissen, diese Art von Krieg –, warum in aller Welt taten wir das?« Die Leute werden jene ernsthaften Fragen stellen, die Oliver Stone in seinem Film offengelegt hat. Der Film dient nicht nur einem interessanten, sondern einem unbedingt notwendigen Zweck.

Haben Sie einen Einblick, weil Sie direkt an der Produktion beteiligt waren, wie es zustande kam, daß der Film gemacht wurde?

Prouty: Dies ist eine sehr wichtige Frage, weil der Film ein sorgfältig geplantes, man könnte sagen, Ziel hatte, etwas zu erreichen. Wir müssen sicherlich den Ursprung dieses Gedankens Stone zuschreiben, der die sechziger Jahre zu seiner Epoche gemacht hat, und er will erreichen, daß die Generation der sechziger Jahre in gewissen Dingen etwas zu sagen hat, und wenn er dabei helfen kann, wird er es versuchen.

Die Rolle des Bezirksstaatsanwaltes

Nun hat er mir erzählt, daß er Ende der sechziger Jahre fast so



Die Mitglieder der umstrittenen Warren Commision, die den Mord an dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy aufklären sollte. Von links: Gerald Ford, später US-Präsident; Hale Boggs; Richard Russel; Oberster Richter der USA Earl Warren; US-Senator John S. Cooper; John McCloy; Allen W. Dulles, Chef des US-Nachrichtendienstes von 1942 bis 1945 in Bern, von 1953 – 1961 Chef des CIA, J. Lee Bankin. Bis jetzt sind die Akten und Protokolle der Warren Commission noch geheim. Die einzige Möglichkeit, die Wahrheit über den Mord zu erfahren: Einen Sonderstaatsanwalt zu ernennen, der die Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht.

viele gute Bücher über den Mord an Kennedy gelesen habe, wie er finden konnte. Und er fand heraus, daß die meisten dieser Bücher sich in Belanglosigkeiten verloren. Sie wissen schon, wieviel wog die Kugel, oder wieviele Männer waren bei der Obduktion zugegen, und lauter solche Dinge, die zwar wichtig, aber angemessen belanglos sind, wenn man versucht, eine große Sache herauszubringen.

Vor einigen Jahren hatte Jim Garrison, der Bezirksstaatsanwalt in New Orleans war, ein Buch mit dem Titel »On the Trail of the Assassins (»Auf den Spuren der Attentäter«) geschrieben und erlebte einige Schwierigkeiten damit, das Buch drucken zu lassen, und daher schickte er mir das Manuskript zu. Ich las Garrissons Manuskript und fand, daß es ein sehr, sehr gutes Buch war, aber es war unter einem krähwinkligen Aspekt geschrieben worden. Es war die Geschichte der Attentäter, wie sie vom Bezirksstaatsanwalt von New Orleans, sicherlich mit einem Bewußtsein von Dallas, einem Bewußtsein von Miami und der kubanischen Exilpersonen, und jener der Gruppe von Leuten, die im großen und ganzen unter dem, wie wir es nannten, Mongoose Program standen, gesehen wurde. Aber es war krähwinklig.

Garrison verspürte ein starkes Bedürfnis, den Leuten in New Orleans den Prozeß zu machen, festzustellen, ob sie an dieser Verschwörung beteiligt waren. Er machte nicht dem Mord, sondern der Verschwörung den Prozeß. Dies machte das Buch besser als die anderen, die Stone auftreiben konnte. Aber dennoch, da der Prozeß mit einem Freispruch endete konnte man keinen Film daraus machen. Man kann nicht bis zu dem Freispruch kommen und sagen: »Das ist alles.«

Stone war sich jedoch drüber im klaren, daß, wenn man das Buch erst einmal in einem Film dargestellt hat, dann hat man die ganze Literatur der Warren Commission zum Besten gegeben. Die ganze Literatur der Attentats-Fans, wissen Sie, wo war Oswald, was tat Ruby, und das ist wichtig, weil viele in der Öffentlichkeit das nicht wissen. Und wie man in dem Film sieht, als Kevin Costner (Jim Garrison) nach Washington kommt und Donald Sutherland (Mr. X) trifft, und sie darüber zu reden beginnen, und er sagt, sehen sie, jetzt müssen wir herausbekommen, warum der Präsident ermordet wurde. Daher bildete das Schema beider Gesichtspunkte zusammen die Grundlage für diesen Film.

Aber nachdem ich Garrisons Manuskript gelesen hatte, das ich als wertvoll erachtete, schrieb ich ihm einen langen Brief und sagte ihm so ziemlich das Gleiche, was ich hier gesagt habe. Sie haben gute Arbeit geleistet, aber sie kennen Washington nicht. Sie haben keine Erfahrung mit Washington, mit Frankfurt, Deutschland, mit London, mit dem ganzen Umfang dessen, was wirklich geschah, und warum Kennedy für gewisse Gruppen an der Macht ein Anathema war. Und das muß berücksichtigt werden.

Die Breitseite von Präsident Bush

Garrison brachte meinen Brief und sein Manuskript zu Stone und Stone erkannte, daß die Verbindung zwischen beiden Dingen genau das war, was er brauchte. So kam er hier nach Washington und besuchte mich. Ich wußte nicht, wer Oliver Stone war. Ich bin kein Kinogänger. Die Sache war mir peinlich. Aber er ist ein großartiger Kerl.

Und dann, kurz nachdem ich ihn gesehen hatte, hatte ich eine Herzoperation, und ich sitze hier zu Hause, am Stock, liege flach und war gerade aus dem Krankenhaus gekommen, als Stone so freundlich war, bei mit vorbeizukommen, um hier eine oder zwei Stunden mit mir über seinen Plan zu reden, weil er diesen inzwischen entwickelt hatte, und er überreichte mir ein Päckchen. Er sagte: »Dies ist die erste Kopie des ersten Entwurfs meines Films. Ich möchte, daß sie ihn lesen, und sehen was wir hier haben.«

Nun, das Drehbuch war eine erfreuliche Lektüre für einen Mann, der seinerzeit nicht einmal sein Bett verlassen konnte, und ich begann, den gewaltigen Umfang dieser Sache zu erkennen, daß darin alles, was Garrison durch seinen Prozeß hindurch offengelegt hatte, übernommen worden ist, und das ganze Bild der größeren Machtstruktur hinzukam und die Geschichte tatsächlich dargestellt wird, wie sie der Film zeigt.

Warum eine solche Breitseite von Angriffen auf diesen Film? Sogar US-Präsident Bush gab in seiner australischen Pressekonferenz in Canberra eine Erklärung ab, in der er den Film angriff.

Prouty: Das bestätigt das Vorhandensein dieser Machtstruktur. Es gibt keine andere Antwort darauf. Wenn Sie Präsident Bush zur Weltpresse sagen hören – er tut das von einer Stelle Canberra, Australien, aus, und er sagt zur Weltpresse: »Ich ziehe den Bericht der Warren Commission diesem Film von Oliver Stone vor« – dann bestätigt dies nur diese Beurteilung.

Ich war Professor an der Yale University als Bush noch Student war. Ich weiß, was Bush in jenen Tagen in Yale lernte, es war in den vierziger Jahren ein verdammt gutes College. Glauben sie nicht, daß er dort lernte zu verstehen, was in der Welt vor sich geht? Warum unterstützt er den Bericht der Warren-Kommission, mit all dessen Fehlern? Und er ist auch keineswegs der einzige, der das tut. Das ist die Machtstruktur, die mit einem letzten Atemzug versucht, ob sie nicht den Damm erhalten kann, den Stone zum Einsturz bringt. □

Auf der Suche nach neuen Geschäften

Vor einiger Zeit berichteten wir über Israels enge wirtschaftliche und militärische Bindungen an Südafrika, die peinliche Verlegenheit und sogar ein wenig Besorgnis unter den Mitgliedern der Pro-Israel-Lobby hervorriefen.

Im allgemeinen versucht die Lobby jedoch, diese Beziehungen einfach zu ignorieren, weil sie zu südafrikanischen Investitionen in den Judenstaat in Höhe von Milliarden Dollar geführt haben.

Der traurige Zustand der sozialistischen, völlig von Auslandshilfe abhängigen Wirtschaft Israels hat den zionistischen Staat dazu getrieben, dort nach Geschäftspartnern zu suchen, wo andere ängstlich vermieden, ihren Fuß hinzusetzen. Israel bleibt weiterhin ein Hauptwaffenexporteur für die wirtschaftlich schwer ringenden, aber schießfreudigen Länder der Dritten Welt. Es war Israel, stets auf der Suche nach neuen Geschäftsverbindungen, das die Reagan-Regierung dazu überredete, sich auf ihre dubiosen und letztendlich katastrophalen Waffen-für-Geiseln-Deals mit dem Iran einzulassen. Daher dürfte es kaum überraschen, daß Israel schon seit langem tief in eine Reihe von geheimen und lukrativen Waffenhandelsgeschäften mit dem kommunistischen China verwickelt ist.

Vor einem Vierteljahr stattete der israelische Verteidigungsminister Moshe Arens Peking einen heimlichen Besuch ab, um die fortdauernde militärische Kooperation mit Rotchina zu besprechen und seine Besorgnis über Chinas Verkäufe von Kerntechnologie, Raketen und anderen Waffen an Syrien, Irak, Iran und Pakistan zum Ausdruck zu bringen. Der viertägige Besuch des engsten Mitarbeiters und »Thronfolgers« des Ministerpräsidenten Shamir war das heimliche Kernstück einer Reihe von Kontaktaufnahmen zwischen Israel und China, über die letzten Monate hinweg.

Die beiden Länder arbeiten schon seit langem heimlich bei Waffenverkäufen an die Dritte Welt zusammen. Nach Schätzung der maßgebenden britischen Wochenzeitschrift »Jane's Defense Weekly« hat Israel im Laufe der letzten Jahre hochtechnologische Waffen in Höhe von Milliarden Dollar verkauft. Israel lieferte auch Expertisen zur Modernisierung von chinesischen Panzern, Flugzeugen und Raketen, sowie modernes elektronisches Kriegsgerät und Beratung für Kerntechnologie. Israel wickelt diese Beratung über ein Büro seiner Akademie der Wissenschaften in Peking ab.

Kurz vor Arens' heimlichem Besuch in Peking unternahm der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums eine ähnliche heimliche Reise dorthin, um ein Abkommen über wissenschaftliche Zusammenarbeit zu unterzeichnen. Chinesische Beamte haben seitdem ebenfalls heimliche Besuche nach Israel unternommen, um die Entwicklung von wissenschaftlichen Gemeinschaftsunternehmen in beiden Ländern voranzutreiben. Aus Jerusalemer Kreisen verlautet, daß Israel bald damit rechnet, in Peking ein Handelsbüro eröffnen zu können.

Jetzt ist der liberale Flügel der jüdischen Pro-Israel-Lobby in den USA wieder einmal wegen der Verhätschelung des kommunistischen Regimes in Peking, das eine düstere Vorgeschichte in bezug auf die Wahrung der Menschenrechte aufweist, in peinliche Verlegenheit geraten. Sogar 409 Mitglieder des amerikanischen Repräsentantenhauses – viele von ihnen treu ergebene Freunde Israels – stimmten im November 1991 gegen die Gewährung des Status der meistbegünstigten Nation an China ab, solange bis Peking willens ist, sein Verhalten im Bereich der Menschenrechte zu verbessern.

Aber die jüdische Presse kann es immer noch nicht übers Herz bringen, Israel zu kritisieren. »Israel hat eigene Gründe, um seine Beziehungen zu China zu verbessern«, argumentierte die »Washington Jewish Week« wenig überzeugend in einem kürzlich erschienenen Leitartikel. Aber die jüdische Zeitung zog eine Grenze bei dem Aufruf des Mitvorsitzenden des Jüdischen Weltkongreßes (WJC), Isi Leibler, zu »chinesisch-jüdischen Beziehungen«. Leibler behauptete auch, daß »die schrillen Rufe nach einer weitreichenden Reform in Sachen Menschenrechte, die aus begeisterten, aber oft liberalen Kreisen im Westen ertönen, sich als gefährlich gegenproduktiv erweisen könnten«.

Es war der Hinweis auf »liberale Kreise«, die die jüdische Zeitung in Rage brachte, die auch mit dem Simon Wiesenthal Center ins Gericht ging, weil dieses die Laßt-uns-Freunde-sein-Einstellung des WJC gegenüber China unterstützte. Aber das Regime in Peking erteilte dem Center kürzlich seine Zustimmung, in Schanghai eine Holocaust-Ausstellung zu eröffnen. »Anscheinend unternahm das Wiesenthal Center einen stärkeren Aufruf zur Reform des Schutzes der Menschenrechte als der WJC«, heißt es in dem Leitartikel, und ließ die bissige Bemerkung folgen: »Aber es hat auch nicht darum gebeten, daß die Holocaust-Ausstellung in Tibet eröffnet wird.«

Die Wochenzeitung stellte fest, daß die Bewegung des sowjetischen Judentums erfolgreich gewesen sei, weil jüdische Aktivisten mit sowjetischen Reformern und Dissidenten Hand in Hand arbeiteten und den hohen moralischen Boden an sich gerissen hätten. Aber, schreibt das Blatt: »Kürzliche Bemühungen durch jüdische Organisationen außerhalb der Regierung; die Beziehungen zu den chinesischen Führern zu verbessern, seien ein schändliches Bespiel dafür, daß es Leute gibt, die ihr eigenes Interesse vor die weltweiten Menschenrechte stellen.« □

Das Jahr zum Nutzen Israels

Jüdisch-amerikanische Organisationen haben beschlossen, daß 1992 das Jahr der »umfangreichen weltweiten Tagesordnung zum Nutzen Israels und zur Förderung jüdischer Interessen in aller Welt« sein soll. In der Hoffnung, ihre Ziele, Aufhebung des arabischen Wirtschaftsboykotts gegen Israel und Absicherung von 20 Milliarden Dollar an Darlehenskrediten – zehn Milliarden Dollar aus den USA und zehn Milliarden Dollar aus Europa –, für den Judenstaat zu erreichen, verlassen sich die aktivistischen Organisationen auf die Beherrschung des amerikanischen Kongresses durch Juden. Jess Hordes, der Washingtoner Repräsentant der ADL, sagte, ausländische Offizielle schauen auf amerikanische Juden, weil sie »eine bedeutende Wählerschaft sind, die einen enormen Einfluß auf die öffentliche Politik ausübt«. Die Unterstützung für die Tagesordnung wurde von Malcolm Hoenlien, dem leitenden Direktor der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations, besonders betont. □

Neue Gewerkschaftspläne im kommunistischen China

Ein Aufruf zur Bildung einer politischen Gewerkschaftsbewegung in China, nach dem Muster der polinischen Solidarnosc, wurde auf dem Postwege an 2000 Leute und Institutionen verschickt, berichtete Reuter. In dem Artikel werden chinesische Quellen zitiert, die das regierungsfeindliche Manifest »eine der kühnsten Handlungen von Dissidenten seit fast drei Jahren« nannten.

Die Gruppe nennt sich Vorbereitungsausschuß der Freien Gewerkschaft China. In ihrem Manifest heißt es: »Vor zehn Jahren wurde Polens Gewerkschaft Solidarität gegründet. Jetzt hat sie einen entscheidenen Sieg errungen. Die Freie Gewerkschaft China sei jetzt gebildet worden, und in zehn Jahren werden wir auch einen entscheidenden Sieg erringen... Die Gewerkschaft wird sicherlich triumphieren, und diejenigen, die sie unterdrücken, sind dazu verurteilt, aus der Macht verdrängt zu werden ... Unter der Diktatur der Chinesischen Kommunistischen Partei ist jede Art von sogenannter Reform des Wirtschaftssytems zweifellos leeres Gewäsch. Nach jeder politischen Bewegung folgt eine kurze Periode der wirtschaftlichen Erholung, aber jede wirtschaftliche Erholung wird durch eine neue politische Bewe-

gung im Keim erstickt. Dies ist die Grundlage, von der die Chinesische Kommunistische Partei abhängig ist, um zu überleben. Da ist nichts Zufälliges daran, es ist absichtlich«.

Reuter erfuhr aus den gleichen Quellen, daß mehr als 70 Prozent der Briefe, die verschickt worden sind, der Polizei übergeben wurden, aber man hoffe, daß sich die Nachrichten über ihre Organisation verbreiten werden. Deren Ziel sei es, Freie Gewerkschaften auf Arbeitsplätzen überall im Lande entstehen zu lassen, um die Herrschaft des Staates über die Arbeiter zu untergraben. □

González ruft zur Untersuchung des baskischen Terrors auf

Der spanische Ministerpräsident Felipe González hat unter gewaltigem Druck der Öffentlichkeit gefordert, daß Staatsanwälte und Richter gegen Herri Batasuna (HB), die Partei, die der baskischen terroristischen Gruppe ETA als legale Fassade dient, eine Untersuchung einleiten. Er sagte dies wenige Stunden, nachdem ein Bombenanschlag der ETA am 6. Februar 1992 im Zentrum von Madrid fünf Todesopfer gefordert hatte.

Nur drei Tage vorher war in den Zeitungen durchgesickert, daß die Behörden die Ansicht vertraten, daß sich die ETA »dessen praktisch sicher sei, eine zweimonatige Periode ohne terroristische Angriffe« einlegen zu wollen, um »den Dialog mit der Regierung wieder aufzunehmen«. Später gab die Regierung bekannt, daß dem Obersten Gericht Dokumente bezüglich der Beteiligung der Herri Batasuna an der Eintreibung der sogenannten »revolutionären Steuer«, eine kriminelle Erpressung, die die baskischen Provinzen im Würgegriff hält, vorgelegt worden seien. Sollte das Oberste Gericht dem Verfassungsgericht einen negativen Befund vorlegen, werde das Verfahren, die HB zu verbieten, beginnen. Im Augenblick, sagte der Präsident des Verfassungsgerichts, Franco Tomas y Valiente, wäre »ein Verbot der Herri Batasuna ein politischer Fehler. Vom Rechtsstandpunkt aus gesehen, sei es schwierig, der Herri Batasuna Verbrechen zuzuschreiben, die von einzelnen Mitgliedern dieser Partei begangen werden.« Die meisten der anderen baskischen politischen Parteien stimmten dem zu. □

Wohin sind die russischen Raketen gerichtet?

Alle strategischen Atomraketen der ehemaligen sowjetischen Republiken sind immer noch auf ihre alten Ziele im Westen gerichtet, erklärte der russische Verteidigungsminister General Jewgenij Schaposchnikow. Er sagte, daß Boris Jelzins kürzliche Ankündigung, daß die Raketen auf andere Ziele gerichtet werden, noch nicht in die Tat umgesetzt worden sei.

Der russische Außenminister Andrei Kosyrew gab in einer Rede vor dem Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen in Genf auch keinen Hinweis auf eine Änderung der Zielrichtung. Stattdessen unterbreitet Kosyrew einen detaillierten Vorschlag für einen stufenweisen Abbau der Atomraketen, beginnend mit der Aufhebung des ständigen Alarmzustands auf beiden Seiten. Dieses Vorgehen würde die Voraussetzungen für eine »grundsätzliche Überprüfung der militärischen und atomaren militärischen Situation in der Welt« schaffen und den Weg zur Demontage der Sprengköpfe von den Abschußrampen ebnen, erklärte Kosyrew. □

Probt Rußlands Pamjat einen Staatsstreich?

Ein militanter Flügel der russischen chauvinistischen und antisemitischen Gruppe Pamjat probt einen neuen Aufstand sowie die Ermordung des Präsidenten Boris Jelzin und anderer Führer Rußlands, berichtete der Journalist Wladimir Ruga in der »Frankfurter Rundschau«. Die Militanten, die in einer »Russische Nationale Einheit« genannten Gruppe operieren, werden von Aleksandr Barkaschow, seit 1986 stellvertretender Vorsitzender der Pamjat-Organisation, angeführt. Seit einiger Zeit bemängelt er, daß es der Führung der Organisation, und speziell ihrem Vorsitzenden, Dimitri Wasilijew, an dem »kämpferischen« Geist fehle, der erforderlich sei, um Rußland vor der »von Juden durchsetzen« Machtkaste zu befreien, die das russische Volk seit 1917 unter der Fuchtel habe.
Barkaschow sagte zu Ruga, es gebe 150 engagierte Kämpfer um ihn herum, organisiert in Zellen von sieben oder acht, die zu den Waffen greifen werden, wenn die Zeit kommt.

»Jetzt wo Chaos und Zerfall die Macht des Staates charakterisieren, können wir alle Probleme des täglichen Lebens lösen: Verteilung von Nahrungsmitteln, Versorgung mit elektrischer Energie und Heizstoffen, Gesetz und Ordnung auf den Straßen. Wir sind dazu verpflichtet, mit der sowjetischen Armee, die einzige Institution, die die wichtigsten Funktionen des Staates übernehmen kann, Hand in Hand zu arbeiten«, sagte er. □

Dalai Lama sagt, Tibet wird befreit

Tibet wird in »fünf bis zehn Jahren aus den Klauen Chinas« befreit werden, und China ist dazu bestimmt, das gleiche Schicksal wie die UdSSR zu erleiden, verkündete Tibets Dalai Lama in Indien, wie die »Hindustan Times« berichtet.

»Das tibetanische Problem kann durch einen gewaltlosen Dialog und durch Verhandlungen gelöst werden, und sowohl China als auch Tibet werden davon profitieren«, meinte er. »Indien wird nach der Befreiung die Rolle von Tibets ›politischem und kulturellem Guru‹ spielen müssen«.
Der Dalai Lama sagte, er habe bereits eine Verfassung für Tibet ausgearbeitet, nach der eine gewählte Körperschaft das Land regieren wird, bis es die Unabhängigkeit erreicht hat – er selbst werde nur eine religiöse Rolle spielen –. Er äußerte auch, die chinesische Besetzung sei für sein Volk unannehmbar, und bedauerte, daß Indien den Tibetanern nicht geholfen habe, sich zu befreien, so wie es die Sache der Palästinenser und der Schwarzen in Südafrika unterstützt habe. Tibet werde als »Pufferstaat« zwischen Indien und China fungieren, führte er aus und stellte fest, daß Indien bis zur Besetzung Tibets 1949-50 keinerlei Probleme mit China hatte. □

Ägypten verurteilt das »alte Machtspiel«

Der ägyptische Außenminister Amre Moussa verurteilte in einer Ansprache vor der Deutschen Außenpolitischen Gesellschaft Bushs »Neue Weltordnung« als »das alte Machtspiel«. Er kritisierte den langsamen Fortschritt der nahöstlichen Friedensgespräche, bei denen wertvolle Zeit zur Stabilisation der Region verschwendet werde, bevor diese wieder zu einem Hauptkrisenherd wird, zusammen mit den anderen Krisen, die derzeit im Kaukasus und auf dem Balkan in Erscheinung treten.

Moussa kritisierte hauptsächlich die Vereinigten Staaten, aber auch die anderen Westmächte, weil sie das Problem des Atomwaffenarsenals Israels nicht anpacken. Es dürfe Israel nicht gestattet werden, seinen Status als einzige Atommacht im Nahen Osten zu zementieren, sagte er. Es müsse vielmehr in der ganzen Region eine nukleare Abrüstung erfolgen.

Das Busch-Projekt müsse zurückgewiesen werden, sagte der ägyptische Außenminister, das nur eines von diesen »Abkommen unter wenigen Mächten« sei.

Ägypten leistete der Bush-Regierung volle Unterstützung, als die »Neue Weltordnung« im vergangenen Jahr mittels des völkermordähnlichen Krieges gegen den Irak vom Stapel gelassen wurde. Könnte es sein, daß es Kairo am Ende klargeworden ist, daß die gleiche Brutalität, die gegen den Irak angewendet wurde, jetzt gegen die übrige Dritte Welt angewendet wird? □

Rotchina

Peking setzt auf Israel

Victor Marchetti

Nach vier Jahrzehnten der Konfrontation bei den Vereinten Nationen haben Israel und China am 31. Januar 1992 in Peking die Aufnahme voller diplomatischer Bindungen verkündet.

Die diplomatischen Overtüren begannen im Oktober 1991, als der israelische Außenminister David Levy sich bei den Vereinten Nationen in New York mit dem chinesischen stellvertretenden Außenminister Yang Fuchang traf. Nach einer Reihe von Begegnungen zwischen den beiden Ministern und anderen chinesischen Offiziellen – stets unter dem Schleier der Geheimhaltung –, beschlossen die beiden Länder, die öffentlich feindseligen Trends vergangener Jahrzehnte ins Gegenteil zu verkehren und bilaterale Beziehungen im Rahmen einer offenen Freundschaft und wirtschaftlicher und militärischer Zusammenarbeit zu pflegen. Dieser Schritt formalisiert jedoch lediglich einen Trend, der schon vor einigen Jahren einsetzte, als Israel damit begann, über diesen Zeitraum hinweg die chinesischen Kommunisten mit fortschrittlichem Waffengerät zu beliefern.

Israel hofft auf Millionen-Gewinne

In der Vereinbarung wies Levy auf die »großen Beiträge« hin, die Israel an den größten potentiellen Markt der Welt leisten werde, darunter den Transfer von Technologie, landwirtschaftlichen Produkten und Techniken, Tourismus, und was am wichtigsten ist, Geschäftssinn in den »speziellen Wirtschaftsbereichen«, die die Chinesen für ausländische Investitionen und Gemeinschaftsunternehmen eingerichtet hätten.

Israel hat derzeit tatsächlich mehrere derartige Projekte in der Mache, die hunderte von Millionen Dollar an Gewinnen in das verheißene Land zurückbringen werden. Der »größte Beitrag«, den Israel sich verpflichtet hat, an China zu leisten, ist jedoch das Engagement für China bei amerikanischen Politikern. China hofft auf eine freundliche Zuhörerschaft in Washington, nachdem es sich bei dem Heimatland der Juden eingeschmeichelt hat.

China hat eine ehrgeizige Anstrengung unternommen, um die Aufhebung der internationalen Handelssanktionen, die ihm vom Westen nach dem Blutbad am Platz des Himmlischen Friedens auferlegt wurden, zu erreichen sowie um die Drohung der Amerikaner, China wegen dessen weiterer Verwendung von Sklavenarbeitern und seiner Verstöße gegen geistige Eigentumsrechte den Status der meistbegünstigsten Nation zu entziehen, von sich abzuwenden. Somit erkennen die Chinesen an, daß es Israels bevorzugte Handelsabkommen mit den USA und sein beträchtlicher Einfluß auf den amerikanischen politischen Prozeß sind, die den größten Beitrag des nahöstlichen Kleinstaates zu Chinas zukünftigem wirtschaftlichen Wohlergehen darstellen.

Aus Quellen in der Dienststelle des amerikanischen Handelsministeriums verlautet, daß die Chinesen eine Konjunktur im Handel mit Waren erwarten, die in sogenannten »widget factories« (Fabriken für kleine technische Errungenschaften) hergestellt werden, in denen an halbfertigen chinesischen Gütern in Israel die letzte Hand angelegt wird, und sie damit unter dem amerikanisch-israelischen Freihandelsabkommen zur zollfreien Ausfuhr in die USA berechtigt.



Israels Außenminister David Levy an der großen chinesischen Mauer.

China hat Israel bislang niemals anerkannt, obwohl die Israelis zu den Ersten gehörten, die 1949 die kommunistische Regierung in China nach dem Hinauswurf der nationalen Streitkräfte anerkannte. China unterhält immer noch eine Botschaft in Palästina, und China hat bei den Vereinten Nationen stets auf Seiten der Araber gegen Israel gestanden. Ungeachtet des öffentlichen Antagonismus wird die Geschichte der Beziehungen zwischen den beiden Ländern durch geheime Zusammenarbeit charakterisiert.

Israel hält dieses neue diplomatische Verhältnis mit China sehr hoch, weil die Israelis glauben, daß es ihnen eine Hebelwirkung auf Chinas blühenden Verkauf von Militärausrüstung an arabische Länder verschaffen wird. Israels schlimmste Befürchtung ist, daß China feindliche arabische Nachbarn mit Kerntechnologie und, unter anderen Wohltaten, mit der Boden-Boden-Rakete M-9 versorgen könnte, die den von den Sowjets konstruierten SCUD-Raketen weit überlegen ist und eine größere Reichweite und Zielgenauigkeit aufweist.

Die Ironie des Schicksals

Wie kommt es, daß Israel so viel über die Fähigkeit der M-9 weiß? Nun, es hat die Rakete zusammen mit den Chinesen entwikkelt. Darüber hinaus stellt Israel fest, daß ein Großteil der Panzer, Flugzeugtechnologie, Avionik und Elektronik, die es seit 1980 verstohlen an China verkauft hat, jetzt von seinen arabischen Nachbarn gegen sie gerichtet sind.

Eine weitere Ironie des Schicksals: Ein Großteil der Technologie, den Israel mit großem Gewinn zu verkaufen hofft, wurde aus den USA »übernommen«. Zum Beispiel die Geheimnisse der modernen amerikanischen Artillerie-Geschützrohre, die konzipiert sind, um Hochgeschwindigkeits-Feuerung zu widerstehen, wurden von den Israelis entwendet und tauchten in Rotchina wieder auf. Außerdem, vor dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens und dem Sturz der Sowjetunion, führten die Chinesen Verhandlungen zum Erwerb moderner amerikanischer Avionik zur Verbesserung ihrer Düsenjäger, Nachbildungen sowjetischer MiGs, die derzeit für westliche Jäger keine Bedrohung darstellen. Die Israelis waren schnell bei der Hand, unter Verwendung des ungesetzlich von Uncle Sam erworbenen Knowhow, in das Vakuum, das durch den Rückzug der USA aus den Verhandlungen entstanden ist, hineinzustoßen.

Obwohl die amerikanische Regierung offiziell keine Stellungnahme zu der Formalisierung der Beziehungen zwischen China und Israel abgegeben haben, stimmen die meisten Beobachter darin überein, das dies mit dem Segen von George Bush geschehen ist. □

Rotchina

Das Kriegspotential kommt aus Israel

Mike Blair

Israel, einer der führenden Waffendealer der Welt, bewaffnet die Kommunisten und rüstet sie mit dem Neuesten der US-Technologie aus, von dem ein Großteil von den Vereinigten Staaten »übernommen« wurde. Die Normalisierung der Beziehungen zwischen Rotchina und Israel wird diesen Trend noch beschleunigen.

Patriotische Beamte des amerikanischen Militärs sind sehr beunruhigt über die vor kurzem erfolgte Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Rotchina, die, wie befürchtet wird, zu verstärkten Verkäufen von entwendeter amerikanischer Militärtechnologie durch den nahöstlichen Kleinstaat an die Kommunisten in Peking führen wird.

Bushs eigene Interessen an China

Der israelische Außenminister David Levy, erfüllte anläßlich eines Staatsbesuches in Peking am 23. Januar 1992 Israels langgehegten Wunsch nach Aufnahme formeller Beziehungen zu dem kommunistischen chinesischen Staat.

Rotchina ist für Präsident George Bush und dessen Familie, die umfangreiche Handels- und Finanzbeziehungen zu der brutalsten marxisitischen Diktatur der Welt unterhält, von großem Interesse. Daher fürchten viele amerikanische Beamte außerhalb des inneren Kreises von Bush, daß die chinesischen Bindungen zu den Israelis, die keinerlei Hemmungen an den Tag legen, fortschrittliches Kriegsgerät an praktisch jeden zu verkaufen, bedeuten werden, daß diese mit Peking Technologie und Waffensysteme teilen werden, die sie illegal von den Vereinigten Staaten erworben haben.



US-Präsident George Bush schweigt aus persönlichen Gründen zu den Geschäften zwischen Rotchina und Israel.

Die Bush-Regierung besteht ungeachtet des furchtbaren Rufs Rotchinas in bezug auf Menschenrechte und dessen Verwendung von Sklavenarbeitern zur Herstellung von Gütern für den Außenhandel darauf, den kommunistischen Chinesen den Status der meistbegünstigsten Nation einzuräumen. Bush behauptet, der einzige Weg, die chinesischen Sklaventreiber zu Reformen anzuspornen, bestehe darin, sie zu normalem Handel und Diplomatie zu »verpflichten«.

Es ist aber Tatsache, daß die Investitionen der Familie Bush sehr beeinträchtigt werden, wenn Rotchina der Status der meistbegünstigten Nation verweigert wird. Daher befürchten besorgte amerikanische Militärexperten, daß seitens der Regierung über die militärischen Transaktionen Israels mit Peking kaum mehr als ein Augenzwinkern erfolgen wird, aus Furcht, den kommunistischen Herrschern zu nahe zu treten.

Verkäufe in Milliardenhöhe

Obwohl Israel das kommunistische Regime in Peking sofort anerkannte, als die Kommunisten die nationale Regierung Tschiang Kai-scheks 1949 aus dem chinesischen Festland vertrieben, hatten die Rotchinesen Israel bis zu dem Zeitpunkt dieses Staatsbesuchs noch nicht anerkannt. Aber das hat die Israelis nicht davon abgehalten, den Rotchinesen über die letzten Jahre hinweg Waffen und Waffentechnologie in Höhe von schätzungsweise zehn Milliarden Dollar zu verkaufen.

»Es war beträchtlich, und das geht schon seit fünf bis zehn Jahren so«, sagte Gerald Steinberg, ein Spezialist für strategische Studien an der Universtität Bar Ilan bei Tel Aviv in Israel.

Steinberg erläuterte, zu den Verkäufen der Israelis an Rotchina gehörten Panzer, Artillerie, Flugzeugtechnologie, Avionik und Elektronik.

Es gab auch in jüngster Zeit Berichte darüber, daß die Rotchinesen mit israelischer Hilfe ihre Fähigkeit zur Entwicklung von Raketen, insbesondere die Entwicklung ihrer M-9-Boden-Boden-Raketen, modernisieren konnten.
Amerikanische Fachleute befürchten, daß Israel Rotchina mit westlicher Technologie und militärischer Expertise versorgen wird, die ihm bislang unzugänglich waren.
Die Experten sind besorgt, weil die amerikanische Regierung schon seit Jahren ihre Waffentechnologie und modernsten Waffensysteme, wie zum Beispiel die Raketenabwehr-Rakete Patriot, die mit beträchtlicher Wirksamkeit während des Krieges am Persischen Golf eingesetzt wurde, mit Israel teilt.

Die Erfolge der Spionage

Aber ein Großteil des Erwerbs von amerikanischer Technologie durch Israel erfolgte durch Spionage. Israel ist wegen der Ausspionierung von streng geheimen US-Waffenprojekten und den Diebstahl von damit zusammenhängender Technologie berüchtigt. In vielen Fällen gelangte diese Technologie in die Hände von Ländern, die den Vereinigten Staaten weniger freundlich gegenüberstehen, darunter Rotchina.

Um ein Beispiel dafür zu nennen, moderne amerikanische Artilleriegeschützrohre, für Hochgeschwindigkeitsfeuerung und lange Verschleißzeit ausgelegt, wird von Israel auf der Grundlage von Technologie, die von amerikanischen Entwicklern gestohlen wurde, nachgebaut. Die Artillerie gelangte über Israel nach Rotchina.

Kürzlich wurde bekannt, daß die Israelis streng geheime und kom-

merziell wertvolle Spionagekamera-Technologie aus den Büros der Firma Recon/Optical Inc., die in dem Vorort von Chicago, Barrington, ansässig ist, gestohlen haben.

In Fällen von israelischer Spionage in den Vereinigten Staaten zieht es die US-Bundesregierung vor, die israelischen Gesetzesverletzungen entweder zu ignorieren, oder sie unter dem Mantel der nationalen Sicherheit zu verhüllen.

Im Falle des Diebstahls von Technologie bei Recon/Optical berichtete sogar das gewönlich israelfreundliche »Wall Street Journal«: »Wie so viele Dinge, in die die USA und Israel verwickelt sind, verschwand der Rechtsstreit – nach einer ersten Anhörung vor dem Bundesgericht in New York – schnell hinter verschlossenen Türen, wo der Fall vor einem Gremium von New Yorker Schiedsrichtern erbittert verhandelt wurde und schließlich in versiegelten ›geheimen‹ Akten verschwand.«

Kein Strafprozess gegen israelische Spione

Wie in fast jedem Falle israelischer Spionage in den Vereinigten Staaten, wurde gegen die drei israelischen Luftwaffenoffiziere, die für den Diebstahl der Recon/Optical-Technologie verantwortlich waren, kein Strafverfahren eingeleitet.

Im Falle der Firma Recon/Optical nahm die amerikanische Regierung tatsächlich die Dienste der linkslastigen American Arbitration Association (Schlichtungsgesellschaft) in Anspruch, die in dem anschließenden Rechtsstreit zwischen den beiden Ländern vermitteln sollte. Als Folge davon wurden die Israelis, wie berichtet wird, zur Zahlung von drei Millionen Dollar an Recon/Optical verurteilt. Die Tatsache daß der Diebstahl dieser Technologie ein Schlag für die nationale Sicherheit der USA war, wurde anscheinend überhaupt nicht berücksichtigt.
Ein ehemaliger FBI-Beamter sagte mit einiger Verachtung, daß Israel nicht als feindliches Land betrachtet werde und daher nicht auf der Liste des US-Justizministeriums von Ländern verzeichnet sei, die wegen Spionage in den Vereinigten Staaten unter Beobachtung stehen. Es bestehen in Amerika tatsächlich keinerlei Programme, um israelische Spionagetätigkeit einzudämmen.

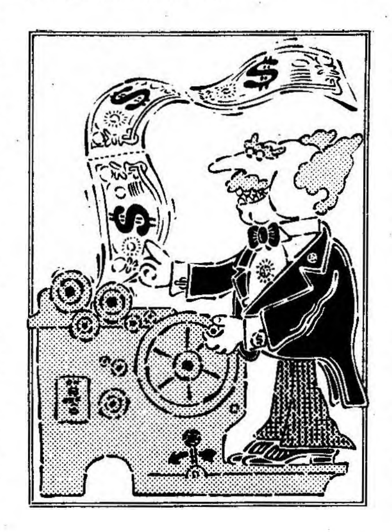
John Davitt, ehemaliger Leiter der Internal Security Division des US-Außenministeriums, sagte, daß »diejenigen von uns, die auf dem Gebiet der Spionage arbeiten, Israel hinter der Sowjetunion als den zweitaktivsten ausländischen Geheimdienst in den Vereinigten Staaten ansehen«.

Israel liefert alles an Rotchina

Vor dem Massaker auf dem Platz des Himmlichen Friedens an studentischen Dissidenten, die nach Freiheit strebten, das die amerikanisch-rotchinesischen Beziehungen im Kongreß abkühlte, war Peking bestrebt, moderne amerikanische Avionik zur Modernisierung der Düsenjäger Rotchinas zu erwerben.

Es ist inzwischen bekannt, daß Israel schnell bei der Hand war, in das entstandene Vakuum hineinzustoßen, als die USA die Avionik-Projekte stornierten, und die Israelis versorgen jetzt die Rotchinesen mit der Technologie, von der sie einen Großteil von den Vereinigten Staaten erhielten.

Die meisten rotchinesischen Flugzeugtypen sind Kopien der sowjetischen MiG-Düsenjäger, aber es fehlt ihnen an moderner Elektronik, um sie für westliche Düsenjäger zu einer Herausforderung zu machen. Die Israelis besitzen das technische Knowhow, um das zu ändern. □



Philippinen

Imelda Marcos als nächster Präsident

Mike Blair

Die ehemalige First Lady der Philippinen, Imelda Marcos, geht anscheinend bei den Präsidentschaftswahlen in dem asiatischen Staate einem umwälzenden Sieg entgegen.

Präsident Ferdinand Marcos, eine umstrittene, aber hochverehrte Führungspersönlichkeit der Philippinen, starb im Exil in Hawaii, nachdem er im Februar 1986 durch einen vom amerikanischen Außenministerium geplanten und unterstützten Staatsstreich, der Corazon Aquino an die Macht brachte, gestürzt worden war. Er hatte gerade die Wiederwahl zur Präsidentschaft gegen Frau Aquino gewonnen.

Nachdem sie jedoch das ihr vom amerikanischen Außenministerium übergebene Amt übernommen hatte, wurde das Verhältnis von Frau Aquino zu den Vereinigten Staaten schnell getrübt und dies führte schließlich zu der Entscheidung, die Präsenz der Amerikaner im Lande, die bis auf den Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898 zurückreicht, zu beenden.

Indessen ist Frau Aquinos Popularität auf Grund der sich immer weiter verschlechternden Wirtschaftsbedingungen auf den Philippinen schnell zurückgegangen. Das Volk sehnt sich nach der Rückkehr der ehemaligen First Lady, die bei den allgemeinen Wahlen im Mai um die Präsidentschaft kandidieren wird. Frau Aquino hat sich dagegen entschlossen, nicht mehr zu kandidieren.

Nachdem sie sich zunächst geweigert hatte, Frau Marcos nach dem Staatsstreich wieder ins Land zu lassen, gab Frau Aquino schließlich dem Willen des philippinischen Volkes nach, und die ehemalige First Lady kehrte im vergangenen Jahr in ihr Heimatland zurück. Nach ihrer Rückkehr wurde Frau Marcos auf Grund einer Reihe von Anklagen, die sich alle darauf bezogen, sie und ihr verstorbener Mann und Familie hätten das Land um Milliarden erleichtert, was beide aber immer wieder bestritten haben, verhaftet. Die Quelle ihres Wohlstands war der von den Marcos in den Nachwehen des Zweiten Weltkriegs entdeckte Goldschatz.

Für Nichtschuldig befunden

Frau Marcos wurde 1990 in New York City auf Grund falscher Anklagen wegen krimineller Geschäfte hin vor Gericht gestellt. Nach einem aufreibenden Prozeß, während dessen die ehemalige First Lady mehrmals erkrankte, wurde sie für nicht schuldig befunden, und der Ruf des philippinischen Volkes nach ihrer Rückkehr verstärkte sich derart, daß Präsidentin Aquino schließlich im vergangenen Jahr nachgeben mußte.

Während des Prozesses gegen Frau Marcos in New York berichtete die ehemalige First Lady über einen merkwürdigen Zwischenfall, bei dem sich, wie sie behauptete, Beamte des amerikanischen Außenministeriums mit ihr in Verbindung gesetzt hätten. Sie sagte zu Freunden, die amerikanischen Beamten hätten sie aufgefordert, auf die Philippinen zurückzukehren, um in ihrem Land für die Erneuerung des Pachtvertrages für die US-Stützpunkte einzutreten. Man habe ihr gesagt, daß es »einen elegan-

Philippinen

Imelda Marcos als nächster Präsident

ten Weg aus meiner Situation gebe, wenn der philippinische Kongreß einstimmig meine Rückkehr verlangen würde, so daß ich mich in der Heimat vor Gericht verantworten kann. Auf diese Weise könnte ich dort im Wahlkampf für die Stützpunkte werben.«

Frau Aquino »eine Zitrone« nennend, sagte die ehemalige First Lady: »Die amerikanische Regierung weiß, daß sie einen Fehler begangen hat«, als sie mithalf Ferdinand Marcos zu stürzen.

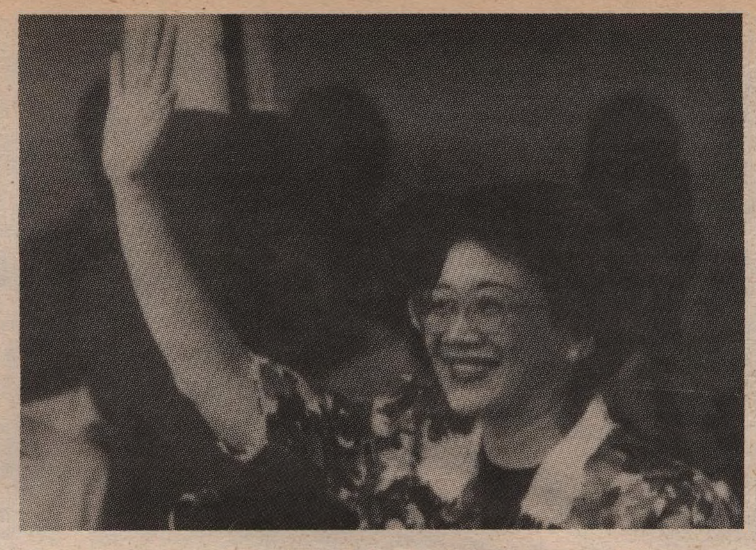
Washington könne dadurch sein Gesicht bewahren, daß sie auf die Philippinen zurückkehrt und sofort »mit dem Wahlkampf beginnt«. Sie habe dem US-Regierungsbeamten gesagt, ihr Mann sei stets »für die Stützpunkte« gewesen, und die Familie Marcos werde »das auch bleiben, ganz gleich was mit uns geschieht«. »Marcos Einstellung war sakrosant«, erklärte sie. »Die Stützpunkte sind wichtig für den Ausgleich der Macht in der Welt, für unsere nationale Sicherheit.«

Der unsinnige Prozeß in den USA

Imelda Marcos durfte im vergangenen Jahr in ihr Heimatland zurückkehren, unter dem Vorwand, sich dort vor Gericht zu verantworten, und es dauerte nicht lange, bis sie sich in die Hektik des Wahlkampfes um die Präsidentschaft stürzte.

Sie wurde von amerikanischen Offiziellen befragt, ob sie »wütend über Amerika« sei. Ihre Antwort lautete, daß ihr Land während des Zweiten Weltkriegs, in dem ihr Ehemann einer der am höchsten ausgezeichneten philippinischen Helden war, von Amerika befreit wurde, und daß sie seit ihrer Kindheit amerikafreundlich sei.

Am faszinierendsten an dem, was Frau Marcos im Juni 1990 erzählte, ist jedoch ihre Behauptung, sie habe Beamte des amerikanischen Außenministeriums gefragt: »Warum arbeiten Sie nicht zuerst an dem Kriminalfall gegen mich, wegen dessen ich in New York vor Gericht stand?« Man habe ihr stets geantwortet: »Das tun wir doch.« Wie sich herausstellte, wurde sie schon bald für unschuldig befunden, und der Vorsitzende des Gerichts, Federal District Court Judge John Keenan, äußerte sich sehr kritisch darüber, daß Frau Marcos überhaupt vor Gericht gestellt wurde, und das Gericht viel Zeit und das Geld des Steuerzahlers verschwendet habe, um sich dieser aufreibenden Tortur zu unterziehen.



Präsident Corazon Aquino gibt auf. Sie hat das Land in Hunger, Not und Korruption geführt.

Präsidentin Aquino spaltete kürzlich ihre Anhänger, indem sie verkündete, sie werde den ehemaligen Verteidigungsminister Fidel Ramos als ihre persönliche Wahl zu ihrem Nachfolger unterstützen. Ihre Unterstützung von Ramos verärgerte viele ihrer politischen Verbündeten und Mitglieder ihrer eigenen Familie, die nicht daran glauben, daß Ramos gewinnen kann. Sie weisen darauf hin, daß ihm die politische Maschinerie und finanzielle Unterstützung, die für einen Sieg bei Nationalwahlen auf den Philippinen stets notwendig zu sein scheinen, fehle.

Sie waren dafür, daß sie den Sprecher des philippinischen Abgeordnetenhauses, Ramon Mitra, der Ramos bei der Ernennung zum Präsidentschaftskandidaten der mächtigen Partei für den Kampf um die Demokratie geschlagen hatte, oder den ehemaligen Präsidenten des Obersten Gerichts, Richter Marcelo Fernan unterstützen sollte. Mit ihrer Unterstützung hat Frau Aquino zwar Ramos' Kandidatur am Leben gehalten, aber Stimmen sowohl von Mitra als Fernan abgezogen.

Jetzt stellen politische Beobachter fest, daß die populäre Frau Marcos, die überall, wo sie während des Wahlkampfes hinkommt, große Volksmengen an sich zieht, im kommenden Juni sogar dann das Amt übernehmen könnte, wenn sie weit weniger als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt.

Die Regierung hat versagt

»Unsere Leute sind arbeitslos und hungrig«, sagte ein verärgerter Mitra, nachdem Frau Aquino ihre Unterstützung für Ramos bekanntgegeben hatte. »Den Kindern fehlt es an grundlegender Gesundheitsfürsorge. Überall in der Regierung herrscht Raffgier und Korruption. Wir und sie (Aquino) müssen den Tatsachen ins Auge schauen – unsere Regierung hat versagt.«

Seine Kommentare munterten die Anhänger von Frau Marcos auf, denen bewußt wurde, daß in einem Feld von rund einem halben Dutzend bedeutender Persönlichkeiten, die um die Präsidentschaft kandidieren, sich die Chance der ehemaligen First Lady durch die dummen Fehler von Frau Aquino weiter verbessert haben.

Die Kandidatur von Frau Marcos bedeutet, daß das letzte Kapitel über die US-Naval Base (Marinestützpunkt) an der Subic Bay noch nicht geschrieben ist.

Da Präsidentin Corazon Aquino eine Erneuerung des Pachtvertrages mit den USA, um den Stützpunkt dort beizubehalten, nur »weich« unterstützt, unterzeichnete der philippinische Senat am 2. Oktober 1991 einen Resolutionsentwurf, der Präsidentin Aquino die Befugnis verleiht, über den Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus dem Marinestützpunkt bis zum Jahr 1994 zu verhandeln. Die Bush-Regierung gab bekannt, daß die Vereinigten Staaten das Land verlassen werden.

Zum Wohlgefallen der USA

Frau Marcos hat dagegen die Bindungen zu den Vereinigten Staaten beharrlich gefördert und ist dafür, Militärstützpunkte im Lande zu behalten. Dies demonstriert eine Loyalität zum amerikanischen Volk, die ungeachtet der heimlichen Allianz der US-Regierung mit Aquino, mit dem Ziel, ihren Gatten, den inzwischen verstorbenen Präsidenten Ferdinand Marcos aus dem Amt zu drängen, intakt geblieben ist. Als ehemalige First Lady ist sich Frau Marcos dessen sehr wohl bewußt, das der Verlust der amerikanischen Präsenz die Philippinen verwüsten wird. Die Präsenz der Amerikaner schafft Arbeitsplätze für 500000 Philippinos und bringt der philippinischen Wirtschaft jährlich mehr als eine Milliarde Dollar ein.

Darüber hinaus hat der Verlust der Subic Bay das amerikanische Außenministerium dazu veranlaßt, sich bei dem kommunistischen Regime in Vietnam einzuschmeicheln, mit dem Ziel, die Beziehungen zu normalisieren und möglicherweise dort Marinestützpunkte einzurichten. Dies wäre natürlich das Todesurteil für jeden amerikanischen Kriegsgefangenen, der dort noch festgehalten wird, und dies hat bereits zu massiven Protesten von Aktivisten in den USA geführt, die sich für Kriegsgefangene und Vermißte einsetzen. □

Philippinen

Familie Marcos und der heimliche Goldschatz

William Carmichael

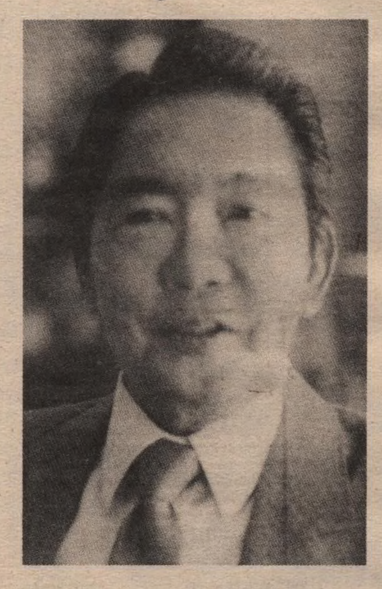
Wieder einmal sind die Medien des Establishments offiziell verwirrt und erstaunt – und irgendwie ungläubig – in bezug auf eine Nachrichtenentwicklung, mit der Leser von CODE schon seit langem vertraut sind. Diesmal beziehen sich die Nachrichten auf einen gewaltigen Goldschatz, der während des Zweiten Weltkriegs von den Japanern versteckt wurde und dessen mögliche Auffindung.

Es geht um Anklagen, die gegen Imelda Marcos, Witwe des verstorbenen Staatspräsidenten Ferdinand Marcos erhoben werden, sie habe »dem philippinischen Volk (lies: »aus dem philippinischen Staatsschatz«) Millionen von Dollar gestohlen. Diese Anklagen – unter vielen anderen – wurden von der schnell zusammenbrechenden Regierung von Corazon Aquino gegen Frau Marcos erhoben.

Eine weithin bekannte Geschichte

Frau Marcos sagte, es stimme, daß ihr Ehegatte ein Vermögen hatte, aber es sei nicht wahr, daß er oder irgendeiner seiner Mitarbeiter es gestohlen hätten. Der Familienwohlstand, so sagte sie vor Gericht aus, stamme aus der Entdeckung eines auf den Philippinen von den Japanern während des Zweiten Weltkriegs angelegten Goldverstecks. Bei diesem Punkt wurden die amerikanischen Medien des Establishments ungläubig.

Und doch ist die Geschichte über den japanischen Schatz auf den Philippinen auch einer Reihe von Leuten in den Vereinigten Staaten sehr wohl bekannt. Einzelheiten darüber wurden der Öffentlichkeit in einer Reihe von Exklusiv-Berichten von Tom Valentine, die vor mehr als fünf Jahren in CODE erschienen, bekannt.



Der verbannte, inzwischen verstorbene philippinische Präsident Ferdinand Marcos erfuhr die Hinterhältigkeit amerikanischer Außenpolitik.

Es muß in diesem Zusammenhang gesagt werden, daß Frau Marcos eine starke Kandidatin um die philippinische Präsidentschaft ist, eine Tatsache, die denjenigen, die an ein Fortbestehen eines marcosfeindlichen Regimes interessiert sind, keinesfalls entgangen ist. Frau Aquino selbst ist vom Fenster weg, nicht aber ihr Entourage. Seit ihrer Rückkehr in die Heimat erfährt Frau Marcos immer mehr Unterstützung vom Volk – und Belästigungen durch die Aquino-Regierung.

Der Schatz der Japaner

Beim Sturz von Ferdinand Marcos kommentierten wir: »Als Ferdinand Marcos vom US-Außenministerium verraten und als Staatspräsident der Philippinen abgesetzt wurde, folgte seinem plötzlichen Abgang eine gewaltige Propaganda-Kampagne, um seinen fabelhaften Wohlstand aufzudecken, und ›ihn dem philippinischen Volke wiederzugeben‹. Aber es gibt eine Reihe von hervorstechenden Tatsachen über Marcos' Vermögen und über seine Entfernung aus dem Amt, die vor allem dadurch auffallen, daß sie in Berichten in den Medien des Establishments überhaupt nicht erwähnt werden. Zunächst einmal stammte Marcos' Vermögen nicht aus einem Raub an seinem Volk, wie die Medien des Establishments ihren Lesern glauben machen wollen. Marcos war vielmehr einer der Hauptpartner in einem Konsortium, das einen japanischen Schatz aus dem Zweiten Weltkrieg entdeckte.

Zweitens, Benigno Aquino, der verstorbene Ehemann von Corazon Aquino, wußte von dieser Entdeckung.

Diese Informationen wurden schon in den siebziger Jahren veröffentlicht, wurden aber von den Medien in den USA und auf den Philippinen schnell in die Kategorie der ›Mythen‹ eingeordnet. Und jeder, der der internationalen Clique Glauben schenkt, die Corazon Aquino an die Macht brachte und dafür sorgt, daß sie an der Macht bleibt und irgend ein riesiges Vermögen an das philippinische Volk ›zurückgeben‹ wird, muß wohl etwas Ungesetzliches geahnt haben.«

Hier ist die Vorgeschichte: Während des Zweiten Weltkriegs plünderten japanische Heeresteile systematisch eroberte Gebiete und raubten antike Schätze, vor allem in China und Südostasien. Aus Gründen, die niemals geklärt wurden, beschlossen sie, diesen Hort auf den Philippinen zu verstecken.

Als die Amerikaner die Philippinen befreiten, ließen die Japaner einen Schatz zurück, der auf dem heutigen Markt, wie Schatzjäger sagen, in die Milliarden geht.

Dreißig Jahre später erhielt unser Korrespont Tom Valentine in seiner Post die Polaroid-Aufnahme eines guten Freundes, der neben Marcos steht. Dem Foto war eine kurze, geheimnisvolle Notiz beigefügt.

»Tom«, lautete sie, »halte dies geheim. Eines Tages könnte dies eine große Story für dich sein.« Die Notiz war mit »Olof« unterzeichnet.

Der Schreiber war Olof Jonsson, ein wohlbekannter Schatzjäger. Die Tatsachen wurden weitere drei Jahre lang unter Verschluß gehalten. 1978 wurde ein Großteil der Geschichte in der englischsprachigen »Philippine News«, die in San Francisco ansässig ist, veröffentlicht. Kurz darauf wurde sie von der »Las Vegas Sun« aufgegriffen.
Und dann schritt das Establishment mit einer Desinformationskampagne ein. Die »Los Angeles Times« berichtete: »So etwas wie einen auf den Philippinen von den Japanern vergrabenen asiatischen Schatz gibt es nicht.«

Die offizielle Version der Geschichte

Dies wurde zur offiziellen Version der Geschichte. Aber die Schatzjäger wußten es anders. Der Schatz gehört nicht »dem philippinischen Volk« und niemand – einschließlich Ferdinand Marcos – könnte ihn daher von ihm gestohlen haben. Man könnte dahingehend argumentieren, daß das Gold und andere Wertgegenstände eigentlich anderen asiatischen Staaten gehören. Aber dieser Anspruch wäre schwierig nachzuweisen, da das meiste Gold in Barren, umgeschmolzen und umgeformt von den Japanern, vorliegt.

Das philippinische Volk weiß von dem Schatz, und der Aquino-Regierung wird es schwerfallen, etwas anderes zu beweisen. Wenn sich die USA diesmal aus der philippinischen Politik heraushalten, dann ist es möglich, daß Frau Marcos wieder zum Präsidenten gewählt wird. Sie war einmal sehr amerikafreundlich. □

Ozon

Eine der größten Lügen dieses Jahrhunderts

Heinrich Schütz

Das Ozonloch und die angebliche Gefährlichkeit von Fluorkohlenwasserstoff (FCKW) könnte sich als eine der größten wissenschaftlichen Lügen des Jahrhunderts entpuppen. Jetzt mehren sich nämlich die Stimmen international renommierter Wissenschaftler, die zu ganz anderen Ergebnissen als den der Ozonloch-Lobby kommen.

So sagte der berühmte Ozon-Forscher Professor Dirk de Muer vom Königlichen Metereologischen Institut in Brüssel Ende Februar dieses Jahres: »Das Ozonloch im All wird nicht größer, sondern kleiner. Die Natur repariert sich selbst, weil die Sonne Ozon nachproduziert.« Seit 20 Jahren kontrolliert de Muer mit Wasserstoffballons dreimal pro Woche die Ozonkonzentration. »Im Januar waren die Werte schlecht. Aber schon im Februar wurde die Ozonkonzentration wieder gut. Seit den letzten Tagen sind sie sogar hervorragend.«

Ungeheuer Loch-Ozon

Der Forscher zweifelte sogar offiziell die Ergebnisse einer NASA-Studie an, wonach das Ozonloch immer größer werde. Trotz des massiven FCKW-Einsatzes sei der Ozonschutzschild zwischen 1974 und 1982 im Gegenteil sogar deutlich stärker geworden.

Auch der Düsseldorfer Professor Wolfram Engels wendet sich gegen eine Ozon-Politik und machte sich in der »Wirtschaftswoche« sogar über das »Ungeheuer Loch Ozon« lustig. »Der Ausbruch des Tambora-Vulkans im Jahre 1815 hat 280mal soviel Chlor in die Luft gepustet, wie in einer Jahresproduktion FCKW drin ist. Diese Menge hätte nach der Ozonlochthese ausgereicht, um bis heute den gesamten Ozonmantel der Erde ratzeputz aufzufressen.«

CODE hat schon im Januar 1990 die Hintergründe der Ozonloch-Panik aufgedeckt. Aus Aktualitätsgründen sollen die wichtigsten Punkte hier noch einemal wiederholt werden. Eine besonders seltsame Rolle spielt hierbei der DuPont-Konzern, der 1985 von Edgar Bronfman übernommen wurde.

In dem damaligen Artikel von John Springfield heißt es: »Bis 1986 war die Firma DuPont die hartnäckigste Verteidigerin von FCKW in der Welt; dann vollzog sie plötzlich eine merkwürdige Wende, trat auf die Seite der Umweltschützer und rief zu einer Produktionseinstellung und zum Verbot von FCKW auf.

DuPonts Verrat überrumpelte die westliche Industrie und führte zu den Verhandlungen, die 1987 mit der Unterzeichnung des Protokolls von Montreal im Rahmen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen zum Abschluß kamen. Das Protokoll von Montreal schreibt eine Verringerung des Gebrauchs von FCKW um 50 Prozent bis zum Jahre 2000 vor (mittlerweile wollen die Industrienationen bereits ab 1995 und die Bundesrepublik sogar ab 1993 auf den Einsatz von FCKW verzichten, ja diesen sogar verbieten; die Redaktion).

Das für den Erfolg der Konferenz entscheidende Element war trotz fehlender Beweise die Unterstützung der Produktionseinstellung von FCKW und letztendlich deren Verbots durch DuPont. Kurz nachdem die harten Bedingungen des Protokolls von Montreal bekannt wurden, gab DuPont bekannt, daß man dort bereits über patentierte Chemikalien verfüge, um die jetzt zu verbietenden FCKW zu ersetzen.«

Der Vorsitzende der Firma führte bereits in einer Rede am 4. Mai 1989 aus, daß seine Firma sich sehr aktiv am Umweltschutz beteiligen werde. Dabei fielen die bezeichnenden folgenden Sätze: »Umweltschutz ist die Hauptströmung unserer Zeit ... Wir beziehen manchmal zu einer Frage des Umweltschutzes allein auf der Grundlage von technischen oder wissenschaftlichen Daten Stellung. Wir waren zu sehr geneigt so zu handeln, als seien die Wünsche und Besorgnisse der Öffentlichkeit geringer zu bewerten als die technischen Gutachten von Wissenschaftlern und Ingenieuren. Aber in Wirklichkeit müssen wir uns mit der öffentlichen Meinung befassen, ungeachtet der technischen Tatsachen.«

Wirtschafts-Opportunismus par excellence

Diese Sätze besagen nichts anderes, als daß die wissenschaftliche Wahrheit unerheblich ist und es nur auf die öffentliche Meinung ankommt. Also Wirtschaftsopportunismus par excellence.

Springfield schrieb 1989 weiter: »Wer finanziert die Umweltschützer? Das maßgebende Element in dem ganzen Schwindel besteht darin, den Verbraucher, der letzten Endes die enormen Kosten des Verbots von FCKW bezahlen muß, davon zu überzeugen, daß durch den Gebrauch der Chemikalie eine Gefahr für die Ozonschicht heraufbeschworen wird. Dies ist die Aufgabe der Nachrichtenmedien und der Umweltschützer, die einen gut finanzierten und dirigierten Feldzug führen, um der Öffentlichkeit mit der Methode der Gehirnwäsche einzuhämmern, daß der Jüngste Tag nahe bevorstehe, ohne daß auch nur der geringste Fetzen eines wissenschaftlichen Beweises dafür auf dem Tisch liegt. Führende Wissenschaftler in aller Welt haben den Schwindel mit der ›Ozonverarmung‹ weitgehend zurückgewiesen.

Die Interessen des Establishments

Wie hoch ist die gesamte finanzielle ›Einnahme‹ dieser Umweltschutzgruppen, und wer finanziert sie? Die Quellen eines Großteils dieser Beträge sind in der Öffentlichkeit nicht bekannt; jedoch befinden sich in der amerikanischen Foundation Library (Stiftungs-Bibliothek) Unterlagen über jede Zuwendung an Umweltschutzgruppen durch ein Netz von steuerfreien Stiftungen, die von Amerikas blaublütigen Familien finanziert werden.

Aus einem Überblick über die Beiträge für 1988 geht hervor, daß Umweltschutzgruppen im vergangenen Jahr über 400 Millionen Dollar an Zuwendungen erhielten, um den Schwindel der ›Ozonverarmung‹ und andere damit übereinstimmende Irreführungen durchzuführen. Die Ford-Stiftung ist weltweit der größte Finanzierer von Umweltbewegungen und hat allein in den letzten Jahren mehrere Hundert Millionen Dollar dafür ausgegeben.

Einer der Treuhänder des Rockefeller Brothers Fund, eine weitere Hauptfinanzquelle der Umweltschützer, ist der ehemalige amerikanische Außenminister Henry A. Kissinger, ein sehr enger Gesellschafter von Edgar Bronfman. Ein weiterer Treuhänder ist Russell E. Train, Vorsitzender des World Wildlife Fund und der Conservation Foundation. Train, ein Mitglied der Trilateralen Kommission und des Council on Foreign Relations (CFR), ist wahrscheinlich weltweit die wichtigste Figur in der Umweltbewegung, nach Prinz Philip von Großbritannien. Trains Schützling William K. Reilly, ein ehemaliger Vorsitzender sowohl des World Wildlife Fund als auch der Conservation Foundation, ist jetzt Leiter der Environment Protection Agency (EPA) und ist damit beauftragt, die Produktionseinstellung und das schließliche Verbot der FCKW durchzusetzen.«

Kurz nach Unterzeichnung des Abkommens von Montreal«, fährt Springfield fort, »erhielt das World Resources Institute, ei-

ner der wichtigsten Denk-Tanks in Sachen Umweltschutz, der den Schwindel mit der ›Treibhauswirkung‹ und der ›Ozonverarmung‹ vorantreibt, eine Zuwendung von 25 Millionen Dollar von der MacArthur Foundation. Der Vorsitzende der MacArthur Foundation zu der Zeit war Thornton F. Bradshaw, der auch ein Treuhänder des Rockefeller Brothers Fund und der Conservation Foundation war. Bradshaws Firmenangliederungen waren eindrucksvoll: Vorsitzender von RCA Corporation, Direktor von Atlantic Richfield Company und NBC. Als er den Direktorposten bei NBC inne hatte, verwandelte Bradshaw die Rundfunkgesellschaft in eine Propagandamaschine für die Umweltbewegung.

Ein Markt mit intensivem Wettbewerb

Wer über die erstaunliche Parteilichkeit der großen amerikanischen Fernsehsender gegenüber den Umweltschützern bestürzt ist, sollte sich lieber dafür interessieren, wem die Umweltbewegung wirklich gehört und wozu sie verwendet wird.

Zur Zeit (1989; die Redaktion) beläuft sich die Produktion von FCKW auf annähernd 1,2 Millionen Tonnen pro Jahr. FCKW gehören zu den gutartigsten und vielseitigsten Chemikalien, die jemals erfunden wurden, und haben einen weiten Anwendungsbereich gefunden Kälteerzeugung und Kühlung, Blasmittel in Schäumen und Isoliermaterial sowie industrielle Lösungsmittel. Halone, eine verwandte Gruppe von Chemikalien, die ebenfalls unter das Protokoll von Montreal fallen, die der Menschheit bekannt sind, und spielen eine wesentliche Rolle beim Schutz von elektronischen und Computer-Ausrüstungen und im Militärbereich.

FCKW und Halone kosten zwischen einem und zwölf Dollar das Kilo, und der Weltmarkt beläuft sich auf etwa drei Milliarden Dollar pro Jahr. FCKW sind für Bronfmans DuPont, die Firma beherrscht 25 Prozent des Marktes mit einem Jahresumsatz von annähernd 750 Millionen Dollar, ein bedeutendes Geschäft.

Es besteht ein intensiver Wettbewerb in der Produktion und dem Vertrieb von FCKW, so daß die Gewinnmargen zu Zeit sehr mager sind. Die Patente für alle hauptsächlichen FCKW sind schon vor vielen Jahren abgelaufen, und kleine Chemiefirmen haben die Chemieriesen mit ihrer Produktion herausgefordert. Höchst bedeutsam ist die Tatsache, daß andere Staaten eindrucksvolle Anlagen zur Herstellung von FCKW gebaut haben, die auf einen schnell expandierenden Dritte-Welt-Markt für die Chemieriesen eine Herausforderung sein werden.

Das Verbot bringt hervorragende Profite

DuPont behauptete, daß die dort entwickelten Ersatzstoffe für FCKW nur drei- bis fünfmal so teuer sein werden. Wissenschaftler, die an der Erzeugung dieser Verbindungen beteiligt waren, bestreiten jedoch diese Public-Relations-Behauptung und beharren darauf, daß wir es hier mit Chemikalien zu tun haben, die mindestens zehnmal so teuer sind als FCKW. Die unterste Linie ist daher, daß der Markt unter den besten Voraussetzungen von drei Milliarden Dollar pro Jahr in die Höhe schnellen wird. Die Erhöhung ist im Endeffekt eine Steuer, die dem Verbraucher auferlegt wird ...

Anders als im derzeitigen Handel mit Kühlmitteln und anderen FCKW werden die unter diesen Bedingungen gemachten Profite phänomenal sein. Da die Chemikalien patentiert sein werden, könnte Bronfmans DuPont exorbitante Preise verlangen.

Darüber hinaus sind die vorgeschlagenen Ersatzstoffe für FCKW nicht nur teurer, sondern korrodierender, giftiger und weniger wirksam. Diese Ersatzstoffe sind also nicht kompatibel mit über 80 Prozent der 135 Milliarden teuren festen Anlagen in den Vereinigten Staaten, die mit FCKW arbeiten. Die meisten diser Anlagen, darunter Kühlschränke und Klima-Anlagen, werden verschrottet und durch Ausrüstungen ersetzt werden müssen, die mit den Ersatzstoffen für FCKW kompatibel sind, auf Kosten des Verbrauchers, die sehr hoch sein werden. Der ahnungslose Verbraucher könnte sich bald gezwungen sehen, 200 Dollar zu bezahlen, um die Klima-Anlage seines Wagens aufzuladen, statt 30 Dollar – falls es überhaupt machbar ist.«

Das Rennen um Ersatzstoffe

Springfield schreibt weiter, daß ein »wütendes Rennen« im Gange sei, um Ersatzstoffe zu entdecken und zu patentieren. Hierfür seien auf Jahre verteilt pro Unternehmen mehr als eine halbe Milliarde Dollar fällig, so daß kleine Unternehmen von vorneherein aus dem Rennen ausscheiden. »Eine der unmittelbaren Folgen des Verbots von FCKW wird darin bestehen, die Hersteller von chemischen Produkten in der Dritten Welt aus dem Rennen zu werfen. Die chemischen Industrien der Dritten Welt besitzen nicht die Forschungsmöglichkeiten zur Herstellung von Ersatzstoffen für FCKW.

Darüber hinaus gaben im März 1989 Sprecher der Firmen DuPont und Penwalt bekannt, daß die Errichtung von Chemiefabriken zur Herstellung von FCKW in der Dritten Welt gestoppt worden ist und bestehende Verträge zum Bau von FCKW nicht eingehalten werden. Nach der neuen Firmenpolitik sollen FCKW für einige Jahre in diese Länder exportiert werden ›bis zur Produktionseinstellung‹, wenn die Länder der Dritten Welt die ziemlich teuren Ersatzstoffe kaufen müssen, die sie nicht einmal in ihren vorhandenen Anlagen verwenden können.«

Springfield weiter: »Ein Verbot von FCKW wird den Drang der unterentwickelten Länder, darunter vor allem Brasilien, Indien und China, ihre Bevölkerung mit Kältegeräten zu versorgen, stoppen. Die meisten in der Dritten Welt erzeugten Nahrungsmittel verderben, weil keine vorschriftsmäßigen Lagerungs- und Kühlungseinrichtungen zur Verfügung stehen.

Es wird geschätzt, daß Millionen, möglicherweise hunderte von Millionen Menschen und darüber, als Folge eines Verbots von FCKW sterben werden. Dies ist eine Tatsache, die sogar von dem Ozonverarmungs-›Guru‹ Robert Watson bestätigt wird. In einem Interview mit dem für mehrere Zeitungen schreibenden Kolumnisten Alston Chase gestand Watson ein, daß ›wahrscheinlich mehr Menschen an Nahrungsmittelvergiftung als Folge von unzureichender Kühlung sterben würden als durch die Ozonabreicherung‹.

Die Interessen-Politik einiger Konzerne

Die Dritte Welt daran zu hindern, Einrichtungen zur Kälteerzeugung zu bauen, ist eines der erklärten Ziele der Umweltschutzfanatiker, die jetzt in Washington Politik machen. Der EPA-Chef brachte dies im Juli 1989 sehr klar zum Ausdruck, als er feststellte: ›Die Aussicht, Länder mit großen Entwicklungsplänen nach vorne kommen zu sehen, darunter, wie wir in China erfuhren, ein Vorschlag für 300 Millionen neue und möglicherweise auf FCKW basierender Kühlschränke, macht sehr deutlich, daß wir sie an diesen Prozeß binden und sie dazu bringen müssen, sich an der Wissenschaft und Forschung zu beteiligen.‹« Springfield sieht die große Gefahr, daß diejenigen Länder, die es abgelehnt haben das Protokoll von Montreal zu unterzeichnen, mit einem Wirtschaftskrieg bedroht werden.

Das Ozonloch ist älter als FCKW

Es ist in der Tat erschreckend, wenn Springfield mit seinen Angaben recht hat – und sehr viel spricht dafür –, wie sehr irgendwelche Stoffe, seien es FCKW oder andere, der Interessen-Politik einiger gewissenloser Konzerne geopfert werden und welche Macht diese bereits heute haben.

Dabei ergibt sich die Haltlosigkeit der FCKW-These als Verursacher des Ozonlochs allein aus einem einzigen Punkt: Bei Untersuchungen, die in den fünfziger Jahren stattfanden, wurde das Ozonloch bereits festgestellt. Und damals gab es noch keine FCKW, oder wenn, dann nur in einem kleinen Umfang. Auf eine Erklärung für dieses Phänomen wartet die Welt noch heute. Interessant ist aber auch, daß keine offizielle Stelle diese Frage stellt. Warum wohl? Der Leser wird sich dieses nach Studium des Artikels leicht selbst beantworten können. □

Rußland

Vizepräsident greift Jelzins Reformprogramm an

Der russische Vizepräsident Aleksandr Rutskoij rief in einem in der »Prawda« veröffentlichten Artikel einen Wirtschaftsnotstand aus. Unter der Überschrift »Gibt es einen Weg aus der Krise?« ist der Artikel mehrere Seiten lang und weist den Harvard-Professor Jeffry Sachs und dessen Wirtschaftsprogramme in allen Einzelheiten zurück. Rutskoij geht nicht nur gegen Sachs namentlich vor, sondern er erklärte auch mit Nachdruck, daß, obwohl Adam Smiths »unsichtbare Hand« in der Theorie zu funktionieren scheint, dies in der Praxis aber nicht der Fall sei.

Rutskoij stellte fest, daß Rußland aus dem polnischen Beispiel gelernt haben sollte, und ruft zu einem »regulierten« Übergang zur Marktwirtschaft auf.

Er schrieb: »Ich erinnere mich gut daran, daß weder Jelzin noch Rutskoij versprochen haben, den Staat in einen Bettler oder das Volk in ein Heer von Armen zu verwandeln...

Es ist überraschend, daß Sachs nicht auf den Gedanken gekommen ist, den IWF (Internationalen Währungsfonds) und die Weltbank, plus zwei oder drei Großbanken aus den Vereinigten Staaten, Japan und den europäischen Ländern in Tochtergesellschaften der Russischen Zentralbank umzuwandeln, mit vollem Recht, über ihre Ressourcen zu verfügen.«

Über den »Zauberer« Sachs sagte Rutskoij, es gebe noch andere westliche Wirtschaftswissenschaftler, die man hätte zu Rate ziehen können, was aber nicht geschah. »Wenn unsere ›Schocktherapeuten‹ nicht rechtzeitig gestoppt werden«, schrieb er, »dann könnte das Land im kommenden Jahr nicht nur ohne Geld, sondern auch ohne Hosen sein.«

Der Vizepräsident schlug auch vor, daß alle Regierungsangestellten ein festes Gehalt von 342 Rubel bekommen sollten, so daß sie die Not des Durchschnittsrussen verstehen, der mit diesem Betrag leben muß.

Rutskoij schlug vor, daß westliche Firmen verpflichtet werden, mit Rußland in Rubel zu handeln. Unter dem Aspekt der Arbeitslosen schrieb der russische Vizepräsident: »Arbeitende Menschen brauchen keine Wohlfahrt, ganz gleich wo sie herkommt, sie brauchen Arbeit.«

»Das Hauptziel sollte darin bestehen, die günstigsten Anfangsbedingungen für Wirtschaftsgebilde zu schaffen ... und Geschäftstätigkeiten zu entwickeln, die auf die quantitative und qualitative Produktion von Waren und Lebensmitteln abzielen. Der Entwicklung von Unternehmen im Produktionsbereich ist eine bestimmte Priorität einzuräumen.« □

Kolumbien

Regierung verurteilt Aids-Politik

Senator Carlos Corsi verurteilt die Aids-Politik des Gesundheitsministers Camilo González, sagte ein Mitglied der »ehemals terroristischen« M-19 in einer Rede. Er geißelte González' pornographische Pro-Kondom-Kampagne und hob die Bedeutung von Henry Kissingers kürzlich freigegebenem National Security Study Memorandum 200 von 1974 hervor, in dem das Bevölkerungswachstum in Ländern der Dritten Welt als Bedrohung der »nationalen Sicherheit« für die Vereinigten Staaten beschrieben wird.

Corsi, ein Katholik, sagte, daß Kondome nicht dazu beitragen, der Verbreitung von Aids Einhalt zu gebieten, und daß González' Kampagne mithelfe, Promiskuität zu verbreiten, zum Beispiel in einer Anzeige der Regierung, die einen nackten Mann mit einem Kondom darstellt, der sagt: »Dies ist das einzige Kleidungsstück, das niemals abgelegt werden darf.« Der Senator meinte, das Kondom sei nichts anderes als die Waffe der amerikanischen Geburtenverhinderer, deren Ansichten offizielle amerikanische Politik sei, wie das NSSM 200 beweise.

Corsi hielt dem entgegen, die einzige Möglichkeit, Aids zu bekämpfen, bestehe darin, dies wissenschaftlich und mit christlicher Moralität zu tun. Er behauptete, daß González in der Vergangenheit die Ford- und Rockefeller-Stiftungen anzugreifen pflegte. »Herr Minister, diese Stiftungen existieren immer noch und treten für eine Verringerung des Bevölkerungswachstums ein. Warum greifen Sie sie nicht weiter an?« Stattdessen, sagte er, übersetzt Gonzáles das aus den Vereinigten Staaten kommende Material für diese Kampagne ins Spanische, um es in Kolumbien anzuwenden. González erwiderte, daß das Sexualverhalten von Kolumbianern nicht nach der Kriterien einer »mittelalterlichen christlichen Moralität« beurteilt werden könne. □

China

Weniger Soldaten mehr Polizisten

Der kommunistische chinesische Führer Deng Xiaoping hat die Verringerung der drei Millionen Mann starken Volksbefreiungs-Armee um ein Drittel gefordert und zur Modernisierung der verbleibenden Armee aufgerufen, heißt es in einem Bericht im »Mirror Monthly« von Hongkong.

Aber die Truppenverringerungen sind ein Deckmantel für mehr Waffen und für eine Expansion der heimischen Polizei. Die japanische »Nikkei Weekly« schrieb, daß die Truppenverringerungen sich zwischen 1992 und 1995 tatsächlich auf 260.000 Mann belaufen werden. 1985 gab die chinesische Regierung bekannt, daß sie ihre Militärstreitkräfte um 25 Prozent verringern werde, und Regierungsbeamte behaupteten, diese Aufgabe sei 1988 vollendet worden; aber aus Analysen geht hervor, daß auf Grund des harten Widerstands des Militärs und der sozialen Bedenken hinsichtlich der arbeitslosen Soldaten nur 700.000 Positionen tatsächlich verlorengegangen sind, und viele von diesen wurden einfach zur paramilitärischen People's Armed Police (PAP) überstellt, die sich mit der inneren Sicherheit befaßt.

Die PAP ist beträchtlich auf heute rund 600.000 Mann erweitert worden, sagen die Experten. Und die nächste Runde von Kürzungen im Militärhaushalt könnte mit einem weiteren Wachstum der PAP einhergehen.

Nichtsdestoweniger erwarten militärische Führungspersönlichkeiten, daß die Truppenverringerungen zusätzliche Gelder in das Modernisierungsprogramm für Waffen fließen lassen werden, besonders für den Aufbau von schnellen Verbänden und für den Erwerb von gewissen Ausrüstungstypen, darunter Luftkampf-Kapazitäten, elektronische Kriegsführungssysteme und Luftabwehr-Raketen.

Die PLA entwickelt auch leichter ausgerüstete Soforteinsatz-Verbände, die luftbeweglicher sind und innerhalb von Stunden an jeden Ort innerhalb Chinas gebracht werden können. □

Griechenland

Kirche ruft zum Bruch mit dem Vatikan auf

Ein Angriff von noch nie dagewesener Heftigkeit wurde von der Griechisch-Orthodoxen Kirche gegen Papst Johannes Paul II. persönlich geführt, der so weit ging, daß offen zu einem Abbruch der Beziehungen mit dem Vatikan aufgerufen wurde.

Die Heilige Synode der Griechisch-Orthodoxen Kirche stellte fest: »Die Zeit ist gekommen, um die betrügerische Taktik Roms zu verdammen, die darauf abzielt, die Position des Papstes hochzustilisieren und seine Rolle in Weltangelegenheiten zu festigen ... Die Rolle des Papstes hat sich als weder aufrichtig noch brüderlich gegenüber den orthodoxen Kir-

chen des Ostens, sondern vielmehr als hinterhältig und selbstsüchtig erwiesen.«

Der Vatikan erwiderte über seinen offiziellen Sprecher Joaquin Navarro Valls: »Dies sind grundlose Beschuldigungen, die die Tatsache außer Acht lassen . . . Statements wie dieses vermitteln den Eindruck des Vorurteils, das von Gruppen gepflegt wird, die sich außerhalb der christlichen Gedankenwelt gestellt haben.«

Der Zorn der Orthodoxen bezieht sich auf die Rolle der Katholiken des östlichen Ritus, oder Unitates, die die Autorität des Papstes anerkennen, obwohl sie das orthodoxe Ritual verwenden. Die griechische Synode beschuldigte den Papst, die Unitates dazu zu benutzen, seine Autorität im ehemaligen Jugoslawien, Rumänien und der Ukraine zu erweitern. □

Weltbevölkerung

Jeden Tag 350 000 Menschen beseitigen

»Wir müssen 350.000 Menschen pro Tag beseitigen«, äußerte der weltberühmte Tiefseeforscher Jacques Cousteau im November 1991 in einem Interview mit dem »Unesco Courier«. Die offizielle Zeitschrift der Vereinten Nationen fragte: »Einige Schlangen, Moskitos und andere Tier-Spezies stellen Bedrohungen oder Gefahren für die Menschheit dar. Können sie beseitigt werden wie Viren, die gewisse Krankheiten verursachen?« Cousteau erwiderte: »Viren loszuwerden, ist ein bewundernswerter Gedanke, wirft aber enorme Probleme auf. In den ersten 1.400 Jahren des christlichen Zeitalters war die Bevölkerungsziffer praktisch gleichbleibend. Durch Epidemien glich die Natur übermäßige Geburten durch übermäßige Todesfälle aus.

Ich sprach mit dem Direktor der Ägyptischen Akademie der Wissenschaften. Er sagte mir, daß Wissenschaftler bei dem Gedanken erschrecken, daß um das Jahr 2080 herum die Bevölkerung von Ägypten 250 Millionen erreichen könnte.

Was sollten wir tun, um Leiden und Krankheiten zu beseitigen? Das ist ein zwar wunderbarer Gedanke, aber auf lange Sicht vielleicht nicht unbedingt ein nützlicher Gedanke. Wenn wir versuchen, ihn in die Tat umzusetzen, könnten wir die Zukunft unserer Spezies gefährden.

Es ist schrecklich, dies auszusprechen. Die Weltbevölkerung muß stabilisiert werden, und um das zu tun, müssen wir 350.000 Menschen pro Tag beseitigen. Dies ist so schrecklich auch nur darüber nachzudenken, daß wir es nicht einmal aussprechen sollten. Aber die allgemeine Situation, in der wir uns befinden, ist bejammernswert.« □

Pakistan

Option auf einen moslemischen Atomstaat

Die Londoner »Times« berichtete, sie habe die Kopie eines pakistanischen politischen Papiers, in dem dazu aufgerufen wird, Pakistans nukleare Expertise mit dem Iran zu teilen. Das Papier, das während der Golfkrise geschrieben wurde, soll von dem ehemaligen Stabschef Aslam Beg, der ein ausgesprochener Gegner des Krieges gegen den Irak war, Rückendeckung bekommen haben. Die Echtheit des Berichtes ist nicht bestätigt worden.

Unter der Überschrift »Krise am Golf 1990« schließt der Bericht angeblich mit einem Aufruf an Pakistan ab, öffentlich zu erklären, daß es eine Atombombe habe. »Laßt uns jetzt die moslemische Welt als Atomwaffenstaat anführen«, zitiert die »Times« aus dem Papier. Darin wird auch Bushs Neue Weltordnung als »neue Fratze des merkantilen Kolonialismus« in Bausch und Bogen verdammt.

Die »Times« zitiert Shreen Mazari, Leiterin der Abteilung für strategische Studien an der Universität Qaid-i-Azam, die gesagt haben soll, daß »die Fraktion innerhalb der Armee, die für eine harte Haltung gegenüber Washington eintritt, seit der Einstellung der Hilfeleistungen an Stärke zugenommen habe. Man sei in diesen Kreisen mehr als je zuvor davon überzeugt, daß man den USA nicht trauen könne, und daß die nukleare Option die einzige Garantie für Pakistans Sicherheit sei.« □

Rußland

Wirtschaftler sind gegen die Schocktherapie

Einhundertundsiebzehn russische Geschäftsleute und Unternehmer, die gegen die »Schocktherapie«-Reformen der Regierung Jelzin sind, haben auf einer Sitzung in St. Petersburg die Bildung einer »Bürgerlichen und Unabhängigen Bewegung zum Schutz des Unternehmertums in Rußland« verkündet. In einer Abschlußerklärung, über die in der französischen Tageszeitung »Libération« berichtet wird, weisen die führenden Persönlichkeiten warnend darauf hin, daß »die Jelzin-Regierung nicht unabhängige Unternehmer, sondern vielmehr die neue kapitalistische Nomenklatura« unterstütze.

»Libération« schreibt, was die Sitzung bedeutsam macht, sind die Warnungen vor den Auswirkungen der fortlaufenden Zerstörung der Fähigkeiten der ehemaligen sowjetischen Armee und der »technologischen Hilfsmittel« des militärisch-industriellen Sektors. Dieser Prozeß »birgt die Gefahr in sich, Rußland in einen neuen kolonisierten Kontinent der Dritten Welt zu verwandeln.« »Die Vertretung aus der Schwerindustrie und aus dem militärisch-industriellen Sektor war bemerkenswert«, fügte die Zeitung hinzu.

Diese Gruppierung befinde sich, nach der Entlassung eines Drittels der Arbeiter in dem großen Hüttenwerk in Komsomolsk, die traditionell den sowjetischen bewaffneten Streitkräften gedient haben, in Alarmzustand.

In einer Parallelentwicklung haben 250 leitende Persönlichkeiten aus Unternehmen der Ölindustrie eine neue »Union der Ölproduzenten« gegründet, um ihre Interessen gegen den Wettbewerb durch ausländische Unternehmen, die von der Regierung hereingeholt werden, zu verteidigen. Die Gründungsversammlung dieser Gruppe fand in Tyumen, Sibirien, statt, berichtete »Libération«. □

Aids

Führender Wissenschaftler warnt vor Tbc-Katastrophe

Einer der führenden Wissenschaftler der USA für Aids, Dr. Anthony S. Fauci, Leiter des National Institute of Allergy and Infectious Diseases (Institute für Allergien und ansteckende Krankheiten) brachte seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß Tbc in der Tat eine ernsthafte Bedrohung, wenn nicht mehr, als Aids werden könnte.

Auf einer Sondersitzung, die von besorgten Wissenschaftlern einberufen wurde, sagte Dr. Fauci: »Wir mögen sehr wohl an der Schwelle von etwas stehen, das sich als bedeutend – ich zögere zu sagen als Katastrophe – herausstellen wird«, aber, stellte er fest, »die Daten gestatten uns nicht, zu sagen, wo das hinführen wird.«

Auf den fortlaufenden Anstieg der Anzahl der Tbc-Fälle, darunter Arzneimittel widerstehende Belastungen, zu sprechen kommend, sagte Dr. William Rom von der Lungen- und Intensivstation des Bellevue Hospital, daß kürzlich an einem einzigen Tage als öffentliches Krankenhaus in New York 16 Patienten mit Arzneimittel widerstehender Tbc aufgenommen hat.

Dr. Fauci rief die Versammlung ausdrücklich dazu auf, die Alarmglocke zu schlagen und die sofortige Forschung und Ausbildung von Wissenschaftlern zu verlangen. Er erinnerte seine Zuhörer daran, daß 1981, nachdem Aids erstmals entdeckt worden war, die Experten sich zusammensetzten. »Wir glaubten wohl, daß Aids eine bedeutsame Sache sein könnte, aber wir waren uns dessen eigentlich nicht sicher.« □

Briefe

Betr.: Europa-Journal »Französische Kritik an Brundtland-Studie«, Nr. 1/92

Hier wird eine Meinung vertreten, wie sie einer Herrschaftsideologie entspricht, die heute das Kapital und die Medien der Welt bereits weitgehend kontrolliert. Es gilt die Völker so zu manipulieren, daß sie sich bestens verwalten und vermarkten lassen. Friede und Wohlstand, das sind die Phrasen unserer Zeit, mit deren Hilfe man die Menschen in die Irre führt.
Grosser: »Die unglaubliche Entwicklung der Wissenschaften und der Technologien haben zu einer Situation geführt, in der Dutzende von Millionen Menschen keinen Hunger und kein Elend mehr kennen ...« Daß dies eine grobe Irreführung ist, wird einfach verdrängt und verschwiegen. Es ist die gleiche Entwicklung, die dazu geführt hat, daß sich die Menschen hemmungslos in die Milliarden vermehren und zugleich elendlich dabei zugrunde gehen. Nur zu gut kennen wir diese Phrasen der Nächstenliebe, diesen, nach Drewermann, jüdisch-christlichen Anthropozentrismus. Als katholischer Priester muß er ja wissen, wovon er spricht und wovor er uns warnt.

Letztlich geht es um die Überwindung der tradierten Herrschaftsideologien. Es geht um ein neues Bewußtsein, um eine neue geistige Orientierung, um eine Wende, wie sie jetzt im Politischen von den Menschen im Osten angestrebt wird. Es ist das Volk, das man schon ganz unter seiner Herrschaft glaubte, das sich in seiner Not zu Wort meldet und zum Durchbruch kommt. Es ist der Anfang einer Revolution, die sich ausbreitet und die auch uns erfassen wird.

Noch ist den Gegnern einer solchen Erneuerung jedes Mittel recht, und sie gehen dabei bis zum Völkermord. Wie wir dies jetzt in Jugoslawien erfahren.
Grosser schreibt, daß die Menschen jetzt zur Natur, zur Gaia, zurückkehren wollten, das mache ihn furchtbar wütend.
Wir verstehen das nur zu gut und erachten es als eine Bestätigung unserer Überzeugung.

Kann man wirklich Lüge und Wahrheit nach Belieben vertauschen?

Wer dies glaubt, steckt in einer tragischen geistigen Verwirrung. Es sind die Verfechter einer multikulturellen Gesellschaft, die von Mischkulturen reden, was auch immer man darunter verstehen mag. Dies aber ist der sicherste Weg, um eigenständige Kulturen, und damit die Völker, als Kulturträger und zugleich Erhalter, zu vernichten.

Nach Grosser setzt die Achtung vor der Natur voraus, daß es keine Evolution gegeben hat, basta. Welch ein Unsinn.
Albert Schweitzer sprach von der Ehrfurcht vor der Natur. Hier wird sie zum Feind erklärt, indem man zugleich von Naturschutz spricht und die Ökologie als großartige Sache preist.
Inzwischen aber haben die Menschen doch erkannt, daß Wissenschaft und Technik uns dort in die Irre führen können, wo sie unkontrolliert und ohne Orientierung an einem verbindlichen Leitsystem, und das kann nur die Biosphäre sein, zum Einsatz kommen.
Die selbsterdachten Herrschaftsideologien waren der Versuch, an die Stelle der Eigengesetzlichkeit der Natur, die Menschen über eine orthodoxe Reglementierung in den Griff zu bekommen. Die Folgen waren kläglich, erschreckend und vernichtend für die menschliche Gesellschaft. Und sie sind es heute noch. Grosser meint, das Schlimmste, was wir jetzt tun könnten, wäre, einen gescheiterten Marxismus durch einen »Ökologismus« als allumfassende Glaubensstruktur zu ersetzen. Hier zeigt sich seine ganze Ahnungslosigkeit, oder ist es Absicht?

Die Verwüstungen, die der Marxismus als Herrschaftsideologie angerichtet hat, sind gar nicht wieder gut zu machen und noch weniger zu ersetzen. Und schließlich haben solche Ideologien mit Ökologie schon gar nichts zu tun.

Schließlich sind auch die Kommunisten die Opfer ihrer eigenen Orthodoxie. Sie sind durch die programmierten Engramme in ihren Gehirnen bleibend gebunden. Diese Systemgläubigkeit ist ein Phänomen, eine Entität, die nur durch Verdrängung mit neuen Glaubensstrukturen überwunden werden kann. Tradierte Vorstellungen lasten auf uns wie ein Fluch. Aus der Welt schaffen, kann man sie nicht. Man kann sie nur durch neue Prägungen, die der Lebenswirklichkeit mehr entsprechen, überwinden.

Dr. E. Meder, Bad Dürkheim-Leistadt

Betr.: Deutschland-Journal »Absprachen bei Stahltarifkonflikt«, Nr. 3/92

Herausgekommen ist das, was seit vielen Jahren herauskommt: Inflationsrate + Wirtschaftswachstum = Tariferhöhung (Faustregel). Insofern war das Ergebnis nicht überraschend. Es hat zwar in den Anfangszeiten der sozialliberalen Koalition höhere Tarifabschlüsse gegeben, doch wurde damals als 3. Komponente noch die sogenannte Umverteilung berücksichtigt. Da es zur Zeit nichts umzuverteilen gibt, obwohl die Gewerkschaften dies immer noch behaupten, ergab sich das zu erwartende Ergebnis. Das laute Feldgeschrei von Urabstimmung, Streik, nächtelangem Tarifpoker und strammen Reden ist nichts als blauer Dunst, auf Täuschung der Öffentlichkeit und der Gewerkschaftsmitglieder berechnet.

Der spiritus rector des ganzen Treibens aber ist der Staat. Ohne seine Mitwirkung käme gar keine Tariferhöhung zustande, da er die benötigte Geldmehrmenge zur Verfügung stellen muß. Zu Schillers Zeiten begab sich der Staat sichtbar zu Arbeitgebern und Arbeitnehmern in die sogenannte konzertierte Aktion. Dies wurde nach Schillers Abgang sofort wieder abgeschafft, vielleicht weil die Interessenverflechtung zu deutlich war.

Gemeinhin führt man Inflation auf zu hohe Tarifabschlüsse zurück; diese setzen die Lohn-Preis-Spirale wieder in Bewegung. Wie, wenn es aber umgekehrt wäre? Der Staat braucht zur Erfüllung seiner fortlaufend höheren Verpflichtungen ständig mehr Geld. Dieses bringt er in Form von Tariferhöhungen, damit höheren Steuereinnahmen, unter die Leute. Schließlich kann Herr Waigel sich nicht auf die Straße stellen und jedem Passanten Geldscheine in die Hand drükken oder sie den Erwerbstätigen einfach mit der Post zustellen. Demnach würden die Gewerkschaften freiwillig die Rolle des Buhmanns übernehmen, und die Tarifautonomie wäre inzwischen nur noch eins der Schwindeldogmen des Liberalismus.

Dr. Helmut Fasbender,
Bergisch-Gladbach

Betr.: Bonn »Elitebildung ein Problem der Demokratie«, Nr. 4/92

Nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg war es Schicksal, ob man den Polen oder Tschechen, den Russen in Mitteldeutschland oder den Amerikanern in Westdeutschland in die Hände fiel. Die jeweiligen Besatzungsmächte diktierten die Politik. Eine Alternative, gar die Fortsetzung einer deutschen Politik nach den Vorstellungen der Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944, gab es weder hier noch dort. Man hatte nach der Pfeife der Amerikaner oder Russen zu tanzen und konnte nur hoffen, daß man in dem Lager, in dem man sich gerade befand, nach dem richtigen Takt tanzte. Beide nannten sich Demokratie oder gar Volksdemokratie, beide idealisierten die Freiheit und beide behaupteten, der ebenso demokratischen wie kommunistischen Forderung nach »Alle Macht dem Volke« nachzukommen. Im Osten war man der kommunistischen Weltrevolution einen beträchtlichen Schritt näher gekommen, aber auch die USA hatten nach Beseitigung des britischen Empires und des widerborstigen Deutschlands freie Bahn, um ihre »Neue Weltordnung«, die »Eine Welt« durchzusetzen.

In beiden Lagern fanden sich künftige Deutsche, die sich durch Antifaschismus qualifiziert hatten und von den Besatzungsmächten entweder aus den KZs oder der Emigration herausgeholt wurden. Kommunisten die einen, Demokraten die anderen, nunmehr dazu ausersehen, die Politik der jeweiligen Besatzungsmächte auf deutschem Boden so zu gestalten, als sei sie eine deutsche Politik. Die einzige Gemeinsamkeit der beiden verschiedenen Lager bestand in der Verfolgung, Inhaftierung oder Liquidierung solcher Deutscher, die sich der Siegerpolitik widersetzen könnten. Während man sich im Westen durch Kriegsverbrecherprozesse und Spruchkammer noch den Anschein von Recht und Gesetz gab, liquidierte man im Osten ohne großes Federlesen. Die Ergebnisse, die Ausmerzung der deutschen Deutschen, waren jedenfalls dieselben.
So waren die neuen deutschen Politiker, ob im Osten oder im Westen, nichts anderes als Kollaborateure, wobei die eingefleischten Altkommunisten im Osten nicht so viele innere Schweinehunde überwinden mußten wie die im Westen; denn die Sowjetunion und Stalin waren schon immer ihre geistige Heimat. Für wen aber waren schon die USA, Roosevelt, Morgenthau oder gar Nathan Kaufman das große Ideal!

In beiden Lagern wurde kräftig umerzogen, wurde die jüngste deutsche Geschichte aus der Sicht der auf beiden Seiten betriebenen antideutschen Propaganda geschrieben. Was man vor und während des Krieges den Deutschen an Schuld und Verbrechen angelastet hatte, wurde nun historische Tatsache, wissenschaftlich bewiesen durch deutsche Historiker; zwei unterschiedliche Geschichtsbilder, in denen auf der einen Seite die Amerikaner, auf der anderen die Russen die wahren Engel waren, während auf beiden Seiten die Deutschen mit Schimpf, Schuld und Schande belastet wurden.

Diese Deutschen der ersten Stunde sammelten auf beiden Seiten die unausrottbaren Opportunisten, die ohne eigene Gesinnung offen waren für jede andere; und sie züchteten aus den Reihen der erfolgreich Umerzogenen ihre Nachfolger, im Westen wie im Osten.
Als sich die Amerikaner und die Russen verfeindeten, waren auch die Deutschen im Osten die Feinde der Deutschen im Westen.

Dann hatte gegen den Willen der Politiker in Ost und West das Volk die Wiedervereinigung erzwungen. Die im wirtschaftlich vernachlässigten Mitteldeutschland haben sich dem westlichen Wohlstand unterworfen, haben die Tore und Tresore und die geheimen Akten des Staatssicherheitsdienstes geöffnet. Da nun warfen sich die Politiker des amerikanischen Lagers in die Brust und hefteten sich die ungewollte Wiedervereinigung als ihren Sieg an die Fahne. Und da sie selbst einmal als Besiegte erfahren haben, wie die Sieger über ihnen zu Gericht saßen, maßen sie sich nun an, über die Krähen der anderen Seite, die SED-Mitglieder und die zigtausend Mitarbeiter und Zuträger des Staatssicherheitsdienstes zu urteilen. Dabei haben doch die im Osten nichts anderes getan als die im Westen, haben die Politik ihrer Besatzungsmächte mit vorbildlichem Eifer vertreten. Deren Politik galt weder hier noch drüben den deutschen Interessen, vielmehr wurde nur das Deutsche für die jeweiligen Machtinteressen ausgebeutet. Hüben wie drüben betrieben die Kollaborateure der Besatzungsmächte eine antideutsche Politik, bestrebt, die Deutschen zu entnationalisieren und die jeweils beherrschte deutsche Hälfte entweder der kommunistischen oder der kapitalistischen Internationale unterzuordnen. Da darf doch die eine Krähe der anderen kein Auge aushacken!

Hans Werner Woltersdorf,
Remagen-Kripp